

Ministerium für Landwirtschaft,
Umweltschutz und Raumordnung

Agrarbericht 2002

Bericht zur Lage der
Land- und Ernährungswirtschaft
des Landes Brandenburg

Herausgeber: Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung
des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam, Tel.: 0331/866-7016, Fax: 0331/866-7018
E-mail: pressestelle@mlur.brandenburg.de
Internet: <http://www.brandenburg.de/land/mlur>

Redaktion: Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft

Berichtszeitraum: Kalenderjahr 2001

Redaktionsschluss: März 2002

Druck: Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft
Technische Zentrale, Ringstraße 1010/PF 13 70, 15236 Frankfurt (Oder)-Markendorf

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Brandenburg unentgeltlich herausgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landes-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden wird.

Vorwort

Der hier vorgelegte Bericht zur Lage der Land- und Ernährungswirtschaft des Landes Brandenburg fällt in eine agrarpolitisch aufgeregte Zeit. Das Jahr 2001 markiert den Höhepunkt der bislang schwersten Krise der deutschen Agrarwirtschaft.

Nicht nur in der veröffentlichten Meinung wurden die Bauern zu den Sündenböcken der Nation. Die überwiegende Mehrheit der Verbraucher fühlte sich verunsichert. Auch in Brandenburg blieb die Landwirtschaft nicht von Negativschlagzeilen verschont.

Als Vorsitzland der Agrarministerkonferenz hatte Brandenburg 2001 eine wichtige Moderatorenfunktion in der deutschen Agrarpolitik, was sich unter anderem in der Einberufung einer Sonderstaatssekretärskonferenz zu BSE und in der gemeinsamen Konferenz der Agrar- und Umweltministerkonferenz in Potsdam gezeigt hat.

Inhaltlich waren diese Konferenzen von drei Stichworten geprägt, die bis heute auch die Agrarpolitik in Brandenburg beeinflussen. Ich denke hier an die Themen Verbraucherschutz, Agrarwende, Ökolandbau.

Bund und Länder haben auf die Verunsicherungen nach BSE und MKS reagiert und mussten trotz enger Haushalte unmittelbar reagieren. Unter dem Stichwort Verbraucherschutz wurde auch in Brandenburg ein politisches Maßnahmenpaket geschnürt. Im Agrar- und Umweltministerium folgte auf die Bildung einer Abteilung Verbraucherschutz die Neuordnung der Labor- und Kontrollkapazitäten in einem Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft, das seit dem Jahreswechsel offiziell unter diesem Namen arbeitet. Der hier vorgelegte Bericht unterstreicht, wie richtig es war, die Kompetenzen zu bündeln. Brandenburg hat auf diesem Feld einen zeitlichen und organisatorischen Vorteil gegenüber anderen Bundesländern.

Niemand wird bestreiten, dass die Reform der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik bereits mit der Agenda 2000 erheblichen Auftrieb bekommen hat. Klar ist aber auch, dass dieser bereits laufende Reformprozess durch die Defizite bei der Bewältigung von BSE um zusätzliche Forderungen erweitert wurde. Wer will, mag dies Agrarwende nennen. Auf Landesebene kommt es mir dabei darauf an, die bäuerlichen Berufsverbände, die die wichtigste Unternehmerschaft im ländlichen Raum repräsentieren, in die Entscheidungsfindung einzubinden. Eine Teilung des Berufsstandes in gut und schlecht lehne ich ab. Sie ist auch nicht sachgerecht, wie die Ergebnisse dieses Berichts zeigen.

Vielmehr muss es darum gehen, die Kräfte im ländlichen Raum weiter zu konzentrieren, um so nicht nur die Probleme bei der landwirtschaftlichen Produktion, sondern auch bei der Strukturentwicklung besser zu bewältigen.

Zum Ökolandbau habe ich eine klare Position: Brandenburg gehört hier zu den Vorreitern in Deutschland. In diesem Bericht ist nachzulesen, dass Brandenburgs Biobauern erstmals nun mehr als 100.000 Hektar bewirtschaften. Die Vermarktung erfolgt weitgehend regional. Der Biobereich soll und wird sich weiter entwickeln, soweit es der Markt erlaubt.

Die Landwirtschaft spielt innerhalb der Wirtschaftszweige eine Sonderrolle. Ähnlich wie im Gesundheitswesen hängt von ihr mehr ab als ein gutes Wirtschaftsergebnis. Am Essen und Trinken kommt niemand vorbei.

Der aktuelle Agrarbericht richtet sich deshalb nicht nur an Fachleute, sondern an alle, die aus erster Hand erfahren wollen, wie es um Landwirtschaft und Landwirte steht. Wenn aus diesem Interesse heraus Wissen um die Zusammenhänge und Zwänge erwächst, ist ein wichtiges Ziel erreicht. Brandenburgs Bauern brauchen auch in der Zukunft Ihre Unterstützung.

Wolfgang Birthler

Minister für Landwirtschaft,
Umweltschutz und Raumordnung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Kurzfassung	IV
1 Die ländlichen Räume und ihre Entwicklung	1
1.1 Gebietskulisse	1
1.2 Räumliche Strukturen und Trends	4
2 Agrarpolitische Ziele, Förderung und übergreifende Maßnahmen	9
2.1 Agrarpolitische Ziele	9
2.2 Förder- und Strukturpolitik	10
2.2.1 Gesamtübersicht über staatliche Förderleistungen und gesetzliche Beihilfen	10
2.2.2 Fördermaßnahmen	12
2.3 Aus- und Weiterbildung	17
2.3.1 Ausbildung	17
2.3.2 Berufliche Weiterbildung	18
2.4 Beratung landwirtschaftlicher Unternehmen	20
2.5 Förderung der Frauen und der Jugend im ländlichen Raum	20
2.6 Agrarforschung	21
2.7 Internationale Zusammenarbeit im Agrarbereich	24
3 Landwirtschaft	26
3.1 Unternehmensstruktur	26
3.2 Arbeitskräfte	27
3.3 Wirtschaftliche Entwicklung	28
3.3.1 Preis- und Kostenentwicklung	28
3.3.2 Einzelbetriebliche Wirtschaftsergebnisse	29

3.4	Pflanzenproduktion	38
3.4.1	Flächennutzung	38
3.4.2	Erzeugung und Marktentwicklung einzelner Kulturen	41
3.5	Gartenbau	49
3.5.1	Anbauflächen	49
3.5.2	Erzeugung und Marktentwicklung	50
3.5.3	Dienstleistungen, Organisationen und Veranstaltungen	51
3.6	Tierproduktion	52
3.6.1	Rahmenbedingungen, Struktur und Entwicklung der Viehbestände	52
3.6.2	Erzeugung und Marktentwicklung	53
3.7	Landwirtschaft und Umwelt	60
3.7.1	Agrarumweltmaßnahmen	60
3.7.2	Ökologischer Landbau	62
3.7.3	Düngung	64
3.7.4	Pflanzenschutz	66
3.7.5	Gewässer- und Immissionsschutz	67
4	Ernährungswirtschaft	68
4.1	Entwicklung der Ernährungswirtschaft	68
4.2	Absatzförderung	70
4.3	Verbraucherpolitik	70
5	Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung	71
5.1	Veterinärwesen	71
5.1.1	Tierseuchenverhütung und -bekämpfung	71
5.1.2	Grenzveterinärkontrollen	72
5.1.3	Tierschutz	72
5.1.4	Tierarzneimittelüberwachung	73
5.2	Lebensmittelüberwachung und gesundheitlicher Verbraucherschutz	74

Anhang

Alle Tabellen und Darstellungen dieses Berichtes basieren - soweit keine anderen Quellen angegeben sind - auf im Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung vorhandenen Informationen.

Abkürzungen

AEP	-	Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung
AID	-	aid Infodienst Verbraucherschutz Ernährung Landwirtschaft e.V.
AF	-	Ackerfläche
ÄFIE	-	Ämter für Flurneuordnung und ländliche Entwicklung
AK	-	Vollarbeitskraft
AKE	-	Arbeitskraft-Einheit
BB	-	Brandenburg
BLE	-	Bundesamt für Landwirtschaft und Ernährung
BMBF	-	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMVEL	-	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung, Landwirtschaft
BSSB	-	Brandenburgische Schweineleistungskontrolle und Spezialberatung e.V.
BVVG	-	Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft
CMA	-	Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH
D	-	Deutschland
EAGFL	-	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EFRE	-	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
eG	-	Eingetragene Genossenschaft
EMZ	-	Ertragsmesszahl
ESF	-	Europäischer Sozialfonds
EZG	-	Erzeugergemeinschaft
FAL	-	Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft
FlurbG	-	Flurbereinigungsgesetz
FRV	-	Fleischrindzuchtverband Berlin-Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern e.V.
GAK	-	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
GAP	-	Gemeinsame Agrarpolitik
GbR	-	Gesellschaft des bürgerlichen Rechtes
GE	-	Getreideeinheit
GL	-	Grünland
GmbH	-	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GV	-	Großvieheinheit
ILE	-	Integrierte ländliche Entwicklung
InVeKos	-	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem
kt	-	Kilotonnen
KULAP	-	Kulturlandschaftsprogramm
KTBL	-	Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft
LDS	-	Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik
LELF	-	Landesamt für Ernährung und Landwirtschaft Frankfurt (Oder) bis 31.12.2001
LVL	-	Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft ab 1.1. 2002
LF	-	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
LKV	-	Landeskontrollverband
LMBG	-	Lebensmittelbedarfsgegenstände-gesetz
LwAnpG	-	Landwirtschaftsanpassungsgesetz
LwGVG	-	Landwirtschafts-Gasölverwendungsgesetz
MASGF	-	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg
MBJS	-	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
MI	-	Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
MLUR	-	Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg
MW	-	Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Brandenburg
MWFK	-	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
PSM	-	Pflanzenschutzmittel
RZB	-	Rinderzuchtverband Berlin-Brandenburg e.G.
SAM	-	Strukturanpassungsmaßnahmen (Arbeitsmarkt)
SG	-	Schlachtgewicht
UBA	-	Umweltbundesamt
VE	-	Vieheinheit
ZMP	-	Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungs-wirtschaft GmbH

Kurzfassung

Die ländlichen Räume und ihre Entwicklung

- Die siedlungsstrukturellen Unterschiede zwischen den beiden Teilräumen – dem Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes (Berliner Umland) und dem äußeren Entwicklungsraum - haben sich in den vergangenen 10 Jahren verstärkt.
- Während sich die Bevölkerungszahl im Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes seit 1991 um 20 % (ca. 150.000) erhöhte, hält die rückläufige, natürliche Bevölkerungsentwicklung mit ca. 15% im äußeren Entwicklungsraum an und führt damit zu einer Verstärkung dessen ländlicher Prägung.
- Brandenburg ist mit 88 Einwohnern je km² nach Mecklenburg-Vorpommern das am wenigsten verdichtete Flächenland in der Bundesrepublik. Von der ansonsten flächendeckenden ländlichen Prägung des äußeren Entwicklungsraumes weichen nur punktuell die größeren Städte bzw. Zentren und der Südbrandenburger Raum ab.
- Im Laufe des Jahres 2001 verringerte sich die Zahl der Gemeinden im Zuge des Gemeindestrukturreformprozesses im äußeren Entwicklungsraum um 348 bzw. 28 %. Der Bevölkerungsanteil in den Kleinstgemeinden unter 500 Einwohner sank um 5,3 %, deren Flächenanteil von 41,2 auf 24,8 %.
- Die Erwerbstätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei bezogen auf je 1000 Einwohner hat sich in Brandenburg seit 1991 mehr als halbiert. Trotz des bereits vollzogenen strukturellen Wandels im ländlichen Raum verfügt Brandenburg im nationalen Vergleich weiterhin über die höchsten Erwerbstätigenanteile im Agrarsektor.
- Die rückläufige Bevölkerungsentwicklung bei gleichzeitigem Trend zur Überalterung wird zur Sicherung und zum Erhalt der ländlichen Räume als Lebens- und Arbeitsräume vielfältige Anpassungsstrategien erfordern.

Ziele und Maßnahmen der Agrarpolitik

Förder- und Strukturpolitik

- Die Zuwendungen für den Agrarsektor beliefen sich im Jahr 2001 auf ein Gesamtvolumen von rund 1.128,4 Mill. DM. Diese um 7,3 % gegenüber dem Vorjahr reduzierten Haushaltsmittel wurden zu ca. 75 % von der EU, 16 % vom Bund und 9 % vom Land bereitgestellt.
- Der Hauptanteil wurde im Rahmen der EU-Preisausgleichszahlungen für die Pflanzenproduktion (560,6 Mill. DM), der GAK einschließlich EU-Kofinanzierung (307,2 Mill. DM) und für Tierprämien (78,9 Mill. DM) ausgereicht.
- Zur Förderung der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft außerhalb der GAK dienten insgesamt 174,5 Mill. DM.
- Investive Maßnahmen in landwirtschaftlichen Unternehmen wurden mit insgesamt 44,5 Mill. DM unterstützt. Im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogrammes wurden 10,5 Mill. DM in Form von Zuschüssen und Zinsverbilligungen bereitgestellt. Mit der Förderung
 - der Wiedereinrichtung und Modernisierung bäuerlicher Familienbetriebe im Haupterwerb (WMP) mit 8,3 Mill. DM und
 - der Umstrukturierung landwirtschaftlicher Unternehmen in der Rechtsform juristischer Personen und Personengesellschaften (USP) mit 25,7 Mill. DMwurden überwiegend noch bestehende Verpflichtungen aus den bis 1999 geltenden Förderprogrammen erfüllt.

- Zum Erhalt der landestypischen Kulturlandschaft wurden im Rahmen des Kulturlandschaftsprogrammes insgesamt Zuwendungen in Höhe von 79,5 Mill. DM ausgereicht. Schwerpunkte waren die Förderung der extensiven Grünlandnutzung (32,4 Mill. DM) sowie die Förderung des ökologischen Landbaus (19,7 Mill. DM) und bodenschonender Bewirtschaftungsmaßnahmen (6,6 Mill. DM).
- Für Investitionen in umweltschonende und tiergerechte Verfahren der Tierproduktion wurden 2001 Fördermittel in Höhe von 11,9 Mill. DM zur Realisierung eines Gesamtinvestitionsvolumens von insgesamt 27,4 Mill. DM eingesetzt.
- Über die Richtlinie zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes (ELR) kamen einschließlich Fördermixprogrammen und den Gemeinschaftsinitiativen Leader II und Interreg II insgesamt 37,5 Mill. DM zum Einsatz.
- Für die Dorferneuerung standen 32,5 Mill. DM vorrangig für Maßnahmen zur Verbesserung der Ortsgestaltung und der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse sowie zur Erhaltung oder Umwidmung ehemals landwirtschaftlich genutzter Bausubstanz zur Verfügung.
- Im Rahmen der Landesinitiative zur Verbesserung der Umwelt in landwirtschaftlichen Unternehmen wurden insgesamt 26 Mill. DM ausgezahlt. 602 Betriebe nahmen daran Teil und konnten Beschäftigungsmöglichkeiten für 1569 Arbeitnehmer schaffen.
- Für die Förderung kulturbau technischer Maßnahmen und des landwirtschaftlichen Wegebbaus wurden insgesamt 18,0 Mill. DM aus GAK-Mitteln eingesetzt.
- Zur Deichsanierung im Rahmen des Oderprogrammes standen 62,8 Mill. DM an Fördermitteln zur Verfügung.
- Fördermittel zur Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) standen in Höhe von 0,9 Mill. DM zur Verfügung.
- Für die Flurbereinigung wurden Zuwendungen in Höhe von 18,4 Mill. DM ausgegeben; zur Vorbereitung von großflächigen Flurneuordnungsverfahren kamen 8,3 Mill. DM zum Einsatz. Bis November 2001 waren 67 Flurneuordnungs-/Flurbereinigungsverfahren mit einer Fläche von insgesamt 138.487 ha anhängig.
- Für die Marktstrukturverbesserung und im Rahmen des Marktstrukturgesetzes wurden Investitionsbeihilfen in Höhe von 12,3 Mill. DM gewährt.
- Im Bereich der Direktvermarktung wurden in 2001 62 Vorhaben mit 3,36 Mill. DM gefördert, wodurch Investitionen in Höhe von 8,1 Mill. DM ausgelöst und 84 Arbeitsplätze geschaffen wurden.
- Die Ausgleichszulage für benachteiligter Gebiete betrug im Jahr 2001 51,1 Mill. DM.
- Anpassungshilfen für ältere Arbeitnehmer kamen in Höhe von 1,4 Mill. DM an 987 Personen zur Auszahlung..
- Zur Förderung der Leistungsprüfung in der tierischen Erzeugung wurden Zuschüsse in Höhe von 3,8 Mill. DM bereitgestellt. Der Kontrollring für Mastschweine, Ferkel und Jungmasthammel beim BSSB e.V. erhielt Zuwendungen in Höhe von 0,3 Mill. DM.
- Für die Förderung der Vermarktung von Produkten der brandenburgischen Agrar-, Forst- und Ernährungswirtschaft sowie die Qualitätsarbeit des Verbandes pro agro standen 3,4 Mill. DM an Fördermitteln zur Verfügung.
- Zuwendungen in Höhe von insgesamt 15,2 Mill. DM konnten im Bereich der Forstwirtschaft im Rahmen der GAK gewährt werden.

Übergreifende Aufgaben

- Die Zahl der Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr ist mit 757 konstant geblieben.
- Berufliche Weiterbildung für Führungskräfte landwirtschaftlicher Unternehmen und Agrarberater fand in Form von Seminaren bzw. Workshops (31) bei der „Brandenburgischen Landwirtschaftsakademie“ statt. Darüber hinaus wurden 258 Bildungsmaßnahmen im Rahmen der „Richtlinie zur Förderung der Berufsbildung im ländlichen Raum“ für Beschäftigte landwirtschaftlicher Unternehmen gefördert.
- Im Jahr 2001 haben 2.070 landwirtschaftliche Unternehmen geförderte Beratungsleistungen von 90 Beratern in Anspruch genommen. Dafür wurden Fördermittel in Höhe von 1,98 Mill. DM bereitgestellt.
- Dem Brandenburger Landfrauenverband stellte das MLUR 50.000 DM, insbesondere für die Koordinierung und Anleitung der ehrenamtlichen Tätigkeit, zur Verfügung. Darüber hinaus wurden im Jahr 2001 verschiedene speziell für Frauen arbeitsmarktpolitische und qualifizierende Projekte fortgeführt. Die Arbeit der Berlin-Brandenburgischen Landjugend wurde mit Fördermittel in Höhe von 170.000 DM unterstützt.
- Außeruniversitäre Agrarforschung erfolgt in 9 Einrichtungen und wird durch das Land gefördert.
- Die internationale Zusammenarbeit des MLUR konzentrierte sich auch im Jahr 2001 auf die mittel- und osteuropäischen Staaten, insbesondere auf die künftigen EU-Beitrittsländer Estland, Lettland, Litauen und Polen.

Landwirtschaft

Unternehmensstruktur

- Die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe verringerte sich gegenüber 1999 nur geringfügig um 1,3 % auf 6.914. Diese Veränderung verlief nahezu gleichermaßen in allen Rechtsformen.
- Der Anteil der von den juristischen Personen bewirtschafteten landwirtschaftlich genutzten Fläche ist um 15.000 ha gesunken und beträgt 60,1 %.
- Die durchschnittliche Flächenausstattung der natürlichen Personen ist auf 89 ha gestiegen (+ 3 ha im Vergleich zu 1999). Juristische Personen bewirtschaften im Durchschnitt 895 ha (+ 6 ha im Vergleich zu 1999).
- Von den 62,6 % der Betriebe mit einer Größe von weniger als 50 ha wurden nur 4 % der LF des Landes bewirtschaftet. Im Jahr 2001 war ein zunehmender Anteil von Betrieben in der Größenklasse von 200-500 ha zu Lasten der Betriebe mit weniger als 200 ha zu verzeichnen. Der Anteil von Betrieben mit einer Fläche von mehr als 500 ha LF blieb dagegen im Vergleich zu 1999 konstant.

Arbeitskräfte

- In 2001 waren 38.300, darunter 12.688 weibliche Personen in der Landwirtschaft, darunter 98,2 % in der landwirtschaftlichen Primärproduktion beschäftigt. Das entspricht einem Rückgang des Arbeitskräftebestandes von 2700 oder 6,6 % im Vergleich zu 1999.
- Im Durchschnitt aller landwirtschaftlichen Unternehmen waren 2,8 Personen bzw. 1,7 AKE je 100 ha beschäftigt. Das bedeutet gegenüber 1999 eine Abnahme (3 Personen bzw. 1,9 AKE je 100 ha) .

Wirtschaftliche Entwicklung

- Im Wirtschaftsjahr 2000/2001 sind die Preise landwirtschaftlicher Produkte insgesamt um 7,8 % gestiegen. Während insbesondere für Speisekartoffeln wiederum deutliche Preiseinbußen hingenommen werden mussten, lagen die Preise für Ölpflanzen, Gemüse und tierische Produkte (außer Rindfleisch) z.T. deutlich über dem Vorjahresniveau.
- Die Einkaufspreise für Betriebsmittel stiegen mit 5,8 % in geringerem Maße an als die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, so dass die Austauschrelation erstmals seit 1997/98 wieder einen positiven Wert annimmt.

Deutliche Preissteigerungen waren bei Dünge- und Bodenverbesserungsmitteln, Brenn- und Treibstoffen sowie Futtermitteln zu verzeichnen.

- In den Ergebnissen der Testbetriebe des Berichtsjahres 2000/2001 spiegeln sich die Vorsommertrockenheit im Jahr 2000 sowie der dramatische Verfall der Rindfleischpreise wider. Demgegenüber konnten nahezu im gesamten Wirtschaftsjahr deutlich höhere Milchpreise erzielt werden.
- Einzelunternehmen im Haupterwerb erzielten im Wirtschaftsjahr 2000/2001 einen durchschnittlichen Betriebsgewinn von 66.441 DM bzw. 340 DM je ha LF.
- Erstmals seit dem Wirtschaftsjahr 1990/91 erzielten die Futterbaubetriebe bei den Einzelunternehmen im Haupterwerb, gemessen am Gewinn je Unternehmen, ein besseres Ergebnis als die Marktfruchtbetriebe. Während die Futterbaubetriebe einen Gewinnzuwachs in Höhe von 18.011 DM je Betrieb erzielten, mussten Marktfruchtbetriebe Gewinneinbußen je Betrieb in Höhe von durchschnittlich 51 % hinnehmen.
- Personengesellschaften erreichten im Wirtschaftsjahr 2000/2001 mit 140.504 DM Gewinn je Betrieb bzw. 388 DM/ha im Durchschnitt aller Unternehmen in etwa das Vorjahresniveau.
- Die Unternehmen juristischer Personen erwirtschafteten im Durchschnitt einen Gewinn von 67 DM je ha LF bzw. 101.305 DM je Unternehmen. Gegenüber den anderen Rechtsformen profitierten sie auf Grund des hohen Viehbesatzes überdurchschnittlich von den gestiegenen Milch- und Schweinepreisen, wodurch die Umsatzeinbußen aus der Rindermast mehr als kompensiert wurden.
- Bei juristischen Personen schlossen sowohl Marktfrucht- und Futterbau- als auch Gemischtbetriebe das Wirtschaftsjahr 2000/2001 im Mittel mit einem positiven Ergebnis ab (75.814/ 119.190/ 195.616 DM Gewinn je Unternehmen).
- Ökologisch wirtschaftende Unternehmen (identische Betriebe) erzielten im Wirtschaftsjahr 2000/2001 einen Gewinn in Höhe von 80.178 DM je Unternehmen. Erstmals wurde eine positive Gesamt- und Eigenkapitalrentabilität erzielt.

Pflanzenproduktion

- Die landwirtschaftlich genutzte Fläche belief sich im Jahr 2001 auf 1,343 Mill. ha (Vorjahr: 1,347 Mill. ha). Der Ackerflächenanteil lag bei 77,5 %, rund 22,1 % der LF sind Grünlandflächen.
- Die landwirtschaftlichen Unternehmen wirtschaften weitgehend auf der Basis von Flächenpacht. Der Anteil an Eigentumsflächen ist im Landesdurchschnitt auf 8,1 % gestiegen. Er ist bei den eingetragenen Genossenschaften mit 3,8 % am geringsten und mit 15,6 % bei den Einzelunternehmen am höchsten.
- 264.767 ha landwirtschaftliche Nutzfläche werden von der BVVG verwaltet. Diese Flächen sind überwiegend langfristige an ortsansässige Wiedereinrichter und juristische Personen verpachtet.
- Die Pachtpreise differieren in Abhängigkeit von der Standortgüte sowie der Rechtsstellung von Verpächter und Pächter. Einzelunternehmen im Haupterwerb zahlen durchschnittlich höhere Pachtpreise als juristische Personen. Das Pachtpreinsniveau insgesamt ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, liegt aber weiterhin unter dem der alten Bundesländer.
- Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Getreideanbaufläche auf 54,8 %, die Anbaufläche für Ölfrüchte nahm insgesamt ab (-10,1 %), was auf eine deutliche Reduzierung der Ölleinflächen auf Grund des Wegfalls der Beihilfen und ungünstigen Wirtschaftlichkeit des Anbaus dieser Ölfrucht unter Brandenburger Bedingungen zurückzuführen ist.
- Der Anteil der Stilllegungsfläche stieg gegenüber dem Vorjahr auf 14,1 % der Ackerfläche.
- Die zugewiesene Basisfläche von 889.600 ha wurde im Jahr 2001 mit 954.880 ha in Anspruch genommen.
- Die Getreideerträge lagen in 2001 mit durchschnittlich 58 dt/ha etwa 15,4 dt (+ 36 %) über dem Vorjahresertrag. Bei Wintergetreide lagen die Erträge ca. 20 bis 44 % über dem Vorjahresniveau. Mit insgesamt 3,3 Mill. Tonnen wurde annähernd 37 % mehr Getreide produziert als im Vorjahr.

- Mit insgesamt 322.000 t steigerte sich das Gesamtaufkommen an Winterraps gegenüber dem Vorjahr um rund 55 %. Dies ist auf die gesteigerten Erträge und auf die deutliche Ausdehnung der Anbaufläche zurückzuführen.
- Der Hülsenfruchtanbau belief sich auf insgesamt 42.479 ha, das sind 21 % mehr als im Vorjahr. Hierzu trugen sowohl Futtererbsen als auch Lupinen bei, während der Anbau von Ackerbohnen in etwa auf Vorjahresniveau erfolgte.
- Mit einem Anbauumfang von 12.266 ha wurde der Kartoffelanbau im Jahr 2001 erneut eingeschränkt (-1.557 ha). Die Zuckerrübenanbaufläche nahm ebenfalls ab (-1.109 ha). Die Erträge lagen jeweils mit 17 bzw. 4 % über dem Vorjahresniveau.
- Der kontinuierliche Flächenrückgang der vergangenen Jahre setzte sich bei den Feldfutterfrüchten auch in 2001 fort. Silomais ist mit 96.600 ha Flächenumfang weiterhin das dominierende Feldfutter.
- Der Anbau nachwachsender Rohstoffe ist gegenüber dem Vorjahr um 36,7 % auf insgesamt 43.696 ha verringert worden.
- Die Vermehrungsfläche für die Produktion von Saat- und Pflanzgut hat sich um 7,2 % auf insgesamt 19.824 ha verringert.
- Die gartenbaulich genutzte Fläche hat gegenüber dem Vorjahr um rund 5,6 % zugenommen und beträgt 10.901 ha. Flächenausdehnungen erfuhren insbesondere der Spargel- und Zierpflanzenanbau.
- Das Aufkommen an Frischgemüse wurde gegenüber 2000 um 16,7 auf 111,8 kt gesteigert. Das Obstaufkommen lag mit 73,9 kt deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Tierproduktion

- Der Rinderbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,6 % auf insgesamt 631.265 Tiere verringert. Auf Grund steigender Leistungen und begrenzt verfügbarer Milchlieferrechte sank die Zahl der Milchkühe nochmals um 4,5 %. Der Mutterkuhbestand blieb annähernd konstant.
- Der Schweinebestand ist gegenüber dem Vorjahr um 4,9 % angestiegen, wobei auch beim Zuchtsauenbestand leichte Zuwächse registriert wurden.
- In der Schafhaltung hat sich der Bestand um 7,2 % reduziert und beläuft sich nunmehr auf 156.473 Tiere.
- Der Pferdebestand umfasst 28.200 Tiere.
- Die Bestandsentwicklung bei Wirtschaftsgeflügel verlief insgesamt positiv, bei Legehennen war ein geringfügiger Rückgang festzustellen.
- Die durchschnittliche Milchleistung pro Kuh und Jahr stieg um 4,4 % auf 7.616 kg.
- Im Rahmen der neuen Milchquotenregelung fanden seit April 2000 fünf Börsentermine statt. Insgesamt wurden dabei knapp 10,7 Mill. kg Milch gehandelt.
- Das Rindfleischaufkommen ist in 2001 geringfügig gestiegen. Der durchschnittliche Erzeugerpreis lag um 22,5 % unter dem des Vorjahres und somit auf einem historischen Tiefstand.
- In der Ferkelerzeugung und der Schweinemast blieben die Leistungen annähernd konstant. Die Zahl der abgesetzten Ferkel je Sau und Jahr betrug wiederum 19,7 Stück. Die Masttagszunahme konnte auf 673 g gesteigert werden. Der Muskelfleischanteil lag mit durchschnittlich 55,1 % leicht unter dem Niveau des Vorjahres.
- Während die Erzeugung von Lebendvieh (Schweine) um 2,6 % gestiegen ist, sank die Schweinefleischerzeugung (Schlachtungen in meldepflichtigen Schlachthöfen) in Brandenburg auf 88,6 % des Vorjahres.
- Die Schaffleischerzeugung hat sich um 18 % auf 2.298 t SG wesentlich erhöht.

- Das Geflügelschlachtaufkommen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,7 % auf insgesamt 45.007 t verringert.
- In den Legehennenhaltungsbetrieben wurden 795 Mill. Eier erzeugt, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 1,2 % entspricht. Der Anteil der in Boden- und Freilandhaltung erzeugten Eier liegt bei ca. 22 %.
- Die Kaninchenfleischerzeugung wurde gegenüber dem Vorjahr reduziert und belief sich auf insgesamt 106 t. Der Mastkaninchenbestand hat im Vergleich zu 2000 um 11,1 % abgenommen.
- Mit 1.040 t hat sich die Erzeugung von Bienenhonig um 22,4 % reduziert.
- In der Karpfenteichwirtschaft wurde ein Abfischungsergebnis von 1.130 t (1.080 t Speisekarpfen und 50 t Nebenfische) erzielt. In technischen Anlagen der Aquakultur wurden 575 t Speisefische produziert.
- In der Seen- und Flussfischerei betrug das Aufkommen an Speisefischen etwa 400 t, wobei der Aalertrag mit 145 t leicht erhöht werden konnte.
- Von der amtlichen Futtermittelüberwachung wurden im Jahr 2001 658 Futtermittelhersteller und -händler sowie 2.488 Landwirte überprüft.

Umweltleistungen der Landwirtschaft

- Über die gute fachliche Praxis hinausgehende Agrarumweltmaßnahmen wurden im Wirtschaftsjahr 2000/01 im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms auf rund 313.000 ha LF angewandt. Unter Berücksichtigung kombinierter Anwendung von Richtlinien sind damit etwa 23 % der LF extensiv bzw. ökologisch bewirtschaftet worden.
- Die Zahl der Betriebe des ökologischen Landbaus und die von ihnen bewirtschaftete Fläche hat weiter zugenommen. Insgesamt wurden ca. 100.000 ha LF von 575 Unternehmen nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet; das sind 7,4 % der gesamten LF des Landes Brandenburg. Die höchsten Anteile ökologisch bewirtschafteter Flächen weisen die Kreise Dahme-Spreewald (30,4 % der LF) und Spree-Neiße (14,6 % der LF) auf.
- Der Einsatz mineralischer Düngemittel liegt im bundesdeutschen Vergleich auf niedrigem Niveau, wobei zwischen den einzelnen Betrieben z.T. große Unterschiede bestehen. Als problematisch ist der zu geringe Kalk-einsatz anzusehen.

Ernährungswirtschaft

- Der Gesamtumsatz der brandenburgischen Ernährungswirtschaft konnte im Vergleich zum Vorjahr um rund 9 % auf 4,7 Mrd. DM gesteigert werden.
- Sowohl die Anzahl Betriebe (-5,7 %) als auch die Beschäftigtenzahl (-7,2 %) wurden reduziert.
- Kennzeichnend für die Branchenstruktur der Ernährungswirtschaft Brandenburgs ist die Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe aus der Region und die Dominanz der Branchen Schlachtung/Fleischverarbeitung Molkereien/Käsereien sowie Backwaren.
- Wesentliche Umsatzsteigerungen konnten trotz eines Rückganges der Anzahl der Betriebe in der Schlachtung/Fleischverarbeitung (+15,2 %), in der Obst- und Gemüseverarbeitung (+ 11 %) und in der Futtermittelbranche (+ 17,7 %) erzielt werden.
- Ein Schwerpunkt der Arbeit von „pro agro“ e.V. ist die Stärkung des Vertrauens der Verbraucher in die Qualität und Sicherheit regionaler Erzeugnisse. Bis Ende 2001 wurden an insgesamt 301 Unternehmen Qualitätszertifikate vergeben.
- Mit den Informations- und Beratungsangeboten im Bereich Lebensmittel und Ernährung der Verbraucherzentrale Brandenburg e.V. wurden im Jahr 2001 insgesamt über 43.500 Verbraucher direkt erreicht.

Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung

- Der Anteil BHV1-freier Rinder- und anerkannter Sanierungsbestände konnte um 13 bzw. 39 % gesteigert werden.
- In 2001 war Brandenburg frei von Schweinepest bei Wildschweinen. Die Tilgung der Seuche ist in erster Linie durch die konsequente orale Immunisierung der Wildschweine in den gefährdeten Gebieten erreicht worden.
- In Brandenburg stehen den 3 BSE- Fällen fast 50.000 Untersuchungen von verendeten und normal geschlachteten Rindern gegenüber. Das entspricht einer Praevalenz von 0,006 %.
- Bei zahlreichen Kontrollen und Probenuntersuchungen im Rahmen der Lebensmittelüberwachung lag die durchschnittliche Beanstandungsquote auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts.

1 Die ländlichen Räume und ihre Entwicklung

1.1 Gebietskulisse

Ländliche Räume

Im gemeinsamen Planungsraum Berlin-Brandenburg führte die Entwicklung in den 90er Jahren zu zwei grundverschiedenen räumlichen Problemlagen, deren Bewältigung langfristige Zukunftsaufgabe ist: Der Ausgleich zwischen Kernraum und Peripherie sowie die Ordnung im inneren und die Entwicklung im äußeren Bereich. Aufgrund dieser unterschiedlichen Entwicklungsanforderungen unterscheidet die gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg den engeren Verflechtungsraum (Berliner Umland) und den äußeren Entwicklungsraum. Beide Brandenburger Teilräume unterscheiden sich siedlungsstrukturell stark voneinander, wobei die in den vergangenen 10 Jahren stattgefunden Entwicklung diesbezüglich noch verstärkend wirkte.

Hauptsächlich durch die Zuwanderung aus Berlin ins Umland (per Saldo von 1991 bis 2000 etwa 150.000 Personen) hat sich die Bevölkerungszahl im Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes um fast 20 % erhöht. 1990 mit 175 Einwohnern je km² im bundesdeutschen Vergleich noch weit unterdurchschnittlich besiedelt, hat sich die Bevölkerungsdichte bis 2000 mit etwa 210 Einwohner/km² bereits deutlich der durchschnittlichen Bevölkerungsdichte Deutschlands (230 Einwohner/km²) angenähert.

Demgegenüber wird im äußeren Entwicklungsraum die anhaltend rückläufige natürliche Bevölkerungsentwicklung im Saldo (z.B. 1993 etwa 12.000 mehr Gestorbene als Geborene, 1999 etwa –6.600) insbesondere seit 1997 wieder durch zunehmende Abwanderung (1997 bis 1999 per Saldo etwa –21.400 Personen) verstärkt. Der daraus resultierende Bevölkerungsrückgang führt zu einem anhaltenden Sinken der Bevölkerungsdichte (1990: 72 Einwohner/km²; 2000: 66 Einwohner/km²) und damit zu einer Verstetigung der ländlichen Prägung des äußeren Entwicklungsraumes.

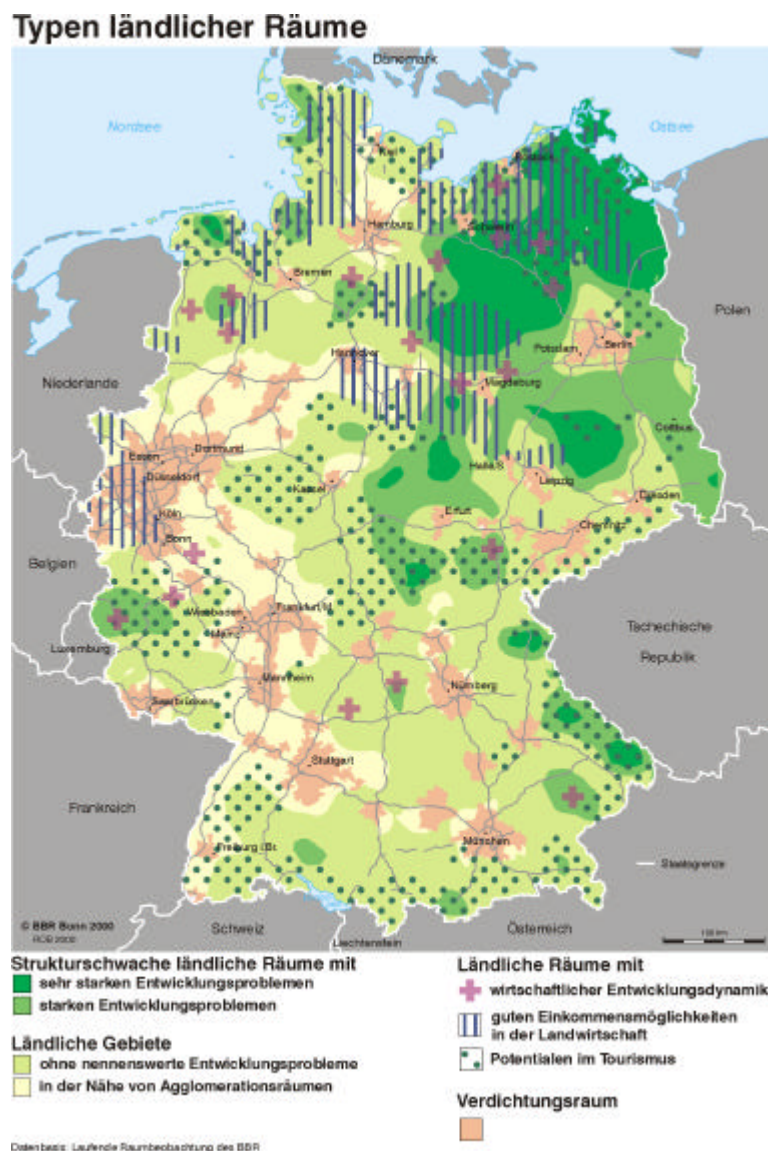
Ländliche Gebiete bzw. Räume werden international und national unterschiedlich definiert.

Im nationalen Rahmen wird eine durch das Bundesamt für Bauen und Raumordnung definierte siedlungsstrukturelle Gebietstypisierung für inter- und intraregionale Vergleiche verwendet, die auf der Ebene von Regionen, Kreisen und Gemeinden und unter Verwendung der Kriterien „Zentralität“ und „Verdichtung“ als Grundtypen unterscheidet:

- Agglomerationsräume
- Verstädterte Räume
- Ländliche Räume.

Eine Erkenntnis dieser intraregionalen Vergleiche ist im Raumordnungsbericht 2000 (Abbildung 1.1) des Bundesamtes für Bauen und Raumordnung dargestellt: „Insbesondere peripher gelegene ländliche Räume zeigen noch deutliche Schwächen. Den „Ländlichen Raum“, der zudem mit Strukturschwäche und Benachteiligung gleichzusetzen ist, gibt es nicht mehr. Vielmehr zeichnen sich die ländlichen Räume in Deutschland durch eine große strukturelle Vielfalt aus. So sind z. B. die Regionen mit der höchsten Arbeitslosenquote (22 % in der Region Uckermark, nordöstliches Brandenburg) und mit der niedrigsten (6 % in der Region Oberland, südöstliches Bayern) ländliche Regionen. Als benachteiligte Regionen gelten jedoch immer noch die ländlichen Regionen, in denen Wirtschaftsstrukturelle Schwäche und periphere Lage zusammentreffen.“ Die letztgenannte Einschätzung trifft auf die ländlichen Räume Brandenburgs, insbesondere den äußeren Entwicklungsraum, zu.

Abbildung 1.1: Typen ländlicher Räume

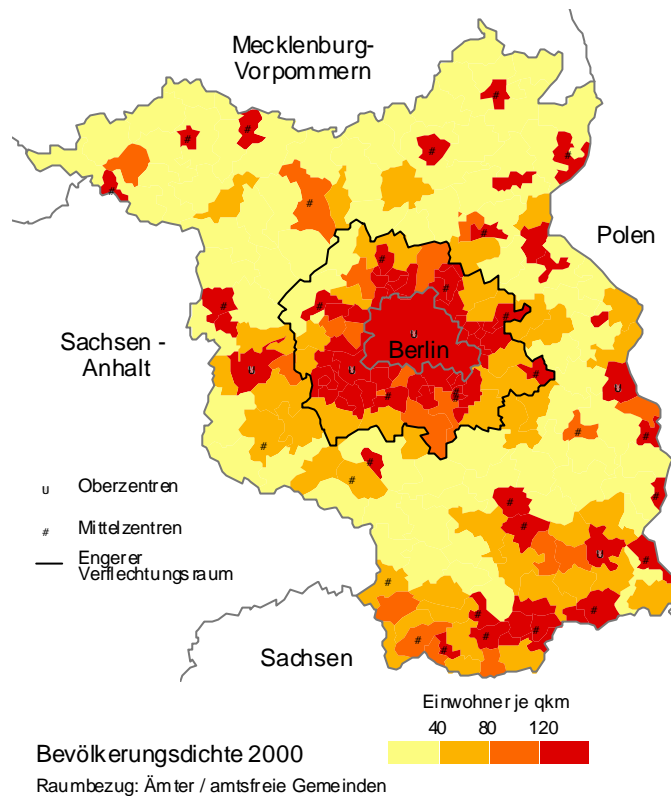


Quelle: Raumordnungsbericht 2000, Bundesamt für Bauen und Raumordnung

Nach Mecklenburg-Vorpommern (78 Einwohner/km²) ist Brandenburg (88 Einwohner/km²) das am wenigsten verdichtete Flächenland in der Bundesrepublik und gilt als weiträumig ländlich geprägt.

Nur im Berliner Umland weist der direkt an Berlin angrenzende Raum eine überdurchschnittliche Verdichtung auf. Die von Berlin weiter entfernten Teilräume des Umlandes gelten wegen ihrer z.T. unterdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte als ländlich geprägt. Von der ansonsten flächendeckenden ländlichen Prägung des äußeren Entwicklungsraumes weichen nur punktuell die größeren Städte bzw. Zentren und der Südbrandenburger Raum ab (Abbildung 1.2).

Abbildung 1.2: Bevölkerungsdichte



Kommunalstrukturreform

Wie in den anderen neuen Bundesländern findet gegenwärtig zur Stärkung der kommunalen Leistungskraft und zur Überwindung der extrem kleinteiligen Gemeindestruktur auch im Land Brandenburg eine umfassende Kommunalreform statt. Die dazu vom Parlament verabschiedeten Leitlinien sehen im Berliner Umland die Bildung amtsfreier Großgemeinden vor. Wegen der dünnen Besiedlung und des ländlichen Charakters im äußeren Entwicklungsraum ermöglichen die Leitlinien dort den Erhalt der Ämter als Verwaltungsebene mit 3 bis maximal 6 amtsangehörigen Gemeinden, von denen aber keine weniger als 500 Einwohner haben sollte.

Bereits in der Vergangenheit hat sich die Zahl der Gebietskörperschaften durch Gemeindezusammenschlüsse bzw. -eingliederungen deutlich reduziert. Während im Land Brandenburg Ende 1993 noch 1.700 Gemeinden existierten, verminderte sich deren Zahl in mehreren Schritten bis Ende 2000 um 226 auf 1.474 Gemeinden. Damit setzte sich die landesplanerische Raumkategorie engerer Verflechtungsraum aus 247, der äußere Entwicklungsraum aus 1.227 Gemeinden zusammen (Tabelle 1.1).

Der ländliche Charakter des äußeren Entwicklungsraumes spiegelte sich nach dem Gemeindegebietsstand zum 31.12.2000 auch auf der kommunalen Ebene wider. 65 % der Gemeinden hatten weniger als 500 Einwohner. In diesen Gemeinden lebten allerdings nur 13 % der Einwohner des äußeren Entwicklungsraumes, die Gemeindegebiete nahmen jedoch mehr als 41 % der Gesamtfläche ein. Im Prinzip hatten dort die Begrifflichkeiten „Dörfer“ und „Gemeinden“ als Gebietskörperschaft noch eine nahezu identische Bedeutung.

Tabelle 1.1: Größengruppen der Gemeinden im Land Brandenburg, Gebietsstand 31.12.2000

	Land Brandenburg			darunter Berliner Umland			darunter Äußerer Entwicklungsraum		
	Gemeinden	Bevölkerung	Fläche	Gemeinden	Bevölkerung	Fläche	Gemeinden	Bevölkerung	Fläche
	n	Einwohner	km ²	n	Einwohner	km ²	n	Einwohner	km ²
Insgesamt	1.474	2.601.962	29.477	247	938.010	4.478	1.227	1.663.952	24.999
Gemeinde- größengruppen	abs.	Anteile in %		abs.	Anteile in %		abs.	Anteile in %	
< 499 Einwohner	861	9,1	37,6	70	2,5	17,9	791	12,8	41,2
500 - 999	274	7,3	18,6	51	3,9	19,8	223	9,3	18,4
1.000 - 1.999	140	7,7	11,7	39	6,5	14,6	101	8,3	11,1
2.000 - 4.999	95	11,0	10,2	39	13,0	14,5	56	9,9	9,4
5.000 - 9.999	50	13,1	8,5	25	17,7	13,2	25	10,4	7,7
>= 10.000	54	51,8	13,3	23	56,4	20,0	31	49,3	12,1

Im Laufe des Jahres 2001 veränderte sich die Gebietskulisse der Gemeinden durch Zusammenschlüsse und Eingliederungen insbesondere im ländlich geprägten äußeren Entwicklungsraum erheblich. Die Zahl der Gemeinden verringerte sich um 347 bzw. um 28 %. Entsprechend der Leitlinien waren insbesondere die Kleinstgemeinden mit weniger als 500 Einwohnern betroffen. Der Zusammenschluss zu größeren Gebietskörperschaften bewirkte im Jahr 2001 bereits eine Verringerung des Bevölkerungsanteils der Kleinstgemeinden im äußeren Entwicklungsraum um mehr als 5 %-Punkte. Noch mehr verdeutlicht wird der Trend zu größeren Gebietskörperschaften durch den Vergleich der entsprechenden Flächenanteile. Während Ende 2000 die Kleinstgemeinden noch 41 % der Fläche des äußeren Entwicklungsraumes einnahmen, ging deren Flächenanteil bis Ende 2001 auf 25 % zurück (Tabelle 1.2).

Tabelle 1.2: Veränderung der Gemeindestruktur im äußeren Entwicklungsraum durch Vergleich der Gebietsstände 31.12.2000 und 31.12.2001

Gebietsstand	Gemeinden		Bevölkerung		Fläche	
	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2000	31.12.2001
Gemeindegößengruppen	Absolut		Anteile in %		Anteile in %	
Insgesamt	1.227	880	100	100	100	100
< 499 Einwohner	791	459	12,8	7,5	41,2	24,6
500 - 999	223	193	9,3	8,1	18,4	17,6
1.000 - 1.999	101	102	8,3	8,4	11,1	12,7
2.000 - 4.999	56	62	9,9	11,8	9,4	17,9
5.000 - 9.999	25	32	10,4	13,4	7,7	13,4
>= 10.000	31	32	49,3	50,8	12,1	13,9

Gebietsstand 31.12.2001: Veröffentlichungsstand des MI/LDS vom 08.01.2002

In Bezug auf die ländlichen Räume wird ein Ergebnis der Kommunalstrukturreform sein, dass die ehemaligen Kleinstgemeinden Ortsteile größerer Gebietskörperschaften werden. Damit ist allerdings verbunden, dass die Definition ländlicher und dörflicher Strukturen nicht mehr über die Größe einer Gemeinde möglich sein wird.

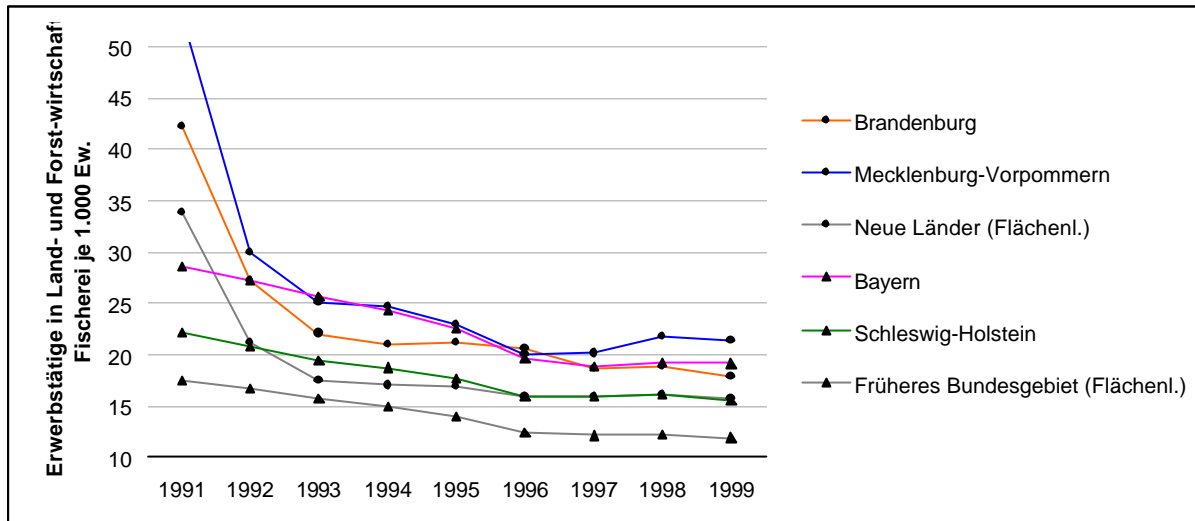
1.2 Räumliche Strukturen und Trends

Strukturwandel im ländlichen Raum

Seit 1990 vollzieht sich ein ökonomischer und sozialer Strukturwandel, der auch vor dem Agrarsektor nicht halt gemacht hat und somit insbesondere die ländlichen Räume betrifft. Besonders deutlich wirkt sich dieser Wandel auf die Erwerbstätigkeit im Agrarbereich (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) aus. Wie in keinem anderen Sektor ist zwischen 1991 und 1999 vor allem in den neuen Ländern ein drastischer Rückgang der Erwerbstätigkeit zu verzeichnen. Nach Mecklenburg-Vorpommern (-62 %) und Sachsen-Anhalt (-58 %) hatte Brandenburg mit -57 % den drithöchsten Rückgang der Erwerbstätigen im Agrarbereich und damit einen erheblichen Arbeitsplatzverlust im ländlichen Raum zu verzeichnen. Während 1991 je 1.000 Einwohner in Brandenburg noch 42 Personen im Agrarsektor erwerbstätig waren

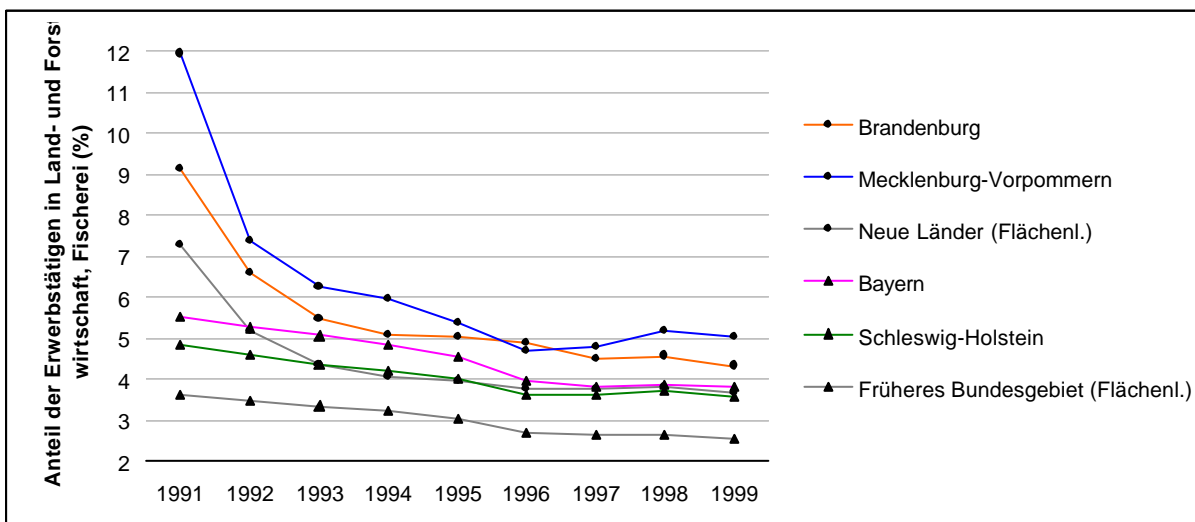
(Mecklenburg-Vorpommern 53 je 1.000 Einwohner), ging die Erwerbstätigkeit bis 1999 (Abbildung 1.3) auf weniger als die Hälfte (18 Erwerbstätige je 1.000 Einwohner). Damit sind in Brandenburg bereits weniger Personen im Agrarsektor tätig, als z.B. in Bayern (1999: 19 Erwerbstätige je 1.000 Einwohner).

Abbildung 1.3: Erwerbstätige in Land- und Forstwirtschaft, Fischerei je 1.000 Einwohner



Der im Verhältnis zu anderen Wirtschaftszweigen überdurchschnittliche Abbau von Erwerbsmöglichkeiten im Agrarsektor führte in Brandenburg zu mehr als einer Halbierung des Agraranteils an der Gesamterwerbstätigkeit der Volkswirtschaft (1991: 9,1 %; 1999: 4,3 %; 2000: 3,9 %). Ähnlich drastisch verlief dieser strukturelle Wandel in Deutschland nur noch in Mecklenburg-Vorpommern (Abbildung 1.4).

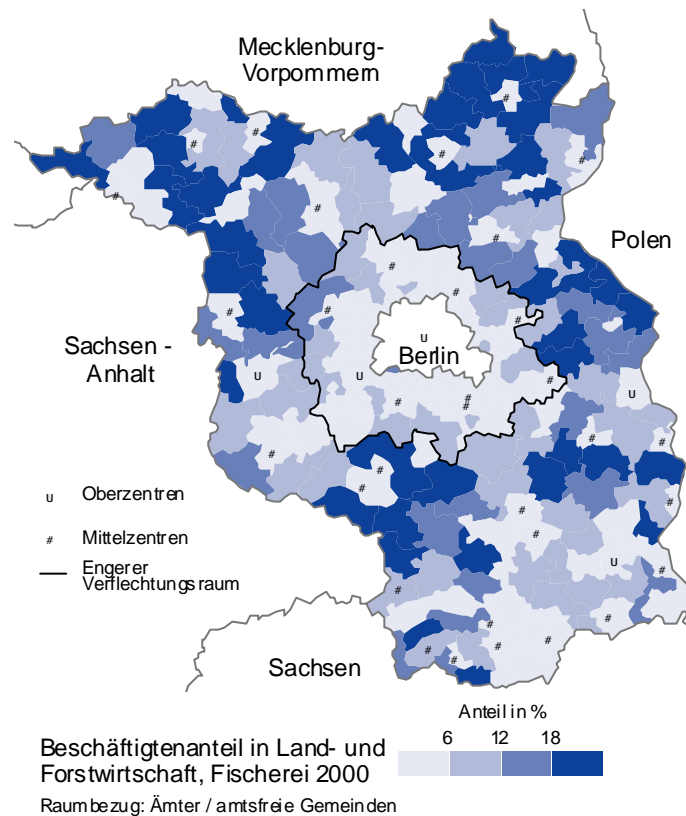
Abbildung 1.4: Anteil der Erwerbstätigen in Land- und Forstwirtschaft, Fischerei



Trotz des bislang vollzogenen strukturellen Wandels im ländlichen Raum verfügt Brandenburg (neben Mecklenburg-Vorpommern) im nationalen Vergleich weiterhin über die höchsten Erwerbstätigenanteile im Agrarsektor. Im internationalen Vergleich (EU-15) ist allerdings die Sektoralstruktur in Portugal, Spanien, Griechenland und Irland fast flächendeckend sowie in Teilregionen Ostösterreichs, Mittel- und Nordfinlands, Mittel- und Süditaliens sowie Mittelfrankreichs noch wesentlich stärker auf den Agrarsektor gerichtet, als dies in Brandenburg der Fall ist. Auch vor dem Hintergrund der bevorstehenden Erweiterung des Gebiets der Europäischen Union ist feststellbar, dass ein großer Teil der Beitrittskandidaten wesentlich stärker agrarisch geprägt ist als Brandenburg.

Innerhalb des Landes Brandenburg sind im Berliner Umland vergleichsweise wenige Personen im Agrarbereich beschäftigt. Dagegen liegt der Agrarbeschäftigtenanteil in einigen Teilregionen des äußeren Entwicklungsraumes z.T. um ein Mehrfaches über dem Landesdurchschnitt. Zu diesen Regionen gehören im Norden die Prignitz und die Uckermark, im Osten die Räume nördlich (Oderbruch) und südlich von Frankfurt/Oder sowie der südliche Teil des Landkreises Teltow-Fläming (Abbildung 1.5).

Abbildung 1.5: Beschäftigtenanteil in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (2000)



Bevölkerungsentwicklung und -prognose

Die Entwicklung der Bevölkerung im Land Brandenburg vollzog sich seit 1990 zwischen Berliner Umland und äußeren Entwicklungsraum in gegenläufigem Trend. Das Berliner Umland profitiert von seinem Lagevorteil zur Bundeshauptstadt und hat per Saldo zwischen 1990 und 2000 etwa 150.000 Einwohner aus Berlin gewonnen. Das landesplanerische Zielsystem lässt eine Verdopplung dieser Zahl in der nächsten Dekade zu.

Auf einen solchen Lagevorteil kann der ländlich geprägte äußere Entwicklungsraum nicht zurückgreifen. Dort hat sich die Bevölkerungszahl in den vergangenen zehn Jahren um etwa 15 % verringert (Abbildung 1.6 und 1.7). Der Bevölkerungsrückgang weist dabei nicht nur teilträumliche, sondern auch siedlungsstrukturelle Unterschiede zwischen Stadt und Land auf.

Die Städte im äußeren Entwicklungsraum (gemeint sind hier diejenigen, welche 1999 mehr als 20.000 Einwohner hatten) haben in den vergangenen zehn Jahren durchschnittlich 14 von 100 Einwohnern durch Sterbefallüberschüsse, Abwanderung (einschließlich Suburbanisierung ins nahe Umland) verloren. Demgegenüber hat sich die Bevölkerungszahl des übrigen ländlichen Raumes kaum verändert (1990 bis 1999: Städte –108.000 Einwohner, ländliche Gebiete –12.000 Einwohner), da die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung durch Zuwanderungen aus den Städten weitgehend – insbesondere in deren Umland – kompensiert worden ist.

Abbildung 1.6: Bevölkerungsentwicklung im äußeren Entwicklungsraum (1990 = 100)

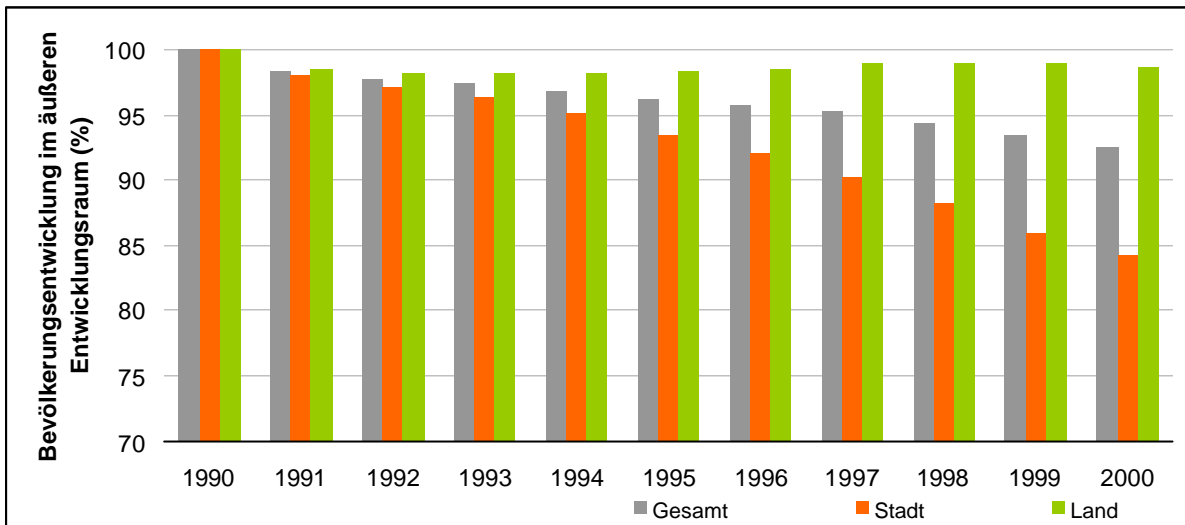
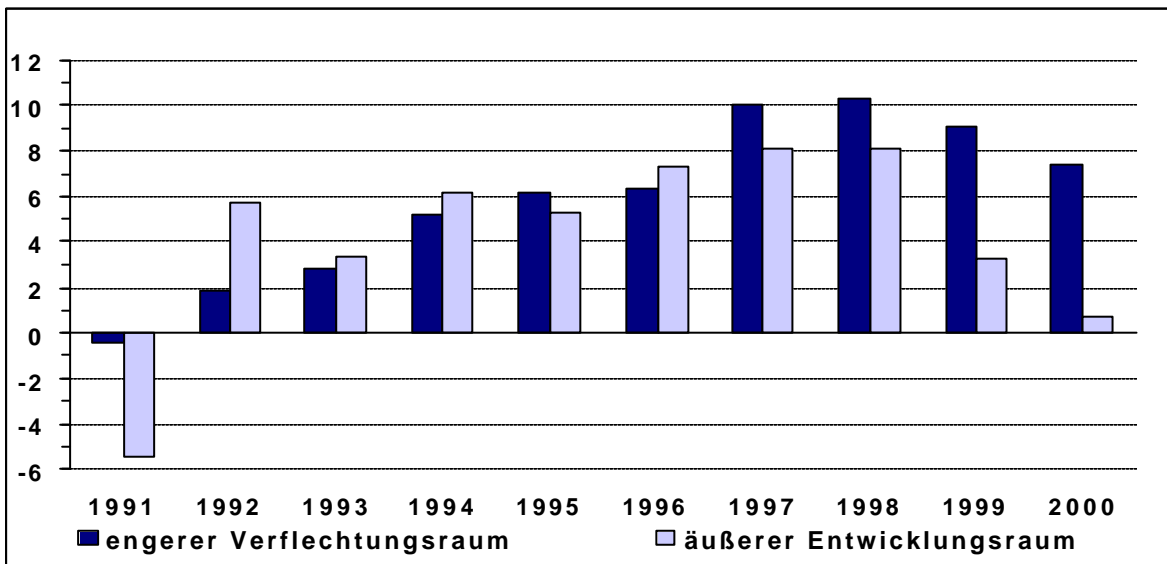
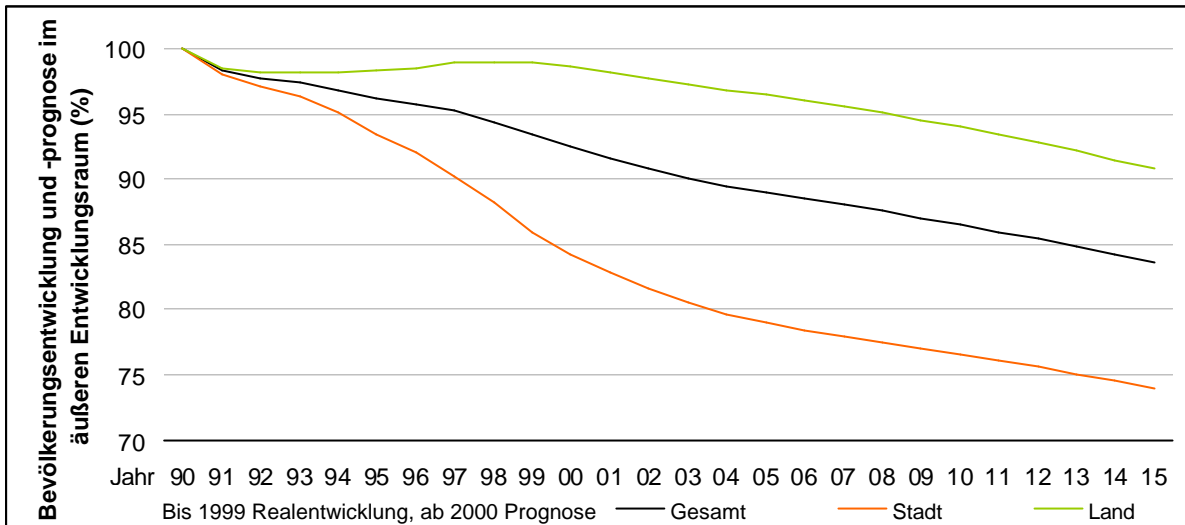


Abbildung 1.7: Wanderungsbilanz Brandenburger Gemeinden unter 5.000 Einwohner in 1.000 Personen



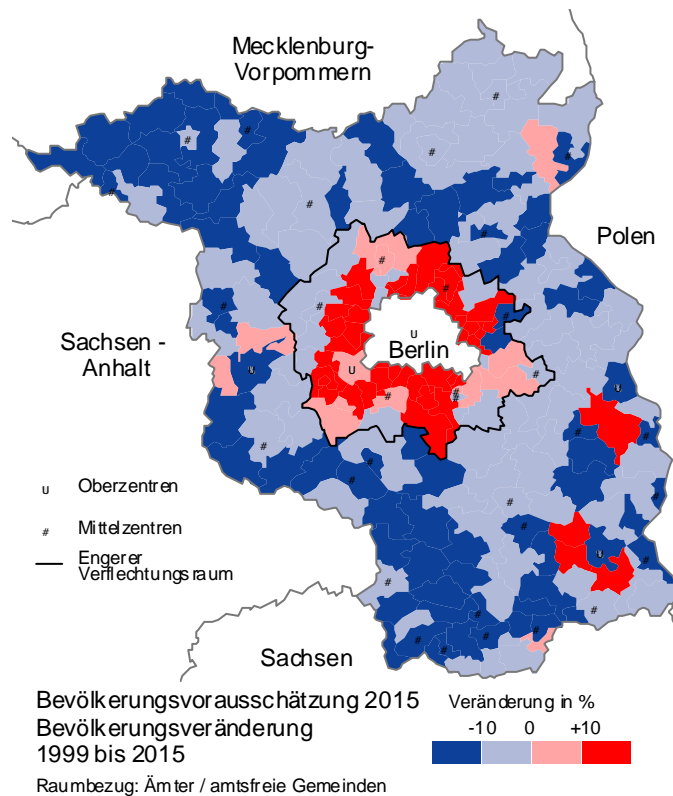
Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Rahmenbedingungen wird sich der Trend des Bevölkerungsrückganges im äußeren Entwicklungsraum insgesamt zukünftig fortsetzen (Abbildung 1.8). Dieser Prozess wird wesentlich stärker von den natürlichen Verlusten (mehr Gestorbene als Geborene) beeinflusst werden, als dies bisher der Fall war. Durch den drastischen Rückgang der Geburtenrate in den 90er Jahren wird die potenzielle Elterngeneration wesentlich kleiner sein, die geburtenstarken Jahrgänge aus der DDR-Vergangenheit rücken in der Alterspyramide deutlich nach oben. Darüber hinaus werden die ländlichen Gebiete im Umland der Städte weniger von Suburbanisierungsgewinnen profitieren als in der jüngeren Vergangenheit.

Abbildung 18: Bevölkerungsentwicklung und -prognose im äußeren Entwicklungsraum (1990 = 100)



Die Städte im äußeren Entwicklungsraum werden vom Bevölkerungsrückgang stärker betroffen sein als die übrigen ländlichen Gebiete (Abbildung 1.9). Dies wird dazu führen, dass sich die Bevölkerungsverteilung zwischen Stadt und Land von 43 zu 57 % im Jahr 1990 auf 38 zu 62 % im Jahr 2015 zuungunsten der Städte ändert. Trotz dieses relativen Bedeutungszuwachses (gemessen an der Bevölkerungszahl) der ländlichen Gebiete gegenüber den Städten werden die ländlichen Gebiete immer weniger dicht besiedelt sein. Gegenüber der Bevölkerungsdichte 1990 mit 45 Einwohner je km² wird dieser Dichtewert bis zum Jahr 2015 auf nur noch 40 Einwohner je km² sinken. Eine solch dünne Besiedlung ist deutschlandweit nahezu einmalig und nur noch in Teilen Vorpommerns zu finden.

Abbildung 19: Bevölkerungsveränderung 1999 bis 2015, Vorausschätzung



Die rückläufige Bevölkerungsentwicklung bei gleichzeitigem Trend zur Überalterung wird zur Sicherung und zum Erhalt der ländlichen Räume als Lebens- und Arbeitsräume vielfältige Anpassungsstrategien erfordern, insbesondere bezüglich:

Arbeitsmarkt

Rein rechnerisch dürften sich die Arbeitsmarktdefizite verringern. Allerdings besteht die Gefahr des Fachkräftemangels, da einerseits Erfahrungsträger in das Seniorenalter „hineingewachsen“ sind und sich gleichzeitig das zahlenmäßige Potenzial jüngerer Nachwuchskräfte verringert.

Infrastruktur

Insbesondere die humanressourcenorientierte Infrastruktur ist auf den sinkenden Bedarf anzupassen. Dies gilt z.B. für Bildung, Ver- und Entsorgung oder Wohnen. Der Bedarf an Kinderbetreuungskapazitäten wird sinken, der für die Betreuung von Senioren dagegen steigen.

Erschließung des Raumes

Ein rückläufiges Fahrgastaufkommen kann die Gefahr bergen, dass Teile der Verkehrsinfrastruktur ihre wirtschaftliche Tragfähigkeit verlieren (Streckenstilllegungen), so dass der Individualverkehr zunimmt und die Kosten der Infrastrukturerhaltung bei dünnerer Besiedlung steigen.

Die Bewältigung des „Schrumpfungsprozesses“ wird eine wichtige Zukunftsaufgabe im ländlichen Raum sein.

2 Agrarpolitische Ziele, Förderung und übergreifende Maßnahmen

2.1 Agrarpolitische Ziele

Ausgelöst durch den erstmaligen Nachweis von BSE bei in Deutschland geborenen Rindern zum Ende des Jahres 2000 und befördert durch eine wachsende Zahl derartiger Fälle in den folgenden Monaten entstand im Verlaufe des Jahres 2001 eine viele gesellschaftliche Gruppen umfassende Diskussion über die Art und Weise der Erzeugung von Nahrungsmitteln und ihre Verarbeitung. In der nationalen Agrarpolitik ist dies die Geburtsstunde der so genannten Agrarwende. Die Auseinandersetzung um ihre Ziele und Inhalte war, nicht zuletzt auch mit Blick auf die anstehende Zwischenbewertung der Agenda 2000, das bestimmende agrarpolitische Thema des Jahres 2001.

Die Landesregierung war im abgelaufenen Jahr in diesen Prozess insoweit in besonderer Weise eingebunden, als das Land Brandenburg den Vorsitz in der Agrarministerkonferenz inne hatte. Sie engagierte sich in diesem Rahmen für eine Weiterentwicklung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen:

- die Umwelt- und Qualitätsziele stärker als bisher einbeziehen, und zwar nicht nur im Hinblick auf Produkt-, sondern auch auf Prozessqualität,
- die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen als ein zentrales agrarpolitisches Thema nicht aus dem Auge verlieren, indem sowohl auf Kostenführerschaft als auch auf die Nutzung der Chancen, die Qualitätsprodukte auf dem Weltmarkt haben, und auf die Erschließung von Potenzialen der regionalen Wertschöpfung durch die Etablierung regionaler Kreisläufe orientiert wird und
- die den Landwirten auch zukünftig die Erwirtschaftung eines angemessenen Einkommens ermöglichen.

Ausdruck dieser Politik ist nicht zuletzt die Unterstützung der Bemühungen, für mehr Transparenz in der Nahrungsmittelherzeugung zu sorgen und dadurch das Vertrauen der Verbraucher in die Nahrungsmittel zu verbessern und zu festigen. Von daher hat Brandenburg die Einführung eines nationalen Biosiegels und den Ausbau von Qualitäts- und Markenprogrammen befürwortet. Im Bereich der konventionellen Produktion sind die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, das angestrebte Programm für „Qualität und Sicherheit“ (QS-Programm) an die Qualitätsprogramme von pro agro e.V. anzukoppeln. Durch strukturelle Veränderungen im Bereich der staatlichen Verwaltung in Gestalt der Etablierung einer Abteilung Verbraucherschutz im Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung sowie der zum 1.1.2002 erfolgten Bildung eines Landesamtes für Verbraucherschutz und Landwirtschaft entstanden zugleich bessere Bedingungen dafür, den Erwartungen der Verbraucher an die gesundheitliche Unbedenklichkeit der Nahrungsmittel sowie sich verändernden Anforderungen der Gesellschaft an die Umweltwirkungen landwirtschaftlicher Tätigkeit und an den Tierschutz noch stärker Rechnung zu tragen.

Soweit erhöhte Anforderungen in Umwelt- und Tierschutz auf der Tagesordnung standen, hat sich die Landesregierung stets für eine 1:1-Umsetzung des EU-Rechts eingesetzt und wird dies auch zukünftig tun. Dieses Engagement war allerdings nicht in jedem Fall von Erfolg gekrönt.

Wenngleich der ökologische Landbau in Brandenburg einen ungleich größeren Umfang als in der überwiegenden Mehrzahl der anderen deutschen Bundesländer einnimmt, sah und sieht die Landesregierung in dieser Form der Landbewirtschaftung kein agrarpolitisches Leitbild für die gesamte Landwirtschaft. Ungeachtet dessen hat eine mit Augenmaß betriebene Förderung des Ökolandbaus dazu beigetragen, die zweifellos vorhandenen Marktpotenziale für Ökoprodukte besser zu erschließen.

Trotz unverändert angespannter Haushaltslage ist es auch im Jahr 2001 gelungen, alle verfügbaren EU- und Bundesmittel abzurufen. Damit konnten die Bemühungen der Unternehmen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken in nicht unerheblichem Maße unterstützt und ein wichtiger Beitrag für eine flächendeckende Landnutzung geleistet werden.

Der Standpunkt der Landesregierung zur Frage der Modulation der Direktzahlungen war und bleibt von der Zielstellung bestimmt, der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen unseres Landes die für ihre Entwicklung nötigen staatlichen Transferzahlungen zu erhalten.

Der beschleunigten und zielgerichteten Erschließung der unseren Agrarstrukturen innewohnenden Potenziale der Wettbewerbsfähigkeit diene die Unterstützung einer zügigen Umsetzung des EALG und der Flächenerwerbsverordnung.

In Übereinstimmung mit der erklärten agrarpolitischen Leitlinie der Landesregierung, die Chancengleichheit aller Betriebsgrößen und Rechtsformen zu gewährleisten, sind Bestrebungen nach Einführung betrieblicher Obergrenzen oder größenabhängiger Degression bei den Direktzahlungen sowie unter den Begriffen der „Massentierhaltung“ und „Agrarfabriken“ vorgetragene pauschale Vorwürfe gegen die im Land vorzufindende Agrarstruktur zurückgewiesen worden.

2.2 Förder- und Strukturpolitik

Die Maßnahmen der Förder- und Strukturpolitik werden nachfolgend zunächst in Bezug auf die Herkunft der eingesetzten maßnahmebezogenen Mittel und anschließend im Hinblick auf die Verwendung der Mittel nach Fördergegenständen und -schwerpunkten beschrieben.

2.2.1 Gesamtübersicht über staatliche Förderleistungen und gesetzliche Beihilfen

Die Förder- und Strukturpolitik der EU, des Bundes und des Landes trägt maßgeblich zur Entwicklung wettbewerbsfähiger Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft bei. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in den ländlichen Räumen und unterstützt eine umweltgerechte Produktion, umweltschonende Bewirtschaftungsweisen sowie die Schaffung alternativer Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung.

Im Jahr 2001 wurden hierfür gezielte Zuwendungen der Europäischen Union, des Bundes und des Landes mit einem Gesamtumfang von 1.128,4 Mill. DM gewährt (Tabelle 2.1). Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Reduzierung um rund 86 Mill. DM bzw. 7 %.

Von den insgesamt ausgezahlten Haushaltsmitteln wurden rund 75 % von der EU, ca. 16 % vom Bund und etwa 9 % vom Land bereitgestellt. Der Hauptanteil der Fördermittel wurde im Rahmen des Europäischen Agrarfonds eingesetzt

Ein großer Teil der eingesetzten Mittel entfällt auf Transferzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Marktordnung der EU in Form von Flächenprämien für Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen sowie von Tierprämien. Auf diese zu 100 % aus dem EU-Haushalt (EAGFL, Abt. Garantie) finanzierten Zahlungen besteht bei Einhaltung der definierten Konditionen ein Rechtsanspruch.

Die Ausgaben für **Ausgleichszahlungen** für Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen sowie die **Flächenstilllegung** betragen insgesamt 560,6 Mill. DM.

Analog ist die **Gasölverbilligung** zu sehen, die allerdings aus dem Bundeshaushalt mit 7,2 Mill. DM finanziert wurde und im Rahmen der Bestimmungen des Landwirtschafts-Gasölverwendungsgesetzes (LwGVG) in 2001 für die großstrukturierte brandenburgische Landwirtschaft deutlich geringer bemessen war als in den Vorjahren.

Um das Marktgleichgewicht im Bereich der Rindfleischproduktion zu beseitigen werden Stützungsmaßnahmen zur Erzeugereinkommen vorgenommen. Einer stufenweisen Verringerung der Intervention steht eine schrittweise über 3 Jahre verteilte Erhöhung der Tierprämienbeträge gegenüber.

An 2.068 Erzeuger männlicher Schlachtrinder wurden in 2001 **Sonderprämien** in Höhe von rund 19,1 Mill. DM ausbezahlt. Diese Summe entspricht der Gesamtauszahlung für das Antragsjahr 2000 und einem möglichen Ergänzungsbetrag von ca. 196 DM/Tier und Altersklasse für extensive Tierhaltung in Abhängigkeit von der Be-

satzdichte. An 1.565 Mutterkuhalter wurden **Mutterkuhprämien** einschließlich Extensivierungszuschläge in Höhe von insgesamt rund 45,3 Mill. DM ausgezahlt. Erstmals erhielten 2.792 Erzeuger **Ausgleichszahlungen in Form der Schlachtpremie** für Bullen, Ochsen, Kühe, Färsen und Kälber in Höhe von ca. 9,2 Mill. DM. In diesen Mitteln sind die zusätzlich zur Schlachtpremie gewährten nationalen Ergänzungsbeträge enthalten. An **Mutterschafprämien** wurden im Jahr 2001 insgesamt 3,51 Mill. DM an 562 Schafhalter ausgezahlt. Zum 1.1.2001 verringerte sich die **EU-Schulmilch-Beihilfe** von 95 auf 75 % des Richtpreises für Schulmilch. Dadurch sank die Förderung des Milchverbrauches im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 auf 1,5 Mill. DM. 910 Einrichtungen des Landes, davon 365 Schulen, 526 Kindertagesstätten, 19 Heime wurden mit 3.221 t beihilfegestützter Milch und Milcherzeugnissen (3,3 % weniger als im Vorjahr) durch 13 Schulmilchlieferanten beliefert. Der **Ankauf von preisgestützter Butter** durch gemeinnützige Einrichtungen belief sich auf 818.455 kg und ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 % zurückgegangen.

Tabelle 2.1: Einsatz von Haushaltsmitteln für den Bereich der Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Verwendungszweck	Mill. DM
Förderung der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft (Gemeinschaftsaufgabe einschließlich EU-Kofinanzierung)	307,2
Ausgleichszahlungen für Getreide, Ölsaaten, Eiweißpflanzen, Stilllegungsprämien	560,6
Sonderprämien Rindfleisch, Mutterkuh- und Mutterschafprämie	78,9
Gasölverbilligung (LwGvG)	7,2
Förderung der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft (außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe)	174,5
Insgesamt	1.128,4

Fördermaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

Im Rahmen der GAK wurden mit dem Planansatz für das Jahr 2001 Ausgaben von Bundes- und Landesmitteln in Höhe von insgesamt 240,8 Mill. DM veranschlagt, ausgegeben wurden 239,5 Mill. DM (Tabelle 2.2.). Neben den Bundes- und Landesmitteln wurden Kofinanzierungsmittel aus dem Europäischen Agrarfonds (EAGFL) in Höhe von insgesamt 67,7 Mill. DM ausgegeben.

Um eine optimale Mittelverwendung zu gewährleisten, wurden im Verlauf des Haushaltsjahres innerhalb der Titelgruppen (Fördermaßnahmen) Mittelumrichtungen vorgenommen.

Tabelle 2.2: Einsatzstruktur der Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK)

Fördermaßnahmen	Ansatz Mill. DM	Präz. Ansatz Mill. DM	Auszahlung Mill. DM
GAK (ohne EU-Kofinanzierung)	240,8	239,5	239,5
darunter:			
- Einzelbetriebliche investive Maßnahmen	49,0	45,4	42,0
- Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete	50,0	51,0	51,1
- Markt- und standortangepasste Landwirtschaft	9,5	9,5	8,1
- Dorferneuerung	25,2	15,7	19,3
- Deichbaumaßnahmen und Oderprogramm	44,6	67,8	75,6
- Marktstrukturverbesserung und Marktstrukturgesetz	9,8	5,9	3,5
- Forstwirtschaftliche Maßnahmen	18,3	15,3	15,2
- Kulturbautechnische Maßnahmen	3,0	3,0	2,5
- Landwirtschaftlicher Wegebau	11,4	9,3	6,2
- Flurbereinigung und Freiwilliger Landtausch	10,6	10,3	9,6
- Anpassungshilfe für ältere Arbeitnehmer	3,2	1,5	1,4
- Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung	2,0	0,6	0,9
- Leistungsprüfungen in der tierischen Produktion	4,2	4,2	4,1

Förderung außerhalb der GAK

Für Fördermaßnahmen außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe wurden im Jahr 2001 insgesamt 174,5 Mill. DM und damit etwa 70 Mill. DM weniger als im Vorjahr eingesetzt, den konkreten Mitteleinsatz zeigt Tabelle 2.3.

Tabelle 2.3: Einsatz der Mittel der Förderung der Ernährungs- und Landwirtschaft (außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe)

Fördermaßnahmen	Auszahlung Mill. DM
- Zuwendungen für die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes einschl. Sonderprogramm „Ländliche Entwicklung“, Gemeinschaftsinitiativen ¹⁾	86,6
- Finanzierung von Verfahrenskosten der Flurneuordnung	11,0
- Förderung von Urlaub und Freizeit auf dem Lande sowie von Dienstleistungen im Rahmen des ländlichen Tourismus	0,6
- Förderung der Berufsbildung im ländlichen Raum	1,7
- Kulturlandschaftsprogramm, spreewaldtypische Bewirtschaftung	48,7
- Förderung von umweltschonenden und tiergerechten Verfahren der Tierproduktion	11,9
- Förderung der Direktvermarktung	3,3
- Absatzförderung und Verbraucheraufklärung	3,4
- Bewässerung von landwirtschaftlichen Flächen	2,8
- Gartenbau	2,3
- Betriebswirtschaftliche und produktionstechnische Beratung	2,0
- Binnenfischerei	0,2
insgesamt	174,5

¹⁾ einschließlich allgemeine Bewilligungen

Die regionale Verteilung der ausgezahlten Fördermittel ist für ausgewählte Fördertatbestände im Anhang (Tabellen 1-3) dargestellt.

2.2.2 Fördermaßnahmen

Einzelbetriebliche Förderung

Im Rahmen der einzelbetrieblichen investiven Förderung wurden Zuwendungen in Form von Zuschüssen und Zinsverbilligungen in Höhe von insgesamt 44,5 Mill. DM (42,0 Mill. DM GAK Mittel , 2,5 Mill. EU-Mittel) ausgezahlt. Gefördert wurden Investitionen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit durch Rationalisierung und Kostensenkung, zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen, zur Verbesserung des Energieeinsatzes, des Umweltschutzes sowie des Tierschutzes und der Tierhygiene. Damit ist zur Entwicklung des ländlichen Raumes und zur dauerhaften Erhaltung der natürlichen Ressourcen beigetragen worden. Im Rahmen des seit 1997 laufenden **Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)** wurden für die Realisierung von betrieblichen Investitionen für insgesamt 109 Zuwendungsempfänger Bundes- und Landesmittel in Höhe von insgesamt 8,0 Mill. DM und ergänzend dazu EU-Mittel in Höhe von 2,5 Mill. DM bereitgestellt. Neben dem AFP waren bei der einzelbetrieblichen Förderung auch die Verpflichtungen an Zuwendungsempfänger aus den vor dem AFP geltenden Förderprogrammen zu bedienen. Im Einzelnen wurden für diese Programme folgende Fördermittel bereitgestellt:

- für das **Programm der Wiedereinrichtung und Modernisierung bäuerlicher Familienbetriebe im Haupterwerb (WMP)** insgesamt 8,3 Mill. DM und
- für das **Programm der Umstrukturierung landwirtschaftlicher Unternehmen in der Rechtsform juristischer Personen und Personengesellschaften (USP)** insgesamt 25,7 Mill. DM.

Die investive Förderung der **Bewässerung** hat die Stabilisierung der Erträge landwirtschaftlicher und gärtnerischer Kulturen und die Verbesserung der Effizienz der Bewässerung zum Ziel. Im Jahr 2001 wurden ca. 4.850 ha Beregnungsfläche erschlossen. Die Bereitstellung von Fördermitteln in Höhe von 1,88 Mill. DM für ein Investitionsvolumen von 12,4 Mill. DM ermöglichte u.a. die Errichtung von 64 Brunnen, 52 Pumpen, 276 Beregnungsanlagen und 11 Tröpfchenbewässerungsanlagen. Mit Hilfe dieser Förderung ist eine Stabilisierung und Ausdehnung des arbeitsintensiven Obst- und Gemüsebaus erreicht worden, was im Jahr 2001 zur Sicherung von 1818 und zur Schaffung von 55 neuen Arbeitsplätzen beigetragen hat.

Zur Stabilisierung leistungs- und wettbewerbsfähiger Unternehmen wurden in Ergänzung zum AFP Investitionen in **umweltschonende und tiergerechte Verfahren der Tierproduktion** mit insgesamt 11,9 Mill. DM Neubewilligungen, einschließlich VE bis 2002 gefördert. Auf Grund finanzieller Haushaltszwänge hat sich das Fördervolumen im Vergleich zu 2000 halbiert, so dass bauliche Investitionen verstärkt über das AFP realisiert werden mussten. Das förderfähige Investitionsvolumen der o.g. Tierproduktionsrichtlinie betrug in 2001 insgesamt 27,4 Mill. DM, dabei entfielen 21,4 Mill. DM auf bauliche Investitionen und Stallausrüstungen. Insgesamt konnten damit 1.542 Arbeitsplätze gesichert und 20 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Gleichzeitig wurden 153.853 Stallplätze neu geschaffen und 384.561 Stallplätze modernisiert, 20.561 m³ Güllelager und 1.214 m³ Dunglager sind neu entstanden. Die Investitionsförderungen bezogen sich anteilig u.a. auf die Rinderproduktion zu 43,3 %, auf die Schweinehaltung zu 27,4 % und auf die Geflügelwirtschaft zu 27,8 %.

Agrarumweltmaßnahmen

Im Rahmen des **Kulturlandschaftsprogrammes** (KULAP) und der **Artikel 16-Richtlinie** (Ausgleichszahlungen in Gebieten mit umweltspezifischen Einschränkungen) wurden im Jahr 2001 insgesamt 79,5 Mill. DM eingesetzt. Damit sind die Leistungen der Landwirte zum Schutz der Umwelt und den Erhalt der natürlichen Lebensräume anerkannt und unterstützt worden.

Förderung der Entwicklung ländlicher Räume

Die Förderung der ländlichen Entwicklung ist auf die Erhaltung und Weiterentwicklung der ländlichen Räume in ihrer Einheit als Wirtschafts-, Sozial- und Naturraum gerichtet. Die Schwerpunkte liegen in der Förderung von Beschäftigung und Chancengleichheit sowie der Verbesserung der Lebensbedingungen, um damit der tendenziellen Entleerung der Gebiete und der teilweisen Überalterung der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Die **Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes (ELR)** ist ein flexibles Instrument, das auf der Grundlage regionaler Entwicklungsschwerpunkte differenziert angewandt werden kann. Die Fördermaßnahmen im Rahmen dieses Programms wurden im Jahr 2001 einschließlich Sonderprogramm sowie der Gemeinschaftsinitiativen LEADER II und INTERREG II mit einem Mitteleinsatz in Höhe von 37,5 Mill. DM fortgesetzt. Insgesamt wurden 122 Maßnahmen gefördert, wobei der überwiegende Anteil auf Maßnahmen zur Schaffung von kommunalen Einrichtungen für Freizeit und Erholung sowie zur Entwicklung der ländlichen Fremdenverkehrsinfrastruktur entfielen. Darüber hinaus wurden u.a. Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederbelebung des regionaltypischen, dörflichen kulturellen Erbes, zur Unterstützung des dorftypischen Gewerbe-, Handwerks- und Dienstleistungssektors sowie zum Um- und Ausbau leerstehender dörflicher Bausubstanz zu kommunalen Gemeinschaftseinrichtungen gefördert.

Die **Dorferneuerung** zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass sowohl öffentliche als auch private Maßnahmen in einem überschaubaren Zeitraum gleichermaßen durchgeführt werden und die Bevölkerung sich über die Planung und Umsetzung der Maßnahmen mit der Region bzw. dem Dorf identifizieren kann. Hierfür wurden 2001 im Rahmen der GAK Fördermittel in Höhe von 32,5 Mill. DM bereitgestellt. Über 800 Maßnahmen, vorrangig zur Verbesserung der Ortsgestaltung und der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse sowie zur Umnutzung ehemals landwirtschaftlich genutzter Bausubstanz wurden unterstützt. So konnten u.a. 654 Gebäude, darunter 308 Wohnhäuser und 203 landwirtschaftliche Gebäude, saniert werden. 17 landwirtschaftliche Gebäude wurden zu Wohn- und Gewerbebezwecken bzw. zu Ferienwohnungen umgenutzt. Darüber hinaus erfolgte der Ausbau von 23 Kilometer Straßen und Gehwegen einschließlich der Straßenbeleuchtung.

Mit den Fördermitteln für das **Deichbauprogramm** wurde vor allem der Hochwasserschutz an der Oder fortgeführt. Dafür wurden 62,8 Mill. DM ausgegeben.

Zur nachhaltigen Entwicklung und Verbesserung der für die Land- und Forstwirtschaft erforderlichen Infrastruktur wurden für die Förderung **kulturbau technischer Maßnahmen** insgesamt 3,1 Mill. DM und für den **ländlichen Wegebau** insgesamt 14,9 Mill. DM ausgegeben. Mit den für den landwirtschaftlichen Wegebau zu Verfügung stehenden Mitteln konnten 58 km landwirtschaftliche Wege und 27 km Ortsverbindungswege gebaut werden. Darüber hinaus wurden 679 Bäume, 460 Meter Windschutzhecken gepflanzt und sechs Brücken gebaut.

Angebote zu **Urlaub und Freizeit auf dem Lande** in Brandenburg werden zunehmend zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor in den ländlichen Regionen Brandenburgs. Diese Angebote umfassen Urlaub auf dem Bauernhof, auf Pferde- und Reiterhöfen, in Landgasthöfen, Landpensionen und -hotels, in Ferienwohnungen und Privatzimmern. Die Vernetzung und Vermarktung der Angebote erfolgt im Land Brandenburg durch den Verein zur Förderung von Urlaub und Freizeit auf dem Lande in Brandenburg e.V.. Zur Durchführung dieser Aktivitäten erhielt der Verein eine Projektförderung in Höhe von 358 TDM.

Die Entwicklung und Vermarktung der Angebote erfolgt unter der Marke „Landurlaub in Brandenburg“ in enger Kooperationen mit anderen Vereinen und Verbänden des ländlichen Raumes, insbesondere dem Verband zur Förderung der Agrar- und Ernährungswirtschaft - pro agro -, dem Verein zur Förderung der Direktvermarktung in Berlin und Brandenburg e.V., dem Landesbauernverband und dem Landfrauenverband. Dabei werden sich ergänzende Angebote von allen Seiten genutzt und gezielt Synergieeffekte herbeigeführt. So hat der Verein Landurlaub zur weiteren Stärkung des Wirtschaftsfaktors Pferd in Brandenburg einen Arbeitskreis Brandenburger Pferdehöfe gegründet und sich mit einem Spezialangebot auf der „Hippologica“ präsentiert. Der Arbeitskreis Brandenburger Landgasthöfe bemüht sich um die Vernetzung der landtouristischen Angebote mit den Produkten der Region und führte landesweite Aktionen wie Spargel-, Rindfleisch- und Kartoffelwochen durch.

Die Werbung für die Angebote erfolgte durch den Katalog „Landurlaub in Brandenburg und Einkaufen beim Bauern 2001“, der als einziger in Deutschland Landurlaubsangebote und die Angebote von Direktvermarktern

zusammenfasst, sowie durch das Internet. Der Verein beteiligte sich an Messen und Veranstaltungen, so der IGW, der ITB, der BraLa, dem Brandenburger Reisemarkt.

Die **Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung (AEP)** ist ein informelles, handlungsorientiertes Planungsinstrument für eine nachhaltige, integrierte Entwicklung ländlicher Räume. Sie wird als Entwicklungsplanung genutzt, um Konfliktbereiche, Entwicklungsmöglichkeiten und Entscheidungsbedarf in der Region unter besonderer Berücksichtigung der Agrarstruktur aufzuzeigen. Landnutzungskonzeptionen und gebietsspezifische Leitbilder werden im Rahmen der AEP erarbeitet. Zudem zeigt die AEP Vorschläge für regionale und lokale Handlungskonzepte und umsetzbare Maßnahmen auf. Die AEP wird durch Zuschüsse, die von der Größe des Untersuchungsgebietes abhängig sind, gefördert. Im Haushaltsjahr 2001 betragen die finanziellen Aufwendungen zur Förderung der AEP 0,9 Mill. DM.

Bodenordnung

Die ländliche Bodenordnung (Flurbereinigung, Flurneuordnung) zur Regelung der Rechtsverhältnisse am ländlichen Grundbesitz ist in Brandenburg weiterhin von großer Bedeutung für die Entwicklung der ländlichen Räume. Sie schafft die Voraussetzung für das Wirtschaften auf rechtlich gesicherter Eigentums- bzw. Pachtbasis mit einer auf die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse ausgerichteten Infrastruktur an Wegen, Gewässern oder Begleitflächen.

Am 02.03.2000 war durch 18 Teilnehmergeinschaften von großflächigen Flurneuordnungsverfahren im Land Brandenburg auf der Grundlage des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) der „Verband für Landentwicklung und Flurneuordnung in Brandenburg“ (VLF) als Körperschaft des öffentlichen Rechts gegründet worden. Am 01. Januar 2002 hatte der VLF bereits 47 Mitgliedsteilnehmergeinschaften mit ca. 47.000 Teilnehmern (Grundstückseigentümer). Diese repräsentieren 53 Bodenordnungsverfahren. Neben der Pflichtaufgabe Kassen-, Buch- und Rechnungswesen, die der VLF entsprechend seiner Satzung in voller Verantwortung wahrnimmt, wird der Verband auch im Bereich Ausführungsplanung und Bauleitung (Leistungsphasen 5 – 9 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI)) für die beigetretenen Teilnehmergeinschaften tätig. Darüber hinaus übernimmt der VLF als kompetenter Ansprechpartner im ländlichen Raum satzungsgemäß weitere Aufgaben, insbesondere die Übernahme von Ingenieurleistungen im Auftrage der ÄFIE und den Erwerb oder die Pacht von insbesondere landeskulturellen und landschaftspflegerisch bedeutsamer Grundstücken für Zwecke der Flurneuordnung.

Flurneuordnungs- und Flurbereinigungsverfahren dienen dem Ziel, die Eigentumsverhältnisse durch eine zweckmäßige Gestaltung der Flurstücke im Hinblick auf Lage, Form und Größe festzustellen und neu zu ordnen. Maßnahmen des Straßen- und Wegebbaus, der Dorferneuerung, der Wasserwirtschaft, des Boden- und Naturschutzes sowie der Landschaftspflege und sonstiger infrastruktureller Vorhaben werden integriert. Dadurch sollen die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den ländlich geprägten Bereichen durch geeignete Maßnahmen den zukünftigen Erfordernissen angepasst werden. Daneben erfüllen Flurneuordnungs- bzw. Flurbereinigungsverfahren die Aufgabe, flächenbeanspruchende Planungen der öffentlichen Hand durch Bodenordnung zu begleiten, die Landaufbringung sozial verträglich zu gestalten und Konflikte der Landnutzungsansprüche aufzulösen. Durch die Regelung der Rechtsverhältnisse am ländlichen Grundbesitz und die Verbesserung der Produktionsbedingungen unterstützen sie die Land- und Forstwirtschaft, fördern die regionale und gemeindliche Entwicklung und tragen zum nachhaltigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen bei. Als Instrument zur integralen Landentwicklung sind die Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz geeignet, Maßnahmen zu bündeln, wirtschaftlich umzusetzen und Folgeinvestitionen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen auszulösen. Mit Stand vom November 2001 sind 67 Flurneuordnungs-/ Flurbereinigungsverfahren mit einer Fläche von insgesamt 138.487 ha anhängig. In der Südregion des Landes Brandenburg werden 4 der o.g. 67 Verfahren mit ca. 13.000 ha für die Neuordnung der Braunkohlesanierungsgebiete der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbauverwaltung (LMBV) durchgeführt. Ziel dieser Flurbereinigungsverfahren ist es, auf einfachem Weg schnell das Kataster den tatsächlichen neuen Nutzungen anzupassen, eine komplette Vermessung des Verfahrensgebietes durchzuführen, Planungen, soweit sie bereits erkennbar sind, zu unterstützen und eine vernünftige Erschließung aller Flächen zu gewährleisten. Hierzu wird die Bodenordnung durch vereinfachte Flurbereinigungsverfahren vorgenommen (§ 86 FlurbG).

Für die **Flurbereinigung** wurden Zuwendungen in Höhe von insgesamt 18,4 Mill. DM ausgegeben. Außerhalb der GAK wurden im Bereich der Verfahrenskosten im ländlichen Raum insgesamt 11,0 Mill. DM zur Vorbereitung von großflächigen **Flurneuordnungsverfahren** eingesetzt, womit hauptsächlich vermessungstechnische Ingenieursarbeiten und die dazugehörigen vermessungstechnischen Geräte bezuschusst wurden.

Die Landesinitiative zur Verbesserung der Umwelt in landwirtschaftlichen Unternehmen konnte auch 2001 auf einem im Vergleich zu den Vorjahren hohen Niveau weitergeführt werden. 602 landwirtschaftliche Unternehmen haben an dem Programm teilgenommen. Beschäftigt waren 1.569 vom Arbeitsamt geförderte Arbeit-

nehmer (davon 361 Frauen). Insgesamt wurden 26,0 Mill. DM eingesetzt. Davon finanzierte die Bundesanstalt für Arbeit 16,3 Mill. DM. Über das Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ erfolgte eine Kofinanzierung in Höhe von 3,6 Mill. DM. Für die Beschäftigung arbeitsloser Sozialhilfeempfänger gab es Zuschüsse des Sozialamtes in Höhe von 23.928 DM. Annähernd 6,1 Mill. DM brachten die Betriebe als Eigenmittel auf. 2001 erfolgte die Kofinanzierung erstmals nach der neuen „Gemeinsamen Richtlinie des MASGF, des MBJS, des MLUR und des MWFK über die Gewährung von Zuwendungen für Strukturanpassungsmaßnahmen nach den §§ 272 ff. in Verbindung mit § 415 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch“. Die Mittel zur Kofinanzierung der Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) wurden direkt vom MLUR über die Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH (LASA) vergeben.

Marktstrukturmaßnahmen, Direktvermarktung und Erzeugerverbände

Für die **Marktstrukturverbesserung** im Rahmen des **Marktstrukturgesetzes** wurden Investitionsbeihilfen in Höhe von 12,3 Mill. DM ausbezahlt. Die Mittel im Rahmen der Marktstrukturverbesserung waren zum überwiegenden Teil zweckgebunden für die Weiterführung und Beendigung bereits in den Vorjahren begonnener Investitionen zur Schaffung von Absatzeinrichtungen sowie der Rationalisierung bzw. Erweiterung von Unternehmen des Handels und der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Im Rahmen des Marktstrukturgesetzes wurden anerkannte Erzeugerverbände und deren Vereinigungen mittels Start- und Investitionsbeihilfen unterstützt.

Unter den Bedingungen der weiteren Liberalisierung des Weltmarktes und der Osterweiterung der EU ist die Förderung von Investitionen zur Modernisierung und Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse fortzuführen, mit dem Ziel die Wertschöpfung und Konkurrenzfähigkeit dieser Produkte zu erhöhen.

Die **Direktvermarktung** bietet den landwirtschaftlichen Unternehmen die Möglichkeit, innerhalb eines begrenzten Marktsegmentes die Wertschöpfung durch Ausschaltung der Verarbeitungs- und Handelsstufen zu erhöhen. Als arbeitsplatzintensive Veredlung landwirtschaftlicher Erzeugnisse leistet sie darüber hinaus im Rahmen der Diversifizierung landwirtschaftlicher Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Das Förderprogramm wird flächendeckend ohne regionale Differenzierung für konventionell und ökologisch wirtschaftende Unternehmen angeboten.

Im Jahr 2001 wurden durch die Bereitstellung von Fördermitteln in Höhe von 3,4 Mill. DM Investitionen im Gesamtwert von 8,1 Mill. DM durchgeführt und 84 neue Arbeitsplätze geschaffen. Der Investitionsaufwand je Arbeitsplatz in Höhe von 96.893 DM ist niedriger als im langjährigen Mittel (115.215 DM) und im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen. Die Differenzierung zwischen den Landkreisen ergibt sich aus der Antragslage und spezifischen territorialen Bedingungen (Tabelle 4 im Anhang). Die Verteilung der Fördermittel auf die einzelnen Warenbereiche (Tabelle 6 im Anhang) wird durch die Investitionsintensität der einzelnen Produkte, das Kaufverhalten der Kunden in Ballungsräumen, Urlaubszentren und ländlichen Gebieten bestimmt. Nach wie vor bilden die Warenbereiche Fleisch, Obst und Gemüse (insbesondere Spargel) mit 60 % der geförderten Unternehmen die Investitionsschwerpunkte. Der Anteil von ökologisch wirtschaftenden Unternehmen liegt im Durchschnitt bei etwa 7%. Eine Zusammenstellung über die Förderung der Direktvermarktung von 1994 bis 2001 ist als Tabelle 5 im Anhang beigefügt. Die durchschnittlich hohe Gewinn- und Umsatzsteigerung weist auf eine hohe Effizienz der Investitionen und des Fördermitteleinsatzes hin.

Im Jahr 2001 waren nunmehr insgesamt 36 **Erzeugerverbände (EZG) nach dem Marktstrukturgesetz** im pflanzlichen Bereich sowie in den Bereichen der Fleisch- und Milchproduktion wirtschaftlich aktiv. Untergliedert nach Warenbereichen liegen die Schwerpunkte mit 11 Erzeugerverbänden bei der Erzeugung von Schlacht- und Zuchtvieh bzw. Schlachtvieh und Ferkel sowie mit 10 Erzeugerverbänden in der Erzeugung von Rohmilch. In diesen Bereichen sind zunehmende Kooperationen bis hin zu Fusionen nicht ausgeschlossen, Neugründungen jedoch kaum zu erwarten. In den Warenbereichen Qualitätsgetreide, Eier und Geflügel sind weiterhin jeweils 3 EZG und für die Warenbereiche Kartoffeln, Qualitätsraps und pflanzliche Erzeugnisse zur technischen Verwendung oder Energiegewinnung jeweils 2 EZG am Markt tätig. Ferner sind je eine Erzeugerverband für die Warenbereiche Getreide-, Öl- und Hülsenfrüchte, Zuchtvieh und Tabak existent.

Die im Getreidebereich avisierten Anerkennungen von neuen EZG konnte bisher noch nicht erfolgen. In der Regel hat jede EZG konkrete Lieferverträge mit bestimmten Abnehmern, wobei diese Bindungen im Milch- und Fleischbereich besonders ausgeprägt sind.

Die 36 EZG vermarkteten ca. 585.494 t Milch, 13.174 St. Schlachtrinder und 10.249 St. Mastkälber, 316.289 St. Schlachtschweine und 239.213 St. Mastferkel, 6,7 Mill. St. Mastenten, 1,86 Mill. St. Mastgeflügel (Hähnchen) und 793.380 St. Puten sowie 211.000 t Speise- und Stärkekartoffeln, 20.000 t Qualitätsgetreide, 925t Tabak und 24.684 t Qualitätsraps für die technische Verwendung.

Im Warenbereich Milch haben besonders die Erzeugerverbände von dem gegenüber dem Vorjahr noch weiter angestiegenen Erzeugerpreis profitiert. Die Bewertung der Milcherzeugung als zukunftssträchtiger Produk-

tionszweig und der damit starke Wettbewerbsdruck um die Rohmilch dürften die Ursachen sein. Der Rindfleischbereich war im Jahr 2001 nach dem drastischen Markteinbruch in Folge der BSE-Krise durch allmählich wiederkehrendes Verbrauchervertrauen im Zuge umfangreicher vertrauensbildender Maßnahmen gekennzeichnet. Demgegenüber haben die EZG im Schweinebereich gerade wegen der BSE-Krise und des MKS-Ausbruchs in anderen EU-Ländern leichte Vorteile erzielen können. Im Kartoffelbereich konnten die Erzeugergemeinschaften nach schwierigen Jahren durch drastische Anbaueinschränkungen letztendlich eine positive Bilanz ziehen. Im Getreidebereich, der erheblich unter Angebotsdruck lag, sind weiterhin Anstrengungen für die Konzentration des Aufkommens notwendig, da sich die abnehmende Hand immer stärker bündelt. Der Ölsaatenanbau wurde durch positive Marktsignale insgesamt stimuliert und dürfte auch zukünftig durch den höheren Bedarf aus dem Bereich der nachwachsenden Rohstoffe relativ stabile Marktchancen haben.

Die vier Erzeugerorganisationen nach altem EU-Recht haben ihre Aktionspläne nach neuem EU-Recht abgeschlossen. Drei dieser Erzeugerorganisationen konnten eine Neuankennung als Erzeugerorganisation erlangen und haben gleichzeitig operationelle Programme, die eine Laufzeit von fünf Jahren haben, eingereicht. Eine Erzeugerorganisation fusionierte mit einer Erzeugerorganisation in Thüringen. Eine vorläufig anerkannte Erzeugergruppierung nach EU-Recht wurde als Erzeugerorganisation anerkannt, die bereits das erste Jahr nach einem operationellen Programm arbeitete. Die operationellen Programme beinhalten überwiegend Maßnahmen des Qualitäts- und Umweltmanagements und Investitionen in der Produktion und Vermarktung.

Zur Unterstützung der potenziellen Wachstumsbranche bei Obst und Gemüse, die durch komplizierte Marktverhältnisse und geringes Eigenkapital gekennzeichnet ist, hat das Land Brandenburg auch im Jahr 2001 eine einzelstaatliche Beihilfe von ca. 300.000 DM in Ergänzung zur EU-Beihilfe entsprechend der VO (EG) Nr. 2200/96, die sich auf ca. 1,08 Mill. DM belief, gewährt.

Im Jahr 2001 konnten die Erzeugerorganisationen, die den Aktionsplan beendeten bzw. das erste Jahr des operationellen Programms durchführten, die Vermarktungsmenge von Obst und Gemüse – einschließlich Pilze – um 59 % auf 62.203 t steigern (Tabelle 2.4). Dies ist auf die Berücksichtigung einer weiteren Erzeugerorganisation zurückzuführen. Der Gesamtumsatz betrug wertmäßig ca. 52,8 Mill. DM und ist damit um ca. 13,7 Mill. DM höher als im Jahr 2000.

Tabelle 2.4: Vermarktungsmengen anerkannter Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse ¹⁾

Jahr	Erzeugerorganisationen Anzahl	Mitglieder Anzahl	Vermarktete Menge Obst und Gemüse (t)	darunter aus eigener Erzeugung		eigene Erzeugung gesamt (t)
				Obst (t)	Gemüse (t)	
1993	12	221	54.823	28.942	24.625	53.567 ²⁾
1994	11	222	64.983	25.287	35.908	61.196 ³⁾
1995	10	202	49.487	15.645	30.444	46.089 ⁴⁾
1996	10	196	46.523	18.370	25.268	43.638 ⁵⁾
1997	10	199	42.334	31.190	5.807	36.997 ⁶⁾
1998	5	86	29.451	17.940	11.195	28.985
1999	4	90	33.850	18.750	15.000	33.750
2000	4	77	37.022	18.713	16.952	35.665
2001	4	61	62.203	26.450	34.753	61.203

¹⁾ ab 1998 Erzeugerorganisationen mit Aktionsplänen, ab 2001 eine Erzeugerorganisation mit operationellem Programm

²⁾ ohne 4.353 t Interventionsware

³⁾ ohne 6.386 t Interventionsware

⁴⁾ ohne 692 t Interventionsware

⁵⁾ ohne 202 t Interventionsware

⁶⁾ ohne 833 t Interventionsware

Die verbliebende Erzeugergruppierung für Obst und Gemüse nach EU-Recht führt weiterhin ihren Anerkennungsplan zur endgültigen Anerkennung als Erzeugerorganisation durch. Es ergeben sich jedoch noch Schwierigkeiten bei der Erfüllung der Mitgliederanzahl von 15 Erzeugern. Im Jahr 2001 hat die Erzeugergruppierung ca. 1.500 t Obst und Gemüse vermarktet, wobei der überwiegende Anteil aus dem Erzeugnis Spargel besteht, der damit die wertmäßige Komponente dominiert. Insgesamt wurden für den Sektor der Erzeugergruppierungen für Obst und Gemüse 391.166 DM Pauschalbeihilfen ausgereicht (Summe für zwei Erzeugergruppierungen, da Zahlungen nachschüssig erfolgen).

Sonstige Förderung

Die **Ausgleichszulage** für landwirtschaftliche Betriebe in benachteiligten Gebieten leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung einer standortangepassten Landbewirtschaftung in diesen Gebieten. Im Jahr 2001 erhielten 3.456 Unternehmen die Ausgleichszulage. Mit der Zahlung von insgesamt 51,1 Mill. DM wurde dabei die Bewirtschaftung von 242.079 ha Grünland und 571.407 ha Ackerland gefördert.

Die Anpassungshilfe für ältere Arbeitnehmer hilft landwirtschaftlichen Arbeitnehmern im Alter von über 50 Jahren bei Arbeitsplatzverlust infolge von Rationalisierung der Produktion oder Aufgabe landwirtschaftlicher Unternehmen, die Anpassung an die neue Situation zu erleichtern. Sie wird für den Zeitraum vom Ausscheiden aus dem landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis, längstens bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres bzw. bis zum Bezug einer Rente, gewährt. 2001 erhielten 987 Personen die Anpassungshilfe, dafür wurden Mittel in Höhe von insgesamt 1,4 Mill. DM eingesetzt.

Bei der Förderung der **Leistungsprüfung in der tierischen Erzeugung** wurden Zuschüsse in Höhe von 3,8 Mill. DM für die Durchführung der Milchleistungsprüfung durch den Landskontrollverband Brandenburg e.V. bereitgestellt. In diese Milchleistungsprüfung wurden ca. 188.000 Kühe einbezogen. Für die Arbeit des Kontrollrings für Mastschweine, Ferkel und Jungmasthammel beim Brandenburgische Schweineleistungskontrolle und Spezialberatung e.V. wurden Zuwendungen in Höhe von 0,3 Mill. DM bereitgestellt.

Die Förderung der **Vermarktung von Produkten der brandenburgischen Agrar- und Ernährungswirtschaft** ist bei einem gesättigten Lebensmittelmarkt für die Wertschöpfung im ländlichen Raum bei einer agrarisch geprägten Region wie das Land Brandenburg von großer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund wurde auch 2001 der Verband zur Förderung der Agrar- und Ernährungswirtschaft e.V. -pro agro- mit 3,1 Mill. DM bei der Durchführung von Messen und Ausstellungen zur Absatzförderung regionaler Produkte gefördert. Im Rahmen des Operationellen Programms wurde die Qualitätsarbeit des Verbandes pro agro e.V. mit 0,3 Mill. DM gefördert.

In die Erarbeitung der Qualitätsprogramme wurden fachkompetente Vertreter wissenschaftlicher Einrichtungen, der Agrarverbände, Erzeugergemeinschaften sowie der Verbraucherzentrale des Landes einbezogen. Grundlage ist ein zuverlässiges, durchgängig dokumentiertes und kontrollierbares Qualitätssicherungskonzept. Darin sind alle Stufen der Produktion von der Aufzucht über die Mast bis zur Vermarktung/Schlachtung integriert. Es werden an die Rückverfolgbarkeit des Fleisches, der Tiere, des Futters, an Stallhygiene, Arzneimitelesatz sowie das Wohlergehen der Tiere hohe Anforderungen gestellt. Das System setzt auf die Eigenkontrollen der Produzenten und auf freiwillige Kontrollen durch akkreditierte Prüfeinrichtungen. Für die Produktgruppen Schweinefleisch, Rindfleisch, Geflügel und Obst und Gemüse wurden die Qualitäts- und Prüfbestimmungen neu erarbeitet und damit die Voraussetzungen für Erstzertifizierungen der Unternehmen geschaffen.

Die Zuwendungen im Rahmen der GAK für die Durchführung **forstwirtschaftlicher Maßnahmen** betragen insgesamt 15,2 Mill. DM. Dabei wurden vorrangig waldbauliche Maßnahmen, d.h. die Waldmehrung auf bisher nicht forstwirtschaftlich genutzten Flächen durch Erstaufforstung, die langfristige Überführung von Reinbeständen und der Umbau nicht standortgerechter Bestände in stabile Mischbestände, die Jungwuchs- und die Jungbestandspflege sowie die Anlage von Schutzpflanzungen und Feldgehölzen mit Zuwendungen in Höhe von 12,9 Mill. DM gefördert. Darüber hinaus wurden die Gründungs- und Verwaltungsaufwendungen der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse mit 0,5 Mill. DM, die Maßnahmen aufgrund neuartiger Waldschäden mit 0,1 Mill. DM, der forstwirtschaftliche Wegebau mit 0,4 Mill. DM sowie die Zahlung der Erstaufforstungsprämie mit 1,4 Mill. DM gefördert.

2.3 Ausbildung und Weiterbildung

2.3.1 Ausbildung

Im Bereich der **beruflichen Erstausbildung** ist die Zahl der Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben, wobei die Zahl der Auszubildenden in den Berufen Landwirt/in und Gärtner/in insbesondere in der Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau rückläufig ist (Tabelle 2.5). Wie in den Vorjahren wurden Ausbildungsplätze nicht besetzt. Demgegenüber hat die Zahl der Gartenbaufachwerker wesentlich zugenommen. Die Anzahl der aktiven Ausbildungsbetriebe hat sich von 439 im Jahr 2000 auf 566 im Jahr 2001 erhöht. Darin findet das zunehmende Interesse der Betriebe an der Entwicklung eines qualifizierten Nachwuchses seinen Ausdruck, allerdings hat sich die Anzahl der Auszubildenden pro Ausbildungsbetrieb verringert. Drei Viertel der Ausbildungsverhältnisse im 1. Ausbildungsjahr wurden in 2001 über die betriebliche Ausbildung realisiert (Tabelle 7 im Anhang).

Tabelle 2.5: Anzahl der Auszubildenden in ausgewählten Agrarberufen im 1. Ausbildungsjahr 1996 – 2002 (Stichtag: 31.12.2001)

Beruf	1996/97	1997/98		1998/99		1999/00		2000/01		2001/02	
		gesamt	weibl.	gesamt	weibl.	gesamt	weibl.	gesamt	weibl.	gesamt	weibl.
Landwirt/in	202	220	27	186	22	184	13	190	16	159	10
Tierwirt/in	84	100	63	96	61	72	35	65	42	79	44
Gärtner/in	263	294	92	243	83	239	66	241	73	229	77
Pferdewirt/in	47	50	39	53	47	65	53	75	63	70	59
Forstwart/in	69	77	10	79	14	67	8	73	11	76	6
Sonstige	82	96	k.A.	102	31	113	39	113	46	144	42
Insgesamt	747	837		759	258	740	214	757	251	757	238

Die Behindertenausbildung (einschließlich Hauswirtschaftshelfer/in) nach § 48 Berufsbildungsgesetz erreichte im Jahr 2001 mit 230 Ausbildungsplätzen (1996: 177) den höchsten Stand seit sechs Jahren.

Lehrgänge der **überbetrieblichen Ausbildung** wurden in den vertraglich gebundenen Ausbildungseinrichtungen in Brandenburg durchgeführt. In der MLUA Oranienburg wurden insgesamt 233 Auszubildende aus 40 Ausbildungsbetrieben in milchwirtschaftlichen Berufen ausgebildet. In der Lehranstalt für Gartenbau und Floristik Großbeeren erfolgte die überbetriebliche Ausbildung für Gärtner der Fachrichtungen Produktionsgartenbau sowie Garten- und Landschaftsbau. Das Brandenburgische Haupt- und Landesgestüt Neustadt/Dosse behielt die überbetriebliche Ausbildung für die Pferdewirte der Fachrichtung Zucht und Haltung bei. Weitere Lehrgänge für Brandenburger Auszubildende in anderen Agrarberufen wurden wie bisher in anderen Bundesländern durchgeführt. Auf der Grundlage der „Richtlinie zur Förderung der überbetrieblichen Ausbildung“ wurde die überbetriebliche Ausbildung mit ESF- und Landesmitteln in Höhe von 835.000 DM gefördert.

Die Prüfungsergebnisse haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verbessert (Tabelle 2.6).

Tabelle 2.6: Anteil der nicht bestandenen 1. Abschlussprüfungen (%) in ausgewählten Agrarberufen 1996 - 2002

Beruf	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Landwirt/in	16,7	16,4	28,7	57,3	31,5	33,3
Tierwirt/in	32,0	38,5	33,6	46,0	37,3	36,2
Gärtner/in	57,1	46,2	47,3	33,2	42,8	36,4
Pferdewirt/in	21,5	34,6	25,0	61,3	35,3	22,2
Forstwart/in	12,8	6,2	15,3	11,8	24,0	14,5
Fischwirt/in	17,0	25,0	42,0	11,2	33,3	20,0

Werden die Ergebnisse der Abschlussprüfungen in den anerkannten Ausbildungsberufen nach Ausbildungsvertragsformen verglichen, ergeben sich erhebliche Unterschiede, die aber hauptsächlich durch die Auswahl der Teilnehmer für die Ausbildungsformen bestimmt werden. So betrug der Anteil bestandener 1. Abschlussprüfungen im Rahmen der betrieblichen Ausbildung 69 %, bei der betriebsnahen Ausbildung 62%, bei der außerbetrieblichen Ausbildung sogar nur 46 %.

Mit Beginn des Ausbildungsjahres 2001/2002 wurde für Landwirte ein **doppelqualifizierender Bildungsgang** eingerichtet. In der 3jährigen Ausbildungszeit kann neben dem Berufsabschluss als Landwirt/Landwirtin auch die Fachhochschulreife erworben werden. Zusätzlich zum Ausbildungsvertrag schließt der/die Auszubildende mit dem Ausbildungsbetrieb eine Vereinbarung zur erweiterten Beschulung - 16 Wochen statt 13 Wochen je Ausbildungsjahr - ab. In den zusätzlichen Schulwochen werden allgemeinbildende Fächer wie Mathematik, Deutsch, Englisch usw. unterrichtet. In diesen Fächern werden die Prüfungen vom Oberstufenzentrum abgenommen. Es konnte am Oberstufenzentrum Pritzwalk eine Klasse mit 13 Teilnehmern eingerichtet werden.

2.3.2 Berufliche Weiterbildung

Die Veränderung der Berichtssystematik im folgenden Text erfolgt in Anlehnung an die Mitteilung der Kommission „Einen europäischen Raum für lebenslanges Lernen schaffen“ KOM 2001(678).

Abschlussbezogene Weiterbildung

Im Bereich der **beruflichen Fortbildung** nahmen 80 Anwärter/innen an der Meisterprüfung teil, darunter 41 (darunter 7 Frauen) Landwirtschafts-, 4 (2) Tierwirtschafts-, 16 (5) Gärtner-, und 16 (12) Pferdewirtschaftsmeis-

ter/innen. Darüber hinaus legten 31 (2) Fachagrarwirt/innen Baumpflege und 1 Lebensmittelkontrolleur ihre Prüfung ab. Im Jahr 2001 wurden 108 (27) Prüfungen zum „Natur- und Landschaftspfleger“ durchgeführt. Mit Beginn des Schuljahres 2000/2001 nahmen am Oberstufenzentrum Werder/Schulteil Groß Kreuz 23 Teilnehmer (darunter 7 Frauen) im Rahmen des mit dem Schuljahr 1999/2000 begonnenen Schulversuchs die **Fachschulausbildung** zum/zur „Staatlich geprüften Techniker/in Gartenbau“ und „Staatlich geprüften Techniker/in Landbau“ auf.

Lernnachfrage/Bedarfsermittlung

Effizienter Mitteleinsatz in der beruflichen Weiterbildung, bedarfsgerechte, praxisnahe Weiterbildungsangebote und rechtzeitige Orientierung der Bildungsanbieter und der Betriebe als Nachfrager sollen kontinuierlich durch Umfragen, Analysen sowie Konsultationen unterstützt werden. Im Jahr 2001 wurde von den **Regionalstellen für Bildung im Agrarbereich (RBA)** unter Leitung der Landesanstalt für Landwirtschaft in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Neubrandenburg eine wissenschaftliche Untersuchung zum „Fachkräfte- und Bildungsbedarf im Agrarbereich im Land Brandenburg“ durchgeführt. Im Rahmen der Untersuchung wurden mittels Interview anhand eines einheitlichen Fragebogens 1.737 Betriebsbefragungen durchgeführt. Die Ergebnisse werden den Bildungsverantwortlichen aller Ebenen wertvolle Informationen bezüglich Umfang und Inhalten der zukünftigen Bildungsangebote für den Agrarbereich liefern. Weitere Quellen für die Entwicklung eines bedarfsgerechten Bildungsangebots sind die Befragungen von Teilnehmern in Bildungsmaßnahmen und die Anregungen berufsständischer Verbände.

Partnerschaften

Die Weiterbildung im Agrarbereich in Brandenburg orientiert sich an partnerschaftlichen Grundsätzen. Gemeinsam tragen damit alle Akteure die Verantwortung für die Umsetzung der Strategie des lebenslangen Lernens im Agrarbereich. Beteiligt sind vor allem die Bildungseinrichtungen und -träger, die Berufsverbände als Vertreter potenzieller Lerngruppen, wissenschaftliche Einrichtungen, Betriebe, Beratungsunternehmen, die Landkreise sowie die Partnerministerien im Land. Das MLUR führt die Akteure je nach Aufgabe zusammen, unterstützt Koordination und Kooperation und trägt so zur Mobilisierung umfangreicher Kenntnisse, Fähigkeiten und Ressourcen sowie zur Vermeidung von Doppelarbeit und Informationsverlust bei. Der **Landesverband für Weiterbildung im ländlichen Raum e.V.** zählt mittlerweile 16 Mitglieder. Er hat sich im Laufe der Jahre zu einem verlässlichen Partner des MLUR entwickelt. Sowohl im **Fachbeirat des Landesverbandes** als auch im **Fachbeirat der Brandenburgischen Landwirtschaftsakademie (BLAk)** arbeiten Bildungsträger, berufsständische Verbände, Tarifpartner und Verwaltung zusammen. Auf Landesebene arbeitet das MLUR in der **Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) „Lebenslanges Lernen“** und im **Landesausschuss für Berufsbildung** mit.

Lernkultur / Bildungszugang

Die Teilhabe am Prozess des lebenslangen Lernens setzt die Motivation der Lernenden und die Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten voraus. Ein wesentliches Element ist die Unterstützung von Informations-, Beratungs- und Orientierungsleistungen durch das MLUR. Dies erfolgt durch Publikationen in schriftlicher Form, die Präsentation auf der Homepage des MLUR und im „Grünen Bildungskatalog“ des BMVEL, durch Präsentation auf der Brandenburgischen Landwirtschaftsausstellung sowie die Beteiligung der Bildungsträger am bundesweiten Lernfest.

Der Zugang zu Bildungsangeboten wird in Brandenburg durch zentrale Angebote für Führungskräfte in der BLAk, durch Landeseinrichtungen und durch die Einrichtungen der außeruniversitären Agrarforschung sowie durch dezentrale Angebote der Regionalstellen für Bildung im Agrarbereich und anderer Bildungsanbieter gewährleistet.

Im Rahmen der „Richtlinie zur Förderung der Berufsbildung im ländlichen Raum“ wurden 258 Bildungsmaßnahmen mit ca. 5000 Teilnehmern (21 % Frauen) gefördert. Darin enthalten sind die 31 Bildungsmaßnahmen der **Brandenburgischen Landwirtschaftsakademie BLAk** mit insgesamt 409 Teilnehmern (33 % Frauen), für 348 Führungskräfte landwirtschaftlicher Unternehmen und 39 Agrarberater. (Tabelle 8 im Anhang).

Zentrale Bildungsangebote wurden ebenfalls von der **Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL)** und der **Landesanstalt für Gartenbau (LfG)** an den einzelnen Standorten und in Kooperation mit Partnern unterbreitet. Die LfL konnte in 60 Veranstaltungen 2.750 Teilnehmer und die LfG in 14 Veranstaltungen ca. 1.000 Interessenten verzeichnen.

In der **Brandenburgischen Landwerkstatt „Schule für Dorf und Flur“** fanden im letzten Jahr 11 Grundseminare (215 Teilnehmer, darunter 82 Frauen), 5 Fachseminare (80 Teilnehmer, darunter 36 Frauen) und 3 Fachexkursionen (60 Teilnehmer, darunter 24 Frauen) statt. Die **MLUA Oranienburg** führte 32 milchwirtschaftliche Weiterbildungskurse mit insgesamt 555 Teilnehmern zu 11 Themen durch.

Mittelausstattung

Im Jahr 2001 trat die „**Richtlinie zur Förderung der Berufsbildung im ländlichen Raum**“ (LBb) rückwirkend zum 1. Januar 2000 in Kraft. Nach der Übergangszeit im Jahr 2000 wurde in 2001 erstmals nach den Modalitäten der LBb-Richtlinie gefördert, knapp 1,9 Mill. DM wurden bereitgestellt. Die angestrebte Bündelung der Fördermöglichkeiten für Weiterbildung im Agrarbereich konnte erreicht werden.

Darüber hinaus wurden die Bildungsmaßnahmen der **Landwerkstatt „Schule für Dorf und Flur“** mit Landesmitteln in Höhe von 45.200 DM gefördert.

Im Rahmen der **„Richtlinie zur Förderung der Qualifizierung in kleinen und mittleren Unternehmen“** wurden im Jahr 2001 Fördermittel des MASGF in Höhe von 129.000 DM für Bildungsmaßnahmen im Agrarbereich ausgezahlt. Damit wurde die Teilnahme von 106 Personen (darunter 47 Frauen) an 12 Bildungsmaßnahmen gefördert.

2.4 Beratung landwirtschaftlicher Unternehmen

Die Dienstleistung „Beratung landwirtschaftlicher Unternehmen“ wird im Wesentlichen durch folgende Träger angeboten:

- **Kommerzielle Beratung durch privatwirtschaftlich organisierte Beratungsträger**
Die Anbieter von Beratungsleistungen sind Beratungsunternehmen verschiedener Rechtsformen sowie Beratungsringe. Fördermittel zur Inanspruchnahme von Beratungsleistungen erhielten die landwirtschaftlichen Unternehmen nur dann, wenn sie sich zu Beratungsvereinigungen zusammenschlossen hatten. Die für diese Vereinigungen tätigen Berater mussten über eine vom Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung erteilte Bestätigung verfügen, dass sie den Nachweis über fundierte betriebswirtschaftliche und beratungsmethodische Kenntnisse oder produktionstechnisches Spezialwissen erbracht haben.
Im Jahr 2001 haben 2.070 landwirtschaftliche Unternehmen geförderte Beratungsleistungen von 90 Beratern in Anspruch genommen. Dafür wurden Fördermittel in Höhe von 1,98 Mill. DM bereitgestellt.

- Neben den obengenannten Beratungsunternehmen erbrachten eine Reihe weiterer privater Agrarberater kundenfinanzierte Beratungsleistungen für landwirtschaftliche Unternehmen, wofür keine Fördermittel zur Verfügung standen.
Das betrifft auch Beratungsleistungen von gewerblichen Unternehmen, die in Verbindung mit dem Verkauf von Produkten (Futtermittel, Düngemittel, Maschinen etc.) angeboten wurden.

- **Beratung durch Landeseinrichtungen und nachgeordnete Behörden des Geschäftsbereiches des MLUR, Forschungseinrichtungen, Fachverbände und Vertreter des Berufsstandes**
Beratungsleistungen werden in der Regel nicht für den einzelnen Landwirt erbracht, sondern sind mit der Wissensvermittlung an Berater verbunden, die als Multiplikatoren ein wichtiges Bindeglied zur Praxis darstellen. Interessierten Landwirten steht die Nutzung dieser Wissensvermittlung immer offen.

- **Wissensvermittlung durch die Brandenburgische Landwirtschaftsakademie (BLAK)**
Seit 1997 werden im Rahmen der BLAK gezielt Themenkomplexe zur Qualifizierung von Beratern und Führungskräften in Landwirtschaft und Gartenbau angeboten.

Haushaltskürzungen haben zu der Entscheidung geführt, ab dem Jahre 2002 die freiwillige Leistung „Beratungsförderung“ einzustellen. Es wird davon ausgegangen, dass nach einer nunmehr zehnjährigen Aufbauphase der privatwirtschaftlich getragenen Beratungsstrukturen in Brandenburg der Zeitpunkt erreicht ist, dass die landwirtschaftlichen Unternehmen gute Beratung schätzen und diese auch ohne finanzielle Unterstützung durch den Staat weiterhin in Anspruch nehmen werden.

2.5 Förderung der Frauen und der Jugend im ländlichen Raum

Das politische Ziel der ganzheitlichen Entwicklung des ländlichen Raumes ist nicht ohne Beteiligung möglichst großer Teile der Bevölkerung, insbesondere der Frauen zu erreichen. Als Interessenvertretung der Frauen auf dem Lande war der Brandenburger Landfrauenverband e.V. (BLV) aktiv und wurde durch die Landesregierung unterstützt. Der Brandenburger Landfrauenverband e.V. (BLV) hatte sich zum Ziel gesetzt, u.a. die Interessen der Frauen auf dem Lande zu vertreten sowie die Lebensbedingungen der Frauen familienfreundlicher zu gestalten. Es liegt daher im besonderen Interesse des MLUR, Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Aktivitäten zu unterstützen und damit auch einen Beitrag zur Sicherung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im ländlichen Raum zu leisten.

Zur Unterstützung einer kontinuierlichen Arbeit des Brandenburger Landfrauenverband e.V., mit ca. 1.150 Mitgliedern wichtigste Interessenvertretung der Landfrauen, stellte das MLUR im Jahr 2001 dem Verband 50,0 TDM, insbesondere für die Koordinierung und Anleitung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Frauen im ländlichen

Raum zur Verfügung. Darüber hinaus wurden arbeitsmarktpolitische und qualifizierende Projekte fortgeführt, wie

- Konzipierung und Organisation von Bildungsveranstaltungen für Frauen im ländlichen Raum. Dieses Projekt wurde aus Mitteln zur SAM-Kofinanzierung* in Höhe von 31,0 TDM gefördert. (vgl. Seite 13)
- Aktivitäten des BLV zur Unterstützung von Maßnahmen der Absatzförderung (z.B. Landeserntefest, regionale Projekte) im Rahmen eines Kooperationsvertrages mit pro agro e.V., die mit 210,0 TDM unterstützt wurden.
- das Transnationale LEONARDO-Projekt der Humboldt-Universität zu Berlin und des BLV unter Beteiligung der BLAK zur Weiterbildung weiblicher Führungskräfte.

Hervorzuheben ist das ehrenamtliche Engagement der Landfrauen, die das Leben in den Dörfern entscheidend mitgestalten.

Jugendförderung

Als anerkannter freier Träger der Jugendhilfe unterstützt der **Berlin-Brandenburgische Landjugend e.V. (B.B.L.)** junge Menschen im ländlichen Raum und versucht, das Leben für sie in den Dörfern attraktiver zu machen und so die Abwanderung der jungen Generation einzuschränken. Die Wirksamkeit der Arbeit der Landjugend hat sich im Jahr 2001 spürbar erhöht. Das Ergebnis einer qualifizierten Öffentlichkeitsarbeit (Internet und Publikationen) ist unter anderem eine gestiegene Nachfrage der Jugendlichen nach Jugendbegegnungen, nicht nur mit Jugendlichen aus Brandenburg, sondern auch aus Polen und Frankreich sowie Betreuerschulungen. Wichtige Höhepunkte waren die „48 Stundenaktion“, in der mit 800 Teilnehmern in 53 Orten Brandenburgs gemeinnützige Tätigkeiten geleistet wurden und die Hochwasserhilfe. Etwa 200 Kinder aus dem polnischen Hochwassergebiet verbrachten 10 Tage im Landjugendferienlager Prebelow. Spendengüter im Wert von mehr als 10,0 TDM wurden gesammelt und in Gorczyze übergeben.

Das MLUR unterstützt im Rahmen von Projekten die Arbeit der B.B.L. im Jahr 2001 mit 170,0 TDM.

2.6 Agrarforschung

Der Wandel der Landwirtschaft und Ernährungsindustrie von klassischen zu modernen Methoden und Verfahren, wie der Agrar- und Ernährungsbiotechnologie sowie der Erzeugung nachwachsender Rohstoffe als Einkommensalternative, erfordert eine neue Qualität der Vorlauf- und Begleitforschung über die gesamte Prozesskette von der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte bis hin zu ihrer optimierten Verarbeitung und Bereitstellung. Angesichts der hohen Erwartungen der Bevölkerung an die Sicherheit und Qualität der Lebensmittel und den Verbraucherschutz aber auch an die Qualität der Landnutzung hat die Agrarforschung einen wachsenden Stellenwert.

Die außeruniversitäre Agrarforschung schaffte im Jahre 2001 wesentliche Voraussetzungen für:

- eine wettbewerbsfähige nachhaltige Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft
- Perspektiven für Landwirtschaft und ländliche Räume
- gesundheitlichen Verbraucherschutz durch verbesserte Lebensmittel und Produktsicherheit und
- Sicherung und Verbesserung der Produkt- und Prozessqualität bei Lebensmitteln und anderen Produkten.

Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

Das **Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung e.V. Müncheberg (ZALF)** untersucht aktuell zu erwartende Probleme bei der Nutzung von Agrarlandschaften. Dazu werden Strategien und Managementkonzepte für eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung in Form eines modellgestützten Entscheidungsunterstützungssystems entwickelt. Dies erfordert interdisziplinäre, sektorübergreifende Forschung, wie die Analyse des Natur- und Landschaftshaushaltes, Einbeziehung ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Faktoren sowie verlässliche Daten und optimale Modellkopplung. Kern dieses Ansatzes ist das Verbundprojekt „Nachhaltige Landschaftsentwicklung – Nordmitteleuropa 2020“.

Das Verbundforschungsprojekt „GRANO“ entwickelte und erprobte Konzepte, die zu einer nachhaltigen Nutzung von Agrarlandschaften in ausgewählten Regionen Nordostdeutschlands beitragen. Als Fallbeispiel dient ein Modellgebiet, das die Landkreise Uckermark, Barnim und Elbe-Elster umfasst. Am Ende des Projektes sollen Methoden und Konzepte umgesetzt werden, die langfristig ökonomische, ökologische und soziale Wirkungen haben. Beteiligte Fachdisziplinen sind dabei die Agrarökonomie, Soziologie, Ökologie, Politikwissenschaft und Regionalplanung. Die Forschungsergebnisse wurden anlässlich des Rapstages und Feldtages in Dedelow, des havelländischen Grünlandtages sowie des Grünlandtages im Naturpark „Niederlausitzer Heidelandschaften“ an mehr als 800 interessierte Praktiker vermittelt.

Das **Institut für Agrartechnik Potsdam-Bornim e.V. (ATB)** erarbeitet verfahrenstechnische Grundlagen für eine integrierte Landbewirtschaftung und entwickelt innovative technische Lösungen für die agrartechnische

Industrie. So erarbeitete das ATB gemeinsam mit der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), dem Kuratorium für Technik und Bauen in der Landwirtschaft (KTBL) und dem Umweltbundesamt einen Bericht zur Anpassung der deutschen Methodik zur rechnerischen Emissionsermittlung an internationale Richtlinien sowie zur Erfassung und Prognose der Ammoniakemissionen der Landwirtschaft und Szenarien zu deren Minderung bis zum Jahr 2010. Die Ergebnisse dieses Projektes ermöglichen eine präzisere Beurteilung von Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft und sind somit Grunderkenntnisse zur Umsetzung des aktuellen Wissensstandes in Regelwerke und Vorschriften.

Ein weiterer Teil der verfahrenstechnischen Entwicklungen des ATB zielt auf alternative Einkommensquellen für die Landwirtschaft. Weitere am ATB entwickelte Verfahren sind die Anwendung von pflanzlichen Kohlenstoffsubstraten bei der Erzeugung von Biogas sowie die kostengünstige Erzeugung von hochreinen Hanffasern aus feldgetrocknetem Grünhanf. Ein weiteres prägendes Forschungsgebiet des ATB ist die Qualitätsbestimmung und Qualitätssicherung im Nacherntebereich, insbesondere bei leicht verderblichen Produkten, wie Obst, Gemüse und Kartoffeln. Im Rahmen eines Projektes des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurde begonnen, Sensoren für umweltgerechte und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit verbessernde Technologien zu entwickeln. Die in Teilprojekten angelegte Kooperation umfasst insgesamt 32 Partner im Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen. Diese sind im Kompetenznetzwerk „Pro Senso.net“ verbunden, um Synergien zwischen Forschung, Entwicklung und Industrie zu erzielen.

Das **Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau Großbeeren/Erfurt e.V. (IGZ)** führte im Rahmen der anwendungsorientierten Grundlagenforschung in den Bereichen Gemüse- und Zierpflanzenbau interdisziplinäre Forschungsarbeiten

- zur Erarbeitung von Bewirtschaftungsstrategien zur nachhaltigen Gemüseproduktion im Freiland
- zur integrierten Reproduktion von Zierpflanzen
- zur Schaffung von Grundlagen für Qualitätsmanagement- und Expertensysteme zum Freilandgemüseanbau sowie für Produktionsstrategien zu Gewächshauskulturen.

Die erfolgreiche Drittmittelinwerbung ermöglichte die Einrichtung eines Diagnoselabors für Pflanzenqualität als Innovations- und Gründerlabor im Bereich der Analytik von sekundären Pflanzenstoffen und Mineralstoffen. Damit wurde die Voraussetzung für die Aufklärung und Modellierung pflanzenphysiologischer und bodenbiologischer Prozesse der Nährstoffaufnahme und -verfügbarkeit geschaffen. Des Weiteren ist verstärkte grundlagenorientierte Forschung in der Charakterisierung und Identifikation bisher nicht bestimmter bioaktiver, sekundärer Pflanzenstoffe möglich. Diese Stoffe werden im Bereich der Functional Food und Arzneimittelherstellung im zunehmenden Maße nachgefragt. Vor dem Hintergrund des steigenden Informationsbedarfes der gartenbaulichen Praxis wurden Beratungssysteme mit Kooperationspartnern zu Düngungs-, Pflanzenschutz- und Bewässerungssystemen entwickelt und veröffentlicht.

Mehrländereinrichtungen

Im **Forschungsinstitut für Bergbaufolgelandschaften Finsterwalde e.V. (FIB)** wurden im Jahr 2001 die Arbeiten zur Schaffung naturwissenschaftlicher Grundlagen zur Wiederherstellung intakter leistungsfähiger Bergbaufolgelandschaften im ländlichen Raum der Niederlausitzer Region fortgeführt. Besonders praxiswirksam bei der Rekultivierung der devastierten Flächen waren Erkenntnisse zur Entwicklung der Grundwasserneubildung und der Grundwasserqualität in Kippenkörpern für die Wiedernutzbarmachung der Kippenflächen, ihrer Wiedereingliederung in den Landschaftshaushalt sowie die langfristige wasserwirtschaftliche und landbauliche Nutzung. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Untersuchungen zur Entwicklung und Anwendung neuartiger stickstoffreicher Humusstoffe auf Braunkohlenbasis mit ihren ertragssteigernden und bodenverbessernden Wirkungen bei der landwirtschaftlichen und forstlichen Rekultivierung von Bergbaufolgeflächen.

Im **Länderinstitut für Bienenkunde Hohen Neuendorf e.V. (LIB)** wurden die anwendungsorientierten Forschungsgebiete der Bienenzucht und -krankheiten durch den Einsatz neuer molekularbiologischer Methoden erweitert. So wurde eine molekularbiologische Methode zur Diagnose der amerikanischen Faulbruterreger entwickelt. Die Verbesserung der diagnostischen Labormethoden führen zu einer Verkürzung der Untersuchungsdauer und zur Erhöhung der Spezifität und Sensibilität des Nachweises. Die damit verbundenen Forschungsarbeiten zur molekularen Epidemiologie sollen die Grundlage schaffen für nationale Entscheidungen zur Prävention und/oder Bekämpfung der Bienenkrankheiten. Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten auf den Gebieten der Selektion varoatoleranter Honigbienen unter Berücksichtigung von Abwehrmechanismen sowie die Einflussnahme des Imkers auf die Varoamilbenpräsenz wurden in 61 Vorträgen, 28 Veröffentlichungen national und international sowie im Rahmen von 21 Lehrgängen an 313 Imker vermittelt. In 18 halbtägigen Kursen für Schulklassen mit 313 Schülern wurde die Bedeutung der Imkerwirtschaft sowie die Bedeutung der Honigbiene als Bioindikator vorgestellt. Des Weiteren erfolgten 400 Fachberatungen für Imker und Behörden.

Die Arbeiten des **Institutes für Binnenfischerei Potsdam Sacrow e.V. (IBF)** konzentrierten sich im Jahre 2001 vorrangig darauf, Fischerei und Fischartenschutz, insbesondere in den neu entstehenden Bergbaurestge-

wässern zu sichern und die Ausweitung der Aquakultur zu befördern. Die seit 1996 fortgeführte fischereiliche Bonitierung (Ertragsschätzung mit zum Teil ausführlichen Bewirtschaftungsempfehlungen) ergab besonderen Handlungsbedarf für einige durch Angelvereinigungen gepachtete Gewässer. Für eine Reihe von neu entstehenden Braunkohltegebaurestseen wurden fischereiliche Nutzungskonzepte erarbeitet und der Aufbau von gewässertypischen Fischbeständen in Einzelgewässern fortgesetzt. Die Wiederansiedlung von Lachs und Meerforelle im Stepenitzsystem sowie von Nordseeschnäpeln in der Mittelelbe sind fortgeführt worden. Die Technologie der Zandermast mit Trockenfutter und/oder Fischfutter wurde soweit entwickelt, dass in einer zweiten Etappe die Überführung in die Praxis erfolgen kann. Im Rahmen der Berufsausbildung und beruflichen Weiterbildung auf dem Gebiet der Fischereiwirtschaft erfolgte eine Unterweisung von insgesamt 29 Teilnehmer auf dem Gebiet der Elektrofischerei. An der Jahrestagung des Institutes am 12.09.2001 nahmen 100 Personen teil.

Sonstige Einrichtungen

Die **Milchwirtschaftliche Lehr- und Untersuchungsanstalt Oranienburg e.V. (MLUA)** als Kompetenzzentrum Milch im Land Brandenburg konnte 2001 auf den Tätigkeitsfeldern Lehre, Forschung und Untersuchung ihre fachliche Kompetenz bundesweit profilieren. In ihrer Funktion als überbetriebliche Ausbildungsstätte unter Nutzung der modernen Lehrmolkerei für die milchwirtschaftlichen Ausbildungsberufe in den neuen Ländern bildete die MLUA 233 angehende Molkereifachleute und milchwirtschaftliche Laboranten aus 40 Betrieben aus. Ergebnisse von Forschung und Lehre nutzend, realisierte die MLUA die Fortbildung von 555 Teilnehmern aus dem Bereich Landwirtschaft, Molkereibranche, Lebensmittelüberwachung und Lebensmittelwirtschaft. Erhöhte Nachfrage bestand in der Schulung von Fachleuten aus Osteuropa zu Fragen des EU-Milchrechtes, der Analytik und des Qualitätsmanagements. Zu diesen Fragestellungen wurden 29 Teilnehmer aus Litauen, Polen und der Slowakei weitergebildet. Die Lehrmolkerei der MLUA wurde von 33 Gästen aus 11 Ländern unter dem Gesichtspunkt des Aufbaus von Kleinmolkereien in den Herkunftsländern der Gäste besucht. Zur Sicherstellung des Verbraucherschutzes und der Gesundheitsvorsorge auf dem Gebiet der Milchindustrie wurden 33.000 chemische, mikrobiologische und sensorische Untersuchungen durch die MLUA erbracht. Zur Sicherstellung von Lebensmittelsicherheit und gesundheitlicher Unbedenklichkeit wurden Arbeiten zur Entwicklung von Methoden zum Nachweis von Bifidobakterien in probiotischen Milchprodukten sowie Methodenentwicklung zum Nachweis von Krankheitserregern in der Milch durchgeführt. Vom 13.-16.11.2001 führte die MLUA das 9. Oranienburger Milchforum zur Thematik „Verbrauchergrundrechte – Bestandaufnahme und Trends in der Milchbranche“ mit 125 Teilnehmern als Fachtagung durch.

Im **Institut für Getreideverarbeitung Bergholz-Rehbrücke GmbH (IGV)** wurden neue Technologien zur Herstellung von Backwaren durch die Vermeidung unnötiger Stoffzusätze und die Verringerung des Energieaufwandes entwickelt. Generelle Zielstellung des IGV bei der Produkt- und Verfahrensforschung ist die Bewahrung und Erweiterung des Anteils von Getreide, insbesondere Roggen, in der Ernährung. Im Rahmen der Ernteuntersuchung zur Getreidequalität von Roggen und Weizen wurden neben der Bewertung der äußeren und inneren Beschaffenheit sowie der Verarbeitungsqualität des Getreides Untersuchungen zum Mykotoxinstatus in Bezug auf die Fumosenbelastung und die Kontamination mit den von Feldpilzen gebildeten Fusarientoxinen im Sinne der Gesundheitsvorsorge durchgeführt. Die Wirkung von Mikroalgenwirkstoffen als Zusatzstoffe in der Tierernährung wurde insbesondere bei der Putenmast, Legehennenhaltung und Fischzucht untersucht. Auf dem Gebiet der Nutzung des Rohstoffes Getreides für technische Applikationen wurden Weiterentwicklungen der Produktfamilie Ceralith sowie Untersuchungen zur Produktion geschäumter Baustoffe für den Akustikschallschutz auf Getreidebasis durchgeführt. In der überbetrieblichen Lehrunterweisung auf dem Gebiet des Backwaren- und Konditoreigewerbes fanden insgesamt 436 Lehrunterweisungen statt. Innerhalb der Vorbereitungslehrgänge für die Meisterprüfung sowie im Rahmen der Verbundausbildung wurden 29 Teilnehmer geschult. Weiterbildungsseminare zu Fragen der Warenkunde und Innovationen in der Lebensmittelindustrie wurden für 244 Teilnehmer durchgeführt. Die 13. Internationale Tagung zu Problemen der Getreideverarbeitung und Getreidechemie „Teige-Massen-Schäume“ wurden von 120 Teilnehmern aus 9 europäischen Ländern besucht.

Mit seinen Arbeiten zur Biotechnik der Fortpflanzung bei Rind, Schwein, Ziege/Schaf und Pferd ist das **Institut für Fortpflanzung landwirtschaftlicher Nutztiere Schönow e.V. (IfN)** für die Tierzüchter aus Brandenburg und zunehmend darüber hinaus anerkannter Partner in Forschung und Service. Auf dem Gebiet der Abstammungskontrolle wurden durch das IfN im Jahre 2001 insgesamt 5.032 Rinder und 1.462 Schweine auf ihre Abstammung untersucht. Gendiagnostische Untersuchungen auf Erbfehler und Leistungsmarker erfolgten bei 709 Rindern. Das Leistungsangebot auf dem Gebiet der Gendiagnostik wurde erheblich ausgebaut. Damit unterstützt das IfN die Bemühungen der Tierzüchter um verbesserte Effizienz auf der einen aber auch um erhöhte Transparenz für den Verbraucher auf der anderen Seite. Am IfN wurden in 2001 insgesamt 26 Lehrgänge zur Aus- und Fortbildung auf tierzüchterischem Gebiet mit insgesamt 308 Teilnehmern durchgeführt. Im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen wurden in 4 Tageskursen für Landwirtschaftsschulen und Oberstufenzentren insgesamt 44 Landwirte, Meister und Schüler über den Stand der Nutzung biotechnischer Verfahren der Tierzucht informiert.

Erstmals wurde im Rahmen eines Projektes des pädagogischen Landesinstitutes Brandenburg 2 Tageskurse zur Weiterbildung von Lehrern aus der landwirtschaftlichen Berufsbildung durchgeführt.

Am **Institut für Veterinärpharmakologie und Toxikologie Bernau GmbH (IVPT)** wurde im Rahmen einer Verfahrensentwicklung die Komplexanalytik von ausgewählten Pflanzenschutzmitteln in pflanzlichen und tierischen Matrices abgeschlossen. Im Ergebnis des Projektes können insgesamt 238 einzelne Wirksubstanzen von Pestiziden in Anlehnung an die Methode S 19 der Staatlichen Sammlung § 35 des Lebensmittelbedarfsgegenstandesgesetzes (LMBG) analysiert werden. Weiterhin wurde ein Verfahren zur Multitoxinanalytik im Futter und in Lebensmitteln durch eine optimierte Kopplung von 2 Immunoaffinitätsäulen entwickelt. So können wichtige Mykotoxine in einem Analysengang mit hohen Nachweisgrenzen in Getreide-, Futter- und Lebensmittelproben bestimmt werden. Das Verfahren findet unter anderem Anwendung bei der Qualitätskontrolle in der Lebensmittel- und Futtermittelindustrie des Landes Brandenburg. Mit der Zielstellung, für die Verbraucher eine Transparenz der Produktion aufzuzeigen, die neben erfahrbaren Qualitätskriterien eine hohe Lebensmittelsicherheit gewährleistet, wurden am IVPT die Qualitätsprogramme in der landwirtschaftlichen Erzeugung von Rindfleisch, Obst und Gemüse weiter entwickelt und kamen bei namhaften Erzeugern zum Einsatz.

Die **Lehr- und Versuchsanstalt für Tierzucht und Tierhaltung Ruhlsdorf/Groß Kreutz e.V. (LVAT)** konnte sich 2001 als Versuchsbetrieb und bedeutendster Kooperationspartner der Landesanstalt für Landwirtschaft weiter profilieren. Die LVAT ist die wichtigste praktische Versuchs- und Untersuchungsbasis der brandenburgischen Agrarforschung in der Tierhaltung. Als hoheitliche Aufgaben wurden der LVAT die Durchführung der stationären Leistungsprüfung als Nachkommen- und Herkunftsprüfung für die Tierarten Rind, Schwein und Schaf sowie der Futterwertleistungsprüfung übertragen. Die LVAT ist die zentrale Versuchsstätte zur standortangepassten Umsetzung nationaler und internationale Forschungsergebnisse in die Praxis und leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Betriebe.

Ein Schwerpunkt waren unter anderem wissenschaftliche Untersuchungen neuer Technologien in der Tierhaltung, wie z.B. der Einsatz automatischer Melksysteme und ihrer Auswirkungen auf Wirtschaftlichkeit und Tiererschutz bei der Praxiseinführung. Im Sinne der Verbraucher- und Konsumentenaufklärung sowie im Hinblick auf erhöhte Transparenz der landwirtschaftlichen Produktion wurden Betriebsbesichtigungen von insgesamt ca. 2.500 Schülern, Verbrauchern und Studenten in Anspruch genommen. Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung führte die LVAT in Zusammenarbeit mit der Landesanstalt für Landwirtschaft insgesamt 17 Lehrgänge bzw. Schulungen durch. Des Weiteren war die LVAT im Jahr 2001 Gastgeber der Nachwuchstagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

2.7 Internationale Zusammenarbeit im Agrarbereich

Die Internationale Zusammenarbeit des MLUR im Agrarbereich erstreckte sich im Jahr 2001 wiederum auf die Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) und hier insbesondere auf die Beitrittsstaaten, wobei der Kooperation mit der Republik Polen und den drei baltischen Republiken Estland, Litauen und Lettland eine besondere Bedeutung zukommt. Darüber hinaus gab es in begrenztem Umfang Kooperationen mit Weißrussland.

Die Felder der Zusammenarbeit konzentrieren sich in erster Linie auf die Unterstützung der genannten Beitrittsstaaten im Prozess der Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft. Die Kooperationsfelder sehr vielgestaltig und erstrecken sich von Maßnahmen zur Unterstützung des Verwaltungsaufbaus bis hin zu konkreten Partnerschafts- und Austauschprogrammen, beispielsweise in der Zusammenarbeit von Erzeuger- und Absatzorganisationen aber auch in der Kooperation in Lehre und Forschung.

Im Rahmen der **länderübergreifenden Zusammenarbeit** kamen im Jahr 2001 ca. 100 Agrarstudenten für vier Monate auf etwa 70 Agrarbetriebe des Landes. Hier lernten sie aus eigener Anschauung, über die praktische Arbeit, Abläufe und Management in umgestalteten Betrieben kennen. An den Praktika waren Studenten der oberen Semester von Universitäten aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, der Ukraine und Weißrussland beteiligt.

Die Erfahrungen, die in Brandenburg nach dem Beitritt zur EU gemacht wurden, sind für die Beitrittsstaaten von zunehmendem Interesse. Insbesondere die Arbeit der Fondverwaltung für die Strukturfonds, der Zahlstelle oder die Kontrolle der Verwendung von EU-Mitteln, sind zunehmend gefragt. In Seminaren für hochrangige Delegationen aus Lettland, Polen und Ungarn wurden diese Brandenburger Institutionen und ihre Arbeit vorgestellt.

Der geografische Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit **Polen** lag weiterhin in den benachbarten Wojewodschaften Großpolen (Hauptstadt Poznan), Lebuser Land (Hauptstadt Zielona Gora) und Westpommern (Hauptstadt Szczecin). Hier gibt es enge Kontakte zu den zuständigen Fachkollegen in den Wojewodschafts- und Marschallämtern. Eine gemeinsam mit der deutschen Seite geschaffene Arbeitsgruppe der Verwaltungsfachleute trifft sich regelmäßig zum Erfahrungsaustausch zu aktuellen Themen und bespricht Notwendigkeiten und Mög-

lichkeiten einer engen fachlichen Kooperation. Das Instrument regelmäßiger Workshops zum Zweck der Unterstützung der polnischen Seite bei der Vorbereitung auf den EU-Beitritt wird gut genutzt und zielorientiert eingesetzt.

Um Nachhaltigkeit und Breitenwirkung zu erzielen und um mehr Menschen in die grenzübergreifende Zusammenarbeit einzubeziehen, stand aber auch die Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen, wie der Verbände der Landfrauen, aber auch der Imker, Fischer, Schafhalter, Obst- und Gemüseerzeuger, im Vordergrund. Auf Initiative des MLUR trafen sich die Mitglieder der jeweiligen Verbände, es wurden Fachreferate gehalten, spezielle Betriebe gemeinsam angesehen, der Erfahrungsaustausch initiiert.

Zur Fortbildung auf speziellen Gebieten und zur Präsentation der Arbeit der wissenschaftlichen Einrichtungen Brandenburgs fanden Seminare für jeweils 50 bis 80 Fachleute beider Seiten zu speziellen Bereichen statt, wie zum Obst- und Gemüsebau, zur Bienenhaltung, zur Beratung und zur Ausstattung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Landtechnik.

Für klein- und mittelständische Unternehmen ist die Zusammenarbeit brandenburgischer Erzeugerorganisationen im Obst- und Gemüsebau mit entsprechenden polnischen Strukturen von besonderer Bedeutung. In diesem Rahmen fanden zahlreiche Beratungen der Betriebsleiter und Besuche auf der jeweils anderen Seite statt. Erfahrungen über Organisation und Aufgaben, sowie über Absatzmöglichkeiten in beiden Ländern wurden ausgetauscht. Die Zusammenarbeit führte u.a. zur Anerkennung einer Erzeugerorganisation in Westpommern, die somit von der EU gefördert werden kann.

Wie in den vergangenen Jahren hat das MLUR zwei Begegnungen polnischer und brandenburgischer Jugendlicher unterstützt, die von der Berlin-Brandenburgischen Landjugend durchgeführt wurden. Die Begegnungen dienten insbesondere dem gegenseitigen Kennenlernen und dem Erfahren der anderen Kultur.

An der größten Agrarmesse Polens, der „Polagra“ in Posen, war Brandenburg zum zweiten Mal mit einem Stand vertreten. Sieben Unternehmen des Landes stellten sich und ihre Produkte vor, pro agro e.V. informierte über das Land und die mögliche Zusammenarbeit im Nahrungsmittelsektor.

Die EU hat für die Beitrittsländer ein Hilfsprogramm zur Entwicklung des ländlichen Raumes, das SAPARD-Programm, aufgelegt. Voraussetzung dafür, dass dieses Programm greift, sind Planungsgrundlagen zur Entwicklung der Regionen (Wojewodschaften) und der Aufbau von Strukturen, welche diese Aufgaben übernehmen können. Die EU fördert dies in einem Twinning-Projekt, das im September 2001 begann und eine Laufzeit von 24 Monaten hat. Die Projektleitung liegt im MLUR. Als Langzeitberater in der zentralen Planungsbehörde in Warschau wurde ein Mitarbeiter des MLUR eingesetzt. Zahlreiche Fachleute aus dem MLUR aber auch aus der ILB bringen hier in Kurzzeiteinsätzen ihr Fachwissen ein. Das Projekt hat ein Volumen von 900.000 Euro.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit **Lettland** waren der Erfahrungsaustausch im Veterinärbereich wie auch im Bereich der Umsetzung von EU-Fördermaßnahmen mit Fachleuten aus der neu zugelassenen Zahlstelle Lettlands.

Wie in den vergangenen fünf Jahren wurden lettische Forststudenten der Agraruniversität Jelgava im Rahmen eines gemeinsam organisierten Praktikums in die brandenburgische bzw. nordrhein-westfälische Forstverwaltung eingeführt. Die Studenten studieren in den oberen Semestern und verwenden die hier gesammelten Informationen für ihre Diplomarbeiten. Die Forstschule Finkenkrug hat in bewährter Weise die Planung und Durchführung übernommen.

Die Nahrungsmittelkontrolle hat nicht nur in der EU, sondern auch in den Beitrittsstaaten große Bedeutung. Im Rahmen eines Twinning-Projektes wird Lettland dabei unterstützt, seine Verwaltung, Laborstruktur und die gesetzlichen Grundlagen an die Erfordernisse der EU anzupassen. Das Projekt schließt sich an das vorhergehende Projekt mit dem lettischen Landwirtschaftsministerium als Projektpartner an und hat eine Laufzeit von 18 Monaten. Die Projektleitung liegt beim Landestierarzt im MLUR. Vor Ort koordinierte ein Langzeitberater aus Niedersachsen für einen Zeitraum von 10 Monaten die Aktivitäten. Die EU finanziert das Projekt mit einem Volumen von 250.000 Euro.

Zahlreiche Kurzzeitfachleute aus dem MLUR und dem nachgeordneten Bereich berieten die lettischen Experten in den neuen Aufgaben.

Auch im Jahr 2001 wurden wieder sechs Fachleute des Pflanzenkontrollzentrums **Estlands** für Kontrollaufgaben im Grenzeinlassdienst qualifiziert. Innerhalb einer Woche wurden sie in spezielle Untersuchungsmethoden an der Landesanstalt für Landwirtschaft (Abteilung Analytik) sowie dem Institut für Getreideverarbeitung in Bergholz-Rehbrücke eingeführt.

Vom Institut für Agrarmanagement an der Universität Minsk in **Weißrussland** wurden auch im Jahr 2001 fünf Nachwuchs-Führungskräfte ausgesucht und sprachlich auf einen viermonatigen Aufenthalt in Brandenburg vorbereitet. Die jungen Leute arbeiteten unter denselben Bedingungen wie die anderen Praktikanten auf den Betrieben Brandenburgs. Um ihren Kenntnissen und fachlichen Voraussetzungen besser zu entsprechen, erhielten sie während des Aufenthaltes eine vertiefende theoretische Fortbildung von 14 Tagen, die Themen der Agrarpolitik der EU, des Bundes und des Landes, aber auch spezielle, insbesondere agrarökonomischen Themen beinhaltete.

3 Landwirtschaft

3.1 Unternehmensstruktur

Entsprechend des Agrarstatistikgesetzes von 1998 erfolgt die Erfassung der im Folgenden dargestellten Strukturdaten nur alle zwei Jahre.

Die Anzahl landwirtschaftlicher Unternehmen hat gegenüber dem Jahr 1999 nur geringfügig um 1,3 % auf 6.914 Unternehmen abgenommen (Tabelle 3.1). Diese Veränderung der Zahl der Unternehmen verlief nahezu gleichermaßen in allen Rechtsformen. Die Zahl der natürlichen Personen hat sich um 70 Unternehmen auf 6.013 Unternehmen verringert. Nach Schätzungen des MLUR belief sich die Anzahl der Haupterwerbsbetriebe 2001 auf 1.657. Bei den Unternehmen in Rechtsform juristischer Personen belief sich die Anzahl im Jahr 2001 auf insgesamt 901 Unternehmen, was einem Rückgang um 2,6 % gegenüber 1999 entspricht. Dabei hat sich insbesondere die Zahl der eingetragenen Genossenschaften und sonstigen juristischen Personen (z.B. eingetragene Vereine) deutlich verringert, während sich die Zahl der GmbH und AG stabilisiert hat.

Tabelle 3.1: Unternehmensstruktur in der Landwirtschaft (einschl. Gartenbau ohne Binnenfischerei)

Rechtsform	1996	1997	1998	1999	2001	2001:1999 (%)
Unternehmen insgesamt	7.808	7.874	7.954	7.008	6.914	98,7
Juristische Personen, insg. dav.:	903	923	948	925	901	97,4
Eingetr. Genossenschaften	288	280	276	266	251	94,4
GmbH	519	551	583	587	580	98,8
AG	8	7	8	10	11	110,0
Sonstige	88	85	81	62	59	95,2
Natürliche Personen, insg. dav.:	6.905	6.951	7.006	6.083	6.013	98,8
Personengesellschaften	594	614	629	645	636	98,6
Einzelunternehmen	6.311	6.337	6.377	5.438	5.377	98,9

Quelle: LDS, Bodennutzungshaupterhebung

Die insgesamt von den Unternehmen landwirtschaftlich genutzte Fläche hat sich gegenüber dem Jahr 1999 geringfügig um rund 4.400 ha auf 1.343.012 ha verringert (Tabelle 3.2). Wie in den Vorjahren fand eine weitere Flächenabstockung bei den Unternehmen in der Rechtsform juristischer Personen, insbesondere bei eingetragenen Genossenschaften, zu Gunsten natürlicher Personen statt. Dennoch sind juristische Personen mit rund 60 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche nach wie vor bestimmend für die Struktur der brandenburgischen Landwirtschaft. Der Flächenanteil der Einzelunternehmen hat sich weiter erhöht und betrug im Jahr 2001 22,2 %. Von den Haupterwerbsbetrieben wurden 2001 insgesamt 219.814 ha LF bewirtschaftet.

Tabelle 3.2: Landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Rechtsformen

Rechtsformen	1997		1998		1999		2001	
	1.000 ha	Anteil (%)	1.000 ha	Anteil (%)	1.000 ha	Anteil (%)	1.000 ha	Anteil (%)
Juristische Personen	846	62,9	841	62,4	822	61,0	807	60,1
dar.:								
Eingetr. Genossenschaften	406	30,2	390	28,9	379	28,1	364	27,1
GmbH	426	31,7	437	32,4	429	31,8	427	31,8
Natürliche Personen	499	37,1	507	37,6	526	39,0	536	39,9
davon:								
Personengesellschaften	227	16,9	229	17,0	237	17,6	238	17,7
Einzelunternehmen	272	20,2	278	20,6	289	21,4	299	22,2
Gesamt	1.345	100	1.348	100	1.347	100	1.343	100

Quelle: LDS

Tabelle 3.3: Durchschnittliche Flächenausstattung der Unternehmen nach Rechtsformen (ha LF)

Rechtsform	1996	1997	1998	1999	2001	Veränderungen 2001:1999 absolut
Juristische Personen	944	917	887	889	895	+6
darunter:						
Eingetr. Genossenschaften	1.444	1.451	1.412	1.425	1.449	+24
GmbH	813	773	750	730	736	+6
Natürliche Personen	71	72	72	86	89	+3
davon:						
Personengesellschaften	387	370	365	367	373	+6
Einzelunternehmen	41	43	44	53	56	+3
Unternehmen insgesamt	172	171	169	192	194	+2

Quelle: LDS ohne LF der forstwirtschaftlichen Unternehmen

Im Hinblick auf die Betriebsgrößenstruktur hat sich der Trend der vergangenen Jahre, nämlich die abnehmende Anzahl der Betriebe bis unter 50 ha und die sinkende Flächenausstattung der sehr großen Betriebe (> 1.000 ha), fortgesetzt (Tabelle 3.4). Im Unterschied zur Entwicklung bis 1999 nahm 2001 der Anteil der Betriebe und Flächen in der Größengruppe 50 bis unter 200 ha zu Gunsten der nächst größeren Gruppe (200 bis unter 500 ha) ab. Das deutet auf eine Stabilisierung der Einzelunternehmen und Personengesellschaften im Haupterwerb hin. Nach wie vor werden mehr als 50 % der LF des Landes von Betrieben mit mehr als 1.000 ha bewirtschaftet.

Tabelle 3.4: Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Betriebsgrößenklassen (in % aller Betriebe bzw. der gesamten Fläche)

Betriebsgrößen ha LF	Betriebe				Fläche			
	1997	1998	1999	2001	1997	1998	1999	2001
bis unter 50	68,2	67,9	62,8	62,6	3,9	4,1	4,0	4,0
50 bis unter 200	14,9	15,0	17,2	16,8	9,5	9,7	9,9	9,5
200 bis unter 500	7,4	7,7	9,3	9,9	13,2	14,0	15,0	16,0
500 bis unter 1.000	4,2	4,2	4,9	4,9	17,6	18,1	18,4	18,4
1.000 und mehr	5,4	5,2	5,8	5,8	55,7	54,1	52,7	52,1

Quelle: LDS

3.2 Arbeitskräfte

Nach den ersten Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung, die dem zweijährigen Turnus des Agrarstatistikgesetzes folgend, im Jahr 2001 durchgeführt wurde, belief sich der Arbeitskräftebestand im Bereich Landwirtschaft auf rund 38.300, darunter 12.688 weibliche, davon waren 37.608 in Bereichen der Pflanzen- und Tierproduktion und etwa 700 Personen in den sonstigen Bereichen beschäftigt. Eine direkte Vergleichbarkeit mit den Erhebungsergebnissen der Vorjahre ist auf Grund der Veränderungen im Zusammenhang mit der Neufassung des Agrarstatistikgesetzes vom 25.06.1998 nur mit den Ergebnis aus dem Jahr 1999 möglich. Gegenüber dem Jahr 1999 ist der Arbeitskräftebestand um 6,6 % zurückgegangen.

Von den Beschäftigten in den landwirtschaftlichen Betrieben entfielen im Jahr 2001 22 % auf Familienarbeitskräfte in Einzelunternehmen. Ein Fünftel dieser Arbeitskräfte war vollbeschäftigt, über 50 % teilbeschäftigt und rund 30 % gingen vorwiegend einer anderen Erwerbstätigkeit nach. Bei den familienfremden Arbeitskräften betrug dagegen der Anteil der Vollbeschäftigten etwa 57,5 % (Tabelle 3.5).

Tabelle 3.5: *Arbeitskräfte in der Pflanzen- und Tierproduktion nach Beschäftigungsgrad*

Arbeitskräfte aller Rechtsformen gesamt (Personen)	37.608
davon: Familienarbeitskräfte der Einzelunternehmen gesamt	8.345
darunter: vollbeschäftigt	1.748
teilbeschäftigt	4.410
davon: Familienfremde Arbeitskräfte aller Rechtsformen gesamt	29.263
darunter: vollbeschäftigte ständige Arbeitskräfte	16.888
Betriebliche Arbeitsleistung gesamt (AKE)	23.308

Quelle: LDS

Gegenüber dem Jahr 1999 haben sich die Anteile der einzelnen Rechtsformen an den vorhandenen Arbeitsplätzen zu Gunsten der Einzelunternehmen verändert. Unter Berücksichtigung der Vollbeschäftigung beträgt der Beschäftigtenanteil in Unternehmen juristischer Personen, gemessen in Arbeitskräfteeinheiten (AKE), trotzdem annähernd 60 % (Tabelle 3.6).

Im Durchschnitt aller Unternehmen wurden 2,8 Personen je 100 ha LF beschäftigt, wobei nach Rechtsformen differenziert, der Arbeitskräftebesatz in den Einzelunternehmen am höchsten war. Gemessen am Besatz an Arbeitskräfteeinheiten (AKE/100 ha) bestehen kaum Unterschiede zwischen den Rechtsformen, da der Anteil an Teilzeitbeschäftigten insbesondere bei den Einzelunternehmen sehr hoch ist.

Tabelle 3.6: *Arbeitskräfte in der Pflanzen- und Tierproduktion nach Rechtsformen*

Rechtsform	AKE		Personen		AKE je 100 ha	Personen je 100 ha
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %		
insgesamt	23.308	100	37.608	100	1,7	2,8
Natürliche Personen	9.471	40,6	20.924	55,6	1,8	3,9
davon:						
Einzelunternehmen	5.604	24,0	14.017	37,3	1,9	4,7
Personengesellschaften	3.867	16,6	6.907	18,4	1,6	2,9
Juristische Personen	13.836	59,4	16.684	44,4	1,7	2,1

Quelle: LDS

3.3 Wirtschaftliche Entwicklung

3.3.1 Preis- und Kostenentwicklung

Im **Wirtschaftsjahr 2000/2001** konnten für landwirtschaftliche Erzeugnisse überwiegend bessere Preise als im Vorjahr erzielt werden. Während der negative Preistrend in Summe der in Deutschland erzeugten pflanzlichen Produkte aufgehalten wurde, kann für tierische Produkte insgesamt wiederum ein wesentlicher Preisanstieg konstatiert werden (Tabelle 3.7).

Am Getreidemarkt sind die Preise nicht den Interventionspreissenkungen gefolgt. Die Kartoffelproduzenten mussten das zweite Jahr in Folge aufgrund reichlicher Ernten trotz verkleinerter Anbaufläche heftige Preissenkungen verkraften, während sich die Erzeugerpreise für Ölpflanzen von dem Preistief des Vorjahres deutlich erholten. Letzteres gilt insgesamt auch für den Obst- und Gemüsemarkt, der offenbar von dem langsam aber stetig steigendem Verbrauch profitiert. Der Markt für tierische Erzeugnisse ist sehr wesentlich durch die BSE-Krise gekennzeichnet. Während sich der Rindfleischmarkt nach dem völligen Zusammenbruch – in 2001 wurden seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland die niedrigsten Preise gezahlt - nur langsam erholt, konnten für alle anderen Marktsegmente Erzeugerpreisteigerungen ausgewiesen werden. Während die deutlich steigende Nachfrage bezüglich Geflügelfleisch teilweise nicht zu decken war, profitierten der Schweine- und Eiermarkt zusätzlich von den MKS -Ausbrüchen in Westeuropa bzw. der Klassischen Geflügelpest in Italien. Auf dem Milchmarkt wurden in 2001 Rekordpreise erzielt, die Molkereien standen unter erheblichem Wettbewerbsdruck hinsichtlich der Rohmilchlieferung.

Tabelle 3.7: Entwicklung der Preisindizes der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

	1999/2000	2000/2001
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (%)	
Landw. Produkte gesamt	+1,2	+7,8
Pflanzliche Produkte gesamt	-6,6	+2,2
Getreide	+1,1	+0,1
Speisekartoffeln	-34,3	-30,3
Ölpflanzen	-24,5	+18,4
Obst	-16,0	+10
Gemüse	-5,1	+25,6
Tierische Produkte gesamt	+5,0	+10,7
Schlachtvieh gesamt	+8,8	+11,8
davon:		
Rinder	+0,3	-13,1
Kälber	+1,3	-4,4
Schweine	+22,9	+33,6
Geflügel	-4,1	+12,0
Nutz- und Zuchtvieh	+15,7	k.A.
Milch	-2,4	+9,3
Eier	+7,8	+13,1

Quelle: BMVEL, Statistische Monatsberichte

Im Vergleich zu den landwirtschaftlichen Erzeugnissen stiegen die Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel in geringerem Maße an, so dass die Austauschrelation erstmals seit 1997/98 wieder einen positiven Wert annimmt (Tabelle 3.8). Wesentliche Preissteigerungen verzeichneten die Märkte für Dünge- und Bodenverbesserungsmittel, Brenn- und Treibstoffe sowie der Futtermittelmarkt.

Tabelle 3.8: Entwicklung der Preisindizes der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

	1999/2000	2000/2001
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (%)	
Landw. Betriebsmittel gesamt	+5,0	+5,8
Dünge- und Bodenverbesserungsmittel	-2,6	+17,3
Futtermittel	-0,7	+9,6
Saatgut	+0,8	+0,4
Nutz- und Zuchtvieh	+14,4	k.A.
Pflanzenschutzmittel	+1,3	+2,1
Brenn- und Treibstoffe	+28,9	+14,8
Allg. Wirtschaftsausgaben	+6,5	+1,4
Unterhaltung Wirtschaftsgebäude	+0,2	+0,8
Unterhaltung Maschinen	+2,0	+2,8
Neubauten und Maschinen insg.	+0,8	+1,2
Austauschrelation ¹⁾	-3,0	+10,54

¹⁾ Verhältnis Erzeugerpreisindex zu Betriebsmittelpreisindex

Quelle: BMVEL, Statistische Monatsberichte

Im Wirtschaftsjahr 2001/02 zeichnen sich für einige Teilmärkte (Milch /Schweine) bereits Preisrückgänge ab. Auf dem europäischen Schweinemarkt wird mit einem Produktionszuwachs von 2 bis 3 % gerechnet, Preissenkungen von 15 bis 20 % werden erwartet. Auf dem Rindermarkt ist die Situation aufgrund des die Nachfrage deutlich übersteigenden Angebots infolge gedrosselter Ausfuhr und hoher Interventionsbestände nach wie vor angespannt, mit einem Anstieg des Verbrauchs wird gerechnet. Die Umsetzung der Rekordernte wird auf dem Getreidemarkt von Exportmöglichkeiten und der Entwicklung des Dollarkurses abhängen. Auf dem Kartoffelmarkt bleiben die Preisspielräume, insbesondere im Frühkartoffelbereich, begrenzt. Für Obst und Gemüse werden Preise über dem Vorjahresniveau erwartet. Die Auswirkungen der neuen Hennenhaltungsverordnung auf den Geflügelmarkt bleibt abzuwarten.

3.3.2 Einzelbetriebliche Wirtschaftsergebnisse

Im Rahmen des Testbetriebsnetzes des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) wurden im Jahr 2001 Jahresabschlüsse von 309 landwirtschaftlichen Unternehmen unterschiedlicher Rechts- und Betriebsform zur Verfügung gestellt. Die nachfolgenden Ergebnisse basieren auf der Auswertung von 266 Abschlüssen, denen in der Regel das **Wirtschaftsjahr 2000/2001** zugrunde liegt, wobei Unternehmen in Rechtsform juristischer Personen teilweise auch das **Kalenderjahr 2000** als Abrechnungszeitraum gewählt haben.

Maßgeblich für den Abrechnungszeitraum ist die Ernte des Jahres 2000 und die daraus resultierenden Erlöse. In den Ergebnissen spiegelt sich insgesamt zum einen die Vorsommertrockenheit im Jahr 2000 wider, die in weiten Teilen Brandenburgs, insbesondere in den mittleren und südlichen Landesteilen, zu deutlichen Ertragsausfällen bei Getreide, Ölfrüchten und der Futterproduktion führte. Zum anderen sind sie geprägt vom dramatischen Verfall der Rindfleischpreise, der ab dem 4. Quartal des Jahres 2000 bis weit in das Jahr 2001 hineinreichend durch die BSE-Krise verursacht wurde und zu erheblichen Erlösausfällen und Absatzschwierigkeiten bei den Rindfleischproduzenten führte. Verschärft wurde diese Situation durch die Auswirkungen und Abwehrmaßnahmen in Folge des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche in Großbritannien und anderen europäischen Ländern. Demgegenüber konnten nahezu im gesamten Wirtschaftsjahr deutlich höhere Milchpreise als im Jahr zuvor erzielt werden.

Einzelunternehmen im Haupterwerb

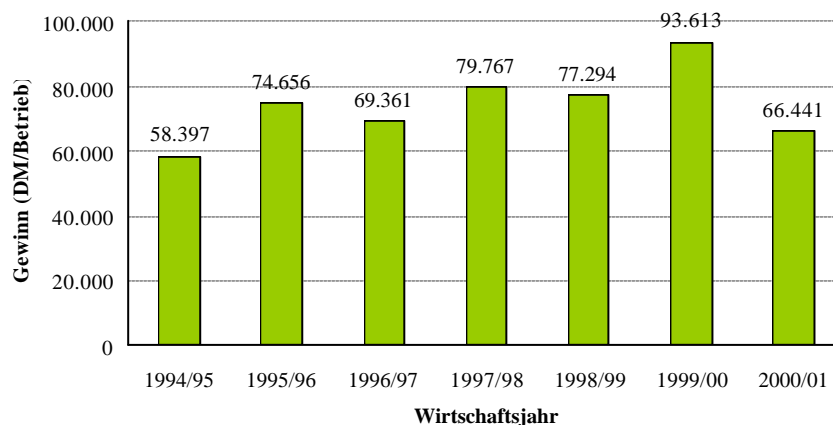
Bei den 122 ausgewerteten Einzelunternehmen im Haupterwerb hat sich das betriebliche Wachstum der vergangenen Jahre unter Berücksichtigung des Stichprobeneinflusses weiter fortgesetzt (Tabelle 3.9). Während im Durchschnitt der Gesamtstichprobe ein Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Fläche zu verzeichnen war, erhöhte sich die Flächenausstattung der identischen Betriebe um 0,6 %. Insbesondere geringere Liquidität auf Grund der Erlösausfälle führte bei vielen Betriebsinhabern dazu, dass Investitionen aufgeschoben und zusätzliche Belastungen mit neuen Verbindlichkeiten vermieden wurden. Demzufolge waren die Nettoinvestitionen erstmals seit 1990 negativ sowie die Bruttoinvestitionen deutlich rückläufig. Im Ergebnis nahmen das Bilanzvermögen je Betrieb sowie die Fremdkapitalbelastung je ha LF ab und der Eigenkapitalanteil stieg um 1,1 Prozentpunkte.

Tabelle 3.9: Faktorausstattung und ausgewählte Bilanzkennwerte der Einzelunternehmen im Haupterwerb

Kennwert	Einheit	Wirtschaftsjahr			
		1997/98	1998/99	1999/00	2000/01
LF	ha/Betrieb	191	191	200	195
Arbeitskräfte	AK/Betrieb	2,5	2,6	2,4	2,3
Arbeitskräftebesatz	AK/100 ha LF	1,3	1,4	1,2	1,2
Viehbesatz	VE/100 ha LF	27,9	34,2	33,2	36,1
Bilanzvermögen	DM/Betrieb	787.800	795.075	848.671	831.622
Fremdkapital	DM/ha LF	1.947	1.913	1.920	1.849
Eigenkapitalanteil	%	52,7	53,9	54,7	55,8
Bruttoinvestitionen	DM/ha LF	520	472	387	319
Nettoinvestitionen	DM/ha LF	174	171	72	-18

Der Gewinn lag im Durchschnitt bei 66.400 DM je Unternehmen und damit um beinahe 30 % unter dem Wert des Jahres 1999/2000, in dem das bisher beste Ergebnis seit dem Jahr 1990 erwirtschaftet wurde (Abbildung 3.1).

Abbildung 3.1: Entwicklung des Gewinns der Einzelunternehmen im Haupterwerb (1994/95 bis 2000/01)



Die Umsatzerlöse aus der Pflanzenproduktion nahmen insbesondere auf Grund der im Durchschnitt um ca. 20 bzw. 15 % niedrigeren Naturalerträge bei Getreide und Ölfrüchten um über 100 DM je ha LF ab (Tabelle 3.10).

Auch die staatlichen Beihilfen und Subventionen waren rückläufig und lagen um 24 DM je ha LF unter dem Niveau des Vorjahres. Demgegenüber nahmen die betrieblichen Aufwendungen deutlich zu, was vor allem auf gestiegene Kosten für Dünge- und Pflanzenschutzmittel (+14 %) sowie für Treib- und Schmierstoffe (+13 %) zurückzuführen ist. Diese negativ auf das Betriebsergebnis wirkenden Faktoren konnten insgesamt nicht durch deutlich höhere Erlöse aus der Erzeugung von Milch und Schweinefleisch kompensiert werden. Somit konnte im Jahr 2000/01 im Gegensatz zum Vorjahr keine positive Verzinsung des Eigen- und des Gesamtkapitals erreicht werden.

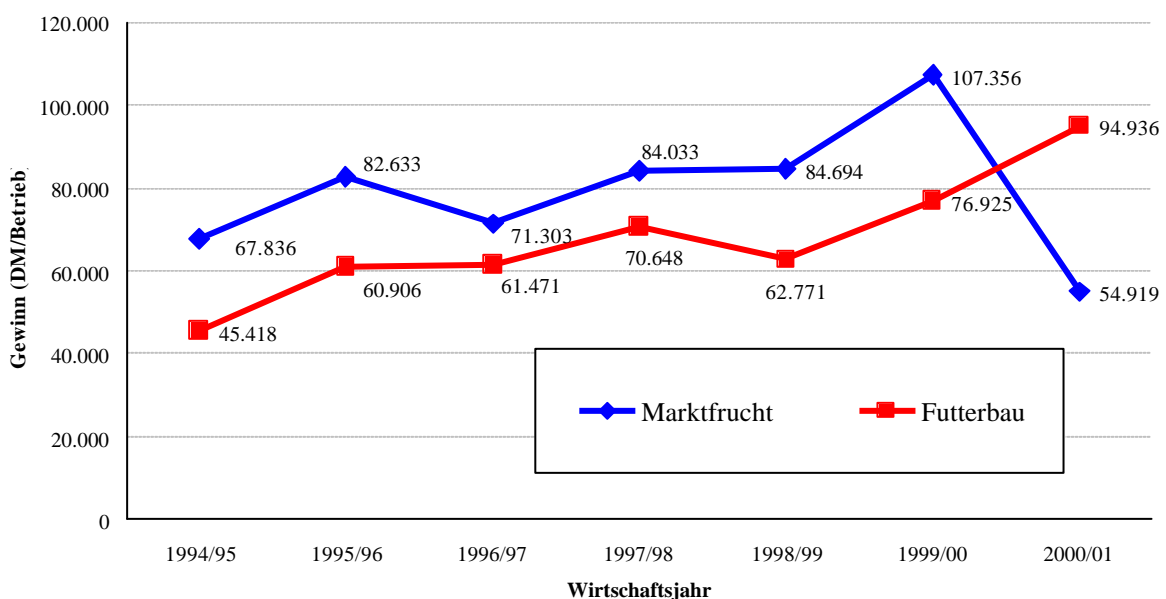
Tabelle 3.10: Ausgewählte Kennwerte aus der Erfolgrechnung der Einzelunternehmen im Haupterwerb

Kennwert	Einheit	Wirtschaftsjahr			
		1997/98	1998/99	1999/00	2000/01
Betriebliche Erträge	DM/ha LF	2.072	2.024	2.144	2.102
dar. Umsatzerlöse Pflanzenprod.	DM/ha LF	718	688	793	691
dar. Umsatzerlöse Tierprod.	DM/ha LF	500	531	557	654
Staatliche Beihilfen und Subventionen	DM/ha LF	691	666	639	615
Betriebliche Aufwendungen	DM/ha LF	1.566	1.534	1.594	1.678
dar. Saatgut, PSM, Düngemittel	DM/ha LF	284	275	306	333
dar. Pachten	DM/ha LF	118	120	130	130
dar. Personalaufwand	DM/ha LF	129	146	126	120
Gewinn	DM/Betrieb	79.767	77.294	93.613	66.441
Gewinn	DM/ha LF	417	404	467	340
Gewinn	DM/nAK*	48.214	44.272	65.061	44.912
Eigenkapitalrentabilität	%	-1,3	-7,5	0,7	-0,2
Gesamtkapitalrentabilität	%	1,2	-0,6	1,9	-0,9

* nAK – nicht entlohnte Arbeitskräfte

Im Vergleich der Betriebsformen waren die Futterbaubetriebe erstmals seit dem Wirtschaftsjahr 1990/91, gemessen am Gewinn je Unternehmen oder je nicht entlohnter Arbeitskraft, erfolgreicher als die Marktfruchtbetriebe und erzielten darüber hinaus im Wirtschaftsjahr 2000/01 das bisher beste Ergebnis (Abbildung 3.2).

Abbildung 3.2: Gewinnentwicklung der Einzelunternehmen im Haupterwerb, differenziert nach Betriebsformen



Der durchschnittliche Gewinn je nicht entlohnter Arbeitskraft lag bei ihnen mit 57.500 DM beinahe 17 % über dem Vorjahreswert (Tabelle 3.11). Diese Entwicklung wurde entscheidend durch die weitere Steigerung der Milchleistung um über 500 kg je Jahr bei gleichzeitig hohem Milchpreisniveau (+10 % gegenüber dem Vorjahr) bestimmt.

Tabelle 3.11: Ausgewählte Kennwerte der Einzelunternehmen im Haupterwerb, differenziert nach Betriebsform und Unternehmenserfolg

Kennwert	Einheit	Marktfrucht			Futterbau		
		E ¹⁾	M ¹⁾	W ¹⁾	E ¹⁾	M ¹⁾	W ¹⁾
LF	ha/ Betrieb	249	225	241	180	155	96
AK- Besatz	AK/100 ha LF	1,00	1,01	1,04	1,58	1,65	1,98
Viehbesatz	VE/100 ha LF	39,7	18,0	9,1	68,9	77,9	74,6
Milchleistung	kg/Kuh u. Jahr				7.506	6.819	5.532
Getreideertrag	dt/ha	44,3	42,3	45,7	50,1	40,7	31,0
Bilanzvermögen	DM/AK	365.533	377.053	439.430	367.155	324.892	326.010
Eigenkapitalanteil	%	62,0	55,1	45,7	49,4	56,9	59,6
Nettoinvestitionen	DM/ha LF	47	-2	67	98	-77	-113
Veränderung Eigenkapital*	DM/ha LF	242	-16	-297	421	201	-67
Betriebliche Erträge	DM/ha LF	2.520	1.848	1.760	3.737	2.666	2.328
dar. Umsatzerlöse Pflanzenprod.	DM/ha LF	954	827	967	491	235	148
dar. Umsatzerlöse Tierprod.	DM/ha LF	753	268	85	2.511	1.658	1.269
dar. staatl. Beihilfen u. Subventionen	DM/ha LF	639	613	598	513	625	691
Betriebliche Aufwendungen	DM/ha LF	1.917	1.528	1.675	2.693	1.942	1.999
dar. Materialaufwand Pflanzenprod.	DM/ha LF	372	395	506	369	210	194
dar. Materialaufwand Tierprod.	DM/ha LF	583	174	25	648	483	400
dar. Lohnarbeit, Maschinenmiete	DM/ha LF	73	60	80	227	124	86
Personalaufwand	DM/ha LF	126	109	153	202	154	133
Abschreibungen	DM/ha LF	252	276	318	418	326	427
Gewinn	DM/Betrieb	133.933	54.919	-2.560	162.849	94.936	20.769
Gewinn	DM/ha LF	539	244	-11	906	615	217
Gewinn	DM/nAK	92.559	38.096	-1.885	118.484	57.507	13.525
Eigenkapitalrentabilität	%	14,3	-15,8	-45,5	20,5	2,7	-28,1
Gesamtkapitalrentabilität	%	6,3	-2,5	-6,8	9,7	2,6	-7,8

* bilanzanalytisch (incl. 50 % des Sonderpostens mit Rücklageanteil)

¹⁾ E, M und W stehen für die Gruppierung in erfolgreiche (E), alle (M) und weniger erfolgreiche (W) Unternehmen, wobei in den Gruppen E und W jeweils 25 % der Unternehmen auf Basis des Erfolgsmaßstabs „Nettorentabilität“ erfasst sind.

Differenziert nach dem Unternehmenserfolg zeigt sich, dass bei den Futterbaubetrieben vor allem die Betriebsgröße und die erreichten Leistungen die erfolgsbestimmenden Faktoren sind. So sind die erfolgreichen Futterbaubetriebe gemessen an der Betriebsgröße fast doppelt so groß wie die weniger erfolgreichen, was sich u. a. in geringeren Festkostenbelastungen niederschlägt. Erfolgsentscheidend bei Futterbaubetrieben war aber insbesondere die Höhe der Milchleistung und die damit in Verbindung stehenden Kosten. Bei den erfolgreichen Unternehmen führte die Milchleistung von 7.506 kg je Kuh und Jahr bei einem ausgewiesenen Milchpreis von 67 Pf je kg zu einem Umsatzerlös von 2.323 DM je ha LF, während bei den weniger erfolgreichen Unternehmen mit einer Leistung von 5.532 kg nur 894 DM je ha LF erwirtschaftet wurden.

Die Marktfruchtbetriebe mussten dagegen durch die dürrebedingten Erlösausfälle deutliche Gewinneinbußen von durchschnittlich knapp 50 % hinnehmen. Erfolgreich waren im Wirtschaftsjahr 2000/01 insbesondere diejenigen Marktfruchtbetriebe, die neben dem Betriebszweig Marktfruchtbau noch Schweinehaltung in größerem Umfang betrieben. Die Erlöse aus tierischer Produktion der erfolgreichen Betriebe in Höhe von insgesamt 753 DM je ha LF resultierten zum Großteil aus der Schweineproduktion, was durch die im Vergleich zum Vorjahr deutlich höheren Schweinepreise begünstigt wurde.

Personengesellschaften

Bei den Personengesellschaften wurden für den vertikalen Betriebsvergleich von den insgesamt 48 vorliegenden Jahresabschlüssen nur die Jahresabschlüsse der 32 Unternehmen einbezogen, die bereits in den drei vorherigen Wirtschaftsjahren ihre Abschlüsse zur Verfügung gestellt haben (identische Unternehmen), da die Struktur der Stichprobe in den vergangenen Jahren deutlichen Veränderungen unterlag. Dadurch erhält insbesondere dieser Vergleich eine höhere Aussagekraft. Der Anteil von Veredlungsbetrieben (Schweineproduktion) ist bei den Personengesellschaften höher als in den anderen Rechtsformen.

Auch bei den Personengesellschaften fand in den vergangenen Jahren im Hinblick auf die Flächenausstattung kontinuierlich betriebliches Wachstum statt (Tabelle 3.12). Der Arbeitskräftebesatz wurde wie in den Jahren zuvor weiter verringert, was bei nahezu gleichbleibender Anzahl der Arbeitskräfte im Unternehmen vorwiegend

auf die Erweiterung der Betriebsfläche zurückzuführen ist. Im Vergleich zum Vorjahr wurde der Viehbesatz durch eine Aufstockung der Schweinebestände auf 67,5 VE je 100 ha erhöht. Der Eigenkapitalanteil sank um über 6 Prozentpunkte, da Investitionen überwiegend mit Fremdkapital finanziert wurden und der erwirtschaftete Gewinn zu großen Teilen (75 %) dem Betrieb entnommen wurde (Entnahmen für Lebenshaltung). Mit einem Gewinn von 140.500 DM je Unternehmen wurde etwa das Niveau des Vorjahres erreicht.

Tabelle 3.12: *Ausgewählte Kennwerte der Personengesellschaften (identische Betriebe)*

Kennwert	Einheit	Wirtschaftsjahr		
		1998/99	1999/00	2000/01
LF	ha/Betrieb	336	354	362
Arbeitskräfte	AK/ha LF	1,44	1,34	1,31
Viehbesatz	VE/100 ha LF	68,3	65,9	67,5
dar. Rindviehbesatz	VE/100 ha LF	32,1	30,4	28,8
dar. Schweinebesatz	VE/100 ha LF	35,4	34,9	38,1
Bilanzvermögen	DM/ha LF	4.231	4.169	4.113
Eigenkapitalanteil	%	28,8	29,7	23,2
Bruttoinvestitionen	DM/ha LF	420	410	395
Nettoinvestitionen	DM/ha LF	45	71	67
Betriebliche Erträge	DM/ha LF	2.748	2.888	2.940
dar. Umsatzerlöse Pflanzenprod.	DM/ha LF	572	622	521
dar. Umsatzerlöse Tierprod.	DM/ha LF	1.370	1.438	1.635
dar. staatl. Beihilfen u. Subventionen	DM/ha LF	661	637	611
Betr. Aufwendungen	DM/ha LF	2.341	2.378	2.442
dar. Materialaufwand Pflanzenprod.	DM/ha LF	306	330	365
dar. Materialaufwand Tierprod.	DM/ha LF	652	670	695
Personalaufwand	DM/ha LF	251	196	189
Gewinn	DM/Betrieb	99.326	143.913	140.504
Gewinn	DM/ha LF	296	407	388
Eigenkapitalrentabilität	%	-2,4	-1,5	-7,3
Gesamtkapitalrentabilität	%	1,3	1,4	0,5

Im Vergleich der Betriebsformen erzielten die Veredlungsbetriebe wie im Vorjahr die deutlichste Gewinnsteigerung (Tabelle 3.13). Wurde nach dem existenzbedrohenden Rückgang der Schweinepreise im Wirtschaftsjahr 1998/99 ein durchschnittlicher Verlust von über 90.000 DM je Unternehmen erwirtschaftet, konnte nach Preiserholung im Jahr 1999/00 ein Gewinn von 62.600 DM je Unternehmen erzielt werden. Im Jahr 2000/2001 erreichte der Gewinn je Unternehmen bei stabil hohem Preisniveau durchschnittlich 158.900 DM und der Eigenkapitalanteil wurde um 8 Prozentpunkte erhöht.

Wie bei den Einzelunternehmen im Haupterwerb mussten die Marktfruchtbetriebe, von denen viele ausschließlich pflanzliche Produkte erzeugen, auf Grund der Ertragsausfälle Gewinneinbußen von ca. 50 % hinnehmen. Bei einer bewirtschafteten Fläche von 586 ha beliefen sich die Umsatzverluste aus der pflanzlichen Produktion (-130 DM/ha LF gegenüber dem Vorjahr) auf nahezu 80.000 DM je Betrieb.

Demgegenüber konnten die Futterbaubetriebe eine Gewinnsteigerung von 7 % auf durchschnittlich 163.200 DM je Betrieb verzeichnen. Aus der Erzeugung tierischer Produkte (insb. Milch) wurden 91 DM je ha LF mehr Erlöst als im Jahr 1999/2000. Die Bruttoinvestitionen in Höhe von knapp 195.000 DM – vorwiegend technische Anlagen und Maschinen – wurden zu großen Teilen mit Fremdkapital finanziert. Daher sank der Eigenkapitalanteil auf unter 20 %.

Tabelle 3.13: *Ausgewählte Kennwerte der Personengesellschaften (identische Betriebe), differenziert nach Betriebsform*

Kennwert	Einheit	Marktfrucht		Futterbau		Veredlung	
		1999/00	2000/01	1999/00	2000/01	1999/00	2000/01
LF	ha/Betrieb	577	586	281	297	114	124
Arbeitskräftebesatz	AK/100 ha LF	1,0	1,1	1,7	1,6	3,1	3,0
Viehbesatz	VE/100 ha LF	10,6	10,9	71,0	64,8	580,5	521,2
dar. Rindvieh	VE/100 ha LF	6,9	7,1	70,4	64,2		
dar. Schweine	VE/100 ha LF					580,5	521,2
Bilanzvermögen	DM/ha LF	2.475	2.346	5.830	5.717	11.271	10.516
Eigenkapitalanteil	%	38,0	35,8	24,0	19,1	14,4	22,3
Veränderung Eigenkapital	DM/ha LF	5	-70	-16	-297	-423	414
Nettoinvestitionen	DM/ha LF	99	-30	60	262	-533	-299
Getreideertrag	dt/ha	45,4	33,9	41,4	40,4	30,9	25,9
Milchleistung	kg/Kuh u. Jahr			6.732	6.796		
Betriebliche Erträge	DM/ha LF	1.763	1.612	3.240	3.174	9.627	11.161
dar. Umsatzerlöse Pflanzenprod.	DM/ha LF	787	653	348	312	242	113
dar. Umsatzerlöse Tierprod.	DM/ha LF	195	199	1.931	2.022	8.447	9.869
dar. staatl. Beihilfen u. Subventionen	DM/ha LF	645	635	706	639	861	747
Betriebliche Aufwendungen	DM/ha LF	1.431	1.412	2.553	2.471	8.861	9.586
dar. Materialaufwand	DM/ha LF	659	683	1.262	1.205	6.991	7.624
dar. Unterhaltung	DM/ha LF	175	117	183	188	187	276
dar. Abschreibungen	DM/ha LF	202	220	338	347	748	756
Personalaufwand	DM/ha LF	131	136	341	301	430	473
Gewinn	DM/Betrieb	147.636	76.930	152.519	163.212	62.608	158.902
Gewinn	DM/ha LF	256	131	543	550	552	1.281
Eigenkapitalrentabilität	%	-10,4	-26,2	13,8	16,3	-7,0	28,6
Gesamtkapitalrentabilität	%	-1,9	-6,6	3,0	2,9	1,8	8,2

Juristische Personen

Bei den insgesamt 89 in die Auswertung einbezogenen Unternehmen in Rechtsform juristischer Personen hat sich der Trend einer Verringerung der bewirtschafteten Fläche unter Berücksichtigung des Stichprobeneinflusses nicht weiter fortgesetzt (Tabelle 3.14). Der Anteil der Eigentumsfläche ist weiter gestiegen, so dass der Pachtflächenanteil nunmehr bei 93 % liegt. Bei Bruttoinvestitionen von rund 420 DM je ha LF wurden etwa 20 % zum Kauf von Boden verwendet. Trotz höherem Viehbesatz und nahezu unveränderter Flächenausstattung wurde der Arbeitskräftebesatz wie in den Vorjahren weiter reduziert. Investitionen wurden demzufolge vorwiegend dazu genutzt, weitere Rationalisierungspotenziale zu erschließen und den Personalaufwand zu senken.

Tabelle 3.14: *Entwicklung der Faktorausstattung und Bilanzkennwerte der juristischen Personen*

Kennwert	Einheit	Wirtschaftsjahr			
		1997/98	1998/99	1999/00	2000/01
LF	ha/Betrieb	1.611	1.530	1.516	1.514
Arbeitskräfte	AK/Betrieb	32,5	29,9	28,0	26,2
Arbeitskräftebesatz	AK/100 ha LF	2,02	1,95	1,85	1,73
Viehbesatz	VE/100 ha LF	55,9	54,6	55,5	60,0
Bilanzvermögen	DM/ha LF	5.242	5.271	5.266	5.306
Fremdkapital	DM/ha LF	2.201	2.229	2.190	2.200
Eigenkapitalanteil	DM/ha LF	58,1	57,7	58,4	58,4
Bruttoinvestitionen	DM/ha LF	417	445	359	417
Nettoinvestitionen	DM/ha LF	-14	55	-64	-12

Die Milchkuhbestände wurden bei steigender Leistung und ausgeschöpfter Referenzmenge weiter abgebaut, während die Mutterkuhbestände vergrößert wurden, da z. B. Tochterunternehmen auf Grund der geänderten

agrarpolitischen Rahmenbedingungen wieder „eingegliedert“ wurden. Die Nettoinvestitionen waren wie im Vorjahr, wenngleich auf geringerem Niveau, weiter negativ, so dass die Erhöhung des Bilanzvermögens weitestgehend aus einem höheren Umlaufvermögen (Feldinventar) resultiert.

Mit einem durchschnittlichen Gewinn von 101.300 DM je Unternehmen war das Wirtschaftsjahr 2000/2001 bei den Unternehmen in Rechtsform juristischer Personen das bisher erfolgreichste (Tabelle 3.15). Gegenüber den anderen Rechtsformen profitierten sie auf Grund des hohen Viehbesatzes überdurchschnittlich von gestiegenen Preisen für Milch und höheren Schweinepreisen. Die preisbedingten Umsatzeinbußen aus der Rindermast, die sich im Durchschnitt auf 12 % beliefen, konnten deshalb durch eine Umsatzsteigerung in der Milchproduktion (+ 13 %) und der Schweineproduktion (+ 24 %) mehr als kompensiert werden. In der Pflanzenproduktion waren auf Grund der Ertragsausfälle allerdings Umsatzrückgänge von über 80 DM je ha LF zu verzeichnen. Der Umfang staatlicher Subventionen und Beihilfen war im Jahr 2000/01 um über 150.000 DM geringer als im Jahr 1997/98. Somit nahm der Anteil staatlicher Zuschüsse an den gesamten betrieblichen Erträgen im selben Zeitraum von 21,8 auf 20,4 % ab. Als wesentlicher Kostenfaktor wurde der Personalaufwand weiter auf 719 DM je ha LF reduziert, so dass dessen Anteil an den gesamten Aufwendungen im Jahr 2000/01 auf 25,4 % und damit um über 2 Prozentpunkte gegenüber 1997/98 sank. Auf der Aufwandsseite waren bei stabilem Pachtpreinsniveau vor allem Preissteigerungen bei Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie bei den Energiekosten zu verkräften. Die Aufwendungen für Dünge- und Pflanzenschutzmittel stiegen 2000/01 um 12 % gegenüber dem Vorjahr, bei Treib- und Schmierstoffen sogar um über 18 %. Erstmals seit 1990 wurde eine positive Eigenkapitalveränderung erreicht und war keine negative Verzinsung des Eigenkapitals zu verzeichnen.

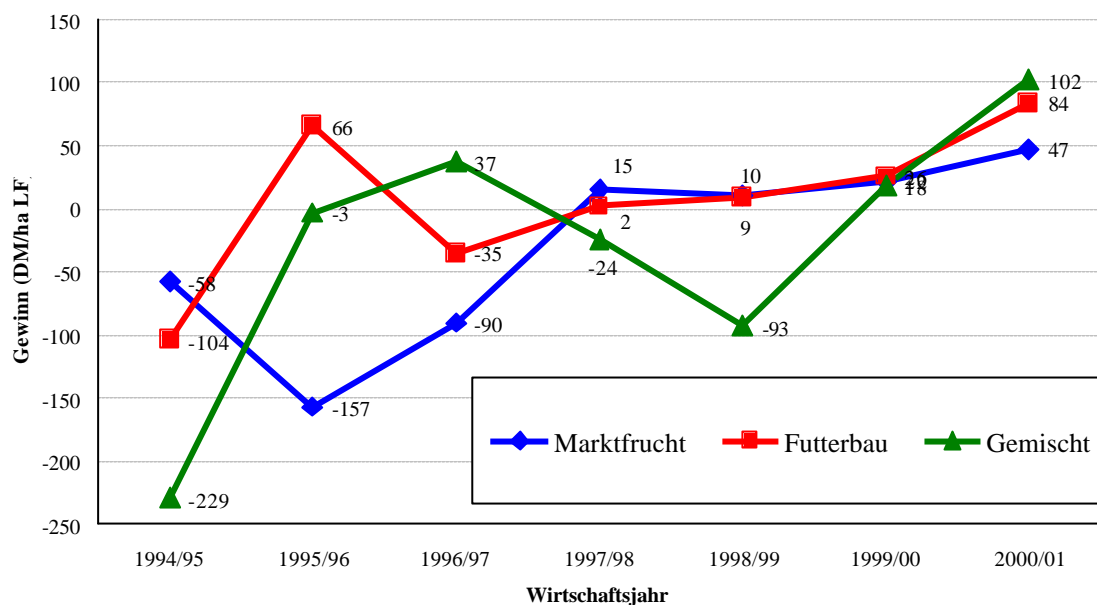
Tabelle 3.15: Kennwerte der Erfolgsrechnung der juristischen Personen

Kennwert	Einheit	Wirtschaftsjahr			
		1997/98	1998/99	1999/00	2000/01
Betriebliche Erträge	DM/ha LF	2.977	2.862	2.851	2.949
dar. Umsatzerlöse Pflanzenproduktion	DM/ha LF	609	656	684	601
dar. Umsatzerlöse Tierproduktion	DM/ha LF	1.266	1.188	1.200	1.358
dar. staatliche Beihilfen und Subventionen	DM/ha LF	648	628	623	601
Betriebliche Aufwendungen	DM/ha LF	2.908	2.820	2.758	2.827
dar. Saatgut, PSM, Düngemittel	DM/ha LF	299	303	301	325
dar. Pachten	DM/ha LF	115	121	124	123
dar. Personalaufwand	DM/ha LF	801	781	781	719
Gewinn	DM/Betrieb	6.195	-31.910	20.355	101.305
Gewinn	DM/ha LF	4	-21	13	67
Gewinn u. Personalaufwand	DM/AK	39.889	38.899	42.240	45.317
Eigenkapitalrentabilität	%	-3,2	-2,8	-2,3	0,0
Gesamtkapitalrentabilität	%	-0,4	-0,3	0,1	1,3

Im Vergleich der Betriebsformen schnitten die Gemischtbetriebe hinsichtlich des wirtschaftlichen Erfolgs im Gegensatz zum Vorjahr mit Abstand am besten ab (Abbildung 3.3), was insbesondere auf den hohen Anteil tierischer Produktion am Gesamtumsatz und dabei den höchsten Anteil an Veredlungsproduktion (Schweine) zurückzuführen ist (Tabelle 3.16). Umfangreiche Investitionen, deren Niveau deutlich über dem der anderen Betriebsformen lag, führten bei Gemischtbetrieben dazu, dass sie entsprechend Investitionszulagen und -zuschüsse in Anspruch nehmen konnten und mit 737 DM je ha LF die höchsten staatlichen Subventionen und Beihilfen erhielten.

Im Gegensatz zu den anderen Rechtsformen, betreiben Marktfruchtbetriebe in Rechtsform juristischer Personen in bedeutendem Umfang Milchproduktion, so dass sie trotz Erlösausfällen in der Pflanzenproduktion die Gewinnzone erreichen konnten. Darüber hinaus verfügen sie mit 7.716 kg Milch je Kuh und Jahr über das höchste Milchleistungsniveau aller Betriebsformen.

Abbildung 3.3: Entwicklung des Gewinns bei juristischen Personen, differenziert nach Betriebsformen



Mit einem Gewinn von 119.200 DM je Unternehmen erzielten auch die Futterbaubetriebe ein deutlich besseres wirtschaftliches Ergebnis als im Vorjahr. Die Naturalerträge lagen bei den Futterbaubetrieben deutlich unter dem Niveau der anderen Betriebsformen, was insbesondere auf die natürlichen Standortverhältnisse zurückzuführen ist (vgl. Kennwert „Vergleichswert Landwirtschaft“). Auch der Grünlandanteil liegt mit 30,6 % deutlich über dem Durchschnitt aller Unternehmen (15,3 %).

Tabelle 3.16: Ausgewählte Kennwerte juristischer Personen, differenziert nach Betriebsformen

Kennwert	Einheit	Marktfrucht	Futterbau	Gemischt
LF	ha/Betrieb	1.605	1.419	1.922
Vergleichswert Landwirtschaft	DM/ha LF	1.142,5	937,6	1.159,1
AK- Besatz	AK/100 ha LF	1,44	1,84	2,15
Viehbesatz	VE/100 ha LF	37,7	64,4	83,3
dar. Rindvieh	VE/100 ha LF	22,2	56,9	31,1
dar. Schweine	VE/100 ha LF	11,2	4,9	52,1
Getreideertrag	dt/ha	46,2	38,5	40,1
Milchleistung	kg/Kuh	7.716	6.998	7.291
Bilanzvermögen	DM/ha LF	4.541	5.817	5.479
Eigenkapitalanteil	%	56,2	62,0	53,3
Veränderung Eigenkapital*	DM/ha LF	36	12	102
Betriebliche Erträge	DM/ha LF	2.517	3.046	3.487
dar. Umsatzerlöse Pflanzenproduktion	DM/ha LF	799	427	567
dar. Umsatzerlöse Tierproduktion	DM/ha LF	855	1.631	1.730
dar. staatl. Beihilfen u. Subventionen	DM/ha LF	549	592	737
Gewinn	DM/Betrieb	75.814	119.190	195.616
Gewinn	DM/ha LF	47	84	102
Gewinn u. Personalaufwand	DM/AK	44.249	47.340	44.509
Eigenkapitalrentabilität	%	-1,2	0,6	2,4
Gesamtkapitalrentabilität	%	1,5	1,2	2,2

* bilanzanalytisch (incl. 50 % des Sonderpostens mit Rücklageanteil)

Ökologisch wirtschaftende Unternehmen

Die geringe Anzahl an ökologisch wirtschaftender Unternehmen im Testbetriebsnetz lässt eine differenzierte Auswertung der Ergebnisse wie auch einen repräsentativen Vergleich zu konventionellen Betrieben nicht zu. Daher wird nur ein Vergleich ausgewählter Kennzahlen der 7 identischen Betriebe der letzten 3 Jahre vorgenommen (Tabelle 3.17). Es handelt sich ausschließlich um natürliche Personen, wobei grünlandreiche Betriebe mit Mutterkuhhaltung überdurchschnittlich vertreten sind. Die Zahlen dokumentieren eine stabile, weniger von Preisschwankungen beeinflusste wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe. Die Gewinnsituation hat sich deutlich verbessert. Der hohe Gewinn im Wirtschaftsjahr 2000/01 bewirkte erstmals eine positive Gesamt- und Eigenkapitalrentabilität.

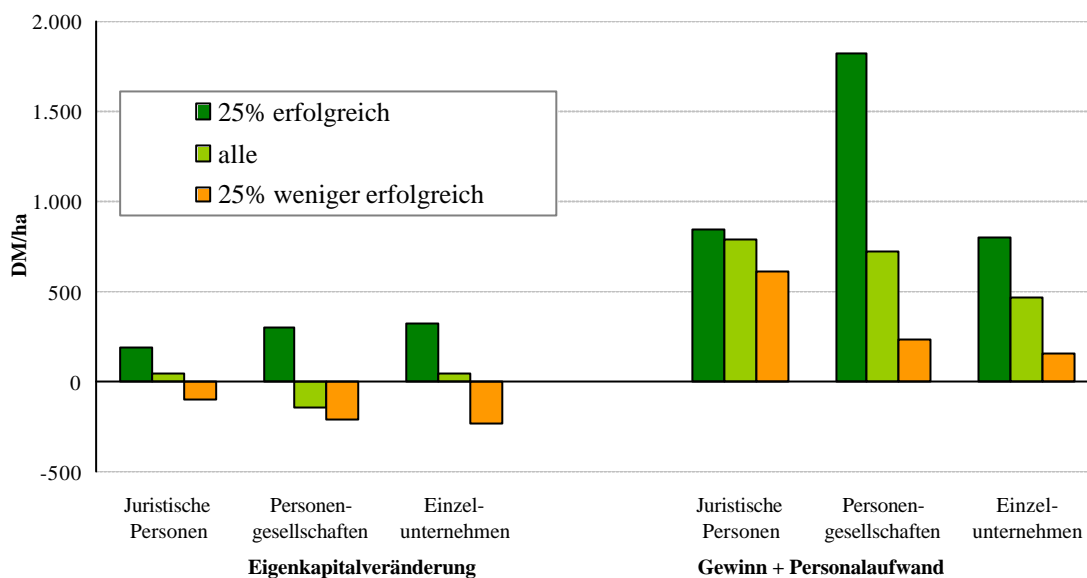
Tabelle 3.17: Ausgewählte Kennwerte ökologisch wirtschaftender Betriebe

Kennwert	Einheit	Wirtschaftsjahr		
		1998/99	1999/00	2000/01
Fläche	ha LF/Betrieb	174,6	169,4	173,3
AK – Besatz	AK/100 ha LF	1,41	1,62	1,69
Viehbesatz	VE/100 ha LF	45,5	46,7	48,7
dar. Rindvieh	VE/100 ha LF	38,2	38,2	39,7
Mutterkühe	Stück	21,0	19,7	21,4
Getreideanbau	% der AF	42,1	48,0	47,1
Getreideertrag	dt/ ha	28,6	31,4	29,1
Getreidepreis	DM/dt	27,6	26,75	29,82
Bilanzvermögen	DM/ha LF	3.377	3.373	3.446
Eigenkapitalanteil	%	32,8	38,2	34,0
Nettoinvestitionen	DM/ha LF	-161	-110	36
Betriebliche Erträge gesamt	DM/ha LF	1.797	1.917	2.062
dar. Umsatzerlöse Pflanzenprod.	DM/ha LF	308	407	442
dar. Umsatzerlöse Tierprod.	DM/ha LF	562	542	640
dar. Staatliche Beihilfen	DM/ha LF	779	806	807
Betriebliche Aufwendungen ges.	DM/ha LF	1.376	1.413	1.507
dar. Materialaufw. Pflanzenprod.	DM/ha LF	138	161	149
dar. Saatgut, Dünger, PSM	DM/ha LF	120	131	117
dar. Materialaufw. Tierproduktion	DM/ha LF	210	184	183
dar. Pachten	DM/ha LF	75	90	94
Gewinn	DM/Betrieb	55.189	69.719	80.178
Gewinn	DM/ha LF	316	411	463
Gesamtkapitalrentabilität	%	-1,5	-2,2	3,2
Eigenkapitalrentabilität	%	-19,0	-17,8	6,6

Zusammenfassung

Das Wirtschaftsjahr 2000/01 war durch eine Entwicklung der Rahmenbedingungen gekennzeichnet, die je nach Betriebsform und -typ zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führte. Die teilweise existenzbedrohende Situation für einzelne Unternehmen, insbesondere durch den Verfall der Rindfleischpreise, wird in den hier ausgewiesenen Durchschnittswerten nur ungenügend sichtbar. So mussten z. B. spezialisierte Rindermastbetriebe oder Mutterkuhhalter teilweise Umsatzverluste von weit über 50 % hinnehmen. Durch die vielseitige Produktionsstruktur in der Mehrzahl der Unternehmen, insbesondere bei den juristischen Personen, kommt der Rindermast oft nur untergeordnete Bedeutung im Gesamtunternehmen zu, so dass Erlöseinbußen aus der Mast meist über die Milchproduktion kompensiert werden konnten. Somit waren Futterbaubetriebe im Wirtschaftsjahr 2000/01 von den negativen Entwicklungen in der Rindfleischproduktion und im Marktfruchtbau weniger betroffen, während neben den Rindermästern auch die spezialisierten Marktfruchtbetriebe deutliche Gewinneinbußen zu verzeichnen hatten. Deutlich zeigt sich, dass Rationalisierungspotenziale (Arbeitskräfte) und Leistungsreserven (gestiegene Milchleistung) auch in diesem Wirtschaftsjahr weiter erschlossen wurden. Das Investitionsgeschehen hat sich allerdings nach Rechts- und Betriebsformen differenziert entwickelt. Bei einem Teil der Unternehmen sind die erreichten Ergebnisse unabhängig von den Besonderheiten des ausgewerteten Wirtschaftsjahres nicht ausreichend, um dauerhaft im künftigen Wettbewerb zu bestehen (Abbildung 3.4). Beim Ausblick auf das zur Zeit laufende Wirtschaftsjahr 2001/02 kann bei den Marktfruchtbetrieben mit deutlich verbesserten Ergebnissen gerechnet werden. Sinkende Preise bei Getreide werden allerdings die gute Ernte im Jahr 2001 relativieren. Bei Rindfleisch sind sowohl der Absatz als auch die Preise im Laufe des Jahres 2001 wieder gestiegen, wodurch für die Rindfleischherzeuger ein deutlicher Aufwärtstrend sichtbar ist. In der Milch- und Schweinefleischproduktion zeichnen sich bereits Preisrückgänge ab, so dass es für die Produzenten schwierig sein wird, die Ergebnisse des Wirtschaftsjahres 2000/01 zu erreichen. Hier bleibt abzuwarten, inwieweit diese Entwicklung durch Leistungs- und Effektivitätssteigerungen ausgeglichen werden kann.

Abbildung 3.4: Eigenkapitalveränderung und Gewinn + Personalaufwand im Wj. 2000/01, differenziert nach Rechtsform und Unternehmenserfolg



3.4 Pflanzenproduktion

3.4.1 Flächennutzung

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe hat gegenüber dem Jahr 2000 um rund 3.700 ha auf insgesamt 1,343 Mill. ha abgenommen (Tabelle 3.18). Während für Grünland ein geringfügiger Flächenabgang von 389 ha auf 296.600 ha zu verzeichnen war, verminderte sich die Ackerfläche um 3.127 ha auf 1.041.000 ha. Die sonstigen Flächen (Obstanlagen, Baumschulanlagen, Haus- und Nutzgärten etc.) blieben bei strukturellen Veränderungen insgesamt nahezu konstant.

Tabelle 3.18: Landwirtschaftlich genutzte Flächen¹⁾ und deren Nutzungsstrukturen (einschließlich stillgelegter Flächen)

Nutzungsart	ME	1998	1999	2000	2001	2001 : 2000 in %
LF	1.000 ha	1.356,1	1.347,4	1.346,7	1.343,0	99,7
darunter:						
AF	1.000 ha	1.047,1	1.046,3	1.044,1	1.041,0	99,7
	% der LF	77,2	77,7	77,5	77,5	
GF	1.000 ha	302,5	295,5	297,0	296,6	99,9
	% der LF	22,3	21,9	22,1	22,1	

Quelle: LDS

¹⁾ bis 1998 einschließlich der LF in den forstwirtschaftlichen Unternehmen, ab 1999 nur landwirtschaftliche Betriebe

Die Flächenpacht ist nach wie vor die Grundlage für die Flächenbewirtschaftung in den landwirtschaftlichen Unternehmen. Dennoch nimmt der Eigentumsanteil unabhängig von der Rechtsform der Unternehmen weiter zu. Im Jahr 2001 befanden sich durchschnittlich 8,1 % der bewirtschafteten Flächen im Eigentum der Unternehmen, wobei die eingetragenen Genossenschaften mit 3,8 % den geringsten und die Einzelunternehmen mit 15,6 % den höchsten Eigentumsanteil aufweisen (Tabelle 3.19).

Tabelle 3.19: Eigentumsverhältnisse bewirtschafteter Flächen nach Rechtsformen¹⁾

Rechtsform	1999			2000			2001		
	Eigentum	Pachtfläche	ungeklärte Fläche/ Tauschfläche	Eigentum	Pachtfläche	ungeklärte Fläche/ Tauschfläche	Eigentum	Pachtfläche	ungeklärte Fläche/ Tauschfläche
Unternehmen insgesamt	6,9	78,6	14,5	7,4	78,1	14,3	8,1	77,4	14,2
Natürliche Personen	10,6	71,0	18,4	11,5	70,2	18,2	12,4	69,6	17,9
Juristische Personen	4,5	83,4	12,1	4,8	83,2	11,8	5,3	82,5	11,7

Quelle: Agrarförderung

¹⁾ Angaben in %

Ein erheblicher Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes wird durch die Bodenverwaltungs- und verwertungsgesellschaft (BVVG) verwaltet. Der Umfang betrug zum Ende des Jahres 2001 insgesamt rund 265.000 ha und lag damit um etwa 15.500 ha unter dem Wert des Vorjahres (Tabelle 3.20). Bei geringfügiger Änderung im Hinblick auf die Pächterstruktur wurde wie im Vorjahr der überwiegende Teil der Flächen an juristische Personen und ortsansässige Wiedereinrichter verpachtet.

Tabelle 3.20: Pächter der von der BVVG verwalteten landwirtschaftlichen Nutzflächen per 31.12.2001

Pachtverträge	ME	ortsansässige WE ¹⁾	WE mit Restitutionsanspruch	WE ohne Restitutionsanspruch	ortsansässige Neueinrichter	Juristische Personen	Neueinrichter, die ortsansässig werden	sonstige	gesamt
Lang- und kurzfristig insgesamt	ha LF %	46.890 17,7	1.274 0,5	10.293 3,9	19.640 7,4	168.766 63,7	10.817 4,1	7.087 2,7	264.767 100

¹⁾ WE = Wiedereinrichter

Quelle: BVVG

Nach der Wiederaufnahme des Verkaufs von BVVG-Flächen im Oktober 2000 wurden im Jahr 2001 insgesamt 610 Verträge über den Verkauf von 35.023 ha land- und forstwirtschaftlicher Flächen abgeschlossen. Der durchschnittlichen Kaufpreis belief sich bei land- sowie land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen (11.381 ha) auf 2.800 DM je ha, bei forstwirtschaftlich genutzten Flächen (23.642 ha) auf 1.598 DM je ha.

Für den Kauf außerhalb des EALG wurden insgesamt 5.105 Anträge gestellt, die sich zu 69 % auf den Kauf zur Umwidmung (Zusammenführung von Boden- und Gebäudeeigentum, Gewerbebetriebe, Wohnungsbau etc.) bezogen. Für eine landwirtschaftliche Nutzung lagen insgesamt 1.582 Kaufanträge vor. Insgesamt wurden 1.333 Verträge zum Flächenerwerb außerhalb des EALG abgeschlossen. Dabei wurden 4.546 ha für eine landwirtschaftliche Nutzung einschließlich einer landwirtschaftlichen Baunutzung zu einem durchschnittlichen Kaufpreis von 6.300 DM je ha insgesamt (bzw. 5.500 DM je ha ohne Bauanteil) verkauft (358 Verträge). Der Verkauf zur Zusammenführung von Boden- und Gebäudeeigentum belief sich auf insgesamt 115 ha bebaute Flächen. In den insgesamt 9 Verkaufsfällen wurde ein durchschnittlicher Kaufpreis von 23.800 DM je ha insgesamt (bzw. 23.100 DM je ha ohne Bauanteil) erzielt. Darüber hinaus wurden rund 627 ha BVVG-Flächen zur sonstigen außerland- und forstwirtschaftlichen Nutzung verkauft (704 Fälle). Der durchschnittliche Kaufpreis lag bei 32.200 DM je ha insgesamt (bzw. 25.300 DM je ha Fläche).

Die Flächenpacht stellt auf Grund des hohen Pachtflächenanteils einen bedeutenden Kostenfaktor dar. Die Pachtpreise sind im Vergleich zum Vorjahr angestiegen, liegen aber weiterhin unter dem Niveau der alten Bundesländer. Sie variieren deutlich je nach Standortgüte und Rechtsstellung von Pächter und Verpächter. Die Pachtzinsen der Einzelunternehmen im Haupterwerb lagen im Durchschnitt über denen der juristischen Personen. Ursächlich dafür sind sowohl teilweise höhere Anteile von Pachtflächen mit geringerer Bodenqualität als auch die Pacht von Flächen, deren Eigentümer Anteilseigner im Unternehmen sind. Unabhängig von der Rechtsform lagen die Pachtzinsen im Landbaugbiet (LBG) 1 (Ackerzahl > 45) am höchsten und im LBG 5 (Ackerzahl < 23) am niedrigsten (Tabelle 3.21 und 3.22).

Tabelle 3.21: Pachtzinszahlungen nach Rechtsform der Pächter (DM/ha Pachtfläche)

Wirtschaftsjahr	Einzelunternehmen im Haupterwerb	Juristische Personen
1993/94	117	91
1994/95	125	104
1995/96	118	87
1996/97	128	112
1997/98	135	118
1998/99	141	127
1999/00	130	124
2000/01	156	130

Quelle: Testbetriebsbuchführung

Tabelle 3.22: Pachtzinszahlungen nach Rechtsform der Pächter und Standortqualität (DM/ha Pachtfläche)

Rechtsform	Jahr	LBG 1	LBG 2	LBG 3	LBG 4	LBG 5
Einzel- unternehmen im Haupterwerb	1995/96	157	159	100	80	84
	1996/97	167	151	117	99	95
	1997/98	185	154	115	92	k.A.
	1998/99	187	179	120	103	62
	1999/00	177	163	108	78	k.A.
	2000/01	221	171	130	110	k.A.
	6-Jahresdurchschnitt	182	163	115	94	-
Juristische Personen	1995/96	128	125	70	67	67
	1996/97	185	137	112	68	72
	1997/98	189	139	105	103	76
	1998/99	202	156	124	91	79
	1999/00	197	139	119	78	91
	2000/01	196	145	125	92	91
	6-Jahresdurchschnitt	183	140	109	83	79

Quelle: Testbetriebsbuchführung

Anbaustruktur

Die Entwicklung der Anbaustruktur war im Jahr 2001 insgesamt durch eine Flächenaufstockung bei Hülsenfrüchten und einen deutlichen Flächenrückgang im Ölfrucht- und Hackfrucht- sowie beim Feldfutteranbau gekennzeichnet (Tabelle 3.23). Der Getreideanteil erhöhte sich auf 54,8 % der gesamten Ackerfläche, während der Ölfrüchteanteil wiederum auf nunmehr 11,7 % der Ackerfläche abnahm (Abbildung 3.5). Die Flächenstilllegung stieg gegenüber dem Vorjahr auf rund 146.700 ha bzw. 14,1 % der Ackerfläche an (Tabelle 9 im Anhang).

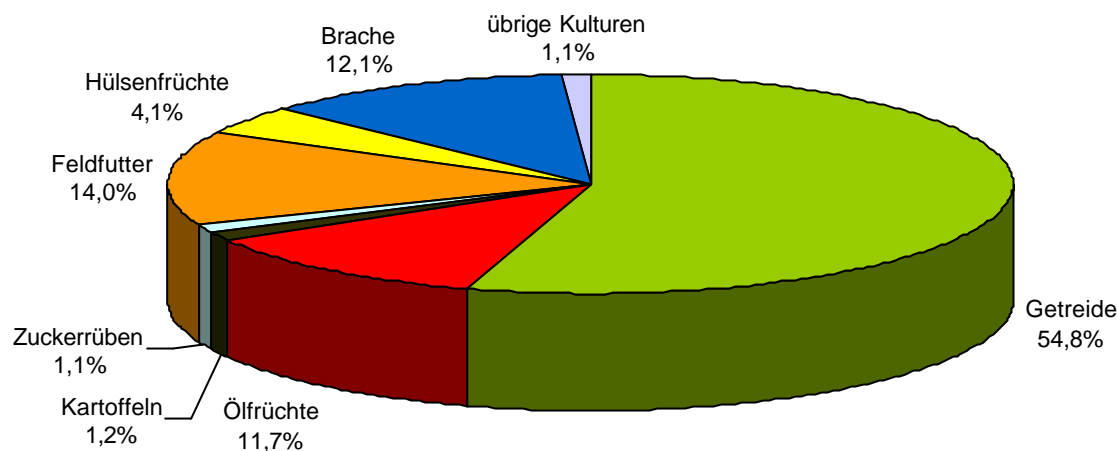
Tabelle 3.23: Anbau ausgewählter Fruchtarten (1.000 ha)

Kulturart	1998	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾	2001	2001 : 2000 in %
Ackerland insgesamt	1.047,1	1.046,3	1.044,1	1.041,0	99,7
Getreide (einschl. CCM)	559,2	522,8	564,9	570,0	100,9
Ölfrüchte gesamt	135,9	178,8	136,1	122,3	89,9
Kartoffeln gesamt	14,7	14,5	13,8	12,3	88,7
Zuckerrüben	13,1	11,9	12,4	11,3	91,0
Feldfutter	167,8	158,3	152,7	145,6	95,3
Hülsenfrüchte	41,2	36,7	35,1	42,5	121,1
Stilllegung gesamt ²⁾	115,9	148,5	145,3	146,7	101,0
dar. konjunkturelle Stilllegung	115,8	145,8	144,9	146,3	101,0
Anteil am Ackerland (% d. AF)	11,1	14,2	13,9	14,1	

Quelle: LDS Bodennutzungshaupterhebung

¹⁾ nur landwirtschaftliche Unternehmen²⁾ InVeKos

Abbildung 3.5: Struktur der Ackerflächennutzung



Basisflächen

Aufgrund der Einbeziehung von Faserflachs und Faserhanf in die Kulturpflanzenbeihilfe wurde die Basisfläche für das Antragsjahr 2001 um 1.100 ha auf 889.600 ha erhöht (Tabelle 3.24). Sie wurde zur Ernte 2001 mit 954.880 ha in Anspruch genommen und damit um 65.280 ha (7,33 %) überschritten. Die notwendige Kürzung der Antragsflächen wurde durch die Anwendung der Saldierung der Grundflächen der Bundesländer auf 4,69 % abgeschwächt.

Tabelle 3.24: Basisfläche und deren Inanspruchnahme

Jahr	Zugewiesene Basisfläche (ha)	Beantragte Basisfläche (ha)	Über-/Unterschreitung (ha)	Sonderstilllegung ohne Beihilfe (ha)
1993	855.200	854.847	- 353	-
1994	886.500	938.598	52.098	-
1995	886.500	884.778	-1.722	52.098
1996	888.500	933.811	45.311	-
1997	888.500	941.502	53.002	-
1998	888.500	944.157	55.657	-
1999	888.500	946.047	57.547	-
2000	888.500	946.506	58.006	-
2001	889.600	954.880	65.280	-

Quelle: Anträge für Agrarförderung

Gegenüber dem Vorjahr hat die Kürzung jedoch weiter zugenommen, da die Ausschöpfung der garantierten Grundfläche in den einzelnen Bundesländer weiter angestiegen ist. Die Möglichkeit zur Anwendung einer Sonderstilllegung im Folgejahr wegen der Grundflächenüberschreitung im Vorjahr ist durch die Verordnung zur Flächenzahlung im Rahmen der AGENDA 2000 ab der Ernte 2000 endgültig aufgehoben.

3.4.2 Erzeugung und Marktentwicklung einzelner Kulturen

Witterungsverlauf

Im Jahresdurchschnitt deutlich kühler (8,1 °C) und auf mittlerem Niederschlagsniveau (512 mm) zeigte sich das Wirtschaftsjahr 2000/2001 gegenüber dem langjährigen Mittel (8,9 °C bzw. 545 mm). Mitentscheidend für die sehr gute Bestandesentwicklung der Winterkulturen im Herbst 2000 war das überdurchschnittliche Niederschlagsangebot (75 % über dem langjährigem Mittel) bereits ab Mitte August bis in die erste Septemberhälfte hinein, was zu einer deutlichen Anreicherung der Bodenwasservorräte führte. Auch wenn nachfolgend nur geringe Niederschlagsmengen fielen, so vollzog sich das Auflaufen und die Bestandesentwicklung von Wintererbsen und Wintergetreide im Herbst 2000 bei ausreichend guter Bodenwasserversorgung. Zudem wirkte das gleichzeitig überdurchschnittliche Wärmeangebot, insbesondere im Oktober (2,6 °C über dem mehrjährigem Mittel), zusätzlich wachstumsfördernd, so dass sich überwiegend sehr üppige Kulturbestände etablieren konnten. Bei milder, niederschlagsarmer Witterung setzten sich die Wachstums- und Entwicklungsprozesse in den

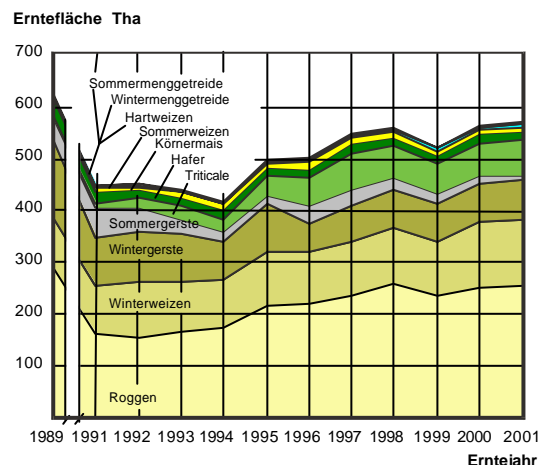
Winterungen auch über den November bis zur Vegetationsruhe Mitte Dezember fort. Das Frühjahr 2001 zeigte sich bei mittlerem Niederschlagsangebot deutlich kühler als in den Vorjahren. Mit Erwärmung der oberen Bodenschicht auf über 5 °C setzten in der zweiten Märzpentade die Wachstums- und Entwicklungsprozesse in den Winterkulturen ein. Ab Mitte März wurde es deutlich kühler. Bei geringen Tagestemperaturen, teilweise Frost und geschlossener Schneedecke kam es zu einer vorübergehenden Stagnation der Pflanzenentwicklung. Ab April stiegen die Temperaturen deutlich an, so dass die Getreide- und Winterrapsbestände ihr Wachstum fortsetzten. Der Monat Mai zeigte sich warm bei unterdurchschnittlichen, zumeist jedoch sehr günstig verteilten Niederschlägen, so dass ein Einsetzen der für Brandenburg typischen Vorsommertrockenheit unterblieb und sich die Entwicklung der Pflanzenbestände relativ ungestört fortsetzen konnte. Gegen Ende des Monats vollzog sich ein markanter Witterungsumschwung hin zu einer ausgeprägten feucht kühlen Witterung. Die nachfolgend geringen Junitemperaturen (5,7 °C unter dem mehrjährigem Mittel) und weiterhin regelmäßigen Niederschläge wirkten sich gerade auf den leichten Sandstandorten sehr positiv auf die Kornausbildung und Assimilateinlagerung aus. Anhaltend feuchte und mäßig warme Witterung im Folgemonat Juli verzögerte dann jedoch die Abreifeprozesse, auch kam es vielerorts zu ausgeprägter Lagerbildung in den Getreide- und Leguminosenbeständen. Resultierende hohe Korn- und Strohfeuchten behinderten die Druschfruchternte erheblich und führten zu teilweise beträchtlichen Ernteverzögerungen mit einhergehenden hohen Ernte- und Qualitätsverlusten.

Insbesondere auf Grund der günstigen Niederschlagsverteilung in den Vorsommermonaten konnten im Berichtszeitraum bei allen Getreidearten, bei Winterraps, Öllein und Hülsenfrüchten überdurchschnittliche Erträge erzielt werden (Tabelle 10 im Anhang). Ausgiebige Niederschläge und warme Witterung im Juli wirkten ertragsstabilisierend im Hackfrucht- und Futterbau. So wurden bei Kartoffeln, (Zuckerrüben), Silomais und Grünfutter jeweils sehr gute, noch über dem Vorjahr liegende, Erträge realisiert.

Getreide

Im Vergleich zum Vorjahr stabilisierte sich die Getreidefläche in ihrem hohem Anbauumfang, nahm sogar um weitere 0,9 % auf 570.000 ha zu, wobei sich mit einem Zuwachs von 1,1% auf nunmehr 92,9% der Getreidefläche eine weitere Ausdehnung des Wintergetreide- zu Lasten des Sommergetreideanbaus vollzog. Im Berichtszeitraum wurde insbesondere die Anbaufläche von Triticale (+ 6.200 ha) ausgedehnt, während bei Sommergerste ein Rückgang von 4.900 ha zu verzeichnen war. Die Roggenanbaufläche hat um 2.586 ha zugenommen. Mit einem Flächenanteil von nunmehr 48 % an der Wintergetreidefläche stellt Roggen nach wie vor die bedeutendste Getreideart dar (Abbildung 3.6).

Abbildung 3.6: Entwicklung der Anbau- bzw. Erntefläche von Getreide



Auf Grund der sehr günstigen Witterungsbedingungen lagen die erzielten Getreideerträge deutlich über dem Niveau des Vorjahres (Tabelle 3.25). Im Durchschnitt wurde mit 58,0 dt je ha ein um ca. 15,4 dt je ha (+36 %) höheres Ertragsniveau erzielt als im Jahr 2000. Bei Wintergetreide lagen die Erträge ca. 20 bis 44 % über dem Vorjahresniveau, wobei der höchste Ertragszuwachs bei Roggen und Wintergerste mit 44 bzw. 38,5 % auf im Mittel 53,3 bzw. 67,6 dt je ha zu verzeichnen war. Bei Sommergetreide wurden gegenüber dem Vorjahr 50 bis 70 % höhere Erträge erzielt. Hier zeigten sich insbesondere Hafer mit 40,5 dt je ha (+64 %) und Sommergerste mit 40,2 dt je ha (+68 %) auf hohem Ertragsniveau. Im Ergebnis dieser Ertragsentwicklung lag das Gesamtgetreideaufkommen im Berichtszeitraum mit 3,3 Mill. Tonnen um ca. 37 % über dem Vorjahresergebnis.

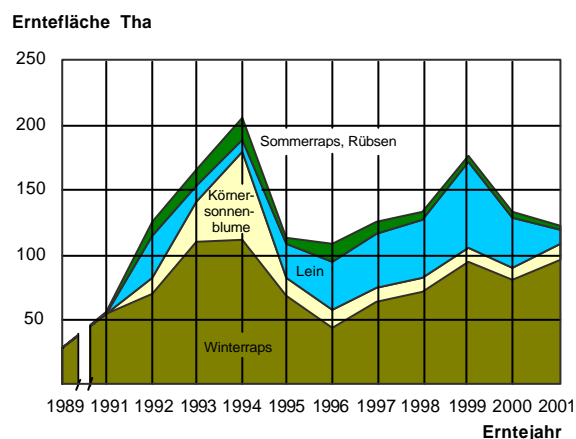
Tabelle 3.25: Ertragsentwicklung bei Getreide

Fruchtart	Anbaufläche		Ertrag	
	2001	2001	2000	1996-2000
	ha		dt/ha	
Winterweizen	128.402	65,8	53,1	57,6
Sommerweizen	3.115	45,8	30,3	42,1
Roggen	253.236	53,3	37,0	41,1
Wintermenggetreide	1.809	49,0	49,2	45,5
Brotgetreide	386.562	57,4	42,3	46,3
Triticale	71.001	55,2	43,1	49,5
Wintergerste	75.260	67,6	48,8	48,6
Sommergerste	9.674	40,2	23,9	40,4
Hafer	15.758	40,5	24,7	38,5
Sommermenggetreide	1.307	26,6	18,2	24,9
Futter- u. Industriegetreide	173.000	58,2	41,9	46,4
Getreide o. Körnermais	559.562	57,6	42,2	46,3
Körnermais + CCM	10.438	75,9	71,9	68,6
Getreide gesamt	569.999	58,0	42,6	46,7

Ölfrüchte

Auch im Jahr 2001 setzte sich der bereits seit 1999 festzustellende Anbaurückgang an Ölfrüchten fort. Ölfrüchte wurden im Berichtszeitraum auf einer Fläche von insgesamt 122.300 ha angebaut. Ursache hierfür ist die starke Abnahme der Ölleinfläche, die sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 75,8 % auf nunmehr 9.400 ha verminderte (Abbildung 3.7). Diese Entwicklung ist im wesentlichen unmittelbares Ergebnis deutlich reduzierter Ölleinbeihilfen, auf Grund derer die Wirtschaftlichkeit des Ölleinanbaus für das unter Brandenburger Standortbedingungen realisierbare geringe Ertragsniveau nur eingeschränkt gegeben ist. Dem erheblichen Rückgang des Ölleinanbaus steht eine Zunahme der Winterrrapsfläche um 14.300 auf 95.300 ha entgegen. Ausschlaggebend hierfür war im Wesentlichen die sehr gute Marktnachfrage nach Rapsprodukten mit einem entsprechend resultierendem Preisniveau, die zu einer deutlich verbesserten wirtschaftlichen Vorzüglichkeit des Winterrrapsanbaus führte. Hinzu kommt, dass Winterrraps aus pflanzenbaulichen und arbeitswirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie z.B. Fruchtfolgegestaltung und Entzerrung von Arbeitsspitzen, verfahrensspezifische Vorteile gerade in getreidebetonten Anbaustrukturen aufweist. Bei Körnersonnenblumen wurde der Anbauumfang der letzten Jahre (ca. 10.000 ha) mit 12.800 ha leicht überschritten. Hauptanbaugbiet ist das klima- und bodenbegünstigte Oderbruch. Die Sommerrrapsfläche verminderte sich um 1.900 ha, unterliegt jedoch in Abhängigkeit von der Auswinterungssituation bei Winterrraps jährlich stärkeren Schwankungen.

Abbildung 3.7: Entwicklung der Anbau- bzw. Erntefläche von Ölfrüchten



Witterungsbedingt lagen die im Berichtszeitraum erzielten Erträge bei Winter- und Sommerraps/Rübsen auf hohem Niveau. Im Vergleich zum Vorjahr wurde das Vorjahresergebnis bei Winterrraps mit 33,8 dt je ha um 32 % und bei Sommerraps/Rübsen um 49 % übertroffen (Tabelle 3.26). Die guten Winterrrapsenerträge führten in Verbindung mit einer deutlichen Ausdehnung des Anbauumfangs zu einem Gesamtaufkommen an Winterrraps von 322.000 Tonnen, was einer Steigerung um ca. 55 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Im Gegensatz zum Rapsanbau war in 2001 bei Sonnenblumen mit 17,6 dt je ha ein Ertragsrückgang um 14 % zu verzeichnen. Auch zeigten sich die Ölleinerträge mit 5,5 dt je ha deutlich unter dem mehrjährigen Durchschnitt von 8,8 dt je ha.

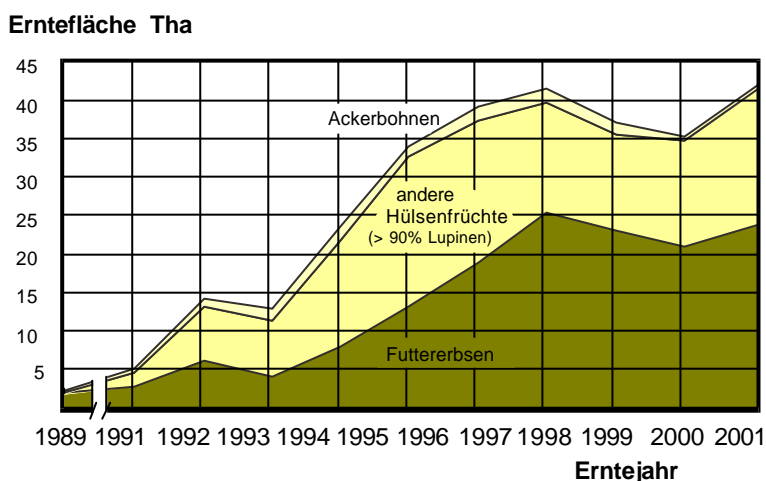
Tabelle 3.26: Ertragsentwicklung bei Ölfrüchten

Fruchtart	Anbaufläche		Ertrag	
	2001	2001	2000	1996-2000
	ha		dt/ha	
Winterraps	95.328	33,8	25,7	26,6
Sommerraps, Rübsen	4.313	17,7	11,9	14,4
Öllein	9.373	5,5	4,0	8,8
Körner Sonnenblumen	12.765	17,6	20,4	20,4
Ölfrüchte gesamt	122.307	-	-	-

Hülsenfrüchte

Der Anbauumfang bei Hülsenfrüchten wurde auf 42.500 ha ausgedehnt. Hierzu trugen sowohl Futtererbsen (+3.100 ha) als auch Lupinen (+4.300 ha) bei. Als Anbaualternative für sehr leichte Standorte wird die Lupine trotzdem noch zu wenig genutzt. Der Anbau von Ackerbohnen erfolgte in etwa auf Vorjahresniveau (Abbildung 3.8). Wesentliche Ursache für diese Entwicklung dürfte der aus der BSE-Diskussion resultierende höhere Bedarf der Agrarmärkte an einheimischen Eiweißträgern für die tierische Veredlung sein. Einer noch stärkeren Zunahme des Hülsenfruchtanbaus standen jedoch nur eingeschränkt zur Verfügung stehende Mengen an geeignetem Saatgut entgegen.

Abbildung 3.8: Entwicklung der Anbau- bzw. Erntefläche von Hülsenfrüchten



Insgesamt wurden mit Körnerleguminosen durchschnittliche, gegenüber dem Vorjahr jedoch deutlich höhere Erträge erzielt (Tabelle 3.27). Sie lagen mit 26,4 dt je ha bei Futtererbsen und 27,2 dt je ha bei Ackerbohnen um ca. 50 bzw. 40 % über denen des Vorjahres.

Tabelle 3.27: Anbau und Erträge von Hülsenfrüchten

Fruchtart	Anbaufläche		Ertrag	
	2001	2001	2000	1996-2000
	ha		dt/ha	
Futtererbsen	23.983	26,4	17,7	26,2
Ackerbohnen	709	27,2	19,5	27,6
andere Hülsenfrüchte ¹⁾	17.787	-	-	-
Hülsenfrüchte gesamt	42.479	-	-	-

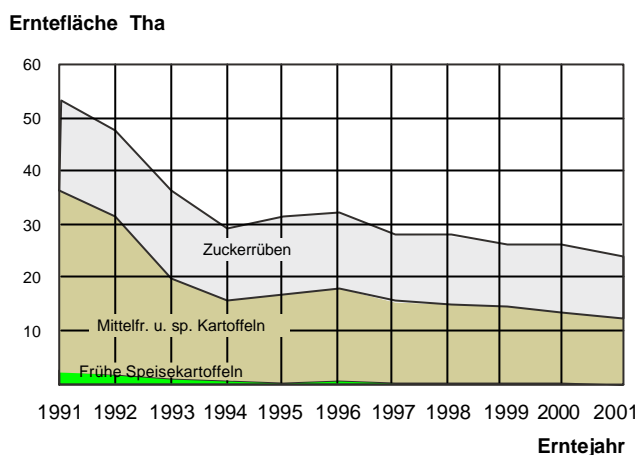
¹⁾ darunter in Brandenburg über 99 % Süßlupine (Quelle: InVeKos)

Hackfrüchte

Der Kartoffelanbau ist wiederum rückläufig und liegt jetzt bei 12.300 ha (Abbildung 3.9). Der Frühkartoffelanbau (135 ha) ist aus preislichen und klimatischen Gründen in Brandenburg nur von untergeordneter Bedeutung, weiterhin rückläufig ist auch der Anbau von mittelfrühen und späten Speisekartoffeln (-14,8 % auf 2.957 ha). Hauptproduktionsverfahren bleibt der Vertragsanbau von Industriekartoffeln, wobei auch hier gegenüber dem Vorjahr ein Anbau rückgang, um 974 ha auf nunmehr insgesamt 9.173 ha zu verzeichnen ist. Die

Zuckerrübenfläche lag im Berichtszeitraum bei 11.263 ha, was einer Abnahme um ca. 9 % gegenüber dem Jahr 2000 entspricht.

Abbildung 3.9: Entwicklung der Anbau- bzw. Erntefläche von Hackfrüchten



Die Erträge im Kartoffelbau waren mit durchschnittlich 310,0 dt je ha um 17 % höher als im Jahr zuvor (Tabelle 3.28). Auch bei Zuckerrüben konnte mit 498,1 dt je ha ein Ertragsanstieg von ca. 4 % erzielt werden.

Tabelle 3.28: Anbau und Ertragsentwicklung bei Hackfrüchten

Fruchtart	Anbaufläche	Ertrag		
		2001	2000	1996-2000
	ha	dt/ha		
Kartoffeln gesamt	12.266	310,0	264,5	285,7
davon:				
Frühkartoffeln	135	241,1	254,6	272,3
Mittelfrühe und späte Kartoffeln	12.131	310,7	264,7	285,9
Zuckerrüben	11.263	498,1	480,5	453,3
Hackfrüchte gesamt	23.822	-	-	-

Futtererzeugung

Der kontinuierliche Flächenabgang der vergangenen Jahre setzte sich bei Feldfutterfrüchten auch in 2001 fort. Die Verminderung der Anbaufläche betraf dabei insbesondere den Grasanbau auf Ackerland, den Silomais-, den Klee- und Kleegrasanbau. Silomais dominiert im Anbauumfang mit 96.600 ha weiterhin den Feldfutterbau.

Saat- und Pflanzgut, Sortenprüfung

Im Jahr 2001 wurden im Land Brandenburg 19.825 ha Saat- und Pflanzgutvermehrungen zur Anerkennung angemeldet (Tabelle 3.30). Vor allem durch die weitere Reduzierung der Flächenbeihilfe bei Öllein und das Auftreten der Bakteriellen Ringfäule der Kartoffel hat die Vermehrungsfläche im Vergleich zum Vorjahr um 1.684 ha abgenommen. Neben den Ländern Niedersachsen, Mecklenburg Vorpommern, Bayern und Sachsen-Anhalt betreibt das Land Brandenburg einen hohen Vermehrungsanbau, von den in Deutschland in 2001 angebauten 229.126 ha Vermehrungen betrug der Anteil des Landes Brandenburg 9 %. 50 % der Lein-, 37 % der Lupinen-, 23 % der Wintertriticale- und 21 % der Winterroggenvermehrungen Deutschlands standen auf Brandenburger Ackerflächen.

Tabelle 3.30: Saatgutvermehrungsflächen

Fruchtartengruppe	1999	2000	2001	2001 zu 2000
	ha			%
Wintergetreide	12.830	11.669	10.991	94,2
Sommergetreide	2.409	1.705	1.557	91,3
Öl- und Faserpflanzen	3.920	2.340	927	39,6
Gräser	4.140	3.161	3.141	99,4
Kleearten	17	75	93	124,0
Großk. Leguminosen	2.092	1.289	2.297	178,2
Sonstige Futterpflanzen	25	26	39	150,0
Kartoffeln	1.209	1.101	779	70,8
Insgesamt	26.642	21.366	19.824	92,8

Die Saat- und Pflanzgutvermehrung von 265 Sorten erfolgte in 271 Betrieben und konzentrierte sich in den Landkreisen Uckermark, Ostprignitz-Ruppin, Prignitz, Teltow-Fläming und Märkisch-Oderland.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Umfang der vor der Feldbesichtigung zurückgezogenen Flächen von 5,7 auf 3,4 % verringert (Tabelle 3.31). Mit dem Prüfergebnis "Mit Erfolg" wurden 91,2 % der Flächen beurteilt und damit die beste Anerkennungsrate der zurückliegenden Jahre erreicht. Nur 1,8 % der Vermehrungsbestände wurden wegen der Nichteinhaltung der Anforderungen an den Feldbestand mit dem Resultat "Ohne Erfolg" aberkannt. Der nach § 8 (2) der Saatgutverordnung als "Bedingt anerkannte" Anteil der Vermehrungsfläche betrug 3,6 %.

Tabelle 3.31: Ergebnisse der Feldprüfung (ha)

Fruchtartengruppe	angemeldet	zurückgezogen	Mit Erfolg anerkannt	anerkannt § 8(2)	Ohne Erfolg
Getreide	12.549	492	11.339	425	293
Öl- und Faserpflanzen	927	88	779	40	20
Gräser	3.141	79	2.852	207	3
Kleearten	93	0	90	0	3
Großk. Leguminosen	2.297	0	2.212	41	44
Sonst. Futterpflanzen	39	0	39	0	0
Kartoffeln	779	5	774	0	0
Insgesamt	19.825	664	18.085	713	363
Anteil in Prozent	100	3,4	91,2	3,6	1,8

In der Beschaffenheitsprüfung wurden von Juli bis Dezember 2001 ca. 11.000 t mehr Saatgut zur Zertifizierung vorgestellt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von der im 2. Halbjahr 2001 untersuchten Menge wurden 4,9 % wegen Nichterfüllung der amtlich vorgegebenen Parameter aberkannt wobei diesbezüglich die Fruchtartengruppen Getreide und großkörnige Leguminosen am stärksten betroffen waren.

Entsprechend § 28 des Saatgutverkehrsgesetzes wurden im Zeitraum vom 01.07.2000 bis zum 30.06.2001 insgesamt 553 Saatgutpartien auf die Einhaltung der amtlich vorgeschriebenen Beschaffenheitsparameter sowie auf eine ordnungsgemäße Kennzeichnung und Verschließung kontrolliert. Dabei wurden 56 Verstöße festgestellt.

Der Faktor Sorte gewinnt im Pflanzenbau im Hinblick auf eine nachhaltige, umwelt- und qualitätsgerechte sowie kosteneffektive Produktion zunehmend an Bedeutung, zumal alle innerhalb der EU zugelassenen Sorten auch in Deutschland vertriebsfähig sind. Durch das Bundessortenamt erfolgt keine Regionalisierung der Prüfergebnisse, die zur Zulassung einer Sorte geführt haben, dies ist die Aufgabe der Länder. Vom Landessortenwesen, das in Brandenburg der Landesanstalt für Landwirtschaft zugeordnet ist, wurden 2001 in 3 eigenen Versuchsstationen (Güterfelde, Dürrenhofe, Zehdenick) Sorten aller relevanten Fruchtarten unter den regionalen Boden- und Klimabedingungen auf ihre Leistungsmerkmale und Eigenschaften geprüft. Hierfür standen außerdem 7 Standorte externer Kooperationspartner zur Verfügung. Im Ergebnis der mehrjährig durchgeführten Landessortenversuche können dem Landwirt wettbewerbsneutrale, standortabhängige Sortenempfehlungen gegeben werden.

Fortgeführt wurden auch Landessortenversuche zu Getreide unter den Bedingungen des ökologischen Landbaus. Die Ergebnisse aller LSV sowie Sortenratgeber sind im Internet unter folgender Adresse verfügbar: www.brandenburg.de/land/mlur/1/pflanze/sortrat.htm

Insgesamt wurden im Jahre 2001 in 85 Landessortenversuchen (LSV) 440 Sorten landwirtschaftlicher Fruchtarten auf 5.152 Parzellen geprüft (Tabelle 3.32). Daneben wurden Wertprüfungen im Auftrag des Bundessortenamtes sowie EU-Sortenversuche auf Drittmittelbasis durchgeführt.

Tabelle 3.32: *Umfang der durchgeführten Landessortenversuche*

Fruchtartengruppe	Orte	Versuche	Sorten	Parzellen
	Anzahl			
Getreide	11	39	197	2.704
Ölfrüchte	6	9	47	468
Körnerleguminosen	5	8	31	380
Kartoffeln	2	10	44	352
Mais	6	15	107	1.136
sonstige	3	4	14	112
gesamt	13	85	440	5.152

Nachwachsende Rohstoffe

Anbau

Der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen belief sich 2001 auf 43.696 ha, was einem Anteil von 4,19 % der Ackerfläche entspricht. Anteilig wurden 22.034 ha nachwachsende Rohstoffe auf der Stilllegungsfläche (50,4 %) und 21.662 ha (49,6 %) auf dem übrigen Ackerland angebaut. Gegenüber dem Vorjahr ging die Gesamtfläche um 25.297 ha bzw. 37 % zurück, wobei das übrige Ackerland wesentlich stärker von der Anbaureduktion betroffen war (Tabelle 3.29).

Auf den Stilllegungsflächen waren sowohl der 00-Raps als auch der Erucaraps, sowie der ohnehin in geringem Umfang kultivierte Öllein durch verringerte Anbauumfänge gekennzeichnet. Lediglich die Sonnenblumen konnten den flächenmäßigen Vorjahresstand auch 2001 annähernd konstant halten. Bei diesen dürfte es sich hauptsächlich um High-oleic-Sonnenblumen handeln, deren Anbau sich im Oderbruch konzentriert. Mit 19 ha Pestwurz stand 2001 eine neue Arzneipflanze erstmals auf der Brandenburger Stilllegungsfläche.

Von sinkenden Anbauflächen waren auf dem übrigen Ackerland insbesondere der Öllein, aber auch die Faserpflanzen und die Stärkekartoffeln betroffen. Stärkekartoffeln bleiben jedoch ein wesentlicher Schwerpunkt bei der Produktion von nachwachsenden Rohstoffen. Ihre Anbaufläche betrug in den letzten Jahren stabil etwa 8.000 ha. Die Ölleinfläche auf dem übrigen Ackerland wurde im Vergleich zu 2000 auf etwa ein Viertel reduziert und beanspruchte 2001 nur noch 5.773 ha. Die Ursachen dafür liegen in der seit 2001 vergleichsweise niedrigen Flächenbeihilfe und in der damit verbundenen gesunkenen Wirtschaftlichkeit des Anbaus.

Tabelle 3.29: *Anbau nachwachsender Rohstoffe*

Kulturen	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	ha					
Anbau auf stillgelegten Flächen ¹⁾	12.994	10.821	14.175	37.862	30.713	22.034
Öllein	163	75	74	170	258	64
00-Raps	9.892	5.572	7.349	23.162	17.956	13.485
Erucaraps	1.618	4.318	5.956	12.335	10.618	6.638
Sonnenblumen	1.191	737	787	2.142	1.880	1.827
Sonnenhut	2	0	0	0	0	0
Johanniskraut	3	0	0	5	0	0
Bitterlupinen	109	108	0	39	0	0
schnellwachsende Gehölze	9	9	9	9	1	1
Pestwurz	0	0	0	0	0	19
Miscanthus	5	0	0	0	0	0
Nachtkerze	2	2	0	0	0	0
Anbau auf übrigem Ackerland ²⁾	34.267	38.239	42.205	55.349	38.280	21.662
Stärkekartoffeln	8.435	7.787	8.155	7.826	8.729	8.026
Öllein ³⁾	21.942	26.371	29.023	42.339	23.985	5.773
Hanf	91	368	677	789	617	280
Flachs	3.494	979	338	264	157	0
Erucaraps	305	2.734	4.007	4.114	4.768	7.558
Nachtkerze	0	0	3	12	22	19
Färberpflanzen	0	0	2	5	2	6
Anbau insgesamt	47.261	49.060	56.380	93.211	68.993	43.696

¹⁾ Quelle: BLE

²⁾ Quelle: Flächennachweis Agrarförderung

³⁾ 63 % der Ölleingessamtfläche

⁴⁾ Pilotanbau FNR-Projekte

Eine Ausnahme bildete dagegen der Erucaraps, der seinen Flächenanteil auf dem übrigen Ackerland um 2.790 ha auf 7.558 ha ausdehnen konnte. Damit hat er auch 2001 wieder seinen festen Platz im Artenspektrum der nachwachsenden Rohstoffe behauptet. Aufgrund der steigenden Biodieselherstellung und des wachsenden

Biodieselvebrauches kann man außerdem davon ausgehen, dass zunehmend auch 00-Raps vom übrigen Ackerland (kein Vertragsanbau, hier nicht extra ausgewiesen) im Non-food-Bereich verarbeitet wird.

Von den Faserpflanzen war 2001 nur noch der Hanf (280 ha) mit deutlich gesunkener Anbaufläche auf dem übrigen Ackerland vertreten, während der Faserleinanbau völlig eingestellt wurde. Auch bei diesen Kulturen muss die derzeit fehlende Wirtschaftlichkeit als Ursache der Negativentwicklung angesehen werden. Dies ist um so bedauerlicher, da die Märkte für Naturfasern sich gegenwärtig im Aufbau und in einer Wachstumsphase befinden.

Der Praxisanbau innerhalb der über die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) geförderten Pilotprojekte Nachtkerze und Färberpflanzen belief sich 2001 in etwa gleich großer Größenordnung wie im Vorjahr auf 19 bzw. 6 ha.

Verwertung

Nach jahrelangen intensiven Bemühungen, wirksame Verarbeitungskapazitäten für nachwachsende Rohstoffe zu etablieren, haben sich erste sichtbare Erfolge in Brandenburg eingestellt, wobei solche Unternehmen, wie z. B. die Biodiesel Wittenberge GmbH, Spremberger Tuche GmbH, Prignitz-Chemie GmbH besonders hervorgehoben werden können.

Inzwischen arbeiten allein im Verwertungsbereich über 90 kleine und mittelständische Unternehmen, die nachwachsende Rohstoffe aufbereiten und verarbeiten und Industriebereiche wie die Stärkeindustrie, die chemische Industrie, die Dämmstoffindustrie, die Textilindustrie, den Energiemarkt, die Baustoffindustrie, die Pharma- und Kosmetikindustrie, die Automobilindustrie und die Lack- und Farbenindustrie in Brandenburg oder anderen Bundesländern bedienen. Diese positive Entwicklung spiegelt die Wünsche der Verbraucher nach natürlichen, ökologischen und umweltfreundlichen Produkten wider.

Die zunehmend umfassendere Nutzung der Biomasse im Rahmen der energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe war und ist ein zentrales Element nachhaltiger Wirtschaftsweise und des Einstiegs in eine zukunftsfähige Energieversorgung in Brandenburg. Die Biomasse in der festen, flüssigen und gasförmigen Form leistete im Jahr 2001 unter den Erneuerbaren Energien zusammen mit der Windkraft den größten Beitrag zur Deckung des Primärenergiebedarfs in Brandenburg, hauptsächlich durch die energetische Holznutzung in 8 Großanlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung und Stromerzeugung in 17 Biogasanlagen. Zu dieser positiven Entwicklung haben besonders die neuen verbesserten Rahmenbedingungen, insbesondere das Gesetz über den Vorrang der Erneuerbaren Energie (EEG-Gesetz), beigetragen. Mit der Entwicklung von Leitprojekten für die Breitenanwendung innovativer Lösungen im Rahmen der Energie-Technologie-Initiative der Landesregierung über die Arbeitsgruppen „Biomassefestbrennstoffe“, „Biokraftstoffe“, „Biogas“ wurden in den letzten zwei Jahren Aktivitäten entwickelt, die den Trend zur Nutzung der Erneuerbaren Energien maßgeblich unterstützten. Im Ergebnis der vielfältigen Bemühungen wurde erreicht, dass

- in über 800 kleinen Holzfeuerungsanlagen Holz hackschnitzel, Holzpellets u.a.m. vorwiegend für die Wärmenutzung und in 8 Großanlagen mit Kraftwärmekopplung neben der Wärme gleichzeitig Elektroenergie erzeugt wird
- in Brandenburg derzeit 65.000 t Biodiesel produziert werden, davon am Standort Wittenberge rund 60.000 t Rapsmethylester (RME) und am Standort Oranienburg 5.000 t Altölmethylester
- sich die Anzahl der Biogasanlagen auf 17 erhöht hat, die neben der Wärme- vor allem Elektroenergie erzeugen.

Darüber hinaus sind gegenwärtig 4 weitere Biodieselanlagen mit einem Kapazitätsumfang von 135.000 t im Bau bzw. in der Planungsphase, davon im Bau eine 100 kt Biodieselanlage am Standort Schwarzheide, so dass Ende des Jahres 2002 voraussichtlich 200.000 t Biodiesel in Brandenburg produziert werden können.

Mit der verstärkten Nutzung von Biomasseverwertungsanlagen im Rahmen der dezentralen Kreislaufwirtschaft werden neue Produktionsalternativen erschlossen, indem sich z. B. der Landwirt zum Energiewirt entwickelt.

Auf dem Gebiet der stofflichen Verwertung nachwachsender Rohstoffe sind besonders verschiedene Verfahren zur Herstellung ökologischer Baustoffe und neue Einsatzfelder von Naturfarben entwickelt und erschlossen worden. Derzeitig werden in 18 klein- und mittelständischen Unternehmen umweltfreundliche Baustoffe aus nachwachsenden Rohstoffen produziert. Mit der Verwertung und Aufbereitung von pflanzlichen Ölen im chemisch-technischen Bereich (Prignitz-Chemie Wittenberge) wird eine weitere interessante Entwicklungsrichtung in Brandenburg verfolgt. Zu einem weiteren Arbeitsfeld hat sich in den letzten Jahren die Inhaltsstoffgewinnung aus Sonderkulturen, z. B. von Färberpflanzen, Pestwurz, Nachtkerze, Weiden u.a.m. für die Pharma- und Kosmetikindustrie entwickelt. Der negative Trend im Faserpflanzenanbau (Flachs und Hanf) und der Faseraufbereitung konnte auch im Jahr 2001 nicht gestoppt werden. Veränderte Rahmenbedingungen im Anbau (neue Marktordnung für Flachs und Hanf) sowie Ertrags-, Absatz- und Qualitätsprobleme führten dazu, dass dieser Verwertungsbereich kapazitätsmäßig nicht voll ausgeschöpft wird.

3.5 Gartenbau

Die Nachfrage von ca. 5 Millionen Verbrauchern in der Region Berlin/Brandenburg nach Gartenbauprodukten übersteigt gegenwärtig den Umfang der regionalen Erzeugung im Land Brandenburg bei weitem, so dass umfangreiche Importe aus aller Welt notwendig wird. Gelingt es, einen Teil der Importe durch heimische Produktion zu ersetzen indem Wachstumspotenziale in Produktion und Verarbeitung erschlossen werden, trägt dies in erheblichem Umfang zur Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum sowie zur Erhöhung der Wertschöpfung in den Unternehmen bei. Dies gilt in besonderem Maße für die gärtnerischen Dienstleistungsbereiche Garten- und Landschaftsbau sowie Floristik.

Die aus dem europäischen Markt resultierenden Kosten-/Erlösstrukturen sind für die Entwicklung des Brandenburger Gartenbaus im Hinblick auf die Wahl der Produktionsrichtung, der Kulturarten und der Sorten ein prägender Faktor. Trotz der teilweise guten natürlichen Standortbedingungen kann das vorhandene Marktpotenzial jedoch von vielen Unternehmen wegen geringer Eigenkapitalausstattung bisher noch nicht ausreichend genutzt werden. Aufgrund des starken Wettbewerbs können steigende Marktanteile nur über den Verdrängungswettbewerb erzielt werden. Marktnähe und Verbraucherakzeptanz stellen insbesondere für die Betriebe mit Direktabsatz gute Entwicklungsvoraussetzungen dar.

Der Anteil des Gartenbaus an der Wertschöpfung der pflanzlichen Produktion liegt wie in den Vorjahren bei ca. 20 % und unterstreicht mit der unveränderten Anzahl von ca. 19.800 Arbeitskräften, die schwerpunktmäßig in den gärtnerischen Dienstleistungsbereichen (GaLa-Bau, Floristik, Friedhofsgartenbau) beschäftigt sind, die erhebliche wirtschaftliche Bedeutung des Gartenbaus. Dies gilt im besonderen Maße für den Arbeitsmarkt.

Darüber hinaus kommt dem Dienstleistungs- und Produktionsgartenbau in der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen ein hoher Stellenwert zu. Mit dem Stichtag 31.12.2001 wurden (ohne Floristik) mit 709 Ausbildungsverhältnissen etwa 31 % aller landwirtschaftlich-gärtnerischen Ausbildungsverhältnisse in diesem Bereich registriert.

3.5.1 Anbauflächen

Die gartenbaulich genutzte Fläche hat im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um 579 ha auf 10.901 ha zugenommen (Tabelle 3.33). Die stärkste Flächenausweitung erfolgte erneut bei Spargel. Diese stieg um 316 ha auf 1.561 ha, das sind 27 % der Freilandgemüseanbaufläche. Auch bei Einlegegurken erfolgte eine Flächenerweiterung um 62 ha auf 508 ha. Im Gemüseanbau unter Glas konnte eine deutliche Zunahme der Fläche um 13 % registriert werden. Damit stabilisierte sich der Anbau bei 34 ha. Die Anbaufläche im Erwerbsobstbau verringerte sich um 102 ha auf 3.814 ha.

Tabelle 3.33: Anbauflächen im Gartenbau (ha)

Nutzungsart	1999	2000	2001	2001 zu 2000 in %
Gartenbaulich genutzte Fläche insgesamt	9.845	10.322	10.901	105,6
darunter:				
Freilandgemüse	4.622	5.195	5.815	111,9
darunter :				
Erdbeeren	243	274	269	98,2
Spargel	1.090	1.245	1.561	125,4
Gemüse unter Glas	27	30	34	113,3
Obstflächen	3.907	3.916	3.814	97,4
Zierpflanzen im Freiland	80	65	98	150,8
unter Glas	56	46	51	110,9
Baumschulen	1.146	1.067	1.084	101,6

(Quelle: LDS Brandenburg, Außenstelle Frankfurt (Oder))

Die Baumschulfläche ist im Vergleich zum Vorjahr um 17 ha auf nunmehr 1.084 ha gestiegen. Wichtige Produktionsstandorte im Erwerbsobstbau und im Gemüsebau sind, gemessen am Umfang der Anbauflächen, die Landkreise Potsdam-Mittelmark (einschließlich der kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg) und Märkisch-Oderland, hier insbesondere das Oderbruch. Im Landkreis Potsdam-Mittelmark befinden sich 56 % (2.156 ha) der Obstbauflächen und ein Drittel der Gemüseanbauflächen im Freiland. Allein im Landkreis Märkisch-Oderland beläuft sich die Gemüseanbaufläche auf 1.172 ha. Der Landkreis Elbe-Elster stellt mit einem Anteil

von 26 % an der gesamten Baumschulfläche einen Produktionsschwerpunkt dar. Im Jahr 2001 wurde die Anbaufläche in diesem Gebiet um 14 ha ausgedehnt (vgl. Abbildung 1 im Anhang).

3.5.2 Erzeugung und Marktentwicklung

Obst

Aus obstbaulicher Sicht war das Jahr 2001 durch einen schwierigen Witterungsverlauf gekennzeichnet, das Obstaufkommen lag mit 73,9 kt deutlich unter dem Vorjahresniveau (Tabelle 3.34). Die Ertragserwartungen wurden bei der Apfel- und Birnenernte nicht erreicht. Nach überdurchschnittlichen Erträgen im Vorjahr wurde verstärkt Alternanz festgestellt. Durch regional aufgetretene Hagelschäden sowie Qualitätseinbußen infolge Schorfbefall lag das Ernteaufkommen bei Äpfeln um 10 bis 15 % unter dem des vergangenen Jahr. Der Absatz von Herbstäpfeln war zufriedenstellend. Bei Lageräpfeln sanken die Preise auf ein niedriges Niveau.

Die Erdbeerernte begann 14 Tage später als in den vergangenen drei Jahren und brachte stabile Erträge. Durch die sommerliche Trockenheit ab Mitte Juni kam es zu einem schnellen Ernteabschluss. Während der Wachstumsphase waren nur teilweise Zusatzwassergaben notwendig. Vereinzelt kam es zu Hagelschäden.

Die langanhaltenden Niederschläge im September verursachten regional bis zu 40 % Ausfall bei Pflaumen. Das Vorjahresergebnis konnte nicht erreicht werden. Witterungsbedingte Ausfälle gab es durch das Platzen bei Süßkirschen infolge Regen. Das sehr gute Mengenergebnis bei Sauerkirschen hatte einen Preisverfall zur Folge. Die Verwendung der Sauerkirschernte erfolgte zu 79 % als Verwertungsobst.

Tabelle 3.34: Aufkommen an Gemüse und Obst (1.000 t)

Erzeugnisgruppe	1999	2000	2001	2001 zu 2000 in %
Frischgemüse insgesamt	89,4	95,8	111,8	116,7
Darunter:				
Freilandgemüse	86,2	92,1	106,9	116,1
Gemüse unter Glas	3,2	3,7	4,9	132,0
Baum- und Beerenobst	75,4	94,6	73,9	78,1
Darunter:				
Baumobst	65,1	84,5	64,9	76,8
Beerenobst	10,2	10,1	8,9	88,7

(Quelle: LDS)

Gemüse

Bei Spargel sank die Gesamterntemenge im Vergleich zum Vorjahr um 65 t, der Hektarertrag um 9,8 dt auf 36,6 dt/ha. Die kühle Witterung führte zu verspätetem Erntebeginn und die kühlen Nächte während der Erntezeit wirkten ertragsmindernd auf Gesamtmenge und Hektarertrag. Die kurzzeitige warme Witterungsphase im Juni führte zum starken Ansteigen der Erntemengen und Preisdruck.

Die kühle Witterung und der niederschlagsreiche September führten im Möhrenanbau zu ausgeglichenen Beständen mit einem im Vergleich zum Vorjahr um 51 auf 509,8 dt/ha gestiegenen Ertragsniveau. Witterungsbedingt traten teilweise Qualitätsprobleme durch Staunässe auf.

Bei Gurken (Einleger und Schäler) führte die kühle Witterung im Frühjahr/Frühsummer zu 14-tägiger Verzögerung des Erntebeginns und sehr frühem Auftreten von falschem Mehltau, herdmäßigem Auftreten von Roter Spinne und Unkrautwuchs unter dem Vlies. Es entstand ein Mehraufwand für Pflanzenschutzmaßnahmen. Die geringen Niederschlagsmengen im August verursachten erhebliche Kosten für Bewässerung. Das Ertragsniveau des Vorjahres wurde mit 442,6 dt/ha (+4 %) überschritten.

Der Anbau von Frischerbsen für die Verarbeitung (Frostung) ist bei steigendem Ertragsniveau ungefähr gleich geblieben. Allerdings beeinflussten die hohen Temperaturen während der Erntezeit die Qualität negativ. Durch das schnelle Umwandeln von Zucker zu Stärke konnten einige Schläge nur teilweise geerntet werden.

Die gesunden Kopfkohlbestände verzeichneten im Oktober einen guten Zuwachs. Aber durch das verstärkte Auftreten von Pilzkrankheiten im kühlen und nassen September konnte das Ertragsniveau des Vorjahres nur knapp erreicht werden.

Auch beim Kopfsalat wirkte die stark verschlechterte Zulassungssituation von Pflanzenschutzmitteln verschärfend auf die Bekämpfung. Infolge kühler und feuchter Witterung im Frühjahr und im Herbst traten verstärkt Pilzkrankheiten, wie Rhizoctonia und Botrytis auf.

Zierpflanzen

Nach sehr gutem Start unterstützt durch die Marketingaktion „Tag der offenen Gärtnerei“ folgte ein rascher Absatz ohne ausgeprägte Verkaufsspitze in der Beet- und Balkonpflanzensaison. Der Verlauf wurde im

Vergleich zum Vorjahr etwas schlechter eingeschätzt, der Verkaufsumsatz blieb bei leicht gestiegenen Preisen überwiegend gleich.

Durch Energiesparmaßnahmen und technische Umrüstungen konnte die Erhöhung der Heizkosten der Betriebe, die unter Glas wirtschaften, teilweise abgefangen werden. Das führte aber in vielen Betrieben trotz höherem Einsatz der Unternehmer und weiterem Kapitalverzehr bei leicht rückläufigen Erträgen im Zierpflanzenbau in vielen Bereichen zu einer Stagnation in der Entwicklung der Unternehmen.

Hinsichtlich der Zulassung oder Genehmigung von Pflanzenschutzmitteln sieht sich der Zierpflanzenbau vielfach gezwungen den Weg der Antragstellung für Ausnahmegenehmigungen gemäß § 18 a und b des Pflanzenschutzgesetzes zu gehen, um dringend benötigte Pflanzenschutzmittel bei Schwerpunktkulturen einsetzen zu dürfen.

Baumschulen

Die Einschätzung der Einzelhandelsbaumschulen über den Geschäftsverlauf des ersten Halbjahres ist ungünstiger als im Vorjahr. Hauptursache war das verregnete Frühjahr und die Zurückhaltung der Kunden aufgrund der allgemein angespannten wirtschaftlichen Lage.

3.5.3 Dienstleistungen, Organisationen und Veranstaltungen

2,6 Millionen Besucher sahen die Bundesgartenschau in Potsdam, die mit ihrem Konzept überzeugte. Nicht nur der Park im Bornstedter Feld, sondern auch die historische Innenstadt, die Orte am Fluss und die Lenne'sche Feldflur wurden zu den vier Kulissen der 26. Bundesgartenschau. 170 Tage lang beteiligten sich 24 Brandenburger Unternehmen und Direktvermarkter am Gärtner- und Bauernmarkt und brachten durch das breite Angebot der regionalen Spezialitäten die Leistungen des gärtnerischen Berufsstandes voll zur Geltung.

Mit der symbolischen Übergabe des Staffelstabes der Stadt Luckau an Eberswalde im Oktober konzentrieren sich nun alle Kräfte auf die Ausrichtung der 2. Brandenburgischen Landesgartenschau in Eberswalde. Die Stadt im Nordosten Brandenburgs ist die Wiege der Industrialisierung Brandenburgs. Mit der Entscheidung für die Landesgartenschau 2002 hat Eberswalde die Chance ergriffen, sich in seiner Vielfalt zu präsentieren. Erlebte Industriegeschichte, eingebettet in einen modernen Park mit vielen Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten sind in Vorbereitung.

Das diesjährige „Forum Gartenbau“, das als freiwilliger Zusammenschluss der Gartenakademien aus den Bundesländern fungiert, stand unter dem Motto „Mit Lenne's ins neue Jahrtausend“ und fand traditionsgemäß in der Stadt statt, die auch als Ausrichter der Bundesgartenschau galt. Der wechselseitige Erfahrungs- und Informationsaustausch stand bei dieser Zusammenkunft im Mittelpunkt, da in den einzelnen Ländern inhaltlich und organisatorisch sehr unterschiedliche Wege beschritten werden.

Alle Schulen des Landes wurden aufgerufen sich am 4. Brandenburgischen Schulgartenwettbewerb zu beteiligen. Er gilt alljährlich als wichtiger Teil der Umwelterziehung und bietet durch den Anschauungsunterricht vielfältige Entdeckungsräume und die Gelegenheit zum erlebnisorientierten Lernen. Eingereicht werden können Projekte aus den Bereichen Biotope, Experimente im Schulgarten, Schulgarten als Nutzgarten, Gestaltung des Schulgeländes.

Dem Kleingartenwesen kommt eine wichtige sozialpolitische und städtebauliche Funktion zu. Im Landesverband Brandenburg der Gartenfreunde e. V. sind schätzungsweise ca. 95 % aller Gartenfreunde im Land organisiert. Er besteht aus 74.600 Kleingärten (im Durchschnitt 3 Personen/Garten), die in 1.438 Vereinen und ca. 33 Kreis-, Bezirks- und Regionalverbänden organisiert sind. Der Landesverband der Gartenfreunde setzt sich insbesondere für eine naturnahe kleingärtnerische Nutzung und die traditionelle Kleingartenbewegung ein und ist Mitgestalter und -nutzer des „Grünen Zentrums“ in Großbeeren.

Im Rahmen der Fortbildung für die Erwerbsgärtner wurden unter Nutzung eigener Versuchsergebnisse der Landesanstalt für Gartenbau 14 Veranstaltungen, Führungen, Fachexkursionen und Seminare in den Bereichen Obst-Gemüse- und Zierpflanzenbau mit insgesamt 1.000 Interessierten durchgeführt.

3.6 Tierproduktion

3.6.1 Rahmenbedingungen, Struktur und Entwicklung der Viehbestände

Die Tierhaltung im Jahr 2001 war durch unterschiedliche Entwicklungen der einzelnen Zweige hinsichtlich Tierbestandsveränderungen, Absatzmöglichkeiten und Erzeugerpreise geprägt. Von gravierender Wirkung auf den Wirtschaftszweig war die öffentliche Diskussion zur Lebensmittelsicherheit und zum gesundheitlichen Verbraucherschutz als Folge der BSE-Krise und des Auftretens der Maul- und Klauenseuche in einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Im Zuge der angestrebten Neuorientierung der Agrarpolitik des Bundes wurden eine Reihe von Maßnahmen in der Förderpraxis für landwirtschaftliche Betriebe und Produktionsverfahren neu festgelegt, Veränderungen gab es in den Rechtsanforderungen für Bau, Gestaltung und Betrieb von Tierhaltungsanlagen sowie Umwelt- und Naturschutzaufgaben für Landwirtschaftsbetriebe (Inkraftsetzung des Artikelgesetzes). Diese Entwicklung führte zu einer Verunsicherung der Landwirte, einer zusätzlichen Kostenbelastung in verschiedenen Produktionszweigen sowie einer verringerten Wettbewerbskraft der Betriebe im europäischen Markt. Trotz der in einigen Bereichen (Milch, Schweinefleisch) günstigen Entwicklung der Erzeugerpreise besteht aufgrund politisch getroffener Entscheidungen (Verbot der Käfighaltung bei Legehennen) in einigen Zweigen eine geringe Bereitschaft für Investitionen in der Tierhaltung.

Einen besonderen Stellenwert nahm im vergangenen Jahr die Gestaltung und Einführung von Qualitätssiegeln und Qualitätsmanagementprogrammen in der Tierproduktion ein; Beispiele dafür sind die bundesweit einheitlich geltenden „Biosiegel“ für Produkte des Ökologischen Landbaus bzw. das Siegel „Qualität und Sicherheit“ (QS). Eine breite Einführung dieser Qualitätsstandards sowie die damit verbundene intensivere vertikale Zusammenarbeit von Produktion, Verarbeitung und Handel soll zukünftig ein stabiles Vertrauen der Konsumenten in die hiesige Produktion sichern.

Der **Rinderbestand** betrug am 03. November 2001 631.265 Stück (Tabelle 3.35). Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres war er damit um etwa 10.400 Stück bzw. 1,6 % geringer. Im Wesentlichen ist diese Veränderung auf den Abbau der Milchkuhbestände und deren Nachzucht zurückzuführen. Die anhaltende deutliche Milchleistungssteigerung zog bei den begrenzt verfügbaren Lieferrechten eine Verringerung um fast 8.600 Kühe (4,5 %) nach sich. Im Mutterkuh- und Mastrinderbestand sind im vergangenen Jahr keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Trotz des dramatischen Verfalls der Erzeugerpreise bei Rindfleisch ist der Bestand an männlichen Mastrindern niedrig, aber nicht wie in den Vorjahren weiter gesunken. Offensichtlich gehen die verbliebenen Rindermäster von einer mittelfristigen Stabilisierung dieses Zweiges aus bzw. es bestehen für sie keine alternativen Einkommensmöglichkeiten bei Aufgabe. Im Vergleich zur ersten Hälfte der 90er Jahre hat sich der Rinderbestand differenziert entwickelt. Einem gesamten Rückgang um über 11 % steht bei einer überdurchschnittlichen Verringerung des Milchkuhbestandes um 22,3 % ein beachtlicher Zuwachs der Zahl an Mutter- und Ammenkühen gegenüber.

Tabelle 3.35: Entwicklung der Viehbestände (1.000 Tiere)

Tierart	Durchschnitt 1991 - 1995	1999 ³	2000 ³	2001 ³	2001:2000 (%)	2001: 1991-1995 (%)
Rinder insgesamt	710,1	675,3	641,7	631,3	98,4	88,9
dar. Milchkühe	234,8	198,8	191,0	182,4	95,5	77,7
Mutter- u. Ammenkühe	37,9	99,7	99,8	99,9	100,1	263,6
Schweine insgesamt	911,4	764,4	750,3	787,4	104,9	86,4
dar. Zuchtsauen	127,1	98,0	95,6	98,4	102,9	77,4
Schafe insgesamt	134,0	166,6 ²	168,7 ²	156,5 ²	92,8	116,8
dar. weibl. Zuchtschafe > 1 Jahr	95,7	112,5	113,7	106,5	93,6	111,3
Pferde insgesamt	17,3	28,0 ¹	28,2 ¹	28,2 ¹	100,0	163,0
Geflügel insgesamt	5.311,0	6.921,4 ²	-	7.452,8 ²	107,7 ⁴	140,3
dar. Legehennen	1.982,4	2.823,5	-	2.801,8	99,2	141,3
Masthähnchen	2.128,0	2.420,7	-	2.667,0	110,2	125,3
sonst. Geflügel	637,0	1.254,1	-	1.424,5	113,6	223,6

Quelle: LDS, Viehzählung im Land Brandenburg

¹ Schätzung LVL, ² Mai, ³ November, ⁴ 2001:1999

Der **Schweinebestand** war Ende des Jahres 2001 um etwa 37.000 Stück oder 4,9 % höher als 2000. Auch beim Sauenbestand war gegenüber dem Vorjahr ein leichter Zuwachs zu registrieren. Trotz der aktuell wirtschaftlich günstigen Situation im Zweig blieben die Bestandsveränderungen im Bereich der konjunkturellen Schwankungen der letzten Jahre. Ein Trend zur substanziellen Ausdehnung des Zweiges kann nicht festgestellt werden. Im Vergleich zum Umfang der Schweineproduktion im Zeitraum 1991 bis 1995 liegen die gegenwärtigen Tierzahlen bei Schweinen insgesamt um 13,6 % und bei Zuchtsauen sogar um 22,6 % niedriger.

In der **Schafhaltung** hat sich der Trend der Jahre 1999 und 2000 mit Bestandserhöhungen in 2001 nicht fortgesetzt. Zum Vorjahr ging die Zahl der Schafe insgesamt um 7,2 %, die Anzahl Muttern um 7.249 Stück bzw. 6,4 % zurück. Ursache war vor allem die Einstellung der Schafhaltung in Betrieben der Rechtsform juristischer Personen. Aus wirtschaftlichen Gründen ist dieser Zweig in Lohnarbeitsverfassung nur sehr schwierig zu betreiben. Die Tierzahlen im Vergleich zur ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts zeigen eine erfreuliche Stabilisierung, obwohl der Schafbestand insgesamt wegen unterschiedlicher Erfassungszeiträume nicht vergleichbar ist.

Die **Pferdehaltung** insbesondere im Freizeit- und Erholungsbereich hat sich weiter stabilisiert. Der Bestand in den letzten 4 Jahren war weitgehend konstant. Gegenüber der ersten Hälfte der 90er Jahre werden aktuell 63 % mehr Pferde in Brandenburg gehalten.

Die Bestandsentwicklung beim **Wirtschaftsgeflügel** stieg auch im Jahr 2001 weiter an. So haben sich die Tierzahlen bei Masthähnchen und sonstigem Geflügel gegenüber 1999 um 10,2 bzw. 13,6 % erhöht. Bei Legehennen war allerdings ein geringfügiger Rückgang festzustellen. Der Vergleich der Bestände des vergangenen Jahres zum Zeitraum 1991 bis 1995 zeigt die in den letzten 10 Jahren gewachsene wirtschaftliche Bedeutung der Geflügelhaltung in Brandenburg.

Entsprechend des überwiegenden Bestandsrückganges bzw. nur geringfügiger Tierzahlerhöhungen bei den Großtierarten ist der Viehbesatz in Brandenburg ebenfalls weiter rückläufig (Tabelle 3.36).

Tabelle 3.36: *Viehbesatz im Land Brandenburg (Tiere je 100 ha LF)*

Tierart	Durchschnitt 1991-1995	1999	2000	2001	2001:2000 (%)	2001: 1991-1995 (%)
Rinder insgesamt	54,9	50,1	47,6	47,0	98,7	85,6
dar. Milchkühe	18,2	14,8	14,2	13,6	95,8	74,7
dar. Mutter- und Ammenkühe	2,9	7,4	7,4	7,4	100,0	255,2
Schweine insgesamt	70,7	56,7	55,7	58,6	105,2	82,9
dar. Zuchtsauen	9,9	7,3	7,1	7,3	102,8	73,7
Schafe	10,4	12,4	12,5	11,7	93,6	111,5
Pferde	1,3	2,1	2,1	2,1	100,0	161,5

Der Viehbesatz liegt bei allen Tierarten unter dem Durchschnitt in Deutschland und erreicht mit 0,49 VE je ha nur einen vergleichsweise geringen Wert.

3.6.2 Erzeugung und Marktentwicklung

Milchproduktion

Die Milchviehhaltung trug im Jahr 2001 wesentlich zur wirtschaftlichen Stabilisierung der rinderhaltenden Betriebe bei. Durch die günstige Entwicklung der Milchpreise konnten die Ertragsverluste bei Rindfleisch und Kälbern sowie im Zucht- und Nutztviehhandel infolge der BSE Krise weitgehend ausgeglichen werden. Die Erzeugerpreise für Milch erreichten bei standardisierten Inhaltsstoffen (3,7 % Fett, 3,4 % Eiweiß) in den neuen Bundesländern einen Wert von 63,93 Pf/kg und lagen damit um 9,4 % über dem Vorjahr. Dies war der höchste Preis seit der deutschen Wiedervereinigung. Neben der Preisentwicklung hat auch die überdurchschnittliche Leistungssteigerung zur weiteren Rentabilitätsverbesserung beigetragen. Die unter Milchleistungsprüfung stehenden Kühe (98 % des Bestandes) erreichten eine Jahresleistung von 7.616 kg bei 4,15 % Fett und 3,47 % Eiweiß (Tabelle 3.37).

Tabelle 3.37: Ergebnisse der Milchleistungsprüfung

		1997	1998	1999	2000	2001	2001:2000 (%)
Milchkühe	1000 Stück	209,5	205,7	193,8	184,1	179,3	97,4
Milchmenge	kg/Kuh	6167	6.434	6.797	7.293	7.616	104,4
Fettgehalt	%	4,28	4,29	4,27	4,24	4,15	97,9
Fettmenge	kg/Kuh	264	276	290	309	316	102,3
Eiweißgehalt	%	3,49	3,50	3,49	3,47	3,47	100,0
Eiweißmenge	kg/Kuh	215	225	237	253	264	104,3

Quelle: Landeskontrollverband Brandenburg e.V.

Mit Ausnahme Thüringens lag der Zuwachs in der Milchleistung gegenüber dem Vorjahr in den anderen Bundesländern unter dem Brandenburgs (Tabelle 3.38). Die Rohmilchqualität hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert. Der Keimgehalt ist bei 16.000 Keimen/cm³ seit einigen Jahren der niedrigste in Deutschland. Der Zellgehalt stagniert seit 1998 um 240.000 Zellen/cm³, hier sind weitere Aktivitäten erforderlich. Sie betreffen in erster Linie die Qualität der Melkarbeit sowie das Fütterungs- und Reproduktionsmanagement. Weitere Verbesserungen in diesen Bereichen können zu zusätzlichen Kosteneinsparungen beitragen und die Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Milcherzeugung stärken.

Tabelle 3.38: Milchleistungen im Vergleich (kg Milch/Kuh und Jahr)

Land	2000	2001	Veränderung 2001 zu 2000
Brandenburg	7.293	7.616	+323
Mecklenburg-Vorpommern	7.486	7.675	+189
Sachsen-Anhalt	7.554	7.745	+191
Thüringen	7.203	7.559	+356
Sachsen	7.393	7.629	+236
Neue Bundesländer	7.388	7.644	+256
Alte Bundesländer	6.859	6.984	+125
Deutschland insgesamt	7.019	7.132	+113

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Rinderzüchter

Milchquote

Den Milcherzeugern der Länder Brandenburg und Berlin stand im Milchjahr 2000/2001 (1. April 2000 - 31. März 2001) eine vorläufige Referenzmenge in Höhe von 1.349.802.449 kg zur Belieferung zur Verfügung. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Ausstattung von etwa 1.005 kg je ha LF bzw. etwa 3.997 kg je ha Hauptfutterfläche. Die Anzahl der Milcherzeuger hat sich seit Ende 1998, dem Jahr der Flexibilisierung der Milchquotenregelung im Land Brandenburg, um 188 auf 862 Betriebe verringert (Tabelle 3.39).

Tabelle 3.39: Milcherzeugerstruktur (Stand 31. März 2001)

Rechtsform	Milcherzeuger (St.)	Anteil (%)	Milchquote gesamt (t)	Anteil (%)	Ø je Betrieb (kg)
natürliche Personen	465	54	332.992	24,7	716.112
davon:					
Einzelpersonen	261	30	99.215	7,4	380.132
Kooperationen	204	24	233.778	17,3	1.145.969
juristische Personen	397	46	1.016.810	75,3	2.561.234
insgesamt	862	100	1.349.802	100	1.565.896

Seit dem 1. April 2000 erfolgt die Übertragung von Milchquoten bis auf wenige Ausnahmen grundsätzlich über eine sogenannte Milchquotenbörse (Verkaufsstelle). Seit diesem Zeitpunkt wurden 5 Börsentermine durchgeführt, an denen 45 Anbieter und 53 Nachfrager erfolgreich teilgenommen haben. Von den 45 Anbietern haben 13 Betriebe die Milchproduktion aufgegeben. Ziel der Nachfrager war ausnahmslos die Aufstockung bereits vorhandener Milchquoten. Insgesamt wurden 10.746.757 kg Milchquote gehandelt, das entspricht 0,8 % der insgesamt zur Verfügung stehenden Milchquote. Der Gleichgewichtspreis war im Übertragungsgebiet Brandenburg/Berlin mit durchschnittlich 0,79 DM der niedrigste in Deutschland. Der durchschnittliche Gleichgewichtspreis in Deutschland lag bei 1,35 DM (Tabelle 11 im Anhang).

Rindfleischerzeugung

Die Rindfleischproduktion war 2001 durch die BSE Krise in einer dramatischen Situation. Drastische Absatzeinbrüche und ein horrender Preisverfall führten vor allem spezialisierte Rindermäster und Betriebe mit erheblichen Einkommensanteilen aus der Rindfleischerzeugung an den Rand des wirtschaftlichen Ruins. Der durchschnittliche Erzeugerpreis erreichte mit 3,35 DM/kg Schlachtgewicht einen historischen Tiefststand und lag um 22,5 % unter dem des Vorjahres. Auch die Mutterkuhhaltung war durch die geringen Verkaufspreise für Rindfleisch und Absatzkälber davon enorm betroffen. Trotz des eingetretenen weitgehend stabilisierten Verbrauches ist eine kostendeckende Preisgestaltung aktuell nicht absehbar. Dazu tragen auch die zusätzlichen Kontrollmaßnahmen bei. Das Rindfleischaufkommen ist im vergangenen Jahr bei leicht gesunkenem Rinderbestand geringfügig gestiegen (Tabelle 3.40).

Tabelle 3.40: Schlachtrinderzeugung

		1997	1998	1999	2000	2001	2001 : 2000 (%)
Erzeugung							
Lebendvieh	kt	90,6	87,8	88,3	84,7	85,3	100,7
Schlachtgewicht (SG)	kt	54,4	52,7	53,0	50,8	51,2	100,8
Schlachtung ¹⁾							
Bullen	Stck.	21.195	24.131	20.727	16.347	21.544	131,8
Rinder insgesamt	Stck.	47.117	54.941	48.686	39.136	46.072	117,7
durchschnittl. Gewicht							
Bullen	kg	343	349	352	350	358	102,3
Rinder insgesamt	kg	303	306	308	310	315	101,6
Handelsklassen	E %	0,5	0,3	0,2	0,2	0,3	-
Jungbullen	U %	12,1	14,5	15,6	16,5	17,6	-
	R %	36,7	41,6	37,9	35,0	36,3	-
	O %	44,3	39,9	41,5	40,3	34,3	-
	P %	6,4	3,8	4,7	8,0	11,4	-
Erzeugerpreis DM/kg		4,31	4,45	4,13	4,32	3,35	77,5

¹⁾ meldepflichtige Schlachthöfe

Dazu haben verbesserte Mastergebnisse und der zunehmende Fleischrindanteil am Bestand beigetragen. Von verbesserten Produktionsergebnissen zeugen auch die höheren Schlachtmassen und eine günstigere Handelsklasseneinstufung. Erheblich angestiegen sind im Berichtsjahr die in Brandenburg in den meldepflichtigen Schlachthöfen vorgenommenen Schlachtungen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen das Ergebnis der Bemühungen zur besseren Auslastung der vorhandenen Schlachthöfe.

Schweinehaltung

Die wirtschaftliche Situation der Schweinehaltung war 2001 aufgrund der deutlich gestiegenen Erzeugerpreise als stabil zu bewerten. Mit einem durchschnittlichen Erlös von 3,15 DM je kg Schlachtgewicht wurde der Wert des Vorjahres um 0,51 DM bzw. 19,3 % übertroffen.

Der gestiegene Schweinebestand wirkte sich mit entsprechender zeitlicher Verzögerung auch auf das Schlachtschweineaufkommen aus. Gravierend rückläufig war dagegen die Zahl der in Brandenburg erfolgten Schlachtungen. Durch die Schließung der Schlachtung in Eberswalde wurden gegenüber dem Vorjahr in den meldepflichtigen Schlachthöfen über 128.000 Schweine weniger geschlachtet (Tabelle 3.41); es erfolgte eine vermehrte Ausfuhr von Schweinen in andere Länder. Hinsichtlich der Kennwerte zur Schlachtkörperqualität sind keine wesentlichen Veränderungen festzustellen. Neben einem leicht gestiegenen Schlachtgewicht ist der Muskelfleischanteil mit 55,1 % gegenüber den Vorjahren unverändert.

Tabelle 3.41: Schlachtschweineerzeugung

		1998	1999	2000	2001	2001 zu 2000 %
Erzeugung Lebendvieh (kt)		107,2	110,6	107,8	110,6	102,6
Schlachtgewicht (kt)		85,8	88,5	86,2	88,5	102,7
Schlachtung ¹⁾						
Nach SG und H.-Kl. (1000 Stck.)		1015,4	935,7	993,1	865,4	87,1
Insgesamt (1000 Stck.)		1053,3	1025,8	1066,4	938,2	88,0
Durchschnittsgewicht (kg)		91,4	91,4	91,4	92,1	100,8
Schlachtmenge (kt)		92,8	93,8	97,5	86,4	88,6
Handelsklassen						
E (%)		49,0	48,2	49,3	48,1	97,6
U (%)		30,2	32,3	33,1	33,5	101,2
E-P (%)		86,4	87,9	90,0	89,1	99,0
Durchschnittlicher Muskel- fleischanteil (%)		55,3	55,1	55,1	55,1	100
Erzeugerpreis E-P (DM/kg)		2,23	2,08	2,64	3,15	119,3

1) meldepflichtige Schlachthöfe

Bei der Schweineproduktion ist in den letzten Jahren eine leichte Leistungssteigerung zu verzeichnen (Tabelle 3.42). Das gilt sowohl für die Ferkelerzeugung bezüglich Wurfgröße und Anzahl abgesetzter Ferkel als auch in der Mastschweinehaltung. Die Entwicklung der Leistungen in der Schweinemast muss als unzureichend eingeschätzt werden. Mit einer Erhöhung um 9 g bzw. um 1,4 % fällt die Steigerung der Masttagszunahme verschwindend gering aus. Eine dringend notwendige Verbesserung der Futtermittelverwertung konnte nicht erreicht werden. Der Wert von 3,22 kg Futter/kg Zuwachs bedeutet einen zu großen Abstand der Brandenburger Schweinemast zu den führenden Regionen Europas. Allerdings kann die Reduzierung der Tierverluste in der Mast um 0,6 Prozentpunkte auf den bisher besten Stand als Ausdruck für eine verbesserte Gesundheit in den Beständen gewertet werden.

Tabelle 3.42: Leistungen in der Ferkelerzeugung und der Schweinemast

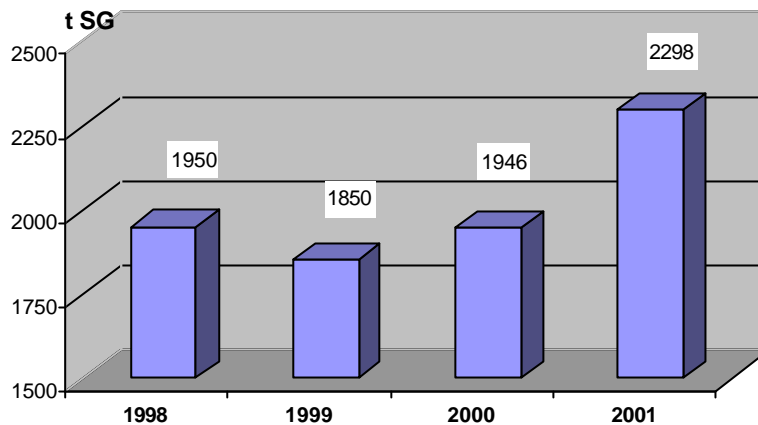
Kennziffer		1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2000/01: 1999/00 (%)
Ferkelerzeugung							
Würfe/Sau und Jahr (Stck.)		2,14	2,21	2,24	2,27	2,26	99,6
abgesetzte Ferkel/Sau und Jahr (Stck.)		18,2	18,9	19,5	19,7	19,7	100,0
abgesetzte Ferkel/Wurf (Stck.)		8,6	8,6	8,8	8,8	8,8	100,0
Mast							
Masttagszunahme (g)		625	641	652	664	673	101,4
Futtermittelaufwand (kg/kg)		3,42	3,35	3,34	3,21	3,22	100,3
Muskelfleischanteil (%)		55,0	55,4	55,4	55,2	55,1	99,83
Tierverluste (%)		5,6	4,5	4,4	4,3	3,7	86,0

Quelle: BSSB e.V.

Schaf-/ Ziegen- und Wildhaltung

Die wirtschaftliche Entwicklung der Schafhaltung war 2001 wesentlich durch die europäische Seuchenlage beeinflusst. Aufgrund fehlender Lammfleischimporte aus Großbritannien (MKS) sowie des Absatzeinbruchs bei Rindfleisch (BSE) erhöhten sich die Erzeugerpreise für Lämmer beachtlich. Allerdings belastet die erforderliche Entnahme des Risikomaterials bei der Schlachtung von über 12 Monate alten Tieren weiterhin die Schaffleischerzeugung mit zusätzlichen Kosten und beeinträchtigt die Wirtschaftlichkeit der Schlachtstätten für Schafe und Ziegen. Ebenso waren die nach wie vor geringen Wollpreise von 1,20 DM/kg Schurwolle nicht kostendeckend. Der Bestandsabbau bei den Mutterschafen wirkte sich entsprechend auf das Schaffleischaufkommen aus. Die Zunahme des Produktionsvolumens um 18,1 % geht überwiegend auf die Schlachtung gemerzter Altschafe zurück (siehe Abbildung 3.10).

Abbildung 3.10: Entwicklung der Schaffleischerzeugung



Dienstleistungen in der Landschafts-, Biotop- und Deichpflege stellten auch im vergangenen Jahr einen wichtigen Eckpfeiler der wirtschaftlichen Existenz der Schafhalter in Brandenburg dar. Aufgrund langjähriger Bewirtschaftungsauflagen sind bei der Ertragslage der Flächen und der Qualität des Aufwuchses negative Auswirkungen festzustellen. Solche Entwicklungen erfordern eine Überprüfung der Pflegekonzepte sowie der Herdenbewirtschaftung am Standort.

Die Ziegenhaltung hat sich in Brandenburg zu einem wichtigen Element der Hobby- und Nebenerwerbstierhaltung entwickelt. In Großstadtnähe konnten sich einige Halter inzwischen eine wirtschaftliche Existenz auf Basis der Direktvermarktung von Ziegenmilch- und Ziegenfleischprodukten aufbauen. Die steigende Nachfrage wird zu einer weiteren Zunahme der Ziegenhaltung führen.

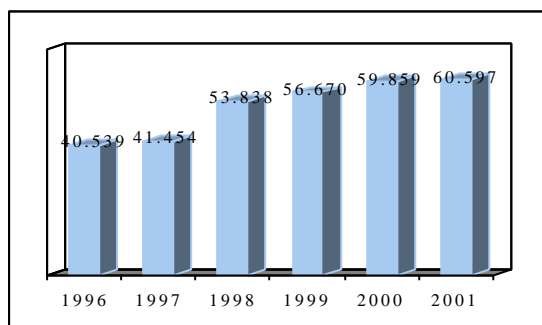
Die landwirtschaftliche **Wildtierhaltung** erfuhr im vergangenen Jahr einen weiteren Aufschwung. Die Gehegezahle ist auf 71 gestiegen. Über diesen Tierhaltungszweig werden mittlerweile 880 ha Öd-, Unland sowie Hang- und Splitterflächen gepflegt. Der Trend zum steigenden Wildfleischverzehr in Brandenburg lässt in Zukunft ein weiteres Wachstum dieser Nischenproduktion erwarten.

Geflügelfleisch- und Eierzeugung

Die Änderung von Rahmen- und Marktbedingungen führte gegenüber den Vorjahren zu einer Dämpfung des Wirtschaftswachstums in der Geflügelhaltung. Mit den im Jahr 2001 bei „pro agro“ erarbeiteten Qualitätsprogrammen für Geflügelfleisch und Hühnereier „Aus kontrollierter Aufzucht und Haltung“ wurden Voraussetzungen für eine durchgehende Kontrolle der Erzeugung geschaffen. Geflügelhalter können nach erfolgreicher Betriebs- und Produktprüfung das Qualitätszeichen „pro agro geprüft“ erhalten.

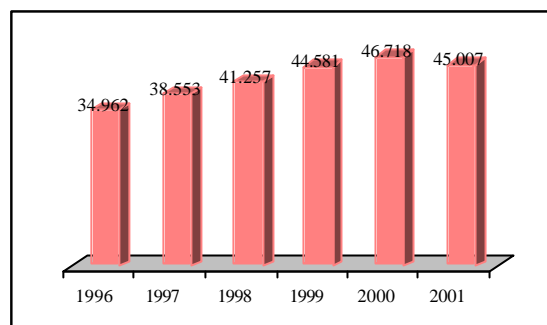
Trotz eines Zuwachses der Mastgeflügelbestände im Zweijahreszeitraum 1999 bis 2001 um 11,3 % stieg die Geflügelfleischerzeugung nach Schätzungen des LVL im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr nur noch um 1 % (Vorjahr 5 %) auf 60.597 t Schlachtgewicht (Abbildung 3.11). Im vergangenen Jahr wurden umfangreiche Drittlandimporte von leicht gesalzenem Hähnchen- und Putenfleisch vorgenommen. Die eingeführten Mengen stehen insbesondere im Verarbeitungssektor in direkter Konkurrenz zur Eigenerzeugung und führten zu erheblichen Marktstörungen. Trotzdem wuchs die Erzeugung von Hähnchen um 2 % auf 33.315 t sowie von Puten um 1 % auf 9.212 t Schlachtgewicht. Der durch Drittlandimporte erzeugte Preisdruck führte auch bei Pekingenten und Gänsen zu schwierigen Marktbedingungen mit Auswirkungen auf das Wachstum des Produktionszweiges. Während aber die Erzeugung bei Pekingenten gegenüber dem Vorjahr mit 15.069 t Schlachtgewicht stagnierte, wuchs die Erzeugung von Gänsefleisch auf niedrigem Niveau um 8 % auf 317 t Schlachtgewicht. Diesen auf Schätzungen des LVL beruhenden Entwicklungstendenzen folgend brach erstmalig seit 1994 die stetige Aufwärtsentwicklung in der Geflügelschlachtung laut amtlicher Statistik ab (Abbildung 3.12). Insgesamt wurden 45.007 t Geflügel, davon 30.831 t Jungmasthähnchen, 13.535 t Enten und 623 t Gänse, geschlachtet. Da ein Teil des in Brandenburg erzeugten Geflügels außerhalb des Landes zur Schlachtung kommt, widerspiegelt die Abbildung allerdings nur teilweise die Erzeugungsentwicklung.

Abbildung 3.11: Entwicklung der Geflügel-fleischerzeugung (t SG)



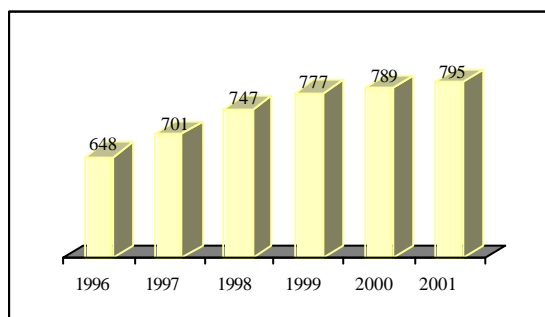
Schätzung LVL

Abbildung 3.12: Entwicklung der Geflügel-schlachtung (t SG)



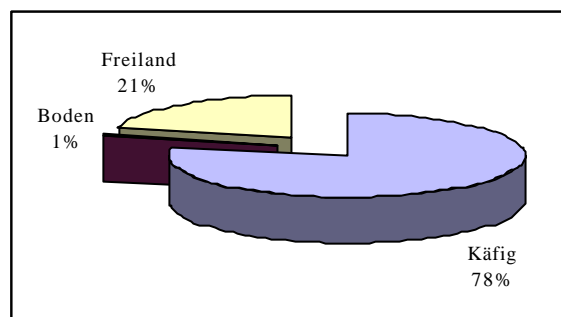
Quelle: LDS

Abbildung 3.13: Entwicklung der Gesamterzeugung Hühnereier (Mio. Stück)



Quelle: LDS

Abbildung 3.14: Anteile der Haltungssysteme in der Legehennenhaltung in 2001



Quelle: LDS, Betriebe ab 3.000 Legehennenplätze

Die fortgesetzten Diskussionen um die zukünftigen Haltungsbedingungen ließen auch die Eierzeugung nur noch langsam wachsen. Während in Betrieben mit mehr als 3.000 Legehennen durch Kapazitätsausbau und weiter verbesserter Auslastung gegenüber den beiden Vorjahren eine Bestandserweiterung um insgesamt 4 % erreicht wurde, gaben zwischen 1999 und 2001 25 % der kleineren Legehennenhalter die Eierzeugung auf. Insgesamt stagnierte mit 2,8 Mio. Legehennen die Bestandsentwicklung gegenüber 1999. Auf Grundlage der Bestandserhöhung in den Betrieben mit mehr als 3.000 Legehennenplätzen sowie einer mit 289 Eiern je Henne hohen durchschnittlichen Legeleistung, stieg die Gesamteierzeugung gegenüber dem Vorjahr um 1 % auf 795 Mill. Stück (Abbildung 3.13). Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil im Freiland gehaltener Legehennen auf 21 % zu. Die Erhöhung erfolgte zu Lasten des Anteils der Bodenhaltung. Mit insgesamt 22 % ist der Anteil alternativer Haltungssysteme in Brandenburg höher als im Durchschnitt der Bundesrepublik (Abbildung 3.14).

Kaninchenfleischerzeugung

Die Kaninchenfleischerzeugung erfolgte wie auch im Vorjahr in vier landwirtschaftlichen Betrieben mit abgeschlossener Direktvermarktung. Der Elterntierbestand mit 1.240 Häsinnen wurde an die Markterfordernisse angepasst. Mit 56.000 Masttieren und 106 t Kaninchenfleisch reduzierte sich die Erzeugung um 11 % (Tabelle 3.43).

Tabelle 3.43: Entwicklung der Kaninchenfleischerzeugung (SG)

	1997	1998	1999	2000	2001	2001 : 2000 (%)
Masttiere (1.000 Stück)	115	120	105	63	56	88,9
Kaninchenfleisch (t)	208	217	190	119	106	89,0

Bienenwirtschaft

Der Bestand an Bienenvölkern ist mit ca. 32.000 Völkern auf niedrigem Niveau weiterhin stabil. Ungünstige Trachtverhältnisse ließen die Leistung je Volk und die Gesamterzeugung gegenüber dem Vorjahr um jeweils etwa 22 % sinken (Tabelle 3.44).

Tabelle 3.44: Entwicklung der Bienenhonigerzeugung

	1997	1998	1999	2000	2001	2001: 2000 (%)
gesamt (t)	1.085	1370	1.369	1.340	1.040	77,6
je Volk (kg)	34,0	43,5	42,0	41,8	32,5	77,7

Pferdehaltung

Die Zahl der Pferde, Pferdehalter und Mitglieder in den Reitsportverbänden in Brandenburg ist seit Jahren steigend. Mit über 16.000 Mitgliedern in 413 Sportvereinen ist der Landesverband Berlin-Brandenburg der stärkste Verband der neuen Bundesländer. Die wachsende Nachfrage an pferdegerechten Einstellmöglichkeiten und großzügigen Reitgeländen in naturnaher Umgebung bietet eine große Chance für die Landwirte. Pferdehaltung und -sport sind zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum geworden.

Die züchterische Basis zur Reproduktion des Pferdebestandes liefern die Zuchtverbände und im Besonderen das Brandenburgische Haupt- und Landgestüt (Neustadt/Dosse). Seit September 2001 wird das Gestüt als Stiftung des öffentlichen Rechts geführt. Ziel ist die Errichtung eines modernen, wirtschaftlich orientierten Pferdezentrum bei gleichzeitiger Sicherung der klassischen Gestütsaufgaben. Die Stiftung stellt ca. 30 % des deckberechtigten Hengstbestandes im Land und sichert mit einer 35-köpfigen Stutenherde dessen Reproduktion sowie den Erhalt wertvoller Brandenburger Stutenfamilien.

Der größte Erfolg für die Brandenburger Pferdehaltung im Jahr 2001 war das Abschneiden der Vollgeschwister "Poetin" und "Samba Hit" auf dem Bundeschampionat in Warendorf. Die beiden Nachkommen des Hengstes "Sandro Hit" und der Stute "Poesie" wurden in ihren Altersklassen Vizechampions der Deutschen Reitpferde.

Erfolgreichster Vererber in Brandenburg ist der 23jährige Schimmelhengst "Kolibri".

Die Tabelle 3.45 gibt einen Überblick zur Struktur des Zuchtpferdebestandes sowie der Anzahl an Pferdehaltern, Züchtern und Reitsportvereinen.

Tabelle 3.45: Entwicklung von Pferdesport und -zucht in Berlin-Brandenburg

	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Zuchtstutenbestand ¹	3.184	3.343	3.118	3.112	2.682	2.716
Deutsches Reitpferd	2.016	2.040	1.877	1.894	1.613	1.689
Trakehner	106	130	134	139	146	141
Kaltblut	27	34	34	27	37	32
Deutsches Reitpony	493	448	414	402	344	324
Haflinger	325	325	294	281	230	219
Shetlandpony	120	126	118	115	87	74
sonstige Rassen	97	240	222	254	271	249
deckberechtigte Hengste	181	237	215	206	192	189
dav. Stiftung - BHLG ²	62	72	68	62	62	58
Pferdehalter gesamt	4.476	4.800	5.000	5.000	5.030	5.030
Züchter	1.941	2.094	1.966	1.970	1.623	1.952
Reitsportvereine im Sportverband	348	371	402	422	419	413
Mitglieder in Pferdesportvereinen	13.498	14.195	14.438	14.978	15.989	16.230

¹Pferdezuchtverband Berlin-Brandenburg e.V., Trakehner Zuchtverband (Gebiet Brandenburg)

²BHLG - Brandenburgisches Haupt- u. Landgestüt"

Fischereiwirtschaft

Das Speisefischaufkommen der Brandenburger Binnenfischerei betrug in den Wirtschaftszweigen Seen- und Flussfischerei, Teichwirtschaft und sonstige Aquakultur etwa 2.100 t. Die Produktion blieb damit etwas hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

In der Seen- und Flussfischerei ist gegenüber dem vorhergehenden Berichtszeitraum ein leichter Rückgang der Erträge an Speisefischen auf 400 t zu verzeichnen. Dem steht jedoch eine weitere leichte Aufwärtsentwicklung bei den Aalerträgen auf 145 t gegenüber. Dies ist umso erfreulicher, da sich damit die ersten Erfolge der seit einigen Jahren erfolgten Förderung von Aalbesatzmaßnahmen in Brandenburg einstellen. Es bleibt zu hoffen, dass sich diese positive Entwicklung im Sinne der Erhaltung, Stabilisierung und Entwicklung der Aalbestände in den Gewässern des Landes Brandenburg weiter fortsetzt.

Der Anteil angelandeter schlechtwüchsiger und nicht vermarktungsfähiger Massenfische liegt mit 500 t leicht über dem des Jahres 2000.

Hauptanteil an der Gesamtspeisefischerzeugung haben nach wie vor die Brandenburger Teichwirtschaftsbetriebe. Die Teichwirte haben das vergangene Jahr – dem etwas ungünstigen Witterungsverlauf geschuldet - mit einem leichten Ertragsrückgang auf insgesamt 1.130 t abgeschlossen. Darin sind außer 1.080 t Speisekarpfen 50 t Nebenfische wie Schleie, Hecht, Wels u. a. enthalten. Das Aufkommen an Satzfishen ist nahezu konstant geblieben und bildet somit eine gute Basis für den folgenden Wirtschaftszeitraum. Wie in den zwei Jahren zuvor hat an dieser Versorgung die Satzfishproduktion in der Warmwasseranlage maßgeblichen Anteil.

In der Speisefischaufzucht in Aquakulturanlagen hat es im vergangenen Jahr erfreulicherweise einen leichten Ertragsanstieg auf 575 t gegeben. Dieser Ertrag verteilt sich auf ca. 550 t Speiseforellen und Saiblinge sowie ca. 25 t Speisefische der Arten Wels, Aal, Stör. Ursache für die leicht positive Ertragsentwicklung dürften die im zurückliegenden Zeitraum erfolgten ersten Investitionen zur Rekonstruktion von Aquakulturanlagen und deren technische Verbesserung sein. Diese Entwicklung darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ertragslage nach wie vor weit unter den Möglichkeiten der Aquakultur zurückbleibt.

Abschließend sei an dieser Stelle auf die umfangreiche Förderung von fischereiwirtschaftlichen und fischerei-ökologischen Maßnahmen mit den Mitteln der Fischereiabgabe verwiesen. So wird z.B. seit einigen Jahren im Stepenitzsystem in der Prignitz ein Projekt zur Wiederansiedelung von Lachsen und Meerforellen gefördert. Die bisherigen umfangreichen Bemühungen lassen die Hoffnung auf die erste erfolgreiche Rückkehr von laichreifen Großsalmoniden innerhalb der nächsten zwei Jahre zu.

3.7 Landwirtschaft und Umwelt

Der sorgsame Umgang mit den Ressourcen Boden, Wasser und Luft, die vielfältigen Funktionen im Naturhaushalt erfüllen, ist für die Landwirtschaft und den Gartenbau von besonderer Bedeutung. Deshalb ist deren Schutz vor schädlichen Veränderungen von hoher Bedeutung und eine vordringliche Aufgabe, der die gute landwirtschaftliche Praxis als Basisstrategie bei der Düngung, dem Pflanzenschutz und der Bodennutzung Rechnung trägt. Die gute landwirtschaftliche Praxis beinhaltet die Durchführung von Maßnahmen, die in der Wissenschaft als gesichert gelten, aufgrund praktischer Erfahrungen als geeignet, angemessen und notwendig anerkannt sind, von der amtlichen Beratung empfohlen werden und den Landwirten und Gärtnern bekannt sind. Einige Beispiele zur Umsetzung der guten landwirtschaftlichen Praxis werden in den Abschnitten Düngung und Pflanzenschutz dargelegt.

3.7.1 Agrarumweltmaßnahmen

Mit dem Wirtschaftsjahr 2000/01 wurde - basierend auf der VO (EG) 1257/99 - das KULAP 2000 eingeführt. Wie im Vorgängerprogramm werden besondere, über die Vorschriften zur guten fachlichen Praxis hinausgehende Umwelt- und Landschaftspflegemaßnahmen, zu deren Anwendung sich der Landwirt für 5 Jahre freiwillig verpflichtet, gefördert. Die Zuwendungsbeträge gleichen die dadurch entstehenden zusätzlichen Kosten oder die Einkommensverluste aus. Teilweise erfolgt die Förderung noch auf Grundlage des alten Kulturlandschaftsprogramms nach VO (EWG) 2078/92 für die Restlaufzeit der Verpflichtung, soweit eine Überführung ins KULAP 2000 nicht möglich war.

Für Gebiete, in denen in Umsetzung von EU-Recht den Landwirten per Gesetz bzw. Verordnung Einschränkungen auferlegt sind und eine Förderung über KULAP für gleiche Maßnahmen wegen des fehlenden Freiwilligkeitsprinzips ausgeschlossen ist, werden seit dem Jahr 2000 Kosten und Einkommensverluste auf Basis des Artikels 16 der VO (EG) 1257/99 (Ausgleichszahlungen für Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen) ausgeglichen. Dies betrifft die Vogelschutzgebiete nach der Richtlinie 79/409/EWG (SPA-Gebiete) und die Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Gebiete nach der Richtlinie 92/43/EWG, die das europäische ökologisch kohärente Netz Natura 2000 bilden.

Das Land Brandenburg hat 1997 12 Vogelschutzgebiete benannt, die als Landschaftsschutzgebiet (LSG) oder Naturschutzgebiet (NSG) gesichert wurden oder sich im Ausweisungsverfahren befinden. Nach den Kriterien der FFH-Richtlinie wurden insgesamt 477 Gebiete im Land Brandenburg ausgewählt und in 2 Tranchen 1998 bzw. 2000 der EU-Kommission gemeldet. Davon sind 178 Gebiete als NSG und 142 Gebiete als LSG gesichert. 96 FFH-Gebiete befinden sich im Ausweisungsverfahren und für 61 Gebiete wird geprüft, ob eine Schutzgebietsausweisung notwendig ist oder diese Gebiete über vertragliche Vereinbarungen, andere Rechtsvorschriften oder Eigentumsbefugnisse zu sichern sind. Ziel ist es, entsprechend der zeitlichen Vorgaben der FFH-Richtlinie, bis Mitte 2004 die im Verfahren befindlichen Schutzgebiete festzusetzen und für die FFH-Gebiete ohne Schutzstatus bzw. mit anteiligem Schutzstatus die einstweilige Sicherstellung zu erreichen bzw. einen gleichwertigen Schutz nach § 19 b des Bundesnaturschutzgesetzes zu schaffen.

In Tabelle 3.46 sind Anwendungsumfang und Zuwendungen der im Rahmen des KULAP und der Art. 16-Richtlinie angebotenen Maßnahmen für das Berichtsjahr zusammen gestellt.

Insgesamt wurden ca. 7 % weniger Mittel als im Vorjahr ausgegeben und der zur Verfügung stehende Plafond nicht voll ausgeschöpft. Dieser Rückgang ist weniger mit vermindertem Anwendungspotenzial bzw. der sinkenden Akzeptanz der Agrarumweltmaßnahmen bei den Landwirten als vielmehr mit Anfangsschwierigkeiten bei der Programmumstellung zu begründen. In Erwartung eines starken Anstiegs insbesondere des Ökologischen Landbaues, der extensiven Grünlandnutzung und der Ausgleichsmaßnahmen nach Artikel 16-Richtlinie wurde die Neubeantragung einiger Maßnahmen des KULAP 2000 ausgesetzt, um den zur Verfügung stehenden Plafond für die nächsten Jahre nicht zu überziehen. Die Zunahmen blieben unter den Erwartungen.

Tabelle 3.46: Anwendungsumfang und Zuwendungen der Maßnahmen im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) und in Gebieten mit umweltspezifischen Einschränkungen (Artikel 16)

Maßnahmen	Anwendungsumfang					Zuwendungen	
	2001 ¹⁾ gesamt ha	darunter			% zum Vorjahr	2001 ¹⁾ gesamt 1000 DM	% zum Vorjahr
		KULAP alt ²⁾	KULAP 2000 ³⁾	Art. 16			
Extensive Grünlandnutzung	116.793	18.851	89.615	8.327	107	32.375	99
Extensive Bewirtschaftung und Pflege von Fluss- auengrünland	7.265	1.986	5.279		96	1.940	82
Späte, eingeschränkte Grünlandnutzung	18.917	14.318	3.695	904	63	3.606	62
Hohe Wasserhaltung (Grünland)	8			8		1	
Erschwerte Bewirtschaftung und Pflege von Spreewaldwiesen	1.545	148	1.397		102	250	42
Pflege von ertragsschwachem Grünland und Heiden mittels Beweidung	2.706	947	1.654	105	185	618	180
Pflege von Streuobstwiesen	255	174	81		81	413	86
Kontrolliert integrierter Gartenbau	7.834	1.247	6.587		110	4.907	98
Extensive Produktionsverfahren im Ackerbau	734	606	0	128	6	213	7
Ökologischer Landbau	68.939	34.477	34.462		120	19.741	126
Erosionsmindernde, bodenschonende Verfahren	76.882	64.875	12.007		66	6.638	74
Umwandlung von Ackerland in extensiv zu nut- zendes Grünland	11.197	6.583	4.614		80	6.251	74
Züchtung/Haltung vom Aussterben bedrohter lokaler Nutztierassen	2.133 Tiere		2.133 Tiere			263	53
Erhaltung von Generosion bedrohter regionaler Kulturpflanzen	1		1			1	
Pflege und Erhaltung von Teichlandschaften	4.054 ha Wasserfl.		4.054 ha Wasserfl.			2.010	
Demonstrationsvorhaben für umweltgerechte Verfahren						297	32
Summe	313.076	144.212	159.393	9.471	87	79.524	93

¹⁾ Wirtschaftsjahr 2000/01 (bei Fördermitteln inkl. Zahlungen für Art. 16-Richtlinien aus 1. Halbjahr 2000)

²⁾ KULAP nach VO (EWG) 2078/92

³⁾ KULAP nach VO (EG) 1257/99

Gleichwohl war mit ca. 11.400 ha (+ 20 %) der höchste jährliche Zuwachs des Ökologischen Landbaues seit Einführung der Maßnahme zu verzeichnen. Da mit dem KULAP 2000 die Zuwendungen für Ackerkulturen und Gemüse je Hektar deutlich erhöht wurden, stieg der Mitteleinsatz um 26 % zum Vorjahr. Der Anwendungsumfang der extensiven Grünlandnutzung und des kontrolliert integrierten Gartenbaus hat weiter zugenommen, ohne dass sich aufgrund reduzierter Fördersätze der Mitteleinsatz insgesamt erhöhte. Die vorwiegend den Schafhaltern zugute kommende Förderung der Pflege von ertragsschwachem Grünland und Heiden stieg wieder annähernd auf das Niveau, welches Ende der 90er Jahre für die Pflege von brachliegendem Grünland erreicht wurde. Der zum Vorjahr deutlich geringere Mitteleinsatz für die erschwerte Bewirtschaftung und Pflege von Spree-waldwiesen bei annähernd gleichem Anwendungsumfang ergibt sich aus der veränderten Programmanwendung im Rahmen des KULAP 2000. Die Maßnahme wird zusätzlich zur extensiven Grünlandnutzung angeboten, so dass der Ausgleich für die Extensivierung nicht mehr enthalten ist. Deutlich reduziert sich wegen der zeitweiligen Stornierung der Neubeantragung vornehmlich die Anwendung extensiver Verfahren im Ackerbau und der späten und eingeschränkten Grünlandnutzung.

Der Anteil der geförderten extensiv bzw. ökologisch bewirtschafteten Flächen ohne bzw. mit eingeschränktem Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln an der gesamten LF beträgt in Brandenburg 15,5 %, darunter ca. 50 % am gesamten Grünland bzw. ca. 6 % am Ackerland. Je Hektar im Rahmen des KULAP und der Art. 16-Richtlinie geförderter Fläche beträgt - bei Korrektur der Flächen mit kombinierter Anwendung von Maßnahmen - der Mitteleinsatz im Durchschnitt ca. 264 DM.

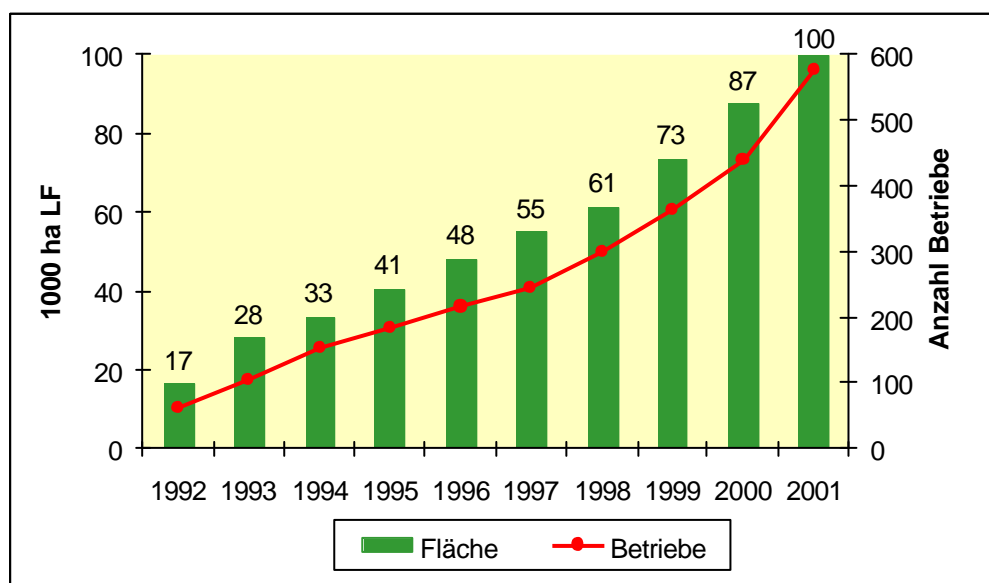
Neben dem KULAP werden den Landwirten im Rahmen des Vertragsnaturschutzes für die naturschutzgerechte Bewirtschaftung ihrer Fläche und für Leistungen zur Gestaltung und Pflege spezieller Biotope Ausgleiche für entstehende Einbußen oder Kosten gezahlt. Im Jahre 2001 wurden hierfür rund 12,8 Mio. DM, d. h. etwa 3 % weniger als im Vorjahr, ausgegeben (Tabelle 12 im Anhang). Bezieht man das im Rahmen des Vertragsnaturschutzes extensiv bewirtschaftete Grünland mit ein, so erhöht sich der Extensivierungsanteil am gesamten Grünland auf ca. 58 %.

3.7.2 Ökologischer Landbau

Der zunehmende Trend der Anwendung des Ökologischen Landbaues im Land Brandenburg hat sich 2001 fortgesetzt (Abbildung 3.15). Nach Angaben der Kontrollstellen haben sich 146 Erzeuger-, Verarbeitungs- und Handelsbetriebe neu angemeldet. Das ist bis dato der höchste jährliche Zuwachs. Abzüglich der 11 Abmeldungen wirtschafteten Ende 2001 575 Betriebe nach den Regeln des Ökologischen Landbaues bzw. befinden sich in Umstellung.

Die ökologisch bewirtschaftete Fläche stieg um ca. 12.800 ha auf nunmehr annähernd 100.000 ha LF. Das sind 7,4 % der gesamten LF des Landes und liegt deutlich über dem Flächenanteil des Ökologischen Landbaues im Durchschnitt Deutschlands.

Abbildung 3.15: Entwicklung des Ökologischen Landbaues in Brandenburg



Zu diesem deutlichen Zuwachs hat neben der verstärkten Nachfrage nach ökologisch erzeugten Produkten die verbesserte Förderung des Ökologischen Landbaues im Rahmen des KULAP 2000 (siehe Punkt 3.7.1) beigetragen. Die Diskrepanz zwischen der nach KULAP geförderten Fläche von ca. 69.000 ha und der von den Kontrollstellen gemeldeten Gesamtfläche ist vornehmlich darauf zurückzuführen, dass stillgelegte Flächen über die KULAP-Maßnahme nicht förderfähig sind und teilweise andere Agrarumweltmaßnahmen, wie z. B. die extensive Grünlandnutzung, in den Betrieben angewandt werden.

Fortschritte sind in der Vermarktung ökologischer Produkte zu verzeichnen. Beleg hierfür ist u.a. der mit 35 Betrieben überproportional hohe Zuwachs an Verarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen, darunter 14 Fleischverarbeiter /-vermarkter.

An den insgesamt gemeldeten Betrieben nehmen die ausschließlichen Verarbeiter und Vermarkter ökologischer Produkte einen Anteil von 14 % ein (Abbildung 3.16). Von den Erzeugerbetrieben sind im Vergleich zu den konventionellen die Obst- und Gemüsebauer sowie die Futterbauspezialbetriebe, meist Grünland-Mutterkuh-Betriebe, überproportional vertreten. Den größten Anteil nehmen die Marktfrucht- bzw. Futterbau-Verbundbetriebe und die Gemischtbetriebe ein.

Abbildung 3.16: Betriebstypenstruktur der Ökobetriebe

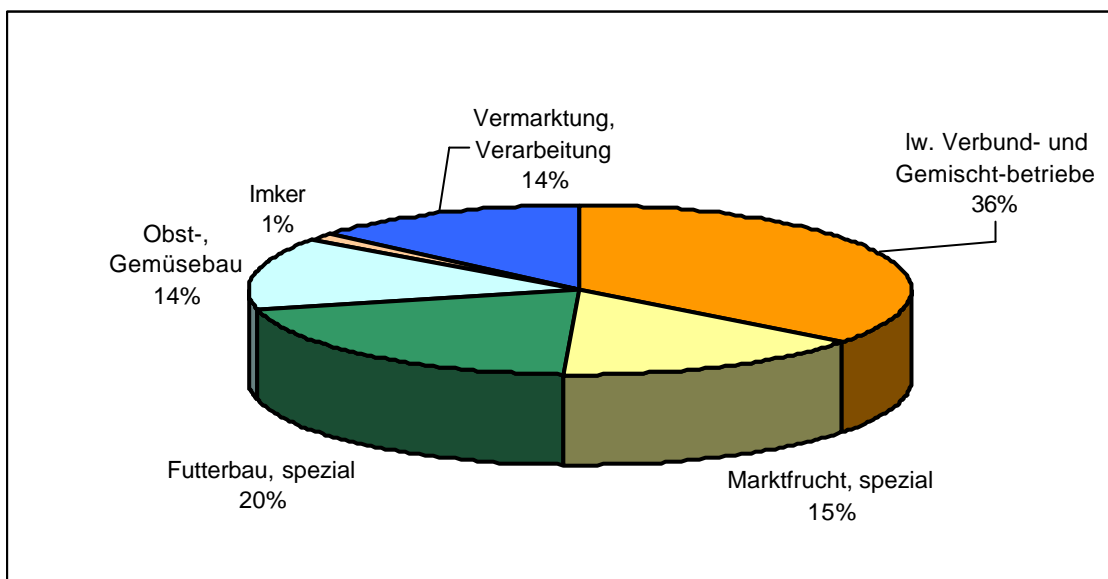


Tabelle 3.47: Regionale Verteilung des ökologischen Landbaues

Kreis	% an LF	% an ökologisch bewirtschafteter Fläche, gesamt	Zuwachs an ökologischer Fläche zum Vorjahr	
			ha	%
Cottbus	22,6	1,0	0	0
Frankfurt	0,8	0,1	0	0
Barnim	8,6	4,4	519	14
Dahme-Spreewald	30,4	23,1	1.265	6
Elbe-Elster	3,8	3,5	430	14
Havelland	4,3	4,1	570	16
Märkisch-Oderland	4,0	5,0	1.150	30
Oberhavel	3,7	2,6	600	30
Oberspreewald-Lausitz	7,5	3,0	958	47
Oder-Spree	7,8	6,4	597	10
Ostprignitz-Ruppin	6,4	8,4	1.829	28
Potsdam-Mittelmark	5,4	6,2	1.158	23
Prignitz	5,6	7,9	1.631	26
Spree-Neiße	14,6	7,5	446	6
Teltow-Fläming	3,9	3,6	804	29
Uckermark	7,3	13,3	64	0,
Land, gesamt	7,4	100,0	12.021	15

Der Großteil der ökologisch wirtschaftenden Betriebe (64 % der Fläche) ist Mitglied eines anerkannten Verbandes.

Tendenziell ist der Ökologische Landbau in Regionen mit höheren Anteilen an leichten Böden und Schutzgebieten überdurchschnittlich vertreten. Den weitaus höchsten Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche an der Gesamtfläche weist der Landkreis Dahme-Spreewald mit nunmehr ca. 30 % auf (Tabelle 3.47). Der stärkste absolute Zuwachs an ökologisch bewirtschafteter Fläche zum Vorjahr ist in den Kreisen Ostprignitz-Ruppin und Prignitz zu verzeichnen, der höchste prozentuale Zuwachs im Kreis Oberspreewald-Lausitz, wo sich die ökologisch bewirtschaftete Fläche annähernd verdoppelt hat.

3.7.3 Düngung

Düngereinsatz

Der Einsatz an mineralischen Düngemitteln im Land Brandenburg hat sich im Jahr 2001 gegenüber den Vorjahren kaum verändert (Tabelle 3.48). Der im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt wesentlich geringere Minerale Düngereinsatz ist neben dem ertragsbedingt niedrigeren Nährstoffbedarf auf den vergleichsweise hohen Umfang an Agrarumweltmaßnahmen und Stilllegungsflächen mit Düngungseinschränkungen bzw. –verboten zurückzuführen. Als problematisch ist angesichts des hohen Anteils an sandigen, zur Versauerung neigenden Standorten der geringe Kalkeinsatz anzusehen. Er ist gegenüber dem Vorjahr (145 kg CaO/ha) um mehr als die Hälfte zurückgegangen.

Tabelle 3.48: *Minerale Düngereinsatz (kg/ha LF)*

	Stickstoff N	Phosphor P	Kalium K	Kalk CaO
Brandenburg – Mittel 1996/00	64,0	4,9	20,4	85,3
Brandenburg – 2001	64,6	4,6	22,0	69,2
Deutschland - 2001	107,6	9,0	26,4	126,5
BB zu D (%)	60	51	83	55

Für die ohne Düngungseinschränkungen in Brandenburg bewirtschaftete Ackerfläche ergibt sich aus den statistischen Daten zum Minerale Düngereinsatz, Viehbesatz und zu den Ernteerträgen die in Tabelle 3.49 aufgeführte überschlägige mittlere Nährstoffbilanz.

Tabelle 3.49: *Mittlere Nährstoffbilanz auf gedüngten Ackerflächen im Jahre 2001 (kg/ha)*

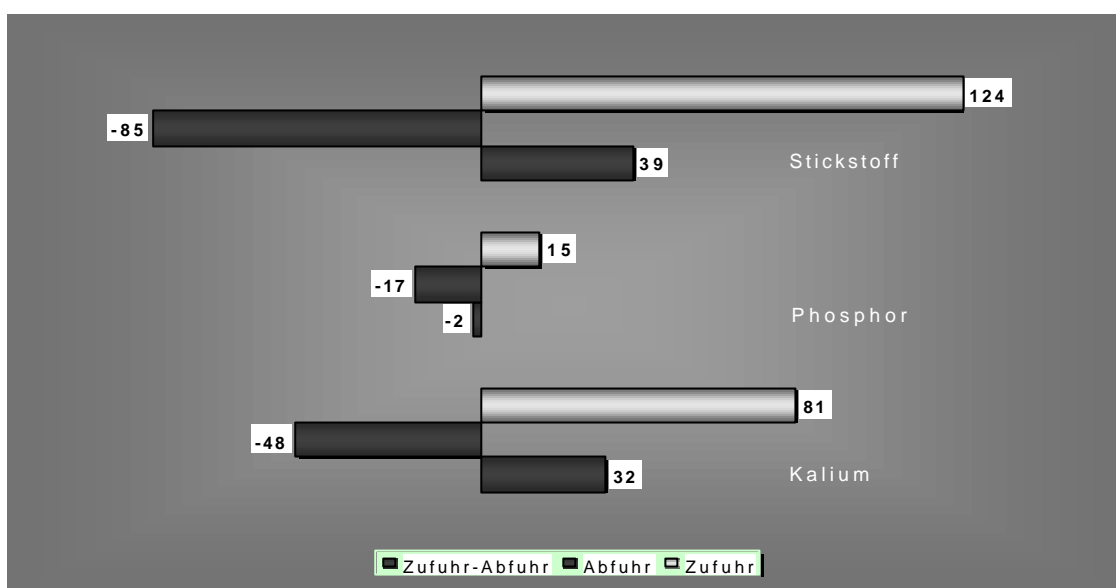
	N	P	K
Zufuhr aus organischem Dünger	35	8	51
Zufuhr aus mineralischem Dünger	91	7	32
Zufuhr insgesamt	126	15	83
Abfuhr mit Ernteprodukten	100	21	50
Zufuhr minus Abfuhr	26	-6	33

Aufgrund der guten Erträge im Jahr 2001 waren vergleichsweise geringe Bilanzüberschüsse zu verzeichnen, bei Phosphor sogar ein negatives Saldo (Zehrung aus Bodenvorräten).

Von den Ämtern für Landwirtschaft der Kreise werden, teilweise mit Unterstützung des LELF, Kontrollen zur Führung von Nährstoffvergleichen gemäß § 5 der Düngeverordnung durchgeführt. In der Regel erstellen die Betriebe oder die von ihnen beauftragten Beratungsunternehmen die Nährstoffvergleiche in Form von Feld-Stall-Bilanzen.

Die Auswertung von 290 betrieblichen Nährstoffvergleichen aus den Jahren 1999 bis 2001 mit einer Fläche von insgesamt ca. 170.000 ha ergab im Mittel Nährstoffsalden von + 39 kg N, - 2 kg P und +32 kg K je Hektar LF (Abbildung 3.17). Der NBilanzüberschuss ist als vergleichsweise niedrig und unvermeidlich einzustufen. Die Extremwerte lagen bei –113 bzw. +141 kg N/ha. Überschüsse über 50 kg/ha traten vor allem bei Betrieben mit einer NZufuhr von mehr als 150 kg/ha aus mineralischen Düngemitteln auf. Andererseits muss bei Unterbilanzen beachtet werden, dass in diesen Fällen mehrjährig fehlende Düngerezufuhr die Fruchtbarkeit des Bodens nachhaltig beeinträchtigen kann.

Abbildung 3.17: Mittlere Nährstoffbilanz der 1999-2001 kontrollierten Betriebe



Düngemittelkontrolle

In den zurückliegenden Jahren wurden jährlich ca. 130 Proben von mineralischen Düngemitteln und zunehmend organische, meist aus anderen Bundesländern eingeführte Düngemittel (Hühnertrockenkot, Klärschlämme, Komposte, u.a.) in Zusammenarbeit von Prüfdienst und dem Fachbereich des LELF entnommen und durch die Abt. Analytik der LfL untersucht. Erfreulich ist, dass die Anzahl der vornehmlich wegen Unterschreitungen von Toleranzgrenzen beanstandeten mineralischen Düngemittel im letzten Jahr abgenommen hat (Tabelle 3.50).

Tabelle 3.50: Umfang amtlicher Düngemittelproben 1999 bis 2001

	1999		2000		2001	
	gesamt	beanstandet	gesamt	beanstandet	gesamt	beanstandet
Mineraldünger	125	21	129	21	135	14
Organische Dünger	8	(8)	23	(15)	20	(10)

() Kennzeichnungsverstöße

Generell war bei den organischen Düngern festzustellen, dass die Kennzeichnung der entsprechenden Düngemitteltypen mangelhaft war. In einigen Fällen sind Probleme mit den notwendigen Nachweisen zur Unbedenklichkeit im Hinblick auf die Verursachung von Krankheiten bei Mensch und Tier, auch unter Berücksichtigung der BSE-Diskussionen, aufgetreten.

Geprüft wurde auch die Eignung von Gärrückständen von Biogasanlagen als Düngemittel, zumal in einer Reihe von Biogasanlagen neben Wirtschaftsdüngern andere Kofermente eingesetzt werden. Neben den düngemittelrechtlichen sind abfallrechtliche Anforderungen und der vorsorgende Verbraucherschutz zu berücksichtigen, so dass auch künftig eine enge Zusammenarbeit mit den Ämtern für Immissionsschutz und den Abfallwirtschaftsbehörden notwendig sein wird. Letztlich ist der weitere Betrieb der Biogasanlagen daran gebunden, ob die anfallenden Gärrückstände unter diesen Kriterien landwirtschaftlich verwertet werden dürfen. In einigen Biogasanlagen wurden teilweise Abfälle eingesetzt, die nicht zur Herstellung eines Düngemittels führen, so dass behördliche Anordnungen erteilt wurden, um die anfallenden Gärprodukte als Düngemittel in Verkehr bringen zu können bzw. als Abfall zu entsorgen.

Klärschlammverwertung

Klärschlämme haben gegenüber anderen Düngemitteln ein deutlich höheres Gefährdungspotential der Umweltbelastung durch Schwermetalle und organische Schadstoffe. Der Kontrolle der Schadstoffgehalte aller eingesetzten Klärschlämme wie auch der Böden, auf denen sie ausgebracht werden, gebührt daher ein besonderes Augenmerk.

Die in den Klärschlämmen nachgewiesenen Schadstoffgehalte lagen wie in den Vorjahren, deutlich unter den Grenzwerten nach AbfKlärV. Die Schwermetallgehalte der untersuchten Böden Brandenburgs lagen ebenfalls

mit 6 bis 16 % bei den Einzelementen deutlich unter den Grenzwerten nach AbfKlärV. Auch die wesentlich „schärferen“ Vorsorgewerte lt. BbodSchV (Sand) wurden nur zu 26 bis 60 % erreicht. Auf Grund der bisher nicht vollständig abschätzbaren Risiken bei der Klärschlammverwertung auf landwirtschaftlichen Nutzflächen wird darauf orientiert, nur territorial im Land Brandenburg anfallende Klärschlämme einzusetzen.

3.7.4 Pflanzenschutz

Mit Wirkung vom 1.7.01 sind die Übergangsfristen zum novellierten Pflanzenschutzgesetz ausgelaufen und die Indikationszulassung trat vollständig in Kraft. Daraus ergeben sich viele Indikationslücken und als Folge dessen Anträge zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (PSM) nach § 18b in nicht zugelassenen Anwendungsgebieten. Die Änderung der Pflanzenschutz-Sachkundeverordnung ermöglicht die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen anderer EU-Länder als Sachkundenachweis. Die Nichtaufnahme bestimmter DDR-Berufe (Agrotechniker u.a.) in die Liste der als sachkundig geltenden Berufe bedingt die Notwendigkeit eines Anerkennungsverfahrens auch für diese Personen. Mit Einführung der Überprüfungspflicht auch für Geräte zur Behandlung von Raumkulturen besteht die Notwendigkeit der Schaffung entsprechender Prüfkapazitäten in den Kontrollwerkstätten.

Erteilen von Genehmigungen

Im Jahr 2001 wurden 91 Ausnahmegenehmigungen nach § 6 Abs.3 PflSchG zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, überwiegend Herbizide, auf Verkehrsanlagen, Betriebs- und kommunalen Flächen und im öffentlichen Grün erteilt. Beschieden wurde weiterhin der Einsatz von PSM in nicht zugelassenen Anwendungsgebieten nach § 18b in 104 Fällen. Außerdem wurde ein Hubschraubereinsatz gegen Eichenprozessionsspinner an Alleebäumen genehmigt.

Durchführung von Sachkundeprüfungen

Durch unterschiedliche Bildungsträger wurden 24 Sachkundelehrgänge durchgeführt. Zur Prüfung stellten sich 287 Teilnehmer, von denen 220 die Prüfung bestanden.

Durchführung von Kontrollen

Zur Einhaltung des Pflanzenschutzrechts wurden umfangreiche Kontrollen durchgeführt (Tabelle 3.51). Bei festgestellten Verstößen wurde der Spielraum von sofortiger Abstellung bis zu Ordnungswidrigkeitsverfahren ausgeschöpft.

Tabelle 3.51: Durchgeführte Kontrollen

Kontrollgebiet	Kontrollen	Verstöße
Anwendungsbestimmungen Bienenschutz	299	8
Anwendungsverbot auf nicht landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Flächen	84	3
Sachkunde bei Anwendern von PSM	150	8
Zulassung und Kennzeichnung beim Inverkehrbringen von PSM	186	3
Selbstbedienungsverbot beim Verkauf von PSM	181	6
Sachkunde bei der Abgabe von PSM	181	0
Kontrollpflicht für im Gebrauch befindliche Pflanzenschutzgeräte	150	1

Durchführung von Versuchen

Zur amtlichen Prüfung von Pflanzenschutzmitteln wurden 149 Anträge bearbeitet. Schwerpunkt war die Prüfung von Fungiziden und Herbiziden im Feldbau. Für die Gartenbaukulturen wurden dagegen nur wenige Anträge gestellt, d. h. die Schließung von Lücken über die amtlichen Zulassungen wird von der chemischen Industrie äußerst unzureichend betrieben. Als Grundlage für die Lückenschließung und für Empfehlungen zum Einsatz von PSM nach guter fachlicher Praxis wurden 103 Versuche mit 819 Varianten ausgewertet und in einem Versuchsbericht zusammengefasst.

Pflanzengesundheitskontrolle

Zum Schutz der Pflanzengesundheit wurden an der EU-Außengrenze an 3.592 Einfuhrsendungen phytosanitäre Kontrollen durchgeführt. Die Tendenz des stetigen Anstieges der Anzahl der eingeführten Sendungen hält an. Wegen Verstößen gegen die Pflanzenbeschauverordnung wurden 125 Sendungen nicht zur Einfuhr zugelassen. Bei 75.581

Sendungen erfolgte die Kontrolle der Dokumente. Insgesamt wurden aus 37 Drittländern Sendungen mit Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen eingeführt.

Für den Export in 50 Drittländer wurden 4.339 Sendungen mit 19,5 Millionen Pflanzen und 223.300 t Pflanzenerzeugnissen auf die Einhaltung der nationalen gesetzlichen Bestimmungen der Empfangsländer und auf die Befallsfreiheit von Quarantäneschadern kontrolliert und Pflanzengesundheitszeugnisse ausgestellt. 13 Sendungen entsprachen nicht den Anforderungen des Empfangslandes und wurden für den Export abgelehnt.

Für den Handel mit pflanzenpasspflichtigen Pflanzen und Pflanzenteilen im EU-Binnenmarkt erfolgten in 225 registrierten Betrieben regelmäßig Kontrollen zur Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen phytosanitären Anforderungen und die sachgemäße Bearbeitung der Pflanzenpässe. Bei den phytosanitären Kontrollen wurde in 9 Betrieben ein Befall mit Quarantäneschadern festgestellt. Zur Bekämpfung des Befalls und zur Verhinderung der Ausbreitung der Quarantäneschadern ordnete der Pflanzenschutzdienst für die betroffenen Betriebe Quarantänemaßnahmen an und kontrollierte deren Einhaltung.

Ein besonderer Schwerpunkt war im Jahr 2001 wegen der starken Gefährdung der Kartoffelproduktion durch die Bakterielle Ringfäule der Kartoffel die Überwachung und Kontrolle der Kartoffelproduktions- und Handelsbetriebe sowie der Kartoffel verarbeitenden Industrie. Aus der Ernte 2000 bis zum Anbau 2001 wurden 813 Proben und aus der Ernte 2001 bisher 685 Proben aus Pflanz-, Speise- und Wirtschaftskartoffelpartien sowie 65 Proben von Reststoffen der Kartoffelstärkeproduktion auf bakterielle Quarantäneschadern untersucht.

Labordiagnostische Untersuchungen

Im Zeitraum vom 01.01. bis 31.12.2001 sind insgesamt 19.196 Pflanzen- und Bodenproben labordiagnostisch auf Pflanzenkrankheiten bzw. Schaderregerbefall untersucht worden.

Im Rahmen der Schaderregerüberwachung wurde in über 90 % der im Herbst 2001 in Getreidekulturen entnommen Proben ein Befall mit dem Barley yellow dwarf virus nachgewiesen.

Wichtige Schädlinge und Krankheiten im Jahre 2001

Im Rahmen der Überwachung der Pflanzenbestände (Warndienst) konnten auch 2001 weitere Schaderregerprobleme im Ackerbau registriert werden. Im Getreide stellen wandernde Wurzelnematoden örtlich den Anbau generell in Frage. Eine wissenschaftliche Abklärung dieser Fragestellung insbesondere für getreidereiche Fruchtfolgen ist erforderlich.

Aufgrund der günstigen Infektionsbedingungen im Oktober wurden bereits im Herbst Schadsymptome des Gerstengelbverzwergungsvirus (BYDV) in Gerste und Weizen in hoher Befallshäufigkeit nachgewiesen. Durch die frühen Aussaaten wurde insbesondere die Ausbreitung der bodenbürtigen Weizenmosaikviren in Roggen und Triticale gefördert.

Der Maizünsler hat sich im Land weiter ausgebreitet. Die höchsten Befallsstärken in Deutschland wurden auch 2001 wieder im Oderbruch registriert. Mit der Zunahme des Erbsenanbaues hat sich der Erbsenwickler insbesondere in den südlichen Landesteilen weiter ausgebreitet.

Eine massive Einwanderung von Lupinenblattrandkäfern in nahegelegene Wohnsiedlungen führte Ende Juli zu einer Belästigung der Einwohner in den Wohnungen.

Im Obstbau traten witterungsbedingt in einigen Apfelanlagen in stärkerem Maß Schorfinfektionen auf. Verbreitet etablierte sich Pflaumenrost und verursachte häufig vorzeitigen Blattfall. Bei den tierischen Schädlingen lag der Bekämpfungsschwerpunkt bei Sägewespen und verschiedenen Rüsselkäferarten. Nach wie vor tritt der Gartenlaubkäfer in vielen Obstbaulagen in hohen Populationsdichten auf.

Im Gemüse- und Zierpflanzenbau sind

- das langanhaltende, mehrere Bekämpfungen erfordernde Auftreten von Spargelhähnchen und -käfern,
- der extrem frühe Erstbefall durch Falschen Mehltau bei Freilandgurken mit z. T. starken Ertragsverlusten und
- der durch die warme Sommerwitterung begünstigte starke Befall mit Minierfliegen, Weißer Fliege, Blattläusen, Thripsen und Spinnmilben

hervorzuheben.

3.7.5 Gewässer- und Immissionsschutz

Gewässerschutz

Der Schutz der Gewässer ist ein Hauptanliegen des Agrarbereiches. Dabei war die Verringerung des Eintrages von Pflanzenschutzmitteln ein Schwerpunktthema des Pflanzenschutzdienstes (s.o.) sowie von Schulungen und Weiterbildungen der Landwirte und Gärtner. In 15 Veranstaltungen mit ca. 900 Teilnehmern wurden die gesetzlichen Bestimmungen und die Möglichkeiten zur Verhinderung der Gewässerverschmutzung vermittelt.

Im Jahr 2001 wurde eine Abstandsregelung zu Oberflächengewässern neu eingeführt.

Über die Richtlinien zur Förderung kulturbautechnischer Maßnahmen und der Sanierung und naturnahen Entwicklung von Gewässern sowie von Baumaßnahmen an wasserwirtschaftlichen Anlagen wurden Mittel in Höhe von 6,66 Mill. DM ausgereicht. Die mit diesen Mitteln durchgeführten Investitions- und Rationalisierungsmaßnahmen trugen - wie in den Vorjahren - zur Verbesserung der Gewässerqualität sowie zur sparsameren und effizienteren Nutzung der Wasserressourcen bei.

Angesichts der hohen Anforderungen, die die im Jahre 2001 beschlossene EU-Wasserrahmenrichtlinie an die Verbesserung der Gewässergüte und die Nachhaltigkeit des Landschaftswasserhaushaltes stellt, wird diesen Maßnahmen künftig ein höheres Gewicht in der Förderpolitik des Landes beizumessen sein. Konzeptionelle Arbeiten hierzu wurden im vergangenen Jahr durchgeführt.

Immissionsschutz

Durch das Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz vom 27.07.2001 wurde das Immissionsschutzrecht den entsprechenden EU-Richtlinien angepasst. Im Genehmigungsverfahren ist jetzt u. a. im Rahmen einer allgemeinen bzw. standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles bei Tierhaltungsanlagen mit geringerer Kapazität zu entscheiden, ob das Vorhaben UVP-pflichtig ist. Vorgeschrieben ist die Durchführung einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles, wenn die zu genehmigende Anlage Plätze für jeweils wenigstens 1.500 Schweine oder 560 Sauen, 4.500 Ferkel, 15.000 Legehennen, 30.000 Junghennen, 30.000 Mastgeflügel, 250 Rinder oder 300 Kälber, 15000 .Puten und 750 Pelztiere vorsieht;

Zu den bisherigen Tierarten wurden u. a. auch die Rinderanlagen und bedeutende Pelztierhaltungen im Jahr 2001 dem Immissionsschutzrecht zu geordnet.

Im Jahr 2001 wurden für 7 Schweinezucht- und -mastanlagen und 10 Geflügelanlagen Genehmigungen zur Anlagenerrichtung bzw. -änderung durch das Landesumweltamt Brandenburg erteilt. Eingereicht wurden 23 Anträge für derartige Genehmigungsverfahren, darunter 4 für Rinderhaltungsanlagen.

Aufgrund von Ammoniakemissionen und der daraus resultierenden Stickstoffdepositionen traten bzw. treten bei der Bearbeitung von immissionsrechtlichen Genehmigungsanträgen für Geflügelanlagen in unmittelbarer Nähe zu Waldflächen verstärkt Probleme auf. Die mit der Einführung der neuen Legehennenhaltungsverordnung (Erste Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung v. 28.02.2002) vorgesehene Abschaffung der Käfighaltung bis 2007 soll der tiergerechten Haltung zwar Rechnung tragen, jedoch resultiert daraus infolge der Bodenhaltung eine bis zu 10-fache Ammoniakemission je Henne bzw. je Anlage.

Der Abstand von bestehenden Anlagen zu Wohngebieten war - wie in den Vorjahren - von entscheidender Bedeutung für die Genehmigungsfähigkeit. Aufgrund der Ausweitung von Wohngebieten sowie der zunehmenden Ausweisung von Schutzgebieten lassen sich in Brandenburg für genehmigungsbedürftige Anlagen immer schwieriger geeignete Standorte finden.

Seit 1994 wurden insgesamt 106,3 Mill. DM zur Gestaltung einer umweltschonenden und tiergerechten Haltung und Aufzucht bereitgestellt, um unter anderem Gülle und Dunglagerstätten zu errichten, umweltgerechte Gülleausbringungssysteme einzuführen oder auf moderne Stalllüftungssysteme umzustellen. Zunehmend werden Biogasanlagen an größeren Tierhaltungsanlagen errichtet und betrieben. Damit leisten die Landwirte einen wesentlichen Beitrag zur Minderung der CO₂-Belastung (Einsparung fossiler Energieträger) sowie zur Minderung Ammoniakemission.

4 Ernährungswirtschaft

4.1 Entwicklung der Ernährungswirtschaft

Im Jahre 2001 stieg das Umsatzvolumen gegenüber dem Vorjahr um 9,3 %, wobei dieses Wachstum durch weniger Betriebe erzielt wurde (Tabelle 4.1). Die Beschäftigtenanzahl sank weiter um insgesamt 820 Personen. Diese weniger erfreuliche Entwicklung führte gemeinsam mit dem höheren Jahresumsatz zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität um ca. 17 % auf 443.650 DM/Beschäftigtem. Offensichtlich haben die Unternehmen weitere Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, um die Kosten der Produktion zu senken, und damit dem hohen Preisdruck des Handels standhalten zu können.

Tabelle 4.1: *Entwicklung des Ernährungsgewerbes*

Merkmal	1999	2000	2001	2001 : 2000 in %
Anzahl der Betriebe	156	159	150	94,3
Beschäftigte insgesamt	12.144	11.414	10.594	92,8
darunter: Arbeiter	7.886	8.018	7.972	99,4
Umsatz (Mrd. DM)	4,1	4,3	4,7	109,3

Die Branchenstruktur der Ernährungswirtschaft in Brandenburg weist spezifische Besonderheiten auf. Mehr als 80 % der Betriebe des Ernährungsgewerbes sind den drei Branchen Schlachtung/Fleischverarbeitung, Backwaren und Molkereien zuzuordnen. Sie beschäftigen etwa 81 % der Arbeitskräfte und erzielen über zwei Drittel des Gesamtumsatzes (Tabelle 4.2). Branchen, in denen hochveredelte, beschäftigungsintensive Erzeugnisse hergestellt werden, wie z.B. Süßwaren, Teigwaren, Kaffee, Tee und diätetische Erzeugnisse, sind in Brandenburg nicht vertreten. Kennzeichnend für die Branchenstruktur ist die Verarbeitung von landwirtschaftlichen Rohstoffen, die in der Region erzeugt werden. Darin liegt auch die Stärke und zugleich eine Chance für die weitere Entwicklung des Wirtschaftszweiges in Brandenburg. Gemessen am Umsatz sind besonders die Branchen Schlachtung/Fleischverarbeitung und Molkereien/Käsereien von Bedeutung.

Wie im Vorjahr hat sich die Obst- und Gemüseverarbeitung durch einen weiteren Anstieg von wiederum 10 % an die dritte Stelle der Umsatzwerte geschoben und diesbezüglich die Branche Backwaren hinter sich gelassen. Steigendes Umsatzvolumen, Stabilisierung und schrittweise Steigerung der Arbeitsproduktivität des brandenburgischen Ernährungsgewerbes sind Folgen umfangreicher Investitionsmaßnahmen, in deren Ergebnis viele Betriebe über technisch-technologische Ausstattungen mit hohem Niveau verfügen, die auch in Zukunft eine bessere Position im Wettbewerb ermöglichen werden.

Tabelle 4.2: *Wichtigste Branchen des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes*

Branche	1999	2000	2001	2001:2000 in %
Backwaren				
Anzahl der Betriebe	47	52	49	94,2
Anzahl der Beschäftigten	3.561	3.217	2.899	90,1
Umsatz (Mill. DM)	340,8	382,4	390,6	102,1
Obst-/Gemüseverarbeitung				
Anzahl der Betriebe	13	12	11	91,7
Anzahl der Beschäftigten	799	879	897	102,0
Umsatz (Mill. DM)	352,5	388,5	431,1	111,0
Molkereien/Käsereien				
Anzahl der Betriebe	8	7	6	85,7
Anzahl der Beschäftigten	867	761	699	91,9
Umsatz (Mill. DM)	996,4	1.061,8	1.122,0	105,7
Schlachtung/Fleischverarbeitung				
Anzahl der Betriebe	55	55	48	87,3
Anzahl der Beschäftigten	4.753	4.371	3.609	82,6
Umsatz (Mill. DM)	1.211,9	1.238,7	1.426,4	115,2
Brauereien				
Anzahl der Betriebe	5	5	5	100,0
Anzahl der Beschäftigten	502	507	498	98,2
Umsatz (Mill. DM)	186,2	180,4	188,2	104,3
Hersteller von Futtermitteln				
Anzahl der Betriebe	9	9	9	100,0
Anzahl der Beschäftigten	237	211	221	104,7
Umsatz (Mill. DM)	181,0	196,4	231,2	117,7

4.2 Absatzförderung

Der Verband zur Förderung der Agrar- und Ernährungswirtschaft e.V. - pro agro –wurde wie in den Vorjahren gefördert, um eine Reihe von Maßnahmen des Erlebnismarketings über Messen und Ausstellungen durchzuführen. Die Vorgehensweise, bei einem gesättigten Lebensmittelmarkt die emotionale Seite des Verbrauchers anzusprechen und den direkten Kontakt zwischen Erzeuger und Verbraucher herzustellen, hat sich bewährt und zur Vertrauensbildung der Verbraucher beigetragen. Schwerpunkt dabei waren die Brandenburghalle zur Internationalen Grünen Woche sowie der pro agro Gärtner- und Bauernmarkt auf der Bundesgartenschau 2001 in Potsdam.

Auf der Internationalen Grünen Woche 2001 präsentierte sich das Land zum 11. Mal. Etwa 80 % der Besucher der Grünen Woche, und das sind etwa 400.000 Besucher, suchten dabei die Unternehmen in der Brandenburghalle auf. Unter dem Motto „Qualität schafft Vertrauen“ warben 126 Aussteller auf 3.150 m² Ausstellungsfläche um die Gunst der Verbraucher.

170 Tage lang präsentierten 24 Brandenburger Unternehmen und Direktvermarkter auf dem pro agro Gärtner- und Bauernmarkt auf der Bundesgartenschau eindrucksvoll Brandenburger Produkte, dörfliches Handwerk, Sitten und Gebräuche vor einem Besucherkreis aus ganz Deutschland. Etwa 1,6 Mill. Besucher suchten den Gärtner- und Bauernmarkt auf und konnten sich von der Leistungskraft der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie der gärtnerischen Produktion des Landes Brandenburg überzeugen. Der Gärtner- und Bauernmarkt war gleichzeitig ein Ort der Begegnung des ländlichen Raumes, mit seinen Regionen, mit seinen Menschen, den Sitten und Gebräuchen. 7 Brandenburger Landkreise, 17 Ämter des Landkreises Potsdam-Mittelmark sowie 12 Vereine/Verbände/Naturparks stellten ihre Regionen vor. Die Saison für Spargel, Erdbeeren, Sanddorn, Äpfel u.a. wurden hier durch Brandenburger Unternehmen eröffnet.

Weiterhin beteiligten sich Brandenburger Unternehmen im Rahmen einer Gemeinschaftsschau an den Messen Fruit Logistica in Berlin, IPM in Essen, BioFach in Nürnberg, DirektMarkt in Hannover, POLAGRA in Poznan und nahmen an der Veranstaltung zum Tag der deutschen Einheit in Wiesbaden teil.

Mit weiteren Veranstaltungen, wie der Teilnahme von 36 Unternehmen am 6. Brandenburgtag in Luckau, 105 Unternehmen am Landeserntefest in Letschin und 60 Unternehmen am 5. Brandenburger Dorffest in Vielitz sowie der Teilnahme von 42 Unternehmen an der 11. BRALA in Paaren/Glien und der Durchführung des 6. Brandenburger Schlachtfestes wurde in Kooperation mit den Fachverbänden für das Image der Unternehmen und ihrer Produkte geworben.

Im Ergebnis der BSE-Krise sowie der Diskussionen am „Runden Tisch“ des Landesbauernverbandes hat pro agro intensiv die Verbesserung der Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse unterstützt. Für die Produktgruppen Schweinefleisch, Rindfleisch, Geflügel und Obst und Gemüse wurden die Qualitäts- und Prüfbestimmungen neu erarbeitet und damit die Voraussetzungen für Erstzertifizierungen der Unternehmen geschaffen. In die Erarbeitung der Qualitätsprogramme wurden fachkompetente Vertreter wissenschaftlicher Einrichtungen, der Agrarverbände, Erzeugergemeinschaften sowie der Verbraucherzentrale des Landes einbezogen.

In über 300 Fällen sind erfolgreiche Betriebs- und Produktprüfungen durch neutrale, akkreditierte und von pro agro anerkannte Prüfeinrichtungen durchgeführt worden, die zur Zeichenvergabe „Qualitätserzeugnis – pro agro geprüft“ geführt haben. (135 Zeichen für Obst und Gemüse, 32 für Schweinefleisch, 21 für Rindfleisch, 2 für Geflügelfleisch, 27 für Wurstwaren, 26 für Brot- und Backwaren, 44 für Honig, 12 für verarbeitetes Obst und Gemüse und 2 für Getränke).

Im Rahmen der Erarbeitung der Qualitätsprogramme wurden durch wissenschaftliche Einrichtungen Marktforschungsaufgaben zu den Themen „Wirksamkeit vertikaler und horizontaler Kooperationslinien im Land Brandenburg als Maßnahme zur Förderung der Vermarktung landwirtschaftlicher Qualitätsprodukte“ und „Wildfrucht/Sanddorn“ durchgeführt.

4.3 Verbraucherpolitik

Verbraucher benötigen anbieterunabhängige, wissenschaftlich gesicherte Informationen über Lebensmittel und deren Produktionsbedingungen, um sich selbstbestimmt und eigenverantwortlich für oder gegen bestimmte Waren entscheiden zu können. Die Aufklärung der Verbraucher für eine gesundheitsbewusste Ernährung, zu Fragen der Warenkunde und hinsichtlich des Rechts im Zusammenhang mit Lebensmitteln gehört zu den elementaren Aufgaben und Zielen des Vereins Verbraucherzentrale Brandenburg e.V. Mit den Informations- und Beratungsangeboten im Bereich Lebensmittel und Ernährung der Verbraucherzentrale Brandenburg e.V. wurden im Jahr 2001 insgesamt über 43.500 Verbraucher direkt erreicht, davon

- ca. 22.000 bei Aktionen unterschiedlichster Art
- ca. 6.400 im Rahmen von Vorträgen mit anschließender Diskussion
- ca. 8.500 bei der Führung durch Ausstellungen, insbesondere bei der Präsentation im Kinder- und Jugendbereich und

- ca. 6 600 Verbraucher, die Ernährungsberaterinnen konsultierten, im Rahmen von Einzelberatungen sowohl in den Beratungsstellen in Potsdam, Cottbus, Brandenburg, Rathenow, Eberswalde, Senftenberg und Finsterwalde als auch in mobilen Einsätzen.

Arbeitsschwerpunkte waren u.a.

- Aktionen im Kinder- und Jugendbereich zum Ernährungsverhalten, zur Auswahl gesundheitlicher Lebensmittel und die Präsentation der Ausstellung „Von Milchzweigen, Kinderriegeln und Lachbonbons“ in verschiedenen Landesteilen
- Durchführung von Gesundheitstagen
- Beratung zu Diäten und gesundheitsbewusstem Essen auf Ernährungskursen unter dem Motto „Ernährungstraining für übergewichtige Erwachsene“
- Aktionen zum Tage der Milch in Beratungsstellen mit der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Brandenburg-Berlin e.V.
- Aktionen zur Erkennbarkeit von Ökoprodukten z.B. auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin,
- Beteiligung an Messen im Land Brandenburg z.B. der Bundesgartenschau in Potsdam, der Brandenburgischen Landwirtschaftsausstellung in Paaren/Glien, der Brandenburger Landpartie, dem Umwelttag in Potsdam, der Niederlausitzmesse in Finsterwalde, der Spreemesse in Cottbus mit eigenem Stand mit Informationsangeboten
- Mitarbeit in regionalen, Landes- und bundesweiten Fachgremien z.B. Gesundheitsring, „pro agro“-Qualitätsausschuss, Verbraucherausschuss des BMVEL und des MLUR, Lebensmittelbuch-Kommission, Arbeitskreis Lebensmittel/Ernährung, AID, Deutschen Gesellschaft für Ernährung, BMVEL-Wirtschaftsausschuss.

5 Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung

5.1 Veterinärwesen

5.1.1 Tierseuchenverhütung und -bekämpfung

Die Gesundheit der Nutztierbestände und ihre Seuchenfreiheit sind wesentliche Voraussetzungen für ihre Produktivität. In der Europäischen Gemeinschaft gewinnt die Anerkennung seuchenfreier Regionen zunehmend an Raum. Die nachzuweisende Freiheit von bestimmten Tierseuchen wird immer mehr zum maßgeblichen Faktor beim Handel mit Zucht- und Nutztieren, zunehmend auch mit Drittländern.

Während mehrere chronische Tierseuchen, wie Rinderbrucellose, Tuberkulose und Leukose getilgt sind, tritt die Bekämpfung der Zoonosen, insbesondere der Salmonellen auch aus Gründen des Verbraucherschutzes mehr in den Vordergrund.

Das Jahr 2001 war auf dem Gebiet der Tierseuchenbekämpfung stark geprägt durch die Maul- und Klauenseuche - Situation in Großbritannien und einiger benachbarten Mitgliedstaaten sowie durch mehr als 100 BSE-Nachweise bei deutschen Rindern. Dies hatte durchgreifende Veränderungen auf der Ebene von Behörden und Untersuchungseinrichtungen sowie auf rechtlichem Gebiet zur Folge.

Auf die Schwerpunkte wird im Folgenden näher eingegangen:

Maul- und Klauenseuche

Ein umfangreicher MKS-Seuchenzug in Großbritannien mit weiteren Ausbrüchen in den Niederlanden und Frankreich war über viele Monate das zentrale Problem der Tierseuchenbekämpfung. Obwohl Brandenburg wie ganz Deutschland von der Seuche freigehalten werden konnte, hatte das Geschehen erhebliche Beschränkungen für den Handel mit Tieren und Erzeugnissen zur Folge und brachte einen stark erhöhten Überwachungsaufwand für die Veterinärbehörden und für die Grenzveterinärdienste mit sich. Das Geschehen in Westeuropa brachte auch die Erkenntnis, dass die Vorbeugungsmaßnahmen intensiviert werden müssen, dass die Möglichkeit der Impfung sinnvoll zu nutzen ist und dass ein Expertenteam im Sinne einer „task force“-Gruppe und mobile Krisenzentren zu schaffen sind, um die operative Arbeit im Seuchenfall effektiver zu machen. Mitarbeiter des MLUR haben sich in diese Arbeit mit eingebracht.

BHV₁-Infektion der Rinder

Das Verfahren zur Sanierung BHV₁-infizierter Rinderbestände gemäß Landesprogramm erweist sich zunehmend erfolgreich. Nachdem nahezu der gesamte Bestand an Kühen und weiblichen Jungrindern dem Sanierungsverfahren angeschlossen ist, sind nunmehr 1.315 Rinderbestände BHV₁-frei und 596 gelten als anerkannte Sanierungsbestände mit einem hohen Anteil BHV₁-freier Rinder. Das ist eine Steigerung um 13 bzw. 39 % gegenüber dem Vorjahr. In diesen Beständen befinden sich insgesamt 165.000 BHV₁-freie Kühe und weibliche Jungrinder über 9 Monate. Das ist eine Steigerungsrate von 26 %. Diese Ergebnisse bestätigen die Richtigkeit des Prinzips der flächendeckenden Sanierung. Brandenburg nimmt damit in Deutschland einen vorderen Platz ein.

Klassische Schweinepest (KSP)

Nachdem im Vorjahr im Schwarzwildbestand noch einzelne Fälle von KSP aufgetreten waren, erwies sich das Land seit 1995 erstmalig wieder frei von Schweinepest bei den Wildschweinen. Damit konnte auch die Gefahr der Einschleppung der Seuche in Hausschweinebestände gebannt werden. Die Tilgung der Seuche ist in erster Linie durch eine konsequente orale Immunisierung der Wildschweine in den gefährdeten Gebieten im Norden des Landes erreicht worden. Damit konnte auch aus wissenschaftlicher Sicht ein wichtiger Beitrag über die Effektivität der Impfmaßnahme bei Wildschweinen geleistet werden.

BSE/TSE

Die BSE-Nachweise in Deutschland und die sich daraus ergebenden Folgemaßnahmen führten im Jahr 2001 neben einer schweren Vertrauenskrise zu erheblichen Belastungen für die Landwirtschaft, Verarbeitungswirtschaft und auch für die öffentlichen Haushalte. Die Befürchtungen über einen sprunghaften Anstieg der BSE-Fälle bestätigten sich allerdings nicht.

In Deutschland wurden 125 Fälle nachgewiesen. Dem stehen 2,86 Mill. Untersuchungen mit dem BSE-Schnelltest gegenüber. Damit ist die BSE-Praevaleanz in Deutschland bisher gering. Diese Tatsache sowie die Beseitigung und Vernichtung des Risikomaterials von Rindern und Schafen und die BSE-Testung aller Schlachtrinder über 24 Monate haben Befürchtungen bei den Verbrauchern abgebaut und Vertrauen zurückgewonnen. Auch Brandenburg hatte erhebliche Aufwendungen zu tragen. Allein für den Anteil an den Kosten der Tierkörperbeseitigung mussten aus dem Landeshaushalt 2,3 Mill. DM mehr als im Vorjahr bereitgestellt werden.

Brandenburg gehört mit 3 BSE-Fällen bisher zu den am wenigsten betroffenen Ländern. Nachdem im ersten Fall noch alle Tiere der betroffenen Herde getötet werden mussten, ist durch inzwischen in Kraft getretenes Gemeinschaftsrecht eine Schadensbegrenzung insoweit möglich, als dass mit der Kohortenregelung nur noch ein Teil der Herde zu töten ist. In Brandenburg stehen den 3 BSE-Fällen fast 50.000 Untersuchungen von verendeten und normal geschlachteten Rindern gegenüber. Das entspricht einer Praevaleanz von 0,006 %.

Ein Inspektionsbesuch des Lebensmittel- und Veterinärarnamtes der Kommission in Dublin bestätigte die ordnungsgemäße Beseitigung des BSE-Risikomaterials in Schlachtbetrieben und Tierkörperbeseitigungsanstalten im Land Brandenburg. Ein in Brandenburg durchgeführter „Runder Tisch“ zu BSE unter Mitarbeit mehrerer Wissenschaftler trug wichtige Erkenntnisse aus der BSE-Krise zusammen, um Landwirte und Verbraucher bei der Bewältigung der Folgen der BSE-Krise zu unterstützen.

5.1.2 Grenzveterinärkontrollen

Insgesamt 1.794 Sendungen von lebenden Tieren und 16.255 Sendungen von Waren tierischer Herkunft aus Ländern außerhalb der EU - sogenannten Drittländern - wurden im Jahr 2001 durch die Veterinärkontrollstellen Frankfurt/O., Forst und Schönefeld zur Einfuhr bzw. Durchfuhr abgefertigt. Somit sind die Abfertigungszahlen und die damit verbundene Arbeitsbelastung im Vergleich zum Vorjahr auf hohem Niveau konstant geblieben.

Die Grenzkontrollstellen arbeiten als erste Kontrollposten bei der Einfuhr von Tieren und Waren tierischer Herkunft aus Drittländern in die Mitgliedsstaaten der EU zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier. Durch diese Kontrollen kann auf Risiken für den Verbraucherschutz als auch auf Tierseuchenausbrüche in Drittländern schnell reagiert werden. Sendungen von lebenden Tieren wurden in 95 Fällen beanstandet. Bei den Sendungen mit Erzeugnissen tierischer Herkunft gab es 545 Beanstandungen. Beanstandete Waren werden entweder umgehend zurückgewiesen oder vernichtet.

Seit Ende 2001 wurden den Grenzkontrollstellen des Landes auch die Einfuhrkontrolle von Lebensmitteln nicht-tierischer Herkunft sowie die Ausfuhrkontrolle bei lebenden Tieren übertragen. Damit ist die angestrebte Zusammenführung aller Aufgaben der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung an der Außengrenze der EU in einer Behörde, dem Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft, vollzogen. Dies wird unmittelbar zu einer Erhöhung der Effektivität der Grenzüberwachung führen.

Schwerpunkt der Arbeit im Jahr 2002 und in den Folgejahren wird die weitere Ausgestaltung der Grenzkontrollstelle Schönefeld entsprechend den geänderten gemeinschaftsrechtlichen Anforderungen sein.

5.1.3 Tierschutz

Der Tierschutz ist als ein zentrales gesellschaftliches Anliegen in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt und hat im Verwaltungshandeln des MLUR einen hohen Stellenwert. Aufgabenschwerpunkt der Tierschutzarbeit im Jahr 2001 war die weitere Verbesserung des Tierschutzes bei der Haltung und Schlachtung landwirtschaftlicher Nutztiere. In diesem Sinne wurden zur Gewährleistung der tierschutzrechtlichen Überwachungstätigkeit der Vollzugsbehörden durch Erlass des MLUR die tierschutzrechtlichen Anforderungen an die Schweinehaltung nach dem Tierschutzgesetz geregelt. Dabei sind bereits jetzt Erweiterungen vorgenommen worden, die erst im Rahmen der Umsetzung der veränderten Schweinehaltungsrichtlinie Bestandteil unserer nationalen Tierschutzvorschriften werden sollen.

Vor dem Hintergrund von Medienberichten über Missstände an Schlachthöfen im Grenzgebiet Deutschland/Österreich, die unter Teilen der Bevölkerung erhebliche Diskussionen ausgelöst haben, wurde die Überwachung der tierschutzgerechten Betäubung und Schlachtung in den Schlachtbetrieben durch zusätzliche Kontrollen mit Unterstützung durch den maschinentechnischen Sachverständigen des LELF verbessert.

Im Berichtszeitraum wurden die Voraussetzungen für eine artgerechte Unterbringung von Heimtieren geschaffen, die zur Vermeidung der Einschleppung von Tollwut in die EU unter Quarantäne gestellt werden müssen.

Als Genehmigungsbehörde für Tierversuche hat das MLUR im Jahr 2001, neben der Prüfung und Bestätigung von Tierversuchsanzeigen, 6 Tierversuche genehmigt. Zu den Anträgen für genehmigungspflichtige Tierversuche hat die Tierversuchskommission ein Votum abgegeben. Durch die engagierte und qualifizierte Tätigkeit der Tierversuchskommission sowie durch die sorgfältige Prüfung der Versuchsanträge durch das MLUR ist es gelungen, die Tierversuche auf ein unbedingt notwendiges Maß zu begrenzen. Tierversuche werden nur dann genehmigt, wenn sie für einen der im Gesetz aufgeführten Versuchszwecke nach dem derzeitigen Wissensstand wirklich unerlässlich und im Hinblick auf die angestrebten Ergebnisse ethisch vertretbar sind. Somit konnte eine weitere Reduzierung der Tierversuchsvorhaben erreicht werden.

Zur Fortsetzung der seit 1992 durch die Tierschutzvereine jährlich durchgeführten Aktionen zur Sterilisation und Kastration freilebender Katzen wurden durch das MLUR für 2001 Fördermittel in Höhe von 125.000 DM an 37 Tierschutzvereine bereitgestellt, wodurch eine Konstanz bzw. ein weiterer Rückgang der Population freilebender Katzen erreicht wurde. Die Weiterführung dieser tierschutzgerechten Regulation ist notwendig, um das Ergebnis jahrelanger Arbeit nicht zu gefährden.

Im Rahmen des Landeswettbewerbes zur tiergerechten und umweltschonenden Haltung von Milchkühen und Pferden wurden insgesamt 7 Betriebe prämiert, die den Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung entsprechen und sich mit beispielhaften Investitionen in der tierischen Erzeugung für andere Landwirte zur Nachahmung empfohlen.

5.1.4 Tierarzneimittelüberwachung

Die Tierarzneimittelüberwachung wurde im Berichtszeitraum v.a. vom bundesweiten Schweinemastskandal und den daraus gezogenen Konsequenzen beherrscht. Brandenburg war davon nur mit jeweils einem Mast- und Zuchtbetrieb betroffen, jedoch war die unverzügliche Kontrolle dieser Betriebe nur dadurch möglich, dass sich daran das MLUR, das LELF und das SVLA Potsdam unmittelbar beteiligten. Die sichergestellten Abgabebelege sowie verschreibungspflichtigen Arzneimittel waren auf Vorrat (teilweise in 25 kg-Abpackungen) abgegeben worden. Vorgefunden wurde ebenfalls eine „Behandlungsanweisung bei Auftreten bestimmter Krankheitssymptome“, die explizit den Hinweis enthält, Überwachungsbehörden den Zutritt zu den Stallanlagen zu verwehren. Gegen die Tierärzte wurde durch das MLUR Strafanzeige gestellt.

Die Bundesregierung hat aufgrund des Schweinemastskandals, eine bislang nicht vollständig in nationales Recht umgesetzte Richtlinie (96/23/EG) bezüglich Kontrollmaßnahmen hinsichtlich bestimmter Stoffe und ihrer Rückstände in lebenden Tieren aufgegriffen und zusätzliche Dokumentationspflichten bezüglich des Arzneimitteleinsatzes vorgeschrieben. Die damit verfolgte Absicht, den Einsatz von Arzneimitteln im Sinne des Verbraucherschutzes transparent zu gestalten, ist grundsätzlich zu begrüßen. Brandenburg hat sich aber im Bundesrat gemeinsam mit den anderen Ländern dafür eingesetzt, dass bei der Führung des „Stallbuchs“ (Bestandsbuchs) hinsichtlich Aufwand und Nutzen die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt. Die Einführung des Bestandsbuches verlief bislang in Brandenburg ohne größere Probleme. Eine Verwaltungsvorschrift hierzu ist in Vorbereitung.

Die Bundesländer haben den Schweinemastskandal zum Anlass genommen, das Tierarzneimittel-Neuordnungsgesetz in den Bundesrat einzubringen. Hauptziele dieses Gesetzentwurfes sind

- die Abschaffung der zahlreichen Ausnahmeregelungen im Arzneimittelgesetz
- die noch engere Bindung der Abgabe von Arzneimittel an die tierärztliche Behandlung
- die Definition von Voraussetzungen für den Betrieb einer tierärztlichen Hausapotheke und
- die Erlaubnis der Herstellung von Fütterungsarzneimittel ausschließlich in Betrieben mit einem Status entsprechend § 13 Arzneimittelgesetz.

Brandenburg hat hieran aktiv mitgearbeitet und Vorschläge eingebracht, die die Eingriffsmöglichkeiten der Überwachungsbehörden stärken und übergangsweise die flächendeckende Versorgung mit Fütterungsarzneimitteln sichern.

Im Berichtszeitraum sind von den Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämtern zahlreiche arzneimittelrechtliche Prüfungen durchgeführt worden (Tabelle 13 im Anhang).

Insgesamt sind seitens der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter 3 Strafanzeigen wegen Lagerung und Anwendung nicht zugelassener Tierarzneimittel, Diebstahl eines Praxis-Pkw mit Betäubungsmitteln sowie Abgabe von Arzneimitteln auf Vorrat gestellt worden.

Vom MLUR sind Verwaltungsvorschriften über Maßnahmen und Informationswege bei Feststellung positiver Rückstandsbefunde und über das Vorgehen bei Umwidmung von Arzneimitteln im Falle von Therapienotstand erlassen worden. Darüber hinaus galt es durch die Einstufung des Darpaketes als „spezifiziertes BSE-Risikomaterial“ das Verbot des Vertriebs und Einsatzes von Catgut (chirurgische Nahtmaterial) im Land ge-

genüber Großhändler und bei niedergelassenen Tierärzten über die Tierärztekammer Brandenburg durchzusetzen.

5.2 Lebensmittelüberwachung und gesundheitlicher Verbraucherschutz

Mit dem Ziel der Bündelung wesentlicher Aufgaben des gesundheitlichen Verbraucherschutzes wurde im März 2001 die Abteilung Verbraucherschutz im MLUR neu eingerichtet, um das Vertrauen der Verbraucher in die Überwachungspraxis der Behörden zu stärken. Dazu wurden die Aufgabenbereiche der Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, kosmetischen Mitteln und Tabakerzeugnissen mit der Futtermittelüberwachung, der Verbraucherberatung und -information zusammengeführt. Diese Zusammenführung erfolgte, um den gestiegenen Anforderungen, insbesondere an den gesundheitlichen Verbraucherschutz und die Tierseuchenbekämpfung von der Futtermittel- und der Lebensmittelherstellung bis zum Vertrieb im Einzelhandel auf allen Stufen gerecht zu werden. Im Dezember 2001 wurde die Errichtung eines Landesamtes für den Verbraucherschutz und Landwirtschaft beschlossen, mit dem Ziel der Bündelung von Laborkapazitäten des Landes in einer effektiven Überwachungs- und Untersuchungsbehörde, die die Aufgaben des umfassenden Verbraucherschutzes nach dem Lebensmittel-, Futtermittel-, Gentechnik-, und Veterinärrecht sowie dem Chemikalien- und Strahlenschutzvorsorgegesetz wahrnimmt.

Der Vollzug des Lebensmittelrechts durch die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter der Kreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg hat den Schutz der Verbraucherinteressen zum Ziel. Dazu gehören

- die Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus der Verbrauchergesundheit vor gesundheitlich bedenklichen Lebensmitteln
- der Schutz vor Irreführung und Täuschung der Verbraucher und
- die Gewährleistung einer umfassenden Verbraucherinformation.

Darüber hinaus werden Ziele wie der Schutz der Interessen der Erzeuger gegenüber ihren Wettbewerbern, die Förderung der Herstellung von Qualitätserzeugnissen und das Funktionieren des Binnenmarktes verfolgt.

Die Grundlage für die Durchführung der Überwachungsmaßnahmen bildete ein abgestimmtes Überwachungsprogramm von Vor-Ort-Kontrollen auf allen Stufen der Erzeugung, der Produktion, der Verarbeitung, des Handels und der Einfuhr in die Gemeinschaft unter Beachtung der potenziell oder tatsächlich vorhandenen Risikofaktoren, bestehend aus Inspektion, Probenahme und Analyse, Hygienekontrollen und der Überprüfung von geschäftlichen Aufzeichnungen und Unterlagen. In 2001 wurden in 91 % der insgesamt 29.285 Betriebe im Land ca. 68.000 Kontrollbesuche durchgeführt. Bei 22,5 % der Betriebe wurden Verstöße registriert, die zu amtlichen Maßnahmen (Verwarnungen, Ordnungsstrafverfügungen, Abgabe an die Staatsanwaltschaft) geführt haben. Von ca. 13.000 entnommenen und untersuchten Proben gaben ca. 10,7 % Anlass Ahndung von Verstößen. Dabei wurden im Wesentlichen Kennzeichnungsmängel (7,0 %), mikrobiologische Verunreinigungen (2,6 %) und Mängel in der Zusammensetzung (2,2 %) festgestellt. Damit liegt die Beanstandungsquote bei den Betriebskontrollen im Land Brandenburg im Bundesdurchschnitt.

Im Fall der Beanstandung von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und kosmetischen Mitteln, die eine unmittelbare Gefahr für die Gesundheit der Verbraucher darstellten und überregionale Sofortmaßnahmen erforderten (Rücknahme vom Markt, Verbraucherwarnung), wurden mit Hilfe des Informationssystems der Schnellwarnung der Länder über das BMVEL Nachkontrollen in den Handelseinrichtungen veranlasst.

Fleisch- und Geflügelfleischhygiene

Im Jahr 2001 war die BSE-Bekämpfung Schwerpunktaufgabe im Fachgebiet. Insbesondere die Durchführung der von der EU und dem Bundestag beschlossenen Maßnahmen zur Verbrauchersicherheit, wie die Risikomaterialbeseitigung beim Schlachten von Rindern und die Eliminierung als verunreinigt angesehener Rinderhälften aus der Nahrungskette, standen im Vordergrund. Im Land Brandenburg sind im Berichtszeitraum 49.308 BSE-Tests, davon 33.062 bei Schlachtrindern einschließlich Not- und Krankschlachtung, durchgeführt worden, wobei drei positive Befunde registriert werden mussten.

Für die Gruppenschlachtung von Rindern sowie für Entschädigungsleistungen nach Feststellung der BSE wurden gesetzliche Rahmenbedingungen erarbeitet. Ein tragfähiges Konzept für die Finanzierung der im Rahmen des nationalen Rückstandskontrollplanes auf unerwünschte Stoffe in Nahrungs- und Genussmitteln entnommenen und untersuchten Proben ist entwickelt worden. Verschiedene Betriebe erhielten eine Zulassung zur Teilnahme am europäischen Handels- und Warenverkehr. Generell ist die Zusammenarbeit mit Verbraucherverbänden im Berichtsjahr deutlich intensiviert worden, eine enge Zusammenarbeit erfolgt mit dem Fleischerverband Berlin-Brandenburg.

Anhang

Inhaltsverzeichnis

- Tabelle 1:** *Regionale Verteilung der Fördermittel ausgewählter Maßnahmen des Kulturlandschaftsprogrammes (DM)*
- Tabelle 2:** *Regionale Verteilung der ausgezahlten Fördermittel für Richtlinien im Rahmen der ländlichen Entwicklung (DM)*
- Tabelle 3:** *Regionale Verteilung der ausgezahlten Fördermittel für Richtlinien im Rahmen der umweltgerechten Landwirtschaft (DM)*
- Tabelle 4:** *Förderung der Direktvermarktung nach Landkreisen/kreisfreien Städten*
- Tabelle 5:** *Förderung der Direktvermarktung 1994 bis 2001*
- Tabelle 6:** *Investitionen für Direktvermarktung nach Warenbereichen 1994 bis 2001 (%)*
- Tabelle 7:** *Ausbildungsverhältnisse 1. Ausbildungsjahr nach Vertragsformen ohne Ausbildung nach §48 BbiG*
- Tabelle 8:** *BLAk – Bildungsmaßnahmen, Maßnahmen und Teilnehmer*
- Tabelle 9:** *Anbauflächen landwirtschaftlicher Kulturarten*
- Tabelle 10:** *Naturalerträge landwirtschaftlicher Kulturarten*
- Tabelle 11:** *Auswertung der Börsentermine des Übertragungsgebietes Brandenburg/Berlin*
- Tabelle 12:** *Anwendungsumfang und Mitteleinsatz im Rahmen des Vertragsnaturschutzes*
- Tabelle 13:** *Arzneimittelrechtliche Prüfungen*
- Abbildung 1:** *Anbauflächen im Gartenbau*

Tabelle 1: Regionale Verteilung der Fördermittel ausgewählter Maßnahmen des Kulturlandschaftsprogrammes (DM)*

Landkreise/ kreisfreie Städte	Extensive Grünlandnutzung	Extensive Bewirtschaftung und Pflege von Flußauen-grünland	Späte, eingeschränkte Grünlandnutzung	Kontrolliert integrierter Gartenbau	Ökologischer Landbau	Erosionsmindernde, bodenschonende Verfahren	Umwandlung von Ackerland in extensiv zu nutzendes Grünland
Cottbus	6.109	0	17.427	0	753.809	58.114	0
Frankfurt (Oder)	13.543	87.564	24.498	334.154	21.558	86.772	127.006
Barnim	847.903	50.707	73.366	27.730	814.688	333.063	249.134
Dahme-Spreewald	1.710.578	0	152.243	250.826	4.944.457	519.703	137.407
Elbe-Elster	2.091.568	0	17.331	149.173	211.041	604.698	253.688
Havelland	2.935.492	540.184	282.459	328.500	578.241	241.049	24.874
Märkisch-Oderland	558.167	492.909	142.118	820.979	787.031	422.057	724.924
Oberhavel	3.190.803	0	282.057	33.934	396.124	183.399	489.088
Oberspreewald-Lausitz	534.111	0	119.942	165.182	852.709	196.783	669.296
Oder-Spree	1.170.537	558.244	336.256	123.564	1.233.051	548.997	361.785
Ostprignitz-Ruppin	3.608.827	0	501.980	55.891	1.488.331	455.398	441.937
Potsdam-Mittelmark	3.157.453	4.062	535.595	1.953.112	1.477.188	904.854	292.438
Prignitz	4.288.688	205.849	197.046	62.648	841.578	608.113	391.375
Spree-Neiße	922.133	0	141.135	211.289	1.771.018	480.690	857.428
Teltow-Fläming	1.441.652	0	211.060	331.411	627.009	547.482	545.419
Uckermark	2.016.858	0	413.243	58.663	2.943.191	447.111	685.402
Brandenburg gesamt	28.494.423	1.939.518	3.447.757	4.907.057	19.741.024	6.638.281	6.251.201

* KULAP nach VO (EG) 2078/92 und 1257/99 ohne Ausgleichszahlungen adäquater Maßnahmen nach Art. 16

Tabelle 2: Regionale Verteilung der ausgezahlten Fördermittel für Richtlinien im Rahmen der ländlichen Entwicklung (DM)

Landkreise/ kreisfreie Städte	Entwicklung ländlicher Raum ¹⁾	Dorf-erneuerung	Flur-berreinigung	landwirtschaftlicher Wegebau und Kulturbautechnik	Urlaub und Freizeit auf dem Lande	Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung
Brandenburg	0	0	0	0	0	0
Cottbus	196.684	3.300	0	0	0	0
Frankfurt/Oder	0	46.601	140.453	0	0	9.960
Potsdam	695.191	2.321.471	2.756.128	10.459	0	0
Barnim	3.579.976	810.433	1.381.628	398.619	0	15.000
Dahme-Spreewald	2.017.398	2.513.547	450.143	1.831.732	0	100.000
Elbe-Elster	789.772	1.513.463	763.103	838.283	0	0
Havelland	2.435.808	1.769.115	20.000	3.263.706	0	36.000
Märkisch-Oderland	3.097.997	705.210	1.958.214	1.352.982	0	170.080
Oberhavel	849.536	1.369.876	445.314	619.709	0	0
Oberspreewald-Lausitz	1.189.956	681.368	857.035	952.251	54.000	0
Oder-Spree	2.783.228	2.911.769	1.066.627	263.669	0	169.960
Ostprignitz-Ruppin	1.875.355	3.535.372	2.543.352	1.352.530	41.980	63.651
Potsdam-Mittelmark	8.129.938	1.960.917	1.205.455	1.948.556	0	126.800
Prignitz	4.619.186	2.143.977	2.752.691	1.980.885	139.250	0
Spree-Neiße	2.151.338	1.956.327	161.488	329.085	0	0
Teltow-Fläming	0	2.554.149	374.962	269.802	0	114.600
Uckermark	3.052.103	5.739.702	1.491.255	2.580.027	19.217	114.000
Gesamt	37.463.466	32.536.597	18367.848	17.992.295	254.447	920.051

¹⁾ beinhaltet nicht die Mittel zur Förderung im Rahmen der allgemeinen Bewilligungen

Tabelle 3: Regionale Verteilung der ausgezahlten Fördermittel für Richtlinien im Rahmen der umweltgerechten Landwirtschaft (DM)

Landkreise/ kreisfreie Städte	Direktvermarktung	Investitionen im Bereich Tierproduktion	Bewässerung	Investitionen im Bereich Gartenbau
Brandenburg	0	0	0	0
Cottbus	0	60.500	0	0
Frankfurt/Oder	17.979	80.313	6.966	11.069
Potsdam	0	0	0	0
Barnim	104.079	137.545	75.855	34.696
Dahme-Spreewald	448.537	445.067	731.437	285.718
Elbe-Elster	490.280	1.034.195	12.120	39.342
Havelland	0	220.005	106.746	54.736
Märkisch-Oderland	20.205	866.357	82.595	176.539
Oberhavel	607.897	22.795	56.638	176.234
Oberspreewald-Lausitz	98.932	775.241	58.310	81.350
Oder-Spree	103.899	827.728	73.406	35.812
Ostprignitz-Ruppin	66.588	2.365.817	274.108	521.848
Potsdam-Mittelmark	685.853	795.355	181.683	563.543
Prignitz	22.380	1.874.953	215.439	0
Spree-Neiße	607.747	1.042.730	96.566	118.243
Teltow-Fläming	6.761	574.973	817.633	155.127
Uckermark	80.174	732.198	6.943	12.863
Gesamt	3.361.311	11.855.772	2.796.445	2.267.120

Tabelle 4: Förderung der Direktvermarktung nach Landkreisen/kreisfreien Städten

Landkreis/kreisfreie Stadt	Zuwendungsempfänger	Investitionen	Fördermittel		Fördermittel je Unternehmen	Neuschaffung Arbeitsplätze
			insgesamt	davon EAGFL		
	Anzahl	TDM	TDM	TDM	TDM	Anzahl
Frankfurt/O.	1	59	18	13	18	0
Barnim	4	223	104	78	26	5
Dahme-Spreewald	3	1.076	449	336	150	1
Elbe-Elster	9	998	490	368	54	12
Märkisch-Oderland	2	58	20	15	10	1
Oberhavel	2	1.374	608	456	304	6
Oberspreewald-Lausitz	5	383	99	74	20	6
Oder-Spree	2	213	104	78	52	2
Ostprignitz-Ruppin	6	323	67	50	12	1
Potsdam-Mittelmark	13	1.644	686	514	53	24
Prignitz	1	50	22	17	22	1
Spree-Neiße	9	1.414	608	456	68	22
Teltow-Fläming	1	57	7	5	7	0
Uckermark	4	266	80	60	20	3
gesamt:	62	8.139	3.361	2.521	54	84

Tabelle 5: Förderung der Direktvermarktung 1994 bis 2001

Jahr	Anzahl Unternehmen	Fördermittel	Arbeitsplätze	Umsatz 1.Jahr	Umsatzsteigerung 1.-3. Jahr	Gewinn 1.Jahr	Gewinnsteigerung 1.-3. Jahr
	n	DM		DM	%	DM	%
1994	3	732.985	25	2.092.948	188,0	172.860	276,3
1995	61	7.999.999	150	23.734.682	150,8	2.678.483	187,3
1996	51	4.387.650	78	20.916.019	141,4	1.242.680	240,2
1997	51	3.389.520	89	19.456.945	149,7	1.858.775	212,8
1998	47	2.755.780	40	17.082.162	118,6	1.877.494	152,9
1999	54	2.643.710	45	22.920.823	128,8	2.483.940	190,8
2000	44	2.391.540	81	24.682.297	133,1	2.793.826	239,8
2001	62	3.361.311	84	25.773.343	123,2	3.689.801	137,0
1994-01	373	27.662.495	590	156.659.219	136,0	16.797.859	189,3

Tabelle 6: Investitionen für Direktvermarktung nach Warenbereichen 1994 bis 2001 (%)

Warenbereich	Anzahl der Unternehmen	Fördermittel	Arbeitsplätze	Umsatzsteigerung ¹⁾	Gewinnsteigerung ¹⁾
Fisch	4,3	1,2	1,1	104	118
Fleisch	23,1	32,9	27,5	131	155
Milch	5,4	10,4	5,8	163	254
Geflügel	3,8	1,9	1,0	147	188
Gartenbau	9,4	5,3	8,4	126	149
Obst/Gemüse	16,6	12,2	13,4	134	163
Kartoffeln	7,5	8,5	8,8	137	180
Spargel	19,8	17,9	25,5	142	235
Gemischbetriebe	8,0	9,1	6,9	134	195
Sonstige	2,1	0,6	1,5	150	153

¹⁾ 1. bis 3. Jahr nach Maßnahmenbeginn

Tabelle 7: *Ausbildungsverhältnisse 1. Ausbildungsjahr nach Vertragsformen ohne Ausbildung nach §48 BbiG*

Ausbildungsform	1999	2000	2001
Betriebliche Ausbildung	72,0%	77,8%	75,1%
Betriebsnahe Ausbildung	16,7%	14,0%	13,6%
Außerbetriebliche Ausbildung	11,3%	8,2%	11,3%

Tabelle 8: *BLAk – Bildungsmaßnahmen, Maßnahmen und Teilnehmer*

	1997	1998	1999	2000	2001
Anzahl der Bildungsmaßnahmen	28	40	33	39	31
Teilnehmer (Frauen)	463	611	571	560 (185)	496 (184)
- Berater	239	346	164	55	47
- Führungskräfte	224	265	405	478	420
Teilnehmerstunden	8.844	14.650	12.449	13.315	6.842
Fördersumme (DM)	348.000	445.000	473.942	524.318	463.642

Tabelle 9: Anbauflächen landwirtschaftlicher Kulturarten

Kultur	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	1.000 ha									
Getreide gesamt	452,0	441,8	418,3	495,9	501,8	548,3	559,2	522,8	564,9	570,0
Winterweizen	109,2	99,2	91,5	105,6	98,3	105,3	108,5	108,6	128,0	128,4
Sommerweizen	5,2	3,1	3,3	2,3	3,4	4,3	3,9	7,0	4,7	3,1
Hartweizen	0,3	0,6	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0
Roggen	153,6	163,4	173,2	214,7	220,5	233,4	256,3	233	250,7	253,2
Wintermenggetreide	0,5	1,2	1,6	1,9	1,9	1,9	1,6	1,4	2,0	1,8
Wintergerste	96,3	93,7	76,3	93,4	54,8	70,7	75,9	70,2	73,1	75,3
Sommergerste	46,9	25,4	17,2	15,0	35,4	31,9	21,1	19,6	14,5	9,7
Hafer	15,5	15,2	17,4	13,8	18,2	20,0	18,5	15,5	16,7	15,8
Sommermenggetreide	2,0	2,3	1,6	1,7	2,4	3,3	2,1	1,7	1,6	1,3
Triticale	18,1	28,5	25,8	39,7	52,7	67,3	61,5	57,7	64,8	71,0
Körnermais	4,5	9,5	10,3	7,5	14,1	10,2	9,7	8,0	8,7	10,4
Kartoffeln gesamt	31,4	19,6	15,8	16,7	17,8	15,5	14,7	14,5	13,8	12,3
Frühe Speisekartoffeln	1,7	0,9	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1
Mittelfr. u. sp. Kartoffeln	29,7	18,6	15,3	16,3	17,4	15,1	14,5	14,3	13,6	12,1
Zuckerrüben	16,0	16,5	13,5	14,7	14,2	12,5	13,1	11,8	12,4	11,3
Runkelrüben	0,9	0,8	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Ölfrüchte gesamt	130,6	169,0	209,3	114,7	110,0	128,2	135,9	178,8	136,1	121,8
Winterraps	71,2	111,8	113,4	69,4	44,3	64,4	72,7	95,9	81,0	95,3
Sommerraps, Rübsen	11,7	12,7	16,7	4,4	13,4	9,6	6,3	4,3	6,2	4,3
Körnersonnenblume	11,8	30,9	68,1	13,7	13,9	11,1	10,0	10,3	9,8	12,8
Lein	32,7	12,2	9,4	26,5	38,2	42,8	46,6	68,0	38,8	9,4
Hülsenfrüchte gesamt	5,2	14,0	13,0	23,6	33,8	38,8	41,2	36,7	35,1	
Futtererbsen	2,9	6,1	4,1	8,2	13,3	18,7	25,2	22,9	20,9	24,0
Ackerbohnen	0,6	0,9	1,6	1,9	1,3	1,7	1,7	1,5	0,7	0,7
andere Hülsenfrüchte	1,8	7,0	7,3	13,5	19,3	18,4	14,3	12,4	13,5	
Klee,Klee gras, Klee-Luz.Gem.	18,0	13,8	11,4	9,5	9,2	8,4	8,1	7,2	5,3	5,1
Luzerne	20,4	19,4	17,0	13,3	12,5	9,6	8,1	7,0	5,9	6,2
Grasanbau	28,1	31,1	25,2	28,2	35,0	39,4	38,5	39,0	38,5	33,2
Silomais	114,7	126,2	101,1	115,9	131,6	116,1	107,1	100,4	98,8	96,6
Mähweiden	98,9	134,9	146,7	161,6	170,2	174,8	179,1	180,4	193,3	195,8
Wiesen	99,6	88,3	83,5	82,7	80,9	77,5	75,8	72,1	63,8	61,1

Tabelle 10: *Naturalerträge landwirtschaftlicher Kulturarten*

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	dt/ha									
Getreide gesamt	29,5	38,2	44,6	50,5	43,8	46,4	46,7	54,3	42,6	58,0
Winterweizen	36,3	50,2	54,0	60,4	54,4	53,5	61,3	66,2	53,1	65,8
Sommerweizen	25,5	43,2	39,0	40,4	47,1	35,7	46,9	48,9	30,3	45,8
Hartweizen	11,1	32,8	22,3	50,5	17,9	12,3	33,5	19,4	33,5	
Roggen	23,7	32,3	38,4	44,3	40,1	42,4	38,7	47,9	37,0	53,3
Wintermenggetreide	15,1	44,5	39,7	40,8	39,1	46,1	47,0	46,1	48,8	49,0
Wintergerste	36,4	33,3	53,1	57,6	31,9	49,4	47,8	61,6	46,8	67,6
Sommergerste	23,0	33,0	31,6	39,0	44,5	42,3	37,3	45,3	23,9	40,2
Hafer	14,7	42,7	30,8	43,3	42,2	40,7	40,1	44,2	24,7	40,5
Sommermenggetreide	12,5	29,7	27,0	26,8	32,1	23,6	21,7	28,0	18,2	26,6
Triticale	29,1	38,4	44,6	50,8	46,4	48,6	54,4	55,1	43,1	55,2
Körnermais	45,4	66,9	51,1	50,7	67,2	66,3	74,2	63,3	71,9	75,9
Kartoffeln gesamt	155,4	298,2	192,8	191,7	304,5	283,4	315,3	255,4	264,5	310,0
Frühe Speisekartoffeln	141,9	227,2	197,3	213,5	283,2	254,8	318,0	256,0	254,6	241,1
Mittelfr. u. sp. Kartoffeln	156,2	301,7	192,6	191,2	305,1	284,0	315,2	255,4	264,7	310,7
Zuckerrüben	342,2	499,3	335,3	383,3	465,8	411,7	491,0	412,2	480,5	
Runkelrüben	593,2	842,9	596,5	764,0	780,8	802,1	927,7	655,5	711,6	
Ölfrüchte										
Winterraps	22,2	23,4	29,1	30,0	9,6	25,7	30,4	33,2	25,7	33,8
Sommeraps, Rübsen	3,0	15,7	8,7	13,7	13,9	14,1	18,2	14,4	11,9	17,7
Körnersonnenblume	21,0	22,2	10,0	15,8	18,9	20,1	24,0	19,3	20,4	17,6
Lein	3,6	10,9	8,1	10,0	12,5	6,8	9,3	10,4	4,0	5,5
Hülsenfrüchte										
Futtererbsen	9,6	20,8	20,9	25,8	27,6	25,8	28,3	31,3	17,7	26,4
Ackerbohnen	12,5	36,4	17,6	31,6	30,5	27,4	28,0	28,7	19,5	27,2
Klee, Klee gras, Klee-Luz.Gem.	55,3	81,5	79,3	81,7	80,2	63,5	74,2	58,3	63,5	78,2
Luzerne	55,8	93,1	86,5	79,7	80,8	80,2	85,3	72,8	77,5	82,7
Grasanbau	42,0	69,2	71,0	59,0	59,3	52,7	52,6	46,5	44,4	57,4
Silomais	211,4	430,9	249,6	297,2	391,0	338,2	384,9	301,9	309,3	344,0
Mähweiden	50,5	66,4	64,7	59,5	63,8	62,6	64,5	56,3	55,0	61,5
Wiesen	41,4	55,9	55,3	55,0	57,4	56,2	58,0	53,6	51,6	59,3

Tabelle 11: *Auswertung der Börsentermine des Übertragungsgebietes Brandenburg/Berlin*

Börsentermin	gehandelte Menge (kg)	Gleichgewichtspreis Brandenburg/Berlin (DM/kg)	Gleichgewichtspreis Ø Deutschland (DM/kg)	Erfolgreiche Anbieter (n)	Erfolgreiche Nachfrager (n)
30.10.00	1.642.068	0,85	1,11	7	3
31.01.01	931.634	0,86	1,48	6	10
02.04.01	495.000	0,80	1,22	2	5
02.07.01	2.945.000	0,65	1,38	10	16
30.10.01	4.733.055	0,80	1,58	20	19
Insgesamt	10.746.757			45	53
Durchschnitt		0,79	1,35		

Tabelle 12: Anwendungsumfang und Mitteleinsatz im Rahmen des Vertragsnaturschutzes

Programme	1998		1999		2000		2001	
	ha	1.000 DM	ha	1.000 DM	ha	1.000 DM	ha	1.000 DM
Ausgleichszahlungen für extensive Nutzung								
Grundextensivierung auf Grünland (Verzicht auf Düngung, Pflanzenschutz)	13.539	4.062	13.250	3.376	13.154	3.499	15.889	3.715
Regelung der Schnittzeitpunkte (z.B. Wiesenbrüter, kleinflächige Mahd, Uferrandbereiche)	13.615	2.323	12.730	2.448	13.273	2.272	14.633	2.627
Zusatzmaßnahmen auf Grünland (div. Auflagen)	22.803	1.876	20.906	1.780	18.146	1.692	18.435	1.552
Stilllegung von Ackerland	571	214	724	314	363	170	673	2972
umweltschonende Anbauverfahren und Segetalartenschutz	549	180	329	157	696	498	570	430
Landschaftspflege								
durch Mahd	1.770	860	1.744	860	2.355	939	2.241	862
durch Beweidung	6.847	1.436	6.911	1.336	6.492	1.323	4.994	927
Gehölzpflanzungen und -pflege	-	1.062	-	1293	-	1.034		689
spezielle biotopverbessernde Maßnahmen (Anstau, Entbuschung, ...)	-	997	-	1.233	-	874		824
extensive Teichbewirtschaftung	-	984	-	909	-	486		242
sonst. biotopgestaltende Maßnahmen	-	784	-	361	-	366		632
gesamt		14.780	-	14.067		13.153		12.797

Tabelle 13: *Arzneimittelrechtliche Prüfungen*

Geprüfte Stelle	Insgesamt	Geprüft	Festgestellte Mängel	Maßnahmen
Tierärztliche Hausapotheken	515	249	<ul style="list-style-type: none"> - verfallene Arzneimittel - Mängel bei der Lagerung und im Umgang mit Arzneimitteln - mangelhafte Nachweise über Erwerb und Abgabe von Arzneimitteln - keine Verwendung von Tierarzneimittel – Anwendungs- und Abgabebelege 	<ul style="list-style-type: none"> - sofortige Mängelbeseitigung - mündliche und schriftliche Belehrung - Auflagen - Verwarnungen - Nachkontrollen
Tierhalter	10..407	917	<ul style="list-style-type: none"> - verfallene Arzneimittel - unzureichende Lagerbedingungen für Arzneimittel - fehlende Dokumentation über angewandte Arzneimittel - Einfuhr und Anwendung in Deutschland nicht zugelassener Arzneimittel - Tierimpfstoffe ohne Erlaubnis nach § 42 Tierimpfstoffverordnung 	<ul style="list-style-type: none"> - sofortige Mängelbeseitigung - Einziehung von Arzneimitteln - Beauftragung mit Nachkontrollen - Verwarnungen - Bußgeldverfahren - Strafanzeige
Handel mit freiverkäuflichen Tierarzneimitteln	417	194	<ul style="list-style-type: none"> - fehlende Sachkundenachweise - Gestattung Selbstbedienung - Fehlen sachkundiger Personen - verfallene Arzneimittel 	<ul style="list-style-type: none"> - sofortige Mängelbeseitigung - Handelsverbot - Beauftragung mit Nachkontrollen - Bußgeldverfahren
Herstellung von Fütterungsarzneimitteln	9	10	<ul style="list-style-type: none"> - Mindergehalt - Mischaufträge nicht korrekt ausgeführt 	<ul style="list-style-type: none"> - Ordnungswidrigkeitsverfahren

Abbildung : Anbauflächen im Gartenbau (Quelle: LDS)

